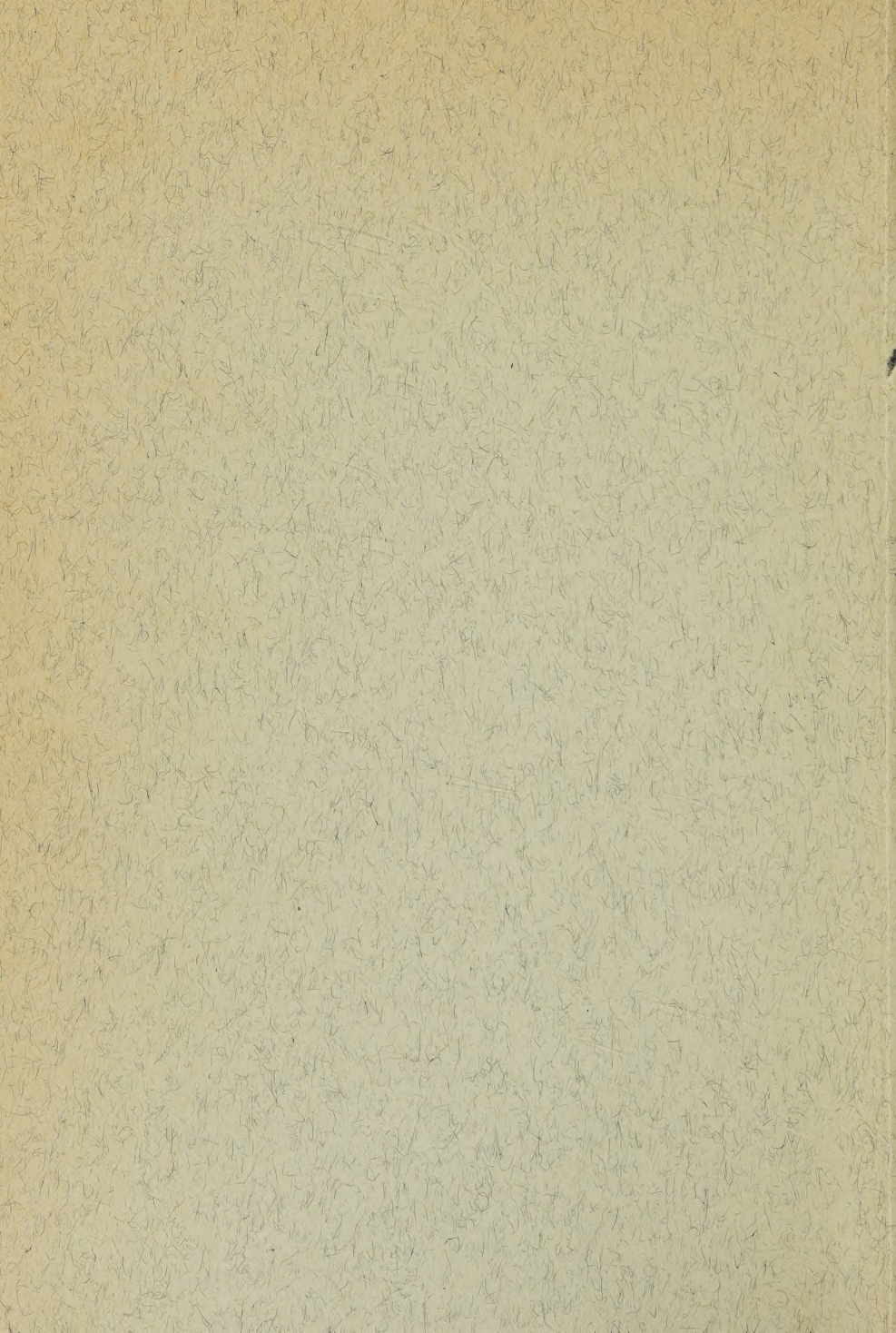


**"Wichard von Moellendorff
Ein Beitrag zur Idee der wirtschaftlichen
Selbstverwaltung"**

**Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin**

vorgelegt von
Dipl. - Pol. Dieter Schmid
aus Leipzig

1969
Berlin 1970



”Wichard von Moellendorff
Ein Beitrag zur Idee der wirtschaftlichen
Selbstverwaltung”

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Dipl. - Pol. Dieter Schmid
aus Leipzig

Berlin 1970

Dekan: Prof. Dr.phil. Dr.rer.pol. W. Fischer

Erster Gutachter:

Prof. Dr.rer.pol. O.H. von der Gablentz

Zweiter Gutachter:

Prof. Dr.rer.pol. G. von Eynern

Tag der mündlichen Prüfung:

11. Februar 1969



Inhaltsverzeichnis

I	Die geistigen und sozialen Grundlagen	Seite 5
1	Einleitung	5
2	Entwicklung und Werk	8
3	Die Bedeutung der geistigen Lage	9
4	Die Bedeutung der sozialen Lage	14
5	Die Verbindung mit M. Hardens 'Zukunft'	22
6	Die technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elemente	24
7	Die konservative Wirtschaftsgesinnung	29
8	Das kulturell-soziale System	32
9	Die wirtschaftspolitische Lage	35
II	Die Kriegswirtschaft	39
1	Die Gründung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung	39
2	Der kriegswirtschaftliche Kollektivismus	47
3	Die Kriegsgesellschaften	51
4	Die Kriegsstellen	55
5	Die Kriegsausschüsse	56
6	Die Kriegs-Chemie-Wirtschaft	59
7	Die Krise der Kriegswirtschaft 1916	66
III	Die Politik der Gemeinwirtschaft	81
A	Gemeinwirtschaft als Konzeption des Reichswirtschaftsamtes	81
1	Moellendorffs Berufung ins Reichswirtschaftsamt	81
2	Sozialisierung durch Gemeinwirtschaft	92
3	Die gemeinwirtschaftliche Sozialisierung der Kohlenwirtschaft	97
4	Der Außenhandel als Instrument der Gemeinwirtschaft	110
5	Der Außenhandel im Interessenstreit der Parteien	112
B	Das Wirtschaftsprogramm der Gemeinwirtschaft	115
1	Die Denkschrift vom 7. Mai 1919	116
2	Das wirtschaftspolitische Instrumentarium	121

C	Der Machtkampf um die Wirtschaftsordnung	Seite 128
1	Der Kampf um die Grundsatzentscheidung	131
2	Das Ringen um die Unterstützung der industriellen Interessenten	134
3	Der Widerstand gegen die Gemeinwirtschaftspolitik	137
4	Die Entscheidung des Kabinetts Bauer	139
5	Kontakte zu den Flügelparteien	141
IV	Die Idee der Gemeinwirtschaft	143
A	Die Gemeinwirtschaft	143
B	Der Begriff des Politischen	158
C	Der Begriff des Sozialen	162
D	Der Begriff des Wirtschaftlichen	167
E	Die Verfassungsordnung der Wirtschaftsgemeinschaft	174
V	Ausklang	181
1	Moellendorffs Rückzug aus der Politik	181
2	Letzte Pläne zur Rückberufung Moellendorffs ins Reichswirtschaftsministerium und die Veröffentlichung des Sammelbandes 'Konservativer Sozialismus'	184
VI	Schrifttumsverzeichnis	187
VII	Anmerkungen	198
VIII	Anhang	239

I Die geistigen und sozialen Grundlagen

1 Einleitung

Wichard von Moellendorffs "wirtschaftliche Selbstverwaltung" gründet sich auf Gedanken, die auch heute noch dort aktuell sind, wo man den 'dritten Weg' zwischen 'Kapitalismus' und Kommunismus sucht. Die Folgerungen, die Moellendorff aus der Entwicklung des sozialistischen Denkens im Verlauf der Wirtschaftsentfaltung seit der industriellen Revolution zog, bestimmten ihn, den Sozialismus überlieferter Art neu zu überdenken: Das Verhältnis zwischen "exekutiver Massenarbeit")¹ und "dispositivem Wert")² der Arbeitgeberschicht forderte nach seiner Überzeugung ebenso eine Neuorientierung des sozialistischen Denkens, wie die sichtbar gewordenen Grenzen der Freiheit aller an wirtschaftlichen Notwendigkeiten oder die Gefahren eines "ungezügelter Materialismus")³, der zur "Hypertrophie des Unnötigen auf Kosten des Nötigen")⁴ führt; zur einseitigen Orientierung auf den Güterkonsum bei Vernachlässigung sozialer Bedürfnisse. Die Neuformulierung des sozialistischen Gedankens entsprang weiterhin dem "Bedenken gegen Produktivität um jeden Preis, d.h. gegen eine bedarfserregende, alsbald in sinkenden Wirkungsgrad geratende Wirtschaft").⁵ Das Postulat der "Brüderlichkeit, als derjenige Gemeinsinn, welchen das 19. Jahrhundert über seiner Freiheit und Gerechtigkeit vergaß")⁶, sollte im Sozialismus des 20. Jahrhunderts mit neuem Inhalt erfüllt auferstehen. Sozialismus sollte sein ein "Aufruf zu vorbildlicher Gesinnung, die politische Macht gebraucht, um vernünftig und anständig die Ideale zu erkennen und geduldig zu lernen, verantwortlich, vorsichtig und zähe zu handeln.")⁷ Moellendorff erkannte als bedeutsame Leistung von Karl Marx an, daß er den "ökonomischen Inhalt der kapitalistischen Gesellschaft von politischen Redensarten")⁸ befreit hatte und die "Idee der Dinge in den Dingen selbst ... suchte.")⁹ Er verwarf jedoch den marxistischen Sozialismus, weil sich sein Schöpfer "auf diesem Wege ... zur irrigen materialistischen Geschichtsauffassung (verirrte), die das ökonomisch-technische Geschehen als Selbstzweck ansieht, es seiner eigenen Entwicklung geduldig überlässt und erst im Augenblick seiner Vollendung durch Machttaneignung

politisch eingreifen will.")¹⁰ Moellendorff hingegen wollte "jeden technisch-ökonomischen Zustand und seine Veränderung" danach bewerten, "ob sie taugliche Mittel des Überzuordnenden politischen Zweckes sind.")¹¹ Nach dem Ende seiner öffentlichen Tätigkeit als Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium vom November 1918 bis Juli 1919 hat er sein politisches Bekenntnis geschrieben. Für seinen Minister, den Sozialdemokraten Rudolf Wissell, mit dem zusammen er im Juli 1919 aus Protest gegen die wirtschaftspolitische Entscheidung des Regierungskabinetts unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bauer aus dem Amt geschieden war, entwarf Moellendorff "Ein sozialistisches Programm; Entwurf eines Bekenntnisses zur Gemeinwirtschaft, vor dem Görlitzer Parteitag 1921 (der SPD) von einem Nichtmarxisten für einen Marxisten verfasst.")¹² Darin verlangte Moellendorff eine "bewußte Selbstzucht, um uns in Zukunft als echte Sozialisten zu bewähren, die in ihren Reihen keine Tat auf Kosten der Gemeinschaft dulden.")¹³ Der Sozialismus sollte die Fähigkeiten des "Unternehmertums")¹⁴ durch dessen Einbau in öffentliche Funktionen anstelle von Enteignungen erhalten und bewahren, denn: "das vielgeschmähte Eigentum von Produktionsmitteln hat sowohl Lichtseiten, die jede sozialistische Gemeinschaft würdigen wird, wie auch Schattenseiten, deren geheime Anbetung sich nicht einmal eine kapitalistische Gemeinschaft leisten darf.")¹⁵ Aufgabe des Sozialismus sollte es nach Moellendorffs Auffassung nicht sein, die Eigentümer der Produktionsmittel auszuschalten. Sozialismus sollte vielmehr die "Eigentumsgeltung")¹⁶ verändern. An die Stelle der Bereicherung sollte unter der Herrschaft des Sozialismus der "Gemeinsinn")¹⁷ treten. An die Stelle der "Marktrationalität")¹⁸ wollte Moellendorff die "Planrationalität")¹⁹ setzen, denn die "planlose Bedarfserregung")²⁰ zerstörte nach seiner Meinung die Möglichkeit einer "planmäßigen Bedarfsdeckung")²¹, weil das Spiel von Angebot und Nachfrage die Steuerung der Produktion auf eine optimale Befriedigung der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse hin nicht zu bewältigen vermag. Dabei muß unter Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse mehr verstanden werden als Sicherung des Kollektivverbrauchs; nämlich die Verwirk-

lichung sozialer Gleichheit und die Realisierung des Prinzips der Brüderlichkeit, indem die "Lebensfristung")²² für alle Mitglieder der Gemeinschaft verbürgt wird. Der Wirtschaft im "Namen der Gemeinschaft den Zweck ... setzen")²³, dieser Grundsatz war Ausgangspunkt des sozialistischen Denkens bei Moellendorff. Er hat die Möglichkeit gehabt, seine Theorie in der politischen Wirklichkeit zu erproben. In der Revolutionsregierung des Rates der Volksbeauftragten konnte er als Unterstaatssekretär im Wirtschaftsamt in einer Zeit revolutionären Umbruchs darum kämpfen, seine Idee zu verwirklichen. Der sozialdemokratische Staatssekretär im Wirtschaftsamt, Dr. August Müller,) ²⁴ berief ihn am 20. November 1918 an seine Seite. Der Kampf um Moellendorffs Sozialismus, der von ihm unter dem Namen "Deutsche Gemeinwirtschaft")²⁵ eingeführt worden war, entbrannte mit voller Schärfe, als der sozialdemokratische Gewerkschafter Rudolf Wissell nach dem Ausscheiden der USPD in den Rat der Volksbeauftragten eintrat und die Politik der Gemeinwirtschaft zu seinem Programm machte. Moellendorff war ein Konservativer, obwohl er das Programm der konservativen Parteien in Deutschland ablehnte, weil es seiner Meinung nach die wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Schicht in Deutschland verteidigte.)²⁶ Sein Verständnis des Konservatismus beruhte auf einer Verknüpfung des konservativen Staatsgedankens, wie er von Edmund Burke ausging, und des konservativen Freiheitsbegriffs, der auf die soziale Wirklichkeit gerichtet war und in den Preußischen Reformen von 1807 erste Ansätze der Verwirklichung gefunden hatte, mit der Anwendung auf die veränderte soziale Lage nach der Industrialisierung. Moellendorff bekannte sich zum Prinzip "geschichtlicher Verantwortung, die nur der erfasst, der aus der Tradition kommt", und war bereit, sich den "neuen Aufgaben, ... die nicht mehr zu umgehen sind")²⁷, zu stellen. Innerhalb der sozialistischen Richtungen steht die Gemeinwirtschaft dem staatssozialistischen Gedanken nahe. Während der Staatssozialismus aber das Eigentum an Produktionsmitteln auf den Staat übertragen will, erstrebt die Gemeinwirtschaft vor allem die Kontrolle über den Einsatz der Produktionsmittel durch die öffentliche Hand. Auch zum Genossenschaftssozialismus bestehen Verbindungen. Die Gemeinwirt-

schaft will die Verfügungskontrolle den in Vertretungskörperschaften zusammengeschlossenen Produzenten übertragen. 'Romantisch' schließlich ist Moellendorffs Sozialismus, weil sich Moellendorff auf die idealistische Philosophie als Quelle einer neuen Wirtschaftsgesinnung beruft.

2 Wichard von Moellendorff - Entwicklung und Werk

W. v. Moellendorff wurde am 3. Oktober 1881 in Hongkong geboren. Sein Vater, der deutsche Konsul Otto von Moellendorff, und seine Mutter Betty, geborene Blau, kehrten 1886 aus dem Fernen Osten nach Deutschland zurück. Als sie bald darauf wieder ins Ausland verzogen, nach Manila und nach Kowno, blieb der junge Wichard im Reich. In Görlitz und Tilsit besuchte er das Gymnasium und legte um die Jahrhundertwende die Reifeprüfung ab. Er entschloß sich, Maschinenbau zu studieren und wurde 1902 an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg eingeschrieben. Neben der Ausbildung zum Techniker steht bei Moellendorff gleichgewichtig die humanistische Bildung. Moellendorff war nicht nur ein Spezialist, ein Ingenieur. Er war im gleichen Maße das, was hier als 'humanistischer Romantiker' umschrieben werden soll. Das Humanitätsideal, das ihm vorschwebte, war jenes Leitbild, das sich im Schoße der gebildeten Gesellschaft der Goethezeit als Gegenbild zur bürgerlichen Lebensform gebildet hatte. Das Anliegen Moellendorffs als 'humanistischer Romantiker' entfaltete sich von Lebensstufe zu Lebensstufe. Seine Lebensgeschichte läßt sich in drei Abschnitte gliedern. Bis 1914 setzte er sich in seinem Beruf als Ingenieur durch. In dieser Zeit hat er zahlreiche zeitkritische Essays geschrieben, in denen er die Merkmale der Wirtschaftsweise seiner Zeit analysierte. In der zweiten Lebensperiode von 1914 bis 1919 hat er seine Theorie der Gemeinwirtschaft entwickelt und um ihre politische Verwirklichung gekämpft. Im letzten Lebensabschnitt von 1920 bis 1935 hat er seine Theorie des Sozialismus in ein utopisches System gebracht. Aber nach dem Ausscheiden aus der praktischen Politik lebte er in innerlicher Vereinsamung. Er resignierte und vergrub sich als wirtschaftspolitischer Berater der IG-Farben-Führer Carl Bosch und Hermann Schmitz und als Präsident des Materialprüfungsamtes

in Berlin-Dahlem (1923 - 1928) in technisch-wirtschaftliche und organisatorische Arbeiten, die ihm keine Befriedigung verschafften. In diesen drei Stufen zeigt sich die Ausformung seines Humanitätsideals: In den zeitkritischen Essays der Zeit bis 1914 mißt Moellendorff die sozialen Folgen der marktwirtschaftlichen Ordnung am Kriterium der 'natürlichen Humanität'. Der Mensch, inmitten einer Kultur, deren Sinn die Arbeit, deren Methode das Prinzip der Arbeitsteilung und deren Resultat die Mechanisierung ist - und der doch mit der 'Freiheit zur Selbstentfaltung' begabt ist. Das ist das humanitäre Motiv Moellendorffs im ersten Abschnitt seines Lebens. Die zweite Periode, die im Zeichen der Entwicklung der Theorie der Gemeinwirtschaft steht, zeigt die Reife des Moellendorffschen Humanitätsideals zur 'sittlichen Humanität'. Die Umwandlung der bloßen Freiheit zur Selbstentfaltung in die aus der Freiheit der Vernunft entspringende Sittlichkeit vollzieht sich im Denken Moellendorffs und findet ihren Niederschlag in den Theoremen der Schrift "Deutsche Gemeinwirtschaft")²⁸. Die ihr zugrunde liegende Idee der sittlichen Humanität nährt sich aus der Kantischen Ethik. Die Überordnung des Gemeinwohls über das private und das Gruppeninteresse, der allgemeinen Vernunftideale über die persönlichen Neigungen, die als Forderung in der programmatischen Schrift 'Deutsche Gemeinwirtschaft' enthalten ist, bedeutet die ökonomische Ausprägung des allgemeinen Sittenbefehls. Im Übergang von der zweiten zur dritten Lebensstufe hat Moellendorff die rigorose Pflichtenlehre Kants seit dem Jahr 1918 systematisch in seine Theorie einbezogen: Sittliche Humanität gibt es nur um den Preis individueller Beschränkungen auf das Lebensnotwendige, und wir handeln nur dann sittlich, wenn wir aus Pflichtgefühl unsere Erwerbs- und Bereicherungsneigungen überwinden. Zugleich gerät Moellendorff in den Bannkreis von Fichtes Vorstellung eines "geschlossenen Handelsstaates".)²⁹

3 Die Bedeutung der geistigen Lage um die Jahrhundertwende für Moellendorffs Theorie

Nicht nur die Romantik hat das Denken Moellendorffs geprägt. Die geistige Lage in Deutschland, die bestimmt wurde von der Strö-

mung der Kulturkritik, hat auch auf Moellendorff ihren Einfluß nicht verfehlt. Vor allem Friedrich Nietzsche und Jakob Burckhardt haben ihn beeinflusst. Aber auch Paul de Lagardes Theoreme fanden Widerhall in Moellendorffs Schriften.)³⁰ In der Sicht Moellendorffs kam ihnen das Verdienst zu, daß sie die 'kulturelle Frage' der Jahrhundertwende gestellt und mit der 'sozialen Frage' des Industriezeitalters verbunden hatten. Jakob Burckhardt sah die Bedeutung der kulturellen Krise darin, daß sich unter dem Einfluß abstrakter Begriffe, wie Volksherrschaft und Souveränität des Volkes, die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft verwischten und der einzelne dadurch seiner natürlichen Freiheit beraubt würde. Die Interessen von Verkehr und Erwerb drängten ins Zentrum und der "lächerlichste Dünkel" der Zeit beurteile das Glück und die Moralität der Völker nach dem Maß der Verbreitung der "Allerweltskultur")³¹ des Komforts im Sinne der Neuzeit. Auch Nietzsche hat dazu beigetragen, die Herrschaft der Ratio in der abendländischen Kultur zu erschüttern. Seine Diagnose stellte eine allgemeine Dekadenz fest. Er warf das Prinzip der Kausalität im geistigen und sozialen Bereich zum alten Eisen.)³² Das Gesetz von Ursache und Wirkung sei "Mythologie")³³ und die ihm zugrunde liegenden Gedanken etwas "Spätes, Abgeleitetes, Unursprüngliches")³⁴ Die mechanistische Weltauffassung dürfe kein Bürgerrecht in der Wissenschaft haben,) ³⁵ forderte Nietzsche, denn alle Bewegungen seien aufzufassen als "Symptom eines innerlichen Geschehens")³⁶. Es werde ein Neuarrangement der Kräfte erreicht, je nach Maß von Macht eines jeden.)³⁷ Der "Wille zur Macht")³⁸ sei die Quelle alles Lebens: Der "Wille zur Macht, nicht ein Sein, nicht ein Werden, sondern ein Pathos, ist die elementarste Tatsache, aus der sich erst ein Werden, ein Wirken ergibt.")³⁹ Paul de Lagarde hat in seinen "Deutschen Schriften")⁴⁰ die Kritik am mechanistischen Weltbild auf das Gebiet von Staat und Gesellschaft übertragen. Lagarde hatte in seinen Schriften an das Ideenerbe der Steinschen Reformen angeknüpft)⁴¹ und die kulturelle und soziale Frage zur 'deutschen Frage' ausgeweitet. Er

formulierte: "Wie wird ein Gemeinwesen hergestellt, das den Deutschen ermöglicht, eine Nation zu werden?")⁴² Die Antwort, die Lagarde selbst gab, lautete: "Deutschland kann nur einig werden durch gemeinsame Arbeit.")⁴³ Er schrieb: "Die Arbeit, welche ich den Deutschen zumute, ist gemeinsame Kolonisation.")⁴⁴ Die Gebiete, die Lagarde für die deutsche Kolonisation in Aussicht nahm, haben in der folgenden Zeit zu den bevorzugten Zielen der pangermanischen Expansion gehört. Er forderte: "Die deutsche Auswanderung muß systematisch und nach einem sorgfältig, auch nach strategischen Gesichtspunkten überlegten Plan nach Istrien, nach den slowakischen und magyarischen Teilen Ungarns, nach Böhmen und Galizien, nach den polnischen Strichen Schlesiens und nach Posen gerichtet werden.")⁴⁵ Stellte Lagarde den Deutschen die Aufgabe, die Gebiete des Ostens zu besetzen, so lehnte er andererseits die Industrialisierung in Deutschland radikal ab. Für ihn galt erwiesen, "daß die Gewerbetätigkeit keine passende Grundlage für den Wohlstand einer Nation abgibt: sie ist eine Grundlage, in welcher die alle Fundamente ethischen Lebens zerfressende weltliche Gesinnung mit eingemauert ist.")⁴⁶ Lagarde verlangte die Ablösung des parlamentarischen Regierungssystems durch einen "nach Bedarf aus den ... Sachverständigen berufenen Staatsrat")⁴⁷; er wollte das "Phantom allgemeiner Bildung")⁴⁸ durch ein auf die zukünftigen Berufe der Schüler zugeschnittenes System fachbezogener Ausbildung ersetzen. Denn, so schrieb Lagarde, "richtet man Fachschulen ein, so stellt man die Jugend ohne weiteres in die Perspektive ihrer dereinstigen Lebensaufgabe.")⁴⁹ Auf wirtschaftlichem Gebiet forderte er die Einführung einer staatlichen Kontrolle über alle Wirtschaftsprozesse durch die Errichtung eines Staatsmonopols für das Geld- und Kreditwesen.)⁵⁰

Dieser Überblick über die wichtigsten Lehrsätze Lagardes auf dem Gebiet des Wirtschafts- und Soziallebens berührt eine Reihe von Themen, die Moellendorff in seinen zeitkritischen Aufsätzen wieder aufgreift und erneut untersucht. Stellt man die Frage, in welchen Punkten Moellendorff entscheidend von

den Positionen der kulturkritischen Literatur abweicht, dann muß ein Aspekt hervorgehoben werden, der sowohl bei Nietzsche als auch bei Burckhardt und Lagarde in Erscheinung tritt: Die Kulturkritik in ihrer Gesamtheit wendet sich gegen die sozialen Folgen der Industrialisierung, gegen die Mechanisierung, gegen die Materialisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Lebens. Die Klärung der unterschiedlichen Positionen kann befriedigend erfolgen, soweit sie sich auf das Verhältnis zwischen Burckhardt und Moellendorff und zwischen Lagarde und Moellendorff beziehen; hier liegen eindeutige Stellungnahmen aus der Hand Moellendorffs vor.

Die irrationale Wendung der kulturkritischen Literatur gegen die "Vertechnisierung der modernen Welt")⁵¹ forderte den Widerspruch Moellendorffs heraus. Denn Technik und Wirtschaft hatten sich nach seiner Auffassung nur in ihrer von der Gesellschaft diktierten Zielsetzung in einen Gegensatz zu den kulturellen Werten gesetzt. In einer Auseinandersetzung mit Jakob Burckhardts Betrachtungen über die 'geschichtliche Grösse' hat Moellendorff einen aufschlußreichen Einblick in seine Ansicht über das Verhältnis von Wirtschaft und Technik zur Kultur gegeben. J. Burckhardt hatte über 'historische Grösse' ausgeführt: "Einzig und unersetzlich ... ist nur der mit abnormer intellektueller oder sittlicher Kraft ausgerüstete Mensch, dessen Tun sich auf ein Allgemeines, d.h. ganze Völker oder ganze Kulturen, ja die ganze Menschheit Betreffendes bezieht.")⁵² Diese Grösse hatte Burckhardt den Repräsentanten der industriellen Welt bestritten: "Warum die bloßen Erfinder und Entdecker im gewerblichen Fach ... keine großen Männer sind, ... beantwortet sich damit, daß sie es eben nicht mit dem Weltganzen zu tun haben.")⁵³ Burckhardt hatte auch das Aufkommen historisch großer Menschen in der industriellen Umwelt für unmöglich gehalten und festgestellt: "Jedenfalls kann sich das vorherrschende Pathos unserer Tage, das Besserlebenwollen der Massen, unmöglich zu einer wahrhaft großen Gestalt verdichten. Was wir vor uns sehen, ist eher eine allgemeine Verflachung, und wir dürfen das Aufkommen großer Individuen für unmöglich erklären, wenn uns nicht die Ahnung

sagte, daß die Krisis einmal von ihrem miserablen Terrain 'Besitz und Erwerb' plötzlich auf ein anderes geraten, und daß dann 'der Rechte' einmal über Nacht kommen könnte - worauf dann Alles hinterdrein läuft.")⁵⁴ Diese Sätze Burckhardts, 1870 am Anfang der Industrialisierung geschrieben, verglich Moellendorff mit der Einschätzung technisch-ökonomischer Führer im Jahre 1917, und er kam zu der Einsicht, daß die Verschiedenheit der Bewertung auch dann zur Selbstprüfung veranlassen müsse, wenn man, wie Moellendorff, Burckhardts Urteil über das "technisch-ökonomische Wesen als lückenhaft und verfrüht verwirft.")⁵⁵ Für Moellendorff hieß das Problem: "Warum haben Technik und Wirtschaft, wo nicht dem Wesen nach, so doch dem Scheine nach, als geschichtlicher Stoff jahrzehntelang vom Weltganzen der Idee sich losgelöst?")⁵⁶ Die Antwort zeigt die Aufgabe, die Moellendorff der Technik in einer kulturell bestimmten Wirtschaftsordnung zuweist: "Mechanisierung als Ausdruck von Lebenwollen und Lebenlassen einer rasch vermehrten Menschheit hätte schon längst und wird gewiß nun bald ein anerkanntes eingespanntes Glied der Weltgeschichte werden können. Aber sie gefiel sich, ohne innere Notwendigkeit, im Besserlebenwollen, im Wetteifer von Angebot und Nachfrage, maßte sich Gewalten des Selbstzwecks an, wechselte Machthunger mit Initiative, duldete Geschäftigkeit und Interessiertheit ..., pries die Willkür als Freiheit ... Durfte sie sich wundern, ... daß sie als Fremdkörper außerhalb der Kulturen blieb?")⁵⁷ Moellendorff stellte fest: "Aus der offenen, gebundenen, wohlwollenden und hilfsbereiten Absicht der Mechanisierung wurde das wilde, ungerechte und ränkesüchtige, selbstherrliche und seelenlose Getriebe des Kapitalismus.")⁵⁸ Moellendorff setzte im Jahre 1917 seine Hoffnungen darauf, daß sich "das Daseinsbedürfnis der Völker nicht anders als über das 'miserable Terrain von Besitz und Erwerb' bis zur künftigen Gemeinwirtschaft durchringen")⁵⁹ werde. In einer Betrachtung aus dem gleichen Jahr hat er die Auffassung von Lagarde über die Bedeutung der Industrie für das Leben der Nation als falsch zurückgewiesen.

Er zitierte in einem Aufsatz, den er Rathenaus Schriften widmete, Lagardes Untersuchung über die gegenwärtige Lage des Deutschen Reiches, die 1875 geschrieben worden war und in der es hieß: "Gebt die Hoffnung ja auf, die soziale Frage aus der Welt zu schaffen, was dasselbe ist, gebt die Hoffnung auf, Deutschland glücklich zu sehen, solange ihr die Industrie an der Stelle des Handwerks sitzen habt ...")⁶⁰

Dazu stellte Moellendorff fest: "Mechanisierung bliebe eine Abwegigkeit von den letzten Dingen der menschlichen Einzelseele; aber dadurch, daß wir uns auf eine aus Nächstenliebe unentbehrliche Wirtschaft beschränkten, konnten wir hoffen, uns einstmals zu rechtfertigen.")⁶¹ Der Aufforderung Lagardes, die Mechanisierung zu beseitigen, setzte Moellendorff den Appell entgegen: "Werdet klüger, ordnet in Raum und Zeit die Zwecke nach ihren meßbaren Werten, und ihr werdet nie wieder so schlecht wie der Kapitalismus mechanisieren.")⁶²

Will man die Grundauffassung Moellendorffs über das Verhältnis von Technik und Wirtschaft zur Kultur auf einen Nenner bringen, dann müßte es heißen, Moellendorff lehnt die restaurativen, romantischen Züge der Kulturkritik ab. Ihm ging es nicht um Irrationalismus, sondern um die Selbstbeschränkung der Ratio aus ihrer konsequenten Verwirklichung heraus. Die irrationalen Elemente im kulturellen und geistigen Leben wollte Moellendorff dadurch zu ihrem Recht kommen lassen, daß die Technik streng rational ausgebaut wird, die Wirtschaft sich auf die Grundidee der Mechanisierung beschränkt: einer wachsenden Menschheit die Mittel zur Lebensfristung bereitzustellen, daß schließlich die Kultur- und Sittenordnung der Wirtschaft ihren Stil aufzwingt.

4 Die Bedeutung der sozialen Lage in der Wilhelminischen Epoche für Moellendorffs Theorie

a Die Legitimitätsgrundlagen der industriellen Herrschaft

Die zeitkritischen Betrachtungen Moellendorffs sind nur von der besonderen sozialen Lage in Deutschland her zu verstehen, die durch die deutsche Sonderentwicklung der Industrialisierung entstand.

Die Formen und Techniken der industriellen Expansion wurden im 19. Jahrhundert in zwei Etappen aus den westeuropäischen Ländern nach Deutschland übernommen. Die Stufen der industriellen Entfaltung, 1870 und 1890, waren gekennzeichnet von Bevölkerungszuwachs und Ausdehnung der inneren Märkte, Konzentration der Bevölkerung in den Städten und Massenfabrikation der Industrie sowie von der Ausformung eines neuen Lebensstils. In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begründete der Aufschwung der modernen Verkehrsmittel den Exportindustrialismus, und der organisierte Kredit ermöglichte die Finanzierung der Großindustrien. Die fortschreitende Mechanisierung in der Industrie und die Rationalisierung der Technik und der Betriebsweise schufen die Voraussetzungen für Großformen der Unternehmenszusammenschlüsse, für Kartelle, Trusts und Konzerne.)⁶³ Die deutsche Entwicklung wurde geradezu von der Bildung industrieller Riesenunternehmen beherrscht.)⁶⁴ Dabei spielten die Banken eine besondere Rolle. Sie fungierten in Deutschland als Finanzierungsinstitute der Industrie. Im Zuge des Wachstums von Banken und Industrieunternehmungen verschob sich das Schwergewicht in der Industrie immer mehr auf solche Konzerne, deren Betriebe umfangreiche Kapitalinvestitionen erforderten, wie Schwerindustrie, Elektrotechnik und Schiffsbau. Die Verflechtungen im Bankwesen, die in den neunziger Jahren einsetzten, beschleunigten umgekehrt die Konzentration in der Industrie: Großbanken beteiligten sich an mehreren Industriegesellschaften des gleichen Gewerbezweigs und benutzten ihren Einfluß dazu, Trusts, Konzerne und Kartelle zu fördern.)⁶⁵ Die umfassenden Wirtschaftsgebilde und ihre industriellen Führer verliehen der Industrialisierung in Deutschland ein besonderes Gepräge: Die Einstellung der Industrieführer zum Staat und zur Unternehmensführung ergab, daß die industrielle Herrschaftsstruktur sich mit Grundsätzen der Legitimität auswies, die dem 'monarchischen Prinzip' des Staates verwandt waren. Die Unternehmensführer begannen, "sich als Verwalter eines 'versachlichten', die Generationen überdauerndes Interesses

an der besten Verwertung des im Werk steckenden Kapitals zu betrachten: sie schafften am ständigen Wachstum des Werkes.")⁶⁶ Der Gestaltungswille der Unternehmer stellte sich ganz in den "Dienst am Werk")⁶⁷. Die einzelnen Unternehmertypen, vom Gründerunternehmer bis zum Finanzmann oder Politiker als Unternehmer fanden in ihrer Gesamtheit als Gesellschaftsschicht Rechtfertigung in der "Gemeinschaftsideologie")⁶⁸. Der Staat seinerseits begünstigte die Industrialisierung durch eine Politik des Schutzzolls und durch eigne staatliche Initiative bei der Verwirklichung industrieller Aufgaben. Mit der Debatte um die Verstaatlichung der Eisenbahnen begann 1876 eine Entwicklung in Deutschland, in der sich der Staat immer mehr als Unternehmer betätigte. Der Staat beteiligte sich direkt am Ausbau der Industrie. Zum Zeitpunkt des Ausbruchs des ersten Weltkrieges befanden sich etwa 40 Gruben in der Hand des preußischen Staates.)⁶⁹ Die Kommunen übernahmen den Betrieb von Elektrizitätswerken, Gas- und Wasserwerken, von Verkehrsunternehmen usw. Neben den Unternehmungen der öffentlichen Hand entstanden seit der Jahrhundertwende zahlreiche gemischt-wirtschaftliche Unternehmen, die von privatem Kapital und von der öffentlichen Hand gemeinsam kontrolliert wurden und deren wichtigstes Beispiel die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke waren.)⁷⁰

So wurde die Wirtschaftsordnung des Kaiserreiches von einem gemischt-wirtschaftlichen System bestimmt, in dem "der Sektor des öffentlichen Eigentums insgesamt kaum weit hinter dem privatwirtschaftlichen zurückblieb").⁷¹ Verbunden damit lag die Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmen "vielfach in der Hand von Staatsbeamten oder doch von staatsabhängigen Männern, die nicht für wirtschaftlichen Gewinn, sondern für das als Gemeinwohl problematisch definierte öffentliche Interesse zu handeln hatten")⁷², urteilt vom liberalen Standpunkt aus Rolf Dahrendorf. Der Dualismus von Staat und Unternehmern beruhte auf der Übereinstimmung in der Zielsetzung wirtschaftlicher Tätigkeit in einem überindividuellen Interesse und im Konsensus

zu den Legitimitätsgrundlagen des Staates sowie ihrer Übertragung auf die industrielle Herrschaftsstruktur. In ihrer trivialsten Form zeigte sich diese Haltung im Herr-im-Hause - Standpunkt der Unternehmer.

b Lösungsversuche des sozialen Konflikts im industriellen Herrschaftsbereich

Das wesentlichste Spannungselement der industriellen Gesellschaft, das mit fortschreitender Industrialisierung an Schärfe gewann, war der soziale Konflikt, der im marxistischen Sozialismus seine Antwort im Klassenkampf fand. Dieser Konflikt spielte sich auf zwei Ebenen ab: im Gesamtbereich der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung und auf der Ebene der einzelnen Unternehmung und des einzelnen Industriebetriebs. Im Selbstverständnis der Zeitgenossen Moellendorffs wurde der Industriebetrieb vornehmlich als industrieller Apparat aufgefasst. Moellendorff dagegen ging davon aus, daß die Technik immer nur Mittel zum Zweck sein durfte und in einem Dienstverhältnis zur kulturell bestimmten Wirtschaft stehen mußte. Erfahrungen und Einsichten, die er als Verwaltungsangestellter in der Industrie gewonnen hatte, projizierte er auf die staatliche Ebene und verarbeitete sie für die Konzipierung einer allgemeinen Wirtschaftsverfassung. Die Technik sollte in der Auffassung Moellendorffs auch nicht nur dem wirtschaftlichen Prinzip untergeordnet werden, dessen Ziel es ist, die Produktivität der menschlichen Arbeit zu steigern. Sie mußte ebenso wie die wirtschaftliche Zielsetzung selbst orientiert werden an der gesamtwirtschaftlichen Aufgabe der Bedürfnisbefriedigung; und zwar nach Moellendorffs Grundauffassung an einer Bedürfnisbefriedigung, die im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaft die Bedarfsdeckung nicht als Mittel für das Gewinnstreben der Unternehmer benutzt, die Entwicklung der wirtschaftlichen Bedürfnisse auch nicht dem Selbstlauf überlässt, sondern sie auf die Deckung der zur Reproduktion des menschlichen Arbeitskräftepotentials notwendigen Güternachfrage beschränkt.

Diese Auffassung wendet sich gegen die Geltung des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems, das die wirtschaftlichen Unternehmen unter den maßgeblichen Gesichtspunkt des Profits stellt. Moellendorff richtete sich damit zugleich gegen den sozialen Hintergrund, der die soziale Geltung auf Vermögen und Einkommen und deren Steigerung gründet. Gleichzeitig greift Moellendorff die Wurzel des sozialen Konflikts in der modernen Industriegesellschaft an, die Klassenspaltung auf der Grundlage des Eigentums an Produktionsmitteln in Privathand und der Regelung der Arbeitsverhältnisse durch privaten Vertrag, der Verbindung von Privateigentum mit tatsächlicher Kontrolle der Produktionsmittel und des Bestandes einer Herrschaftsstruktur, in der die Eigentümer der Produktionsmittel als deren Kontrolleure über Arbeiter als Arbeitskräfte zu dem Zweck verfügen, den wirtschaftlichen Arbeitsertrag als Unternehmergewinn zu verwerten. Moellendorff beabsichtigte jedoch nicht, die industrielle Herrschaftsstruktur aufzulösen. Die vom Betriebszweck, der technischen Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen, bestimmte Organisationsform der Industrie erforderte nach seiner Auffassung in jedem Falle ein Herrschaftsgefüge von Befehlenden und Gehorchenden. Indessen wandte er sich gegen die herrschaftliche Arbeitsverfassung, die ihre Legitimitätsgrundlage im Lohnsystem findet, in dem sich der Arbeitslohn nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage richtet und durch das die Arbeitskraft mit dem Marktcharakter versehen im Betrieb auftritt. Dagegen sollten die sachlichen Anforderungen des Arbeitsprozesses, die gegliederte 'Sachverfassung' des Betriebs und Notwendigkeiten der Betriebsdisziplin als Voraussetzungen des Produktionsvollzugs die Legitimitätsgrundlagen bilden. Diese verlangten nach Moellendorffs Auffassung eine hierarchische Gliederung, deren besondere Merkmale jedoch durch ein System sachlicher Einrichtungen, das persönlichen Befehl und Kontrolle ersetzen sollte, und durch einen Leitungsapparat aufsichtsführender Instanzen, die sachliche

Funktionen zu erfüllen hatten, gemildert werden sollten. Die Forderung nach Versachlichung der Betriebsherrschaft entsprach nicht nur Konsequenzen der Theorie; sie war ebenso ein Ergebnis des tatsächlichen Wandels der betrieblichen Herrschaftsstruktur: der Ablösung der Meisterwirtschaft durch die Ingenieurwirtschaft.)⁷³ Indem der Ingenieur, zuerst in der elektrotechnischen Industrie, ab 1890 in der gesamten Industrie, in die Struktur der Betriebe eintrat und in das Funktionsgefüge zwischen Werkmeister und Werkleitung eindrang, wuchsen ihm neben den technischen Aufgaben nach dem Aufkommen der 'wissenschaftlichen Betriebsführung' auch die Aufgaben eines Verwaltungs-Fachmannes der Industrie zu.)⁷⁴ Der Ingenieurberuf erfuhr eine zunehmende Spezialisierung: Neben den technischen Spezialingenieur trat der Wirtschaftsingenieur. Aber auch die Ausbildung besonderer Sozialingenieure war 1880 von Emile Cheysson in Frankreich schon gefordert worden. Die Entwicklung der Ingenieurwirtschaft blieb nicht ohne Folgen auf das Bewußtsein der Ingenieure, die in den Betrieben ein maßgebliches Glied der Herrschaftsstruktur wurden: Zwar war die Macht, die sie ausübten, von den Eigentümern der Produktionsmittel an sie delegiert; aber unter dem Einfluß der Versachlichung der betrieblichen Verwaltungsfunktionen und der Trennung von Eigentum und Kontrolle an und über Produktionsmittel entwickelten die Techniker einen eigenen technokratischen Anspruch auf rationale Gestaltung und Ordnung der Wirtschaft.⁷⁵ Was auch unter den veränderten Herrschaftsverhältnissen gleichblieb, war einmal das System der Entfremdung des Arbeiters im Industriebetrieb, zum anderen die Ordnung der Betriebshierarchie und -disziplin.

Moellendorff hat diese Fakten als unvermeidliche Begleiterscheinungen der industriellen Erzeugung angesehen. Die Folgerungen, die er aus der sozialen Lage in den Betrieben zog, zielten darauf ab, auf dem Wege unternehmerischer Betriebspolitik die Arbeitsproduktivität zu steigern, einen höheren Grad der Effektivität industrieller Arbeit freizusetzen; die Art der Verwertung des Arbeitsertrages hingegen

durch eine enge Verknüpfung zwischen Unternehmensplanung und öffentlicher Hand grundsätzlich zu verändern. Gemäß seiner konservativen Staatsauffassung, die in Übereinstimmung mit E.Burke und den Ideen der preußischen Reformer den Staat als sittliche Gemeinschaft begriff, ging er davon aus, daß sich wirtschaftliche Unternehmertätigkeit mit dem Staatszweck nicht vereinbaren lasse. Darum sah sein Plan vor, die Unternehmensführung auf einer zwischen Staat und Privatunternehmen eingeschobenen Ebene öffentlich-rechtlicher Selbstverwaltung der Wirtschaft zu binden. Die Lösungsversuche, die Moellendorff anbot, waren: Der Interessenausgleich auf öffentlich-rechtlicher Ebene und die Neutralisierung des Konflikts auf Betriebsebene mit den Mitteln unternehmerischer Betriebspolitik durch 'wissenschaftliche Betriebsführung'(scientific management). Bevor diese Betriebspolitik erörtert wird, gilt es auf einen Zusammenhang hinzuweisen, der die Haltung der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland zum sozialen Konflikt angeht.

Die von Lassalle ausgehenden Impulse der deutschen Arbeiterbewegung haben immer den Gedanken der staatlichen und industriellen Interessensolidarität über das Prinzip des Klassenkampfes gestellt: "Die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung")⁷⁶ galten Lassalle als Attribute eines "sittlich geordneten Gemeinwesens".)⁷⁷ In der Tradition dieser staatssozialistischen Gedanken der evolutionären deutschen Sozialdemokratie hat der Kreis der "Sozialistischen Monatshefte" seine Theorie eines "produktiven Sozialismus")⁷⁸ entwickelt. Die Idee eines 'produktiven Sozialismus' und die Theorie der 'Gemeinwirtschaft' stimmten in vielen Ansatzpunkten überein. Auf der Grundlage dieser geistigen Plattform eröffnete sich die Möglichkeit einer politischen Zusammenarbeit zwischen Rudolf Wissell und W.v.Moellendorff. Eine Übereinstimmung im theoretischen Ansatz von Moellendorff und dem Kreis der 'Sozialistischen Monatshefte' ergab sich in der Auffassung

der Arbeitsteilung: Teilarbeit ist Gemeinschaftsarbeit. Darum sei es erforderlich, daß der arbeitende Mensch den Produktionsprozeß geistig beherrsche und zur "überindividuellen sozialen Empfindung der Arbeit")⁷⁹ vordringe.

Die Arbeit soll so zu einem ethischen Faktor werden und aufhören, bloßes Erwerbsinteresse zu sein.)⁸⁰ Eine verwandte Auffassung ergab sich auch in der Vorstellung von der Funktion des Arbeiters im Produktionsprozeß: Die Kritik der Theoretiker der 'Sozialistischen Monatshefte' an der Politik der Sozialdemokratie hob hervor, daß die Partei die Arbeiter bislang nur auf ihre Stellung als Konsumenten hingewiesen habe. Sie habe ihnen nicht gezeigt, daß sie als Träger der Produktion selbst dann für diese verantwortlich seien, wenn die industrielle Erzeugung privatkapitalistisch betrieben werde.)⁸¹ Denn die Wirtschaft sollte Angelegenheit der ganzen Nation sein. Die Produzenten sollten unabhängig vom Besitz an Produktionsmitteln als Träger und Mitbestimmer der Produktion anerkannt werden.)⁸²

Diese Vorstellung der Überwindung des sozialen Konflikts durch industrielle Synthese auf gesamtwirtschaftlicher Ebene will die Konfrontation in Betrieb und Unternehmung neutralisieren. Die Mittel dazu fanden sich in der sozialen Betriebspolitik, die seit Beginn des Jahrhunderts in den USA und in Europa eingeführt wurde. Die zentrale Frage hieß, auf welchem Wege eine stärkere Verbundenheit des Arbeiters mit dem Betrieb erreicht werden könnte. Dagegen spielte das Problem, durch welche Maßnahmen das persönliche Unterordnungsverhältnis in der Betriebshierarchie gemildert werden könnte, nur noch eine zweitrangige Rolle.)⁸³ Ziel der sozialen Betriebspolitik war es, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, das Erfolgsinteresse der Arbeiter und ein sachliches Arbeits- und Dienstethos zu wecken.)⁸⁴

Die Schriften des amerikanischen Ingenieurs Frederick Winslow Taylor (1856-1915) über "scientific management")⁸⁵ bildeten sowohl den Ausgangspunkt für die Anwendung wissenschaftlicher Methoden in der Betriebsführung wie auch den Beginn

der modernen Industrie- und Betriebssoziologie.)⁸⁶
Die Wirkung, die die 'wissenschaftliche Betriebsführung' des Taylorsystems auf Moellendorff ausübte, führte dazu, daß Moellendorff künftig die Grundannahme Taylors teilte, "alle Spannungen innerhalb der Industrie (könnten) durch ein Maximum an Produktivität behoben werden."⁸⁷ Das Management setzte sich zum Ziele, die Produktivität jedes einzelnen Arbeitnehmers zu steigern und damit die Einkünfte der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu erhöhen, so daß durch die Anwendung wissenschaftlicher Methoden der Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern beseitigt würde.)⁸⁸
Die Wertschätzung des Taylorsystems war allgemein: In den USA wurde die 'wissenschaftliche Betriebsführung' als eine große Verheißung für die Nation angesehen, weil sie für sich beanspruchte, materiellen Wohlstand und soziale Harmonie zu fördern.)⁸⁹ In Deutschland gründete Moellendorff seine Theorie auf das Prinzip der Produktionssteigerung durch 'scientific management'. In der Sowjetunion pries Lenin das Taylorsystem als eine Errungenschaft des Kapitalismus, die von der Sowjetunion übernommen werden sollte.)⁹⁰

5 Die Verbindung mit Maximilian Hardens 'Zukunft'

Die ersten Versuche publizistischer Arbeit hatten Moellendorff in Verbindung mit Maximilian Harden gebracht. Ihm hatte Moellendorff Gedichte gesandt, die Harden indessen nicht druckte. Aber Harden erkannte mit dem Spürsinn des erfahrenen Publizisten die wirkliche Aufgabe des jungen Moellendorff: den Geist der Kulturkritik hinüberzuleiten auf das Gebiet von Wirtschaft und Technik. Als Moellendorff 1912 den Prozeß der Klärung und Reife seiner Gedanken zu einem ersten Abschluß gebracht hatte,)⁹¹ öffnete ihm Harden die Spalten seiner Zeitschrift 'Zukunft' für einen Artikel, in dem Moellendorff das Gebiet sondierte, auf das er seine wirtschaftlich-soziale Theorie gründen wollte.
Er hatte im Herbst 1906 seine Studien an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg mit dem Hauptexamen zum

Diplom-Ingenieur abgeschlossen und eine Anstellung als Maschinenkonstrukteur im Kabelwerk Oberspree (KWO) in Berlin-Oberschöneweide gefunden, einem Tochterbetrieb der Allgemeinen Elektrizitäts Gesellschaft (AEG). Er hatte die Kieler Professorentochter Lisbeth Erdmann geheiratet und war Vater eines Mädchens geworden.

Im Kreis der Mitarbeiter an Hardens 'Zukunft' fand Moellendorff eine Plattform, auf der sich kritische Geister zusammenfanden, die von der gemeinsamen Opposition gegen die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Kaiserreiches erfüllt waren. Harden hatte unter dem Pseudonym 'Apostata' einen publizistischen Feldzug gegen die von Presse und Publizistik verbreitete Mittelmäßigkeit und Selbstzufriedenheit in Deutschland begonnen und in seiner 1892 gegründeten Zeitschrift 'Zukunft' Artikel veröffentlicht, die sich dafür einsetzten, die Politik Bismarcks fortzusetzen. Neben Harden, zu dem Moellendorff bald ein freundschaftliches Verhältnis gewann,)⁹² war es besonders Walther Rathenau, dessen Aufsätze in der 'Zukunft' auf Moellendorff einen großen Einfluß ausübten. Sowohl Harden als auch Rathenau waren jüdischer Herkunft. Beide hatten sich in ihren Schriften eingehend mit dem Problem des Zusammenlebens zwischen Christen und Juden in Deutschland auseinandergesetzt.)⁹³ Auf diesen Einfluß ist es zurückzuführen, daß Moellendorff die jüdische Frage aufgriff. Moellendorff gelangte zu der nüchternen Einsicht, das christlich-jüdische Zusammenleben in Deutschland sei eine Frage des gesellschaftlichen Klimas. Dieses wurde nach seiner Auffassung durch populäre Mythen vergiftet, nach denen unterschieden werden müsse zwischen dem geistig-schöpferischen Element der Deutschen und dem Juden, der unschöpferisch mit den von Deutschen geschaffenen Werten umgehe.)⁹⁴ Sollte vom ökonomischen Lebensbereich aus der Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen vollzogen werden, so bedurfte es nach Moellendorffs Ansicht vor allem der Anerkennung des jüdischen Anteils am Wirtschaftsleben.)⁹⁵

Im Jahre 1913 tauchten zum ersten Male Begriffe in den Schriften Moellendorffs auf, die in Übereinstimmung mit dem Begriffsapparat Rathenaus stehen. Die Besorgnis vor einer "Mechanisierung")⁹⁶ des wirtschaftlichen und kulturell-sozialen Lebens teilt Moellendorff mit W.Rathenau. Moellendorff führt die wirtschaftliche, technische und gesellschaftliche Mechanisierung auf die Folgen des Wirtschaftsliberalismus zurück, dessen System von Bedürfniserregung und Bedarfsbefriedigung in endlosem ziellosem Kreislauf entartet sei.)⁹⁷ Moellendorff hat die Schriften Walter Rathenaus den "Katechismus seiner Ideologie")⁹⁸ genannt. Aber er hat die Ansichten Rathenaus nicht einfach übernommen, sondern ständig danach gesucht, den Begriff der Mechanisierung mit Überlegungen und Gedanken zu kombinieren, auf die er in diesen Jahren der Suche nach festem Grund für soziale Reformen stieß.

6 Die technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elemente in Moellendorffs sozialer Theorie

Die Darstellung des Verhältnisses zwischen Technik, Wirtschaft und Kultur, die Moellendorff in seinen Schriften bis zum Jahr 1914 gegeben hat, bildet das sozialpsychologische Fundament für seine Theorie der 'Gemeinwirtschaft'. Seine Aufsätze aus den Jahren 1913 und 1914 spiegeln das Bemühen, die Beziehungen von Technik, Wirtschaft und Kultur in ein System zu bringen, welches beitragen soll, das liberale Wirtschaftssystem zu überwinden.

a Die Beziehungen zwischen Technik und Kultur in Moellendorffs Schriften

Moellendorff erklärte, die "Vertechnisierung")⁹⁹ der modernen Welt sei die Folge der industriellen Entwicklung. Im Prozeß der technischen Durchdringung aller Lebensbereiche sah er zwei bestimmende Kräfte wirksam; die Einführung der anorganischen Materie in den Produktionsprozeß und die Methoden industrieller Fertigung nach wissenschaftlichen Erkenntnissen. Angesichts dieser Entwicklung war es nach

Moellendorff erforderlich, die kulturellen Ausdrucksmittel an den Stand der technischen Erlebniswelt anzupassen. Die Suche nach einem neuen Stil und Schönheitsideal, die Moellendorff forderte, entsprach der Forderung Nietzsches nach "Einheit des künstlerischen Stils auf allen Lebensgebieten.")¹⁰⁰ Moellendorff sah die Ansätze für eine solche Einheit vorgebildet in den Entwicklungstendenzen der modernen Massenfabrikation.)¹⁰¹ Über die Massenfabrikation würde sich ein neuer Stil durchsetzen: die bewußte, zweckmäßige Formgebung. Aus ihr würde ein neues Stilgefühl und Schönheitsideal erwachsen, das der Gegenwart entsprach. Moellendorff war überzeugt, daß die Ausformung dieses Stils durch die Notwendigkeit gefördert wurde, internationale Normen einzuführen.)¹⁰² Über die Erfordernisse und Zweckmäßigkeiten maschineller und handelstechnischer Vereinfachungen werde das Bestreben, Standardisierungen und Typen zu schaffen, die über den einzelnen Betrieb und über den Einzelstaat hinausreichen, d.h. internationale Normen zu entwickeln, nicht nur zu einem neuen Stil führen, sondern die Forderung nach Einheitlichkeit des Stils auf allen Lebensgebieten erfüllen, glaubte Moellendorff.)¹⁰³ Diesem Stil sollte die Kombination wirtschaftlicher und naturwissenschaftlicher Denkart zugrundeliegen. Die Technik, die als Erscheinung westlicher Zivilisation in der Rangordnung kultureller Werte als angewandte Naturwissenschaft eingestuft wurde, bezeichnete Moellendorff als eigne Wissenschaft. Naturwissenschaft und Technik, schrieb er, verbinde gegensätzliche Gemeinsamkeit. Während die Naturwissenschaft auf dem Boden der Fundamentalerkenntnisse, z.B. des Gesetzes von der Erhaltung der Energie usw., spiralenförmig in das Wissensgebiet vordringe, stoße die Technik auf gleichem Boden in radialen Geraden nach bestimmten Zielen. Den Zusammenhang zwischen Empirie, Naturwissenschaft und Technik brachte Moellendorff auf die Formel: Empirie behandelt Konkretes ohne Problemstellung; die Naturwissenschaft problematisiert das Konkrete; und die Technik konkretisiert das Problem.)¹⁰⁴

b Die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Kultur

In seinen Betrachtungen über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Kultur hat Moellendorff den Handel als "Dorado überzeugter Rationalisten")¹⁰⁵ kritisiert. Der Handel sei den Tendenzen der Mechanisierung in vollendeter Weise gefolgt: Die Verantwortung für die Warenbeschaffenheit sei vergessen; dadurch entfielen die natürlichen Hemmnisse gegen die Erweckung unnützer Bedürfnisse und die Erzeugung nutzloser Güter.)¹⁰⁶ Auch habe der Handel den häufigen Wechsel der Mode- und Geschmacksrichtungen provoziert, um Angebot und Nachfrage zu beleben. Indem der Wechselstrom der Mode zum beherrschenden Kriterium aufgestiegen sei, habe er den Gleichstrom des Bedarfs gestört.)¹⁰⁷ Moellendorff wandte sich gegen Praktiken des Geschäftslebens, in denen eine größere Toleranz zwischen Rechten und Pflichten der Geschäftspartner den Handelsverkehr erleichtern sollte: Anstelle der gebotenen Unterscheidung von Rechten und Pflichten, so schrieb Moellendorff, seien verschwommene Begriffe wie Usance, Toleranz und Kulanz eingeführt worden.)¹⁰⁸ Die kurzfristigen Preisschwankungen, die sich aus Tagesangebot und Tagesnachfrage ergäben, bildeten einen Marktpreis, der keinen Eigenwert der Güter voraussetze, welcher aus dem Wert der aufgewendeten Arbeit herühre. Damit aber werde eine Vorherrschaft der Lage über das Wesen der Güter verwirklicht, deren Ergebnis in einem "Preiswert")¹⁰⁹ der Güter, nicht aber in einem "Wertpreis")¹¹⁰ bestehe. Aus diesen Erscheinungen zog Moellendorff den Schluß, daß die Märkte von "Liehabern der Umsatzhäufigkeit")¹¹¹ organisiert würden und der Bewegungsvorgang wirtschaftlicher Prozesse unter dem Einfluß liberalistischer Grundsätze und Praktiken aus einem "dynamischen")¹¹² in einen "kinematischen")¹¹³ verwandelt worden sei. Das Prinzip der Produktivitätssteigerung durch 'wissenschaftliche Betriebsführung' sollte hingegen in der Industrie den Einfluß marktwirtschaftlicher Methoden verdrängen.

Eine "überlegene Ökonomie")¹¹⁴ sollte die Mechanisierung bändigen und ihr ein zweckrationales Gepräge geben. Eine solche ökonomische Überlegenheit ermöglichte das Taylorsystem nach Moellendorffs Auffassung dadurch, daß die menschliche Arbeitskraft mit seiner Hilfe auf das Dreifache gesteigert werden könnte, indem die Arbeitstechnik auf Resonanz mit dem Arbeitsrhythmus ausgerichtet würde.)¹¹⁵ Andererseits sollte eine Reform der Arbeitsverfassung im Hinblick auf Auslese des Personals und planvolle Gliederung des Produktionsapparates verwirklicht werden.)¹¹⁶ Leistungssteigerung und fachliche Auslese sollten eine große Steigerung der Produktivität erzielen.)¹¹⁷ Moellendorffs Absicht ging über betriebswirtschaftliche Rationalisierung hinaus: Durch die ideologische Komponente, mit Hilfe technischer Veränderungen des Produktionsgefüges eine technisch-wirtschaftlich ausgerichtete Kultur zu entwickeln, erhielt Moellendorffs Plan gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Darum stand nicht der Gedanke der Rationalisierung im Vordergrund, sondern die Vorstellung, alle wirtschaftlichen Funktionen auf ein gesellschaftliches Ziel auszurichten. Die Reform der Arbeitsverfassung sollte für den Organismus der Gesellschaft die Funktion eines "Gleichrichters der divergierenden Individualneigungen zum konvergierenden Impuls einer gemeinsamen Idee")¹¹⁸ ausüben. Aber der Einsatz einer überlegenen Ökonomie sollte nur der technische Vollzug im Rahmen einer sozialen Idee sein. So wie für den marxistischen Sozialismus das soziale Motiv in der Aufhebung der Entfremdung zwischen Arbeitern und Produktionsmitteln besteht, so war für Moellendorff das gesellschaftliche Motiv die Aufhebung der Mechanisierung menschlicher Beziehungen und wirtschaftlicher Prozesse. Den Vorgang der Mechanisierung sah er in "Verflachung und Entgeistigung")¹¹⁹ beim Umgang mit Geräten und Produktionsinstrumenten und in der Diskrepanz zwischentechnischer Entwicklung und allgemeiner Bildung, in der "Unkunde")¹²⁰ der Konsumenten, die Handwerkszeug und Gerät aus dem natur-

wichtigen Zustand eines Zusammenhanges der Beziehung Mensch - menschliche Arbeit - menschliche Schöpfung durch besinnungslosen Zweckdienst der Geräte herauslöse und auf den Stand von "Surrogaten")¹²¹ herabwürdige. Als Endergebnis einer Durchdringung der industriellen Arbeitswelt mit neuen ökonomischen Impulsen erwartete Moellendorff eine neue Wirtschaftsgesinnung, die der Industrieproduktion eine organische Einheit sichern sollte: "Die Fabrik, deren Leib ein Automat und deren Geist ein Schema zu sein scheint, wird wie der gewachsene Organismus beseelt durch Erfahrung, Gesinnung und Eigentreue.")¹²² Die Überwindung der Mechanisierung sollte eine neue Epoche des Wirtschaftslebens einleiten, "aus mechanistischer zurück in beseeltere Geschäftsführung.")¹²³ Die Ausrichtung der industriellen Erzeugung an kulturellen Wertvorstellungen hatte zum Ziel, das Ideal einer natürlichen Humanität in der industriellen Welt durchzusetzen. In der 'wissenschaftlichen Betriebsführung' Taylors hatte Moellendorff eine Methode gefunden, die nach seiner Auffassung beitragen konnte, soziale Harmonie zu verwirklichen. Die Schriften Moellendorffs zeigten das Bemühen, einen Ansatz zur Synthese von natürlicher Humanität und rationaler Wirtschaft in den USA nachzuweisen. Er schrieb: Das Ergebnis der Entwicklung in Nordamerika sei eine Stoff- Güter- und Menschenkunde, die der "Blumen- und Tierkunde unserer Großeltern")¹²⁴, also der Generation der Romantik, gleiche. Die Kennzeichen dieser neuen Wissenschaft bestünden darin, daß den Amerikanern die "Vielfalt, Schönheit und Ordnung in den alltäglichen Dingen")¹²⁵ vor Augen geführt würden. Nicht lebensfremde Wissenschaft beherrsche das Wirtschaftsleben in den USA, sondern "schlichte Erzählung von Beobachtungen und Demonstration von Experimenten")¹²⁶, die jedermann einlade, "die Herrlichkeiten selbst zu ergründen.")¹²⁷

7 Die konservative Wirtschaftsgesinnung Moellendorffs
Das wirtschaftlich-soziale System

Moellendorff hatte gefordert, eine technische Elite zu schaffen, die seine Idee einer technisch-wirtschaftlichen Kultur durchsetzen könnte. Er hatte an die "Machthaber der neuen Zeit"),¹²⁸ an die Unternehmer, appelliert, der Auslese des technischen Nachwuchses größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und einen Stab junger Techniker durch planvolle Erziehung heranzubilden. Die Unternehmen sollten nach klar umrissenen Verantwortlichkeiten geordnet werden, das System der leitenden Angestellten nach Prinzipien der "natürlichen Auslese")¹²⁹ und der "bewußten Organisation")¹³⁰ aufgebaut werden.)¹³¹ Dieser Appell, bei dem Moellendorff an Emil Rathenau gedacht hatte, war von Harden an Walther Rathenau gesandt worden. Er bildete den äußeren Anlaß für den Beginn einer Bekanntschaft, die sich in den Jahren des Krieges zur Freundschaft verdichten und in der Anfangszeit der Weimarer Republik in bitterem Zerwürfnis enden sollte. Das Ergebnis der Episode bestand zunächst darin, daß Moellendorff Gelegenheit erhielt, seine Gedanken beim Aufbau eines Metall-Laboratoriums im Kabelwerk Oberspree der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu erproben, eines Betriebes, zu dessen Leiter er bald aufstieg. Dem Lehrer-Schüler-Verhältnis zwischen Rathenau und Moellendorff war es zu danken, daß Moellendorff in der Ranghierarchie der AEG schnell avancierte. Er wurde Direktionsassistent und übernahm die Leitung der technisch-ökonomischen Verwaltungsabteilung für die Metallbetriebe. In der Zeit bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges vollendete er den Ausbau seiner sozialen Theorie der späteren Gemeinwirtschaft. Er bezog das Taylor-System nach und nach in seine Überlegungen ein und gründete die Theorie auf die Hoffnung einer Umgestaltung der Produktionsverhältnisse. Die Überwindung der Mechanisierung durch eine Ökonomie, die die Wirtschaft beseelen sollte, indem sie im Mitarbeiterstab der

wirtschaftlichen Unternehmen die menschlichen Qualitäten Erfahrung, Gesinnung und Beständigkeit weckten, sollte eine neue Epoche der Wirtschaft)¹³² einleiten. Die Entwicklungsrichtung "aus mechanistischer zurück in beseeltere Geschäftsführung")¹³³ sollte die neue Wirtschaftsepoche bestimmen. Das neue Zeitalter der Wirtschaft hatte in Übereinstimmung mit den geistigen Grundlagen der Romantik zu stehen: Die Wirtschaft sollte Formen annehmen, die den Deutschen, als einem Volk germanischer Herkunft, wesensnahe sein sollten.)¹³⁴ Moellendorff ging davon aus, daß die Gruppe der Techniker und Ingenieure einen beherrschenden Einfluß auf die gesamte Wirtschaft erlangen würde. Er maß der Organisationsform der Wirtschaft unter industrieller Führung entscheidende Bedeutung zu und sprach von der "Organisation der Menschheit zum geistigen Stab ihrer Technik".)¹³⁵ Moellendorff schilderte die Vorstufen der Automation, wenn er hinter der technisch-wissenschaftlichen Organisationsform der Wirtschaft eine Arbeitsverfassung beschrieb, die bestimmt werde von einem Anwachsen des Umfangs intellektueller Dienste und vom Rückgang der manuellen und körperlichen Arbeit. Diese neuen Formen erforderten nach seiner Überzeugung die Übergabe der Entscheidungsgewalt in die Hände der technischen Spezialisten. Zunächst musste man die Schul- und Bildungseinrichtungen umgestalten. Moellendorff schlug vor, Berufsberatungsstellen nach Vorbildern einzurichten, die er in den USA kennengelernt hatte. Das Schulwesen sollte mit humanistischem Inhalt erfüllt werden. In der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in den USA sah Moellendorff die Vollendung der 'neuen Wirtschaft', die, wie er in romantischer Stilisierung schrieb, "beseelt" sei wie ein "taciteisches Germanendorf")¹³⁶. An der Spitze der Grundsätze einer neuen Wirtschaftsordnung stand bei Moellendorff die Forderung nach einem planvollen Wirtschaftsablauf. Der Wirtschaftsprozess sollte, auf ein bestimmtes Ziel gerichtet, von Schwankungen des Lohnes und der Beschäftigung befreit und an einem erkennbaren Bedarf ausgerichtet werden.)¹³⁷ Moellendorff forderte "Wirkungsweite und Zielsicherheit der Pläne")¹³⁸, "Dauer und Stetig-

keit des Wirtschaftsablaufs")¹³⁹, "Kontinuität der vervollkommnung wirtschaftlicher Erzeugnisse")¹⁴⁰ und die Beruhigung der Preise als Voraussetzung der dauerhaften Existenz wirtschaftlicher Werte.)¹⁴¹ Die Neuorientierung des Handels sollte eine Richtschnur finden im Begriff der "Sachgenüge")¹⁴² am Handel und an der Ware. An die Stelle der wertneutralen wissenschaftlichen Betrachtung wirtschaftlicher Prozesse durch Betriebswirtschaftslehre und Statistik wollte Moellendorff eine Beurteilung der Wirtschaft nach Ordnungsvorstellungen setzen, die er umschrieb mit "genial bediente Gesinnung")¹⁴³, "verantwortlich empfundene Schaffensfreude")¹⁴⁴; Begriffe, deren Gesamtheit er als "Kollektivismus")¹⁴⁵ bezeichnete. Das gesellschaftliche Ziel der neuen Wirtschaftsordnung, das Ergebnis von Leistungssteigerung und rationaler Organisation, von höherer Produktivität und Produktion sollte es sein, die Arbeitszeit zu verringern und den Freiheitsspielraum der Individuen zu vergrößern. Das Problem der Freizeit bewegte die Gesellschaft vor dem ersten Weltkrieg allgemein sehr stark. Moellendorff erwartete von der mit Rationalisierung und Intensivierung verbundenen "Zeitersparnis und verminderten Angestrengtheit" ein "ungeheures Quantum Muße")¹⁴⁶. Er glaubte zuversichtlich, daß die industrielle Massengesellschaft, wenn sie mehr Freizeit habe, zu den Quellen eines humanistischen Bildungsideals zurückfinden werde, zur Beschäftigung mit kulturellen Werten. Die neue Wirtschaftsordnung sollte dazu beitragen, eine Sozialordnung zu verwirklichen, in der die Güterversorgung mit einem Minimalaufwand an Energie sichergestellt würde, in der romantisch stilisierten Sprache Moellendorffs, der Mensch "der Erde gibt, was der Erde ist")¹⁴⁷; damit sich die Gesellschaft kulturellen Gütern zuwenden könne, oder, um wieder mit Moellendorff zu reden, der Mensch - und sei es selbst aus "Langeweile"- seine "Seele" finden könne.)¹⁴⁸ Die Alternative, vor die er die Menschheit gestellt sah, hieß, entweder die industrielle Produktion so zu organisieren, daß der einzelne in der ihm bleibenden Freizeit seine Bestimmung als kulturelles Wesen erfüllen konnte, oder die Arbeitsstätten zu zerstören und zur Wirtschaftsweise des

Mittelalters zurückzukehren.)¹⁴⁹

8 Das kulturell-soziale System

Wenn das Panorama der wirtschaftlichen Vorstellungen, das Moellendorff bis zum weltgeschichtlichen Jahr 1914 ausgebreitet hat, ein sozialpsychologisches Fundament genannt worden ist,¹⁵⁰ so geschah dies im Hinblick auf sein Grundthema: Die Seele der Gemeinschaft und des einzelnen in einer sinnvollen Zuordnung zur Wirtschaft zu erfassen. Der Begriff 'Seele' ist der Schlüssel zum Verständnis der Theoreme Moellendorffs. Welcher Inhalt verbirgt sich hinter ihm? Moellendorff ordnet die Wirtschaft der Gesellschaft unter und sieht in der Gesellschaft eine geistig handelnde organische Einheit, deren wirtschaftlicher Lebensbereich die Mittel für höherwertige, kulturelle Ziele bereitstellt. Er knüpft unmittelbar an die Geistesbewegung der deutschen Romantik an, die sich gegen Rationalismus und gegen die Ideenwelt der Französischen Revolution richtete und den Anspruch der historisch gewachsenen, natürlich-organischen Einheit aller geschichtlichen Erscheinungen gegen die Absicht verteidigte, die Gesellschaft rational konstruieren zu wollen. Der romantischen Auffassung von der Wirtschaft folgend, stellte er den schöpferischen Eigenwert des wirtschaftenden Menschen über den rationalen Wirtschaftsprozeß, zugleich aber die Gemeinschaft über das Individuum und die führenden Leistungen in der Wirtschaft über die geführten. So kommt Moellendorff zu einer Rangordnung der Leistungsbereiche in der Wirtschaft, in der die planenden und organisierenden Funktionen primär sind, und die in der Reihe verläuft: Planen, Leiten, Organisieren - industriell Produzieren - durch Handel Verteilen. Dabei wird den Währungs- und Kreditfragen keinerlei Beachtung geschenkt. Die Methode des Moellendorffschen Denkstils unterstellt die Wirtschaft sozialen Zielen und Zwecken und stellt sie auf die Grundlagen der sozialen Kultur (Wissenschaft, Technik, Organisation). Damit wird die Kultur zur maßgebenden Instanz für die Wirtschaft und die Kausalität wirtschaftlicher

Prozesse zum nachgeordneten 'mechanistischen Prinzip' postuliert. Verbunden damit zeigt sich eine Tendenz zur organisch-ganzheitlichen Auffassung der wirtschaftlichen Wirklichkeit, die ihren Ausdruck in der Forderung nach Einheit aller Ausdrucksmittel und in der Ansicht eines überwölbenden Kulturgeistes findet. Die Moellendorffschen Begriffe 'Seele' und 'Beseelung' stehen in Korrespondenz mit dem Begriff des Kulturgeistes. Sie haben Bezüge zur Lebensphilosophie, wo namentlich bei Bergson das Thema einer "Beseelung" der technifizierten Welt abgehandelt wird.)¹⁵¹ Neben dieser formalbegrifflichen Einordnung bieten sich indessen andere, der Vorstellungswelt Moellendorffs gemäÙere Erklärungen seiner Ansichten an. Wir finden bei ihm eine Reihe wirtschaftlich-sozialer Begriffe, deren Elemente durch ein verbindendes Prinzip eine Perspektive erhalten und damit in ein System gebracht werden. Solche Begriffe sind: Im sozialen Bereich die 'natürliche Auslese einer technischen Elite',)¹⁵² der Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen,)¹⁵³ der 'Tausch intellektueller Dienste' als Form der Arbeit)¹⁵⁴ und die Veredelungstendenzen der Massenfabrikation.)¹⁵⁵ Im wirtschaftlichen Bereich: 'Wirkungsweite und Zielsicherheit wirtschaftlicher Pläne,')¹⁵⁶ 'Dauer und Stetigkeit des Wirtschaftsablaufs')¹⁵⁷ sowie 'Kontinuität in der Vervollkommenung wirtschaftlicher Erzeugnisse' u.a.)¹⁵⁸

Das verbindende Prinzip, das die Elemente in ein soziales System bringt, besteht in der Absicht, einen höheren Wirkungsgrad der menschlichen Arbeit freizusetzen,)¹⁵⁹ um die 'Mechanisierung' aller Lebensbereiche zu überwinden und den natürlichen Lebenszusammenhang zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, Individuum und Gemeinschaft, Technik und Leben wiederherzustellen. In Moellendorffs Kritik zeigt sich der Gegensatz zwischen einem Wirtschaftssystem, das autonom ist, und einem "social integrated system,")¹⁶⁰ in dem die wirtschaftlichen Funktionen in gesellschaftliche Lebenszusammenhänge eingeordnet sind und von ihnen beherrscht werden. Diese Auffassung vom Sinn wirtschaftlicher Tätigkeit richtet sich gegen die

Ansicht, daß ein Wirtschaftssystem, welches aus den Elementen "Marktwirtschaft - freie Unternehmung - ökonomischer Rationalismus")¹⁶¹ besteht, in der Lage sei, im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Bereich eine der Natur des Menschen gemäße Ordnung zu verwirklichen, wie dies von Adam Smith angenommen worden war. Sie plädiert für eine auf die Verwirklichung kultureller Wertvorstellungen gerichtete, kontrollierte Funktion des Wirtschaftlichen in einer Gesellschaft, die in der Tradition der Erhaltung und Bewahrung des "guten Lebens")¹⁶² steht. Moellendorff verkennt nicht, daß die bloße Bewahrung eines ausreichenden Lebensstandards und die Beschränkung der menschlichen Arbeit auf dessen Erhaltung den Fortschritt in einer Welt unter dem Zeichen der Bevölkerungsexpansion zum Erliegen bringen muß. Aber die regulativen Normen, die er der Wirtschaft setzen will, orientieren sich an der Bedarfsdeckung für das Lebensnotwendige. Moellendorff glaubt, daß die unbegrenzte Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit durch wissenschaftlich begründete Arbeitstechniken im Verein mit dem Ethos einer spartanischen Lebenshaltung zur Befriedigung der Güternachfrage führen wird. Er will den Verbrauch im Sinne einer Abwendung von überflüssigem Luxus beschränken. Darin liegt die Bedeutung seiner sozialen Idee: Moellendorff glaubt an die Möglichkeit, die kulturelle Tradition der deutschen Klassik und Romantik ungebrochen weiterzuführen. Der Prozeß der Industrialisierung, der in der kulturellen Entwicklung neuen Normen zum Durchbruch verholfen hatte, sollte weitergeführt und zugleich auf seine eigentliche Aufgabe beschränkt werden, die Lebensfristung der Menschen zu sichern. Moellendorff glaubt weiterhin, daß sich der industrielle Lebensstil, wenn die Aufgabe der Wirtschaft zur Kenntnis genommen werde, den unumgänglich notwendigen Bedarf der Gesellschaft an lebensnotwendigen Gütern zu sichern, im Sinne einer versachlichten, rationalen Lebensführung erst durchsetzen werde, sobald die industrielle Aufgabe von marktwirtschaftlichen Mechanismen getrennt werde, die sich ihrer, nach Moellendorffs Meinung, nur als Mittel zum Zweck bedienen.

Da der industrielle Lebensstil in der Vorstellung Moellendorffs streng rational ist, muß er nach seiner Meinung seiner Begrenztheit und Unvollkommenheit im Hinblick auf die kulturelle Aufgabe der Weiterbildung des Menschengeschlechts Rechnung tragen und muß sich mit dem kulturellen Lebensstil verbinden, der das Zeitalter Goethes geprägt hat. Das Problem der wirtschaftlichen Expansion durch Rückleitung des Produktionsüberschusses in Investitionen als Voraussetzung einer Befriedigung des sich ausweitenden Bedarfs hat er gesehen. Aber er war der Ansicht, daß das Verhältnis zwischen Wirtschaftsexpansion und Bevölkerungswachstum nach den Grundsätzen seiner Theorie einer rationalen Lebensführung gestaltet werden sollte.

Neben der sozialen Theorie finden sich in Moellendorffs Darlegungen perspektivische Deutungen der Entwicklung wissenschaftlich begründeter Arbeitsverfahren, die auch heute noch gültig sind. Wenn er von der 'Konsolidierung menschlicher Arbeit zum Tausch intellektueller Dienste')¹⁶³ sprach, so schilderte er den Grundzug der industriellen Entwicklung.

9 Die wirtschaftspolitische Lage:

Das Aufkommen der Interessenverbände und die Politik des 'Schutzes der nationalen Arbeit'

Die wirtschaftspolitische Lage, die Verfassung der Industrie und die Entwicklung der wirtschaftlichen Interessenverbände seit der Jahrhunderthälfte bilden die Grundlage für die Strukturelemente in Moellendorffs Theorie einer 'wirtschaftlichen Selbstverwaltung'. Der Werdegang der Interessenverbände wies die Möglichkeiten für die Verwirklichung eines gesamtwirtschaftlichen Interessenausgleichs auf. Moellendorff hat in der Entfaltung seiner Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung die verschiedenen Strömungen im wirtschaftlichen und sozialen Leben Deutschlands zusammengefasst, mit den Erfahrungen der Kriegswirtschaft während des ersten Weltkriegs ergänzt und mit nationalwirtschaftlichen Ideen zu einem System der Gemeinwirtschaft verbunden, in dem die öffentlich-rechtliche Vertretung der Interessengruppen das bestimmende Merkmal war.

Die einzelnen Faktoren, die den Entwurf einer gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsverfassung bestimmten, waren die Konzentrationsbewegung in der Wirtschaft, das Auftreten großer Interessenverbände bei Bismarcks Wendung zur Schutzzollpolitik und die ideologische Version eines 'geschlossenen Handelsstaates', die während des Weltkrieges in Deutschland aufkam.

Auf der Suche nach wirtschaftlichen und sozialen Ideen, auf die er seine Vorstellung einer neuen Wirtschaftsordnung gründen konnte, stieß Moellendorff auf Gedanken, die der Freiherr vom Stein und Friedrich der Große, die Friedrich List, Bismarck und Lagarde zur Frage der wirtschaftlich-sozialen Verfassung beigetragen hatten. Er nahm diese Gedanken auf und überprüfte sie mit den Erfahrungen, die er bei seiner Tätigkeit in der deutschen Kriegswirtschaft gewann. Moellendorff hatte als Referent für die Chemiewirtschaft in der Kriegsrohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums gearbeitet. Später war er Direktor der Kriegskemikaliengesellschaft geworden und hatte als wissenschaftlicher Berater im Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt des Kriegsamtes Einfluß auf die Entwicklung der Wirtschaftsordnung genommen. Unter dem Einfluß Walther Rathenaus hat er nach Wegen gesucht, die deutsche Wirtschaft nach einem geschichtlich begründeten Plan umzugestalten.

Ein Rückblick auf die Strömungen, aus denen die 'Gemeinwirtschaft' hervorging, zeigt die Verbindung zwischen Moellendorffs Ideen und ihren historischen Wurzeln.

Die Interessenvertretung der Wirtschaft und der Zusammenschluß wirtschaftlicher Interessenten zu Verbänden hatten ihren Ausgang mit der Reichsgründung genommen. Die Verbandsgründungen wurden bestimmt vom Wechsel der Konjunktur und von der Interessenlage in der Auseinandersetzung um Bismarcks Zollpolitik. Seit der Gründung des 'Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen' im Jahre 1871, des Vereins mit dem 'langen Namen', wie ihn Bismarck nannte, standen die ersten drei Jahrzehnte nach der Reichsgründung im Zeichen wachsender industrieller und agrarischer Interessenvertretung, die ihre Antriebe aus der Handelspolitik des Reiches erhielt.

Die Stationen der handelspolitischen Entscheidungen waren der Übergang zur Schutzzollpolitik in den siebziger Jahren, die Ermäßigung der Schutzzölle in den Caprivischen Handelsverträgen 1891-93 und die erneute Verschärfung der Schutzzollpolitik durch Bülow 1902. Im gleichen Maße, wie sich die Waage der Handelspolitik zu Freihandel oder Schutzzoll neigte, häuften sich vor jeder handelspolitischen Wendung die Gründungen von Interessenverbänden. Die Interessenverbände haben ebenso wie die politische Doktrin des 'Schutzes der nationalen Arbeit' die Entwicklung der gemeinwirtschaftlichen Theorie Moellendorffs beeinflusst. In den zentralen Verbänden fand Moellendorff Strukturelemente für den Aufbau einer kollektiven Wirtschaftsverfassung.

Die Anhänger der Schutzzollpolitik leiteten ihren Angriff auf Freihandel und liberale Wirtschaftspolitik mit dem Rückgriff auf Friedrich Lists 'Nationales System der politischen Ökonomie' (1841) ein und bedienten sich des Erziehungszolls von List zum 'Schutz der einheimischen nationalen Arbeit'. Auf den Schutz der nationalen Arbeit beriefen sich die Vertreter der Reichsgewalt ebenso wie die Interessenverbände. List hatte auf Gedanken aufgebaut, die Alexander Hamilton in seinem 'Report of Manufacturers' 1791 zum Schutz junger Nationalindustrien entwickelt hatte. Er hatte in seinem nationalen System der Volkswirtschaft gefordert, Schutzzölle zu erheben, damit sich eine nationale Industrie in Deutschland entwickeln könnte. Der von List verfolgte Zweck industrieller Erziehung stand im Widerspruch zu den Motiven der Protektionisten in der Bismarckzeit. Abgesehen von der veränderten wirtschaftlichen Lage in Deutschland nach 1871, -als die Kriegsentschädigungen aus Frankreich die stürmische Entfaltung von Industrie, Eisenbahnwesen, Bauhandwerk, Handel und Banken begünstigten, waren im Zeitalter Bismarcks die Grundlagen der nationalen Industrie schon gelegt, die Voraussetzungen für industrielle Erziehungszölle damit entfallen, ging das System Lists auch von anderen politischen Voraussetzungen aus, als sie in der Diskussion um die Schutzzollpolitik Bismarcks eine Rolle spielten. Die Protektionisten in der Schwerindustrie, in der Textil-Rohstoff-Industrie und in der

Landwirtschaft sahen in der Schutzzollpolitik das Mittel zur Abwehr einer konjunkturellen Krise. List hatte Schutzzölle als ein Mittel zum Erstarken einer jungen Industrie verstanden. Er hatte Schutzzölle der Industrie, nicht aber der Landwirtschaft zugebilligt.)¹⁶⁴ Er hatte weiterhin die Dauer des Zollschutzes auf die Erfüllung des Ziels der industriellen Erziehung begrenzt.)¹⁶⁵ Das Schutzzollsystem bei List war ein wirtschaftspolitisches Instrument zur Industrialisierung für das Anfangsstadium des industriellen Aufbaus. In der Schutzzollbewegung von 1876 wurde es anders verstanden: Der Zoll diente hier als Mittel der Konjunkturpolitik. Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen bei List und bei den Anhängern der Bismarckschen Schutzzollpolitik wiegen aber gering im Vergleich zu den Gegensätzen der gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen, die zwischen List und den Protektionisten von 1876 bestanden. Das Ergebnis der Wende zum Schutzzoll bestand im gesellschaftlich-politischen Bündnis zwischen Junkertum und Schwerindustrie im Zeichen der "Realpolitik").¹⁶⁶ List hatte dagegen dem Staat die Aufgabe zugeschrieben, für den wirtschaftlichen Fortschritt zu sorgen und die nationalen Produktivkräfte anzuregen. Die Summe der Produktivkräfte war nach seiner Ansicht mehr als das Aggregat zur Gütererzeugung. Sie schloß geistige und gesellschaftliche Kräfte ein, für deren Erwerb die Nation materielle Güter opfern sollte. Solche produktive Kräfte sah List verkörpert in den liberalen Freiheitsrechten, in Gedanken-, Gewissens- und Pressefreiheit, in den Einrichtungen von Geschworenengerichten und in der Öffentlichkeit des Gerichtswesens, in der Kontrolle der Verwaltung usw.)¹⁶⁷ In der Verwurzelung des Listschen Systems im Gedankengut der liberalen Freiheitsdoktrin zeigte sich die Gegnerschaft zur Ordnung des Obrigkeitsstaates.)¹⁶⁸ Hier berührten sich im Denken Friedrich Lists wirtschaftstheoretische Lehrmeinungen und Bestrebungen, die darauf gerichtet waren, eine gemeindliche Selbstverwaltung zu errichten. Die Wortführer der protektionistischen Verbände haben im Kampf um die Entscheidung für den Schutzzoll den ideellen Hintergründen der Lehre Lists wenig Bedeutung beige-

messen. Indem aber die Schutzzollpolitik die Bildung wirtschaftlicher Verbände provozierte, schuf sie in ihnen die Grundformen für eine wirtschaftliche Selbstverwaltung, bei deren theoretischer Begründung Moellendorff auch auf Friedrich List zurückkam. In dieser Entwicklung liegt keine Folgerichtigkeit. Verbände, Schutzzoll und Gemeinwirtschaft bilden keine Entwicklungsreihe. Aber die am Ursprungsort der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland auftretenden Kräfte, Ideen und Institutionen bedingen und durchdringen sich gegenseitig.

II Die Kriegswirtschaft

1 Der Aufbau der kriegswirtschaftlichen Organisation: Die Gründung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung

Die Entwicklung von Organisationsformen der Kriegswirtschaft vermittelte erste Erfahrungen mit Institutionen, Aufbau und Funktion der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Die "wirtschaftliche Mobilmachung")¹⁶⁹ hat in Besprechungen, die das Reichsamt des Inneren vor Ausbruch des ersten Weltkrieges führte, die Mitwirkung der Wirtschaftsverbände, industrieller Vertreter und Selbstverwaltungseinrichtungen einbezogen. Die ersten Anregungen für wirtschaftliche Vorausplanungen auf einen kommenden Krieg waren schon 1909 in kommissarischen Verhandlungen des Reichsamtes des Inneren aufgetaucht. Auf einen Erlaß des Reichskanzlers wurde im Reichsamt des Inneren unter der Aegide des Staatssekretärs Clemens von Delbrück und unter Vorsitz seines Unterstaatssekretärs Dr. Richter eine "Ständige Mobilmachungskommission" gebildet, die ein Programm für die wirtschaftliche Mobilmachung aufstellte, das nach Beratungen mit Sachverständigen aus Kreisen von Landwirtschaft, Handel und Industrie im wirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages behandelt werden sollte.)¹⁷⁰ In diesen Verhandlungen, die vom 18. bis 24. Mai 1914 im Reichsamt des Inneren stattfanden, wurde die Frage aufgeworfen, wie die Industrie im Kriegsfall mit Rohstoffen versorgt werden könne. Die Regierung ging davon aus, daß die Probleme der Rohstoffversorgung nur gelöst werden könnten, "wenn

Handel und Industrie ihre großen Organisationen, ihre Handelskammern und Verbände in den Dienst der Sache stellten".)¹⁷¹ Diese wirtschaftlichen Organisationen, die im Zuge der Entwicklung Deutschlands zum industriellen Exportland entstanden waren, Arbeitgeberverbände und industrielle Wirtschaftsverbände auf der einen Seite - wie der Centralverband Deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen, der Verein der deutschen Berg- und Eisenhüttenleute - die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen der Handelskammern auf der anderen Seite, sollten in Zusammenarbeit mit der Regierung eine Konzeption der wirtschaftlichen Vorbereitung auf den bevorstehenden Krieg erarbeiten. Die Unternehmen sollten die Konzeption nach Direktiven der Reichsregierung verwirklichen. Für die planwirtschaftliche Kriegsproduktion schien die industrielle Organisationsform gemeinwirtschaftlicher Unternehmen die günstigste Lösung zu sein. Das Reichsamt des Inneren hatte nach dem Zeugnis seines Staatssekretärs v. Delbrück seit längerer Zeit erwogen, "Monopolbetriebsformen")¹⁷² zu schaffen, um der Regierung wirtschaftspolitischen Einfluß auf die Verwaltung der hochkonzentrierten Betriebsformen in der Wirtschaft zu sichern. Nicht nur in den neu aufgekommenen Zweigen der chemischen, elektrotechnischen und optischen Industrie, sondern auch in der Schwerindustrie hatte sich seit dem Umschwung mit der Bismarckschen Schutzzollpolitik der Zug zu Kartellvereinbarungen und zum Ausbau der vertikalen und horizontalen Vereinigungen in der Großindustrie durchgesetzt. Meilensteine auf diesem Wege waren die Gründungen des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats und des Stahlwerkerverbands von 1904. Die Verbundformen in der Industrie verwiesen auch die Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik auf den Weg der Bildung monopolistischer Betriebsformen. So bereitete die Finanzverwaltung ein Gesetz für ein Petroleum-Monopol vor, und das Reichsamt des Inneren plante ein Elektrizitätsgesetz, zu dessen Entwurf sich die Regierung der Mitarbeit der Wirtschaftsführer bediente. Der Einfluß, den Walther Rathenau als Vertreter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft AEG auf die Regierung gewann, bestimmte weitgehend das Profil der Mobilmachung in der Industrie.

Die Vorschläge Moellendorffs für wirtschaftliche Kriegsmaßnahmen, die sich der Vermittlung Rathenaus als wirtschaftlicher Machtfaktor bedienen mussten, zeigten ein Alternativprogramm zu den Konzeptionen Rathenaus. Die Ziele, die Walther Rathenau mit der Begründung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung im preußischen Kriegsministerium verfolgte, sind von der Konzeption seiner wirtschaftlichen Mittel-Europa-Idee nicht zu trennen. Die Vorstellungen, die Rathenau dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg in den ersten Tagen nach Kriegsausbruch in einer Denkschrift nahezubringen suchte, strebten die Behauptung Deutschlands als ebenbürtige Weltmacht neben den USA, Großbritannien und Rußland an. Ihre Substanz bestand in der Idee eines Ausgleiches mit Frankreich und im Plan eines uneingeschränkten Zollanschlusses Österreich-Ungarns an das Reich.)¹⁷³ Zwischen den weitergehenden Plänen der Industrie, die auf die Annexion wirtschaftlich ergiebiger Gebiete drängte, und dem Drängen sozialistischer Kreise nach Verständigungsfrieden und inneren Reformen steuerte Reichskanzler Bethmann-Hollweg einen unentschiedenen Kurs, indem er allen Seiten Versprechungen machte.)¹⁷⁴

Gegenüber diesen Plänen erhielt die Frage der Rohstoffbeschaffung und der Bewirtschaftung einheimischer Rohstoffe als Voraussetzung für die Sicherung der wirtschaftlichen Leistungskraft im Kriege in der Sicht W. Rathenaus die Bedeutung eines zweitrangigen, technischen Problems, dessen Aktualität mit fortschreitenden Eroberungen im Westen schnell überholt sein würde. Erst als der Westfeldzug nicht zum erwarteten Blitzsieg führte, gewann die Idee der Rohstoff-Bewirtschaftung an Bedeutung. Nachdem über Deutschland die Blockade verhängt worden war, wurde sie zur Lebensfrage.

Moellendorff hatte nach Kriegsbeginn in der Verwaltungsabteilung der Metallbetriebe der AEG die Auswirkungen bemerkt, die bei der Erzeugung kriegswichtiger Güter in der Industrie zu Produktionsschwierigkeiten führen mussten, nachdem Deutschland von Rohstoffeinfuhren abgeschnitten war. Die Situation, die er später mit der Bemerkung charakterisierte, Handel und Gewerbe hätten bei Kriegsbeginn kraft- und gedankenlos auf dem Rücken gelegen und ihre Hoffnungen auf das Ergebnis einer siegreichen

Waffentat gesetzt,)¹⁷⁵ veranlasste dazu, Erhebungen über den Stand der Rohstoffvorräte anzustellen. Das Ergebnis dieser Überlegungen bildete den Auftakt für die Rohstoff-Bewirtschaftung in Deutschland im ersten Weltkrieg.

Moellendorff schrieb am 8. August 1914 an Rathenau, an die, wie er hinzufügte, "wirtschaftlich stärksten Instanz", zu der er Zugang besaß: "Die Einfuhr einiger für den Krieg wichtiger Rohstoffe ist gesperrt, z.B. die von Kupfer ... Betroffen werden davon direkt die Grundlagen zur Erzeugung von Munition, elektrotechnischen Verkehrsmitteln, Schiffsausrüstungen etc. ...Ich rate, das Kriegsministerium anzuregen, es möge den Status recherchieren und einen sparsamen Haushalt unter zentraler Gewalt eröffnen.")¹⁷⁶

Darüber hinaus empfahl Moellendorff zu prüfen, wie die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften gelöst werden könnte. Er schlug vor, einen Teil der Kriegsdienstpflichtigen zur Produktion abzukommandieren. Mit der Warnung, daß bürokratische Hemmnisse einen empfindlichen Zeitverlust in der Herstellung kriegswichtiger Güter verursachen könnten, schloß Moellendorff seinen Brief.)¹⁷⁷

Damit war die Frage der Bewirtschaftung kriegswichtiger Rohstoffe aufgeworfen und die Dienstverpflichtung wehrdienstpflichtiger Männer in der Industrie angeregt worden - Fragen, die in der Geschichte der Kriegswirtschaft zu zentralen Themen und in der Auseinandersetzung um das Hindenburg-Programm zu innenpolitischen Streitpunkten erster Ordnung werden sollten. Es war den hochgeschraubten Erwartungen auf den Erfolg des Schlieffen-Plans, mehr aber noch dem günstigen Kriegsverlauf bis zur Marneschlacht zuzuschreiben, daß Moellendorffs Anregungen mit Zurückhaltung aufgenommen wurden. Die an die Besetzung Belgiens geknüpften Hoffnungen, umfangreiche Rohstofflager zu erbeuten, ließen den Gedanken einer Bewirtschaftung vorhandener Rohstoffe hinter Erwägungen zurücktreten, wie die im Westen zu erbeutenden Rohstofflager am zweckmäßigsten erfasst und genutzt werden könnten. Walther Rathenau brachte dies noch am gleichen Tage in seiner Antwort zum Ausdruck,

als er schrieb, daß sich seine Hoffnungen, die Industrie ausreichend mit Metallen zu versorgen, auf die "Invasion im Westen")¹⁷⁸ gründeten. Die Eroberung von Lüttich hatte ihn in seiner Erwartung bestärkt, daß der Krieg im Westen sehr bald zu Resultaten führen würde, die das Rohstoffproblem lösten. Von der Annahme ausgehend, daß Belgien zum Zeitpunkt des deutschen Einfalls über eine leistungsstarke, ausreichend beschäftigte Industrie verfügte, gelangte Rathenau zu dem Schluß, daß die zu erbeutenden Rohstoffmengen, vermehrt durch Einfuhren in die besetzten Gebiete, genügen würden, den deutschen Bedarf zu decken.)¹⁷⁹ Er erklärte sich darum nur bereit, den Vorschlag Moellendorffs mit der Abänderung dem Kriegsministerium zu unterbreiten, "daß in den eroberten Landesteilen Requisitionen nach den uns unentbehrlichen Rohmaterialien stattfinden.")¹⁸⁰ Die Erfassung und Kontingentierung der vorhandenen Rohstoffe lehnte Rathenau dagegen mit der Begründung ab, daß eine solche "Repartition")¹⁸¹ im Sinne des Moellendorffschen Vorschlags durch die Eroberungen im Westen von den Verhältnissen überholt werde. Er sah die Bedeutung der Anregung Moellendorffs ausdrücklich darin, daß auf Möglichkeiten hingewiesen worden sei, diese Verhältnisse, d.h. die Besetzung belgischer Gebiete, wirtschaftlich auszunutzen, um der deutschen Industrie Rohstoffe zuzuführen.)¹⁸² Moellendorff hat schon am folgenden Tag versucht, die wirkliche Bedeutung seines Hinweises wieder ins rechte Licht zu rücken. In einem Schreiben vom 9. August 1914 hat er Rathenau darauf hingewiesen, daß die Metallvorräte auf dem westeuropäischen Festland, namentlich die Vorräte an Kupfer, die Erwartungen Rathenaus nicht rechtfertigten, es sei denn, "man wolle Spanien in die Rechnung einbeziehen.")¹⁸³ Die Aufgabe verdichtete sich dahin, "beschränkte Vorräte gegen einen wahrscheinlich überragenden Bedarf abzustimmen.")¹⁸⁴ Bestärkt wurde Moellendorff in seiner Ansicht durch erste Anzeichen der Verknappung, die sich darin bemerkbar machten, daß der Rohstoffhandel zu Preiserhöhungen überging. Moellendorff forderte daher einen raschen autoritativen Eingriff der staat-

lichen Stellen. Der konkrete Vorschlag Moellendorffs lief darauf hinaus, mit beschränkten Vorräten, "einen Rest rationaler Fabrikation")¹⁸⁵ sicherzustellen, und ohne weiteren Zeitverlust "an wenigen zentral gelegenen Arbeitsstätten die Vorräte und (Arbeits-)Kräfte")¹⁸⁶ zu vereinigen. Moellendorff drang in Rathenau, mit Hilfe des Kriegsministeriums eine "einheitliche Organisation der Arbeit")¹⁸⁷ durchzusetzen. Walther Rathenau hat den Vorgang der Errichtung der Kriegsrohstoffabteilung in einem Vortrag vor der 'Deutschen Gesellschaft 1914' geschildert)¹⁸⁸ und dabei seine Besorgnisse über die Rohstofflage hervorgehoben. Diese Erklärung steht im Widerspruch zu einem Brief Rathenaus an Moellendorff vom 10. August 1914, aus dem hervorgeht, daß Rathenau bei Besprechungen im Kriegsministerium lediglich die Empfehlung vortrug, Rohstoffvorräte in den besetzten Gebieten zu beschlagnahmen und der Bewirtschaftung zuzuführen.)¹⁸⁹ Dagegen hat er den Kerngedanken Moellendorffs, die in Deutschland vorhandenen Rohstoffe zu erfassen und zu bewirtschaften, nicht ernstlich zur Diskussion gestellt. Noch viel weniger war er bereit, den Gedanken einer Zentralisierung der kriegswirtschaftlichen Produktion in die Debatte zu werfen. Rathenau schrieb, das Interesse des Kriegsministeriums an den belgischen Vorräten sei anscheinend zu diesem Zeitpunkt noch nicht sehr lebendig, "weil man den belgischen Bären nicht verteilen kann, bevor er erlegt ist.")¹⁹⁰ Davon aber war in Rathenaus Briefen sehr viel, in Moellendorffs Schreiben dagegen überhaupt nicht die Rede. "Ein rein ökonomischer Gedanke")¹⁹¹, wie der Vorschlag, die kriegswichtige Industrie an geeigneten Stellen zu zentralisieren, hätte nach Meinung Rathenaus bei den Behörden ein noch geringeres Entgegenkommen gefunden, weil die Regierung sich nach dem Eindruck Rathenaus auf den Standpunkt stellte, daß es von Interesse war, Rohmaterialien zu sichern, daß es aber für den Staat eine zu weit gehende Frage bedeutete, zu kontrollieren, mit welchen Kosten die Kriegsproduktion erzeugt würde.)¹⁹² In einem Brief aus dem Jahre 1920 hat Rathenau eine neue Version der Vorgänge gegeben)¹⁹³ Allen seinen Berich-

ten)¹⁹⁴ ist gemeinsam, daß sie die Urhebererschaft Moellendorffs an der Idee der Rohstoffbewirtschaftung zu verschleiern suchen.)¹⁹⁵

In seinem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft 1914 hatte Rathenau am 20. Dezember 1915 ausgeführt, er habe sich drei Tage nach Kriegsbeginn, beunruhigt über die ungewisse Lage in der Rohstoffversorgung, beim Chef des Allgemeinen Kriegsdépartements, dem Obersten Scheuch, melden lassen, der ihn am 8. August 1914 abends zu einer Unterredung empfangen habe.

Aus dem Briefwechsel Rathenau - Moellendorff geht hervor, daß Rathenau in diesem Gespräch die Forderung in den Vordergrund stellte, in den eroberten Landesteilen Rohstoffe zu beschlagnahmen.)¹⁹⁶ Die unmittelbare Folge der Aussprache mit Scheuch bestand darin, daß Kriegsminister von Falkenhayn am

Vormittag des 9. August 1914 die Fragen der Rohstoffversorgung mit Rathenau erörterte. Auch dabei dürfte das Interesse an den belgischen Rohstoffvorräten vorgeherrscht haben. Der Kriegsminister schränkte alle Spekulationen mit dem Hinweis ein, daß ein günstiger Ausgang des Krieges in Belgien abgewartet werden müsse.)¹⁹⁷ Aber Falkenhayn ließ sich von Rathenau überzeugen, daß es notwendig sei, eine Organisation zu schaffen, die den künftigen Aufgaben gewachsen wäre, und er betraute Rathenau mit der Aufgabe, sie aufzubauen.)¹⁹⁸

Die Rolle Moellendorffs bei der Begründung der Kriegs-Rohstoff-Bewirtschaftung würdigte Rathenau in seinem Vortrag mit der Bemerkung, sein Freund Moellendorff habe "zuerst in freundschaftlichen Unterhaltungen den Finger auf diese ernste Wunde unserer Wirtschaft gelegt.)"¹⁹⁹

Nachdem 1920 in der 'Post', ausgelöst durch eine Indiskretion, die Frage der Priorität in der Kriegswirtschaft aufgeworfen worden war, schränkte Rathenau die Urhebererschaft Moellendorffs weiter ein. In einem Brief an Moellendorff schrieb er am 29.1.1920, "ich sah den Kontinent blockiert und erkannte, daß die Rohstoff- und Ernährungsfrage unser Schicksal bestimmten. Diese Erkenntnis und keine Anregung von Ihrer oder anderer Seite führte mich am Abend des 8. August 1914 ins Kriegsministerium.)"²⁰⁰

Rathenau hielt Moellendorff entgegen, er habe schon am 5. August 1914 die Vermittlung eines befreundeten Reichstagsabgeordneten in Anspruch genommen, um der Reichsleitung seine Besorgnisse vorzutragen. Seine Anmeldung bei Oberst Scheuch, dem Chef des Allgemeinen Kriegsdepartements, sei erfolgt, bevor er den Brief Moellendorffs mit dem Hinweis auf die bedrohte Rostoffversorgung erhalten habe.)²⁰¹

Der Prioritätsstreit um die Urheberschaft an der Idee der Kriegs-Rohstoff-Bewirtschaftung kann nur als nachträglicher Versuch Rathenaus gewertet werden, den ursprünglich defensiven Charakter der kriegswirtschaftlichen Überlegungen Moellendorffs für sein Organisationswerk der KRA zu okkupieren. Denn es waren im August 1914 zunächst nicht abwehrende Maßnahmen, die mit der Begründung der Krieg-Rohstoff-Abteilung KRA ins Auge gefasst wurden, sondern die Erfassung und Verteilung der Kriegsbeute in Belgien schwebten Rathenau als unmittelbares Ziel vor. Erst mit den Auswirkungen der Wirtschaftsblockade gegen Deutschland und als der erwartete "Blitzsieg")²⁰² ausblieb, trat der Gedanke Moellendorffs einer planmäßigen Verfügung über begrenzte kriegswichtige Hilfsmittel mehr in den Vordergrund. Für Rathenaus Beteiligung gilt die Feststellung, daß der Kriegsverlauf die Führer der Kriegswirtschaft zwang, das Instrument der KRA, dessen geistiger Urheber Moellendorff, dessen Organisator Rathenau waren, im Sinne der einer Abwehr der Wirtschaftsblockade einzusetzen.

Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung KRA, die am 13. August 1914 ihre Arbeit aufnahm, stand unter der Leitung Walther Rathenaus, dem ein pensionierter Oberst als Verbindungsoffizier zum Kriegsministerium beigegeben worden war. Stellvertretender Abteilungsleiter wurde Prof. Klingenberg, den Rathenau aus der AEG für die Arbeit in der KRA gewann. Auch die Sektionsleiter W.v. Moellendorff (Chemieindustrie), Mauritius (Lederwirtschaft), Tröger (Metalle) waren Mitarbeiter aus der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Ende August übernahm der Volkswirtschaftler Schönbach die Sektion Textilien. Aus diesem Grundstock entstand während der Kriegszeit eine Verwaltungsorganisation,

die 20 000 Mitarbeiter umfasste.

2 **Ergebnisse der Arbeitsweise der KRA:** **Der kriegswirtschaftliche Kollektivismus**

Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung, die durch Ministerialerlaß ins Leben gerufen wurde, arbeitete zunächst auf verworrener Rechtsgrundlage. Weder das Kriegsleistungsgesetz von 1873, noch das alte preußische Belagerungsgesetz aus dem Jahre 1851 waren auf die Erfordernisse der industriellen Wirtschaft in Kriegszeiten zugeschnitten. Die Beziehungen zwischen Wehrmacht und Industrie wurden in Friedenszeiten durch Lieferungsverträge geregelt, die zwischen militärischen Beschaffungsstellen und industriellen Unternehmungen über die Lieferung von Waffen, Munition und Bekleidung abgeschlossen wurden. Für den internationalen Warenverkehr war in der Deklaration der Londoner Seekriegs-Konferenz vom 26.2.1909 vereinbart worden, daß kriegswichtige Rohstoffe nicht auf Konterbandelisten gesetzt werden sollten. Großbritannien hatte sich jedoch der Deklaration widersetzt und ihre Ratifizierung verhindert. So war auch die völkerrechtliche Lage für die Rohstoffversorgung bei Kriegsbeginn ungeklärt. Die Normierung durch Reichsgesetz fehlte, die landesrechtliche Grundlage war ungenügend. Dagegen war die Beschlagnahme von Rohstoffen in besetzten Gebieten in den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung geregelt, die von Deutschland als rechtsverbindlich anerkannt wurde. Die Haager Landkriegsordnung sah vor, daß der kriegführende Staat die Berechtigung haben sollte, alle für die Zwecke der Kriegführung geeigneten Güter im feindlichen Gebiet einzuziehen, auch wenn diese sich in Privatbesitz befinden sollten.)²⁰³ Dennoch fehlte das rechtliche Instrument, um in die Eigentums- und Besitzverhältnisse und in die marktwirtschaftliche Ordnung der Friedenszeit einzugreifen. Die Rechtsgrundlage für die Bewirtschaftung der Rohstoffe für Kriegszwecke wurde erst nach Kriegsausbruch geschaffen. Am 4. August 1914 verabschiedete der Reichstag das Ermächtigungsgesetz für den Bundesrat, das ihn befähigte, während des Krieges diejenigen Maßnahmen

anzuordnen, die wirtschaftliche Schäden abwenden konnten.)²⁰⁴ Auf Grund dieses Gesetzes ergingen am 2. Februar 1915 die "Bekanntmachung über Vorratserhebung")²⁰⁵ und die "Bekanntmachung über die Sicherstellung des Kriegsbedarfs")²⁰⁶ sowie Anordnungen der Höchstpreis-Gesetzgebung. Mit diesem rechtlichen Instrumentarium, während der ersten Zeit der Bewirtschaftung von Kriegsrohstoffen ergänzt durch eine extensive Auslegung des Belagerungsgesetzes)²⁰⁷, wurde die Rechtsordnung, auf der die marktwirtschaftliche Wirtschaftsweise der Vorkriegszeit beruhte, fortschreitend umgestaltet. Der Rechtsbegriff der 'Beschlagnahme', mit dessen Aufkommen zugleich der Ansatzpunkt für einen 'Kriegssozialismus' gegeben war, hohle die bürgerlich-rechtlichen Eigentums- und Besitzverhältnisse aus und erfüllte sie mit neuem Inhalt. Gleichzeitig vollzog sich in den Anschauungen und Meinungen der Gesellschaft eine folgenschwere Veränderung: Unter dem psychischen Eindruck der Abschnürung durch die Wirtschaftsblockade und der militärischen Bedrohung von außen verblassten die bisher als unverrückbar feststehend erachteten Eigentumsbegriffe, und sozialistische Denkweisen fanden Eingang. Burgfrieden und Kriegssozialismus waren zwei Ausdrucksformen für einen Sachverhalt: Deutschland fühlte sich als ein bewaffnetes bedrohtes "Arsenal")²⁰⁸ und als "geschlossener Handelsstaat")²⁰⁹. Eine Vielzahl von Einzelverordnungen regelte die Erfassung, Kontingentierung und Rationierung sogenannter "Sparstoffe")²¹⁰, d.h. kriegswichtiger Rohstoffe. Die Bewirtschaftung der Kriegsrohstoffe nahm ihren Ausgang von regelmäßigen statistischen Vorratserhebungen. Die militärischen Beschaffungsstellen des Allgemeinen Kriegsdepartements und zivile Beschaffungsstellen waren gehalten, den Bedarf an kriegswichtigen Gütern langfristig anzumelden. Damit wurde ein planwirtschaftlicher Akzent in die Kriegswirtschaft getragen.)²¹¹ Die nachfolgenden Maßnahmen nach dem Belagerungsgesetz und der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf bildeten den Kern der revolutionären Umwälzung, die durch die Kriegswirtschaft ausgelöst wurde.

Kriegswichtige Güter wurden beschlagnahmt, dem Verkaufszwang unterworfen, sie wurden Preisfestsetzungen unterzogen, ihre Eigentümer wurden enteignet. Die Produktion wurde nach Verarbeitungs- und Beschäftigungsverboten gelenkt, und Höchstlöhne wurden festgesetzt.)²¹² Das wichtigste Eingriffsmittel war die Beschlagnahme.)²¹³ Sie schränkte die Befugnis zur rechtlichen oder tatsächlichen Verfügung über die betroffenen Gegenstände zugunsten des Reiches ein oder hob sie auf.)²¹⁴ Dieser Eingriff in die Rechtsordnung erfolgte jedoch unter der Einschränkung, daß alle Verfügungen zugelassen wurden, denen die beschlagnahmende Behörde zustimmte. Weiter noch als die Beschlagnahme griff die Enteignung in die individuellen Rechte ein. Sie konnte im Anschluß an die Beschlagnahme oder für sich allein ausgesprochen werden und bedeutete die Übertragung des Eigentums an Gegenständen des Kriegsbedarfs und an Gegenständen, die bei der Herstellung oder der Verwendung von Artikeln des Kriegsbedarfs benötigt wurden, auf eine in der Anordnung bezeichnete Stelle. Für den Fall der Enteignung war die Entschädigung durch besondere Vorschriften geregelt.)²¹⁵ Neben diesen revolutionierenden Eingriffen in das Wirtschaftsleben arbeitete die Kriegs-Rohstoff-Abteilung mit einem Instrumentarium marktkonformer Maßnahmen. Dazu gehörten der freihändige Ankauf durch staatliche Stellen und vertragliche Abmachungen zwischen Behörden und Industriebetrieben über die Lieferung und Abnahme kriegswichtiger Güter. Für das Wesen der deutschen Kriegswirtschaft war indessen der autoritäre Eingriff in die Freiheitssphäre das bestimmende Merkmal. Unter den Händen der Organisatoren der Kriegs-Rohstoff-Bewirtschaftung, also Rathenaus und Moellendorffs, die in der Vergangenheit das marktwirtschaftliche System einer Kritik mit den Maßstäben der Philosophie und Sozialpsychologie unterzogen hatten, erhielten die kriegsbedingten Maßnahmen zur Umstellung der Wirtschaft eine ideologische Komponente. Zunächst entsprangen die Aktionen der Kriegswirtschaft, mit denen in individuelle Rechte und Freiheiten eingegriffen wurde, zeitbedingten, wirtschaftstechnischen Notwendigkeiten.)²¹⁶

Im gleichen Maße aber, in dem sich in der öffentlichen Meinung im kriegführenden Deutschland das Bewußtsein erhob, deutsche Eigenart und deutschen Staatsgedanken gegen die demokratisch-liberalistische Ideenwelt des Westens zu verteidigen, sättigten sich die im Umgang mit der Kriegswirtschaft gewonnenen Erfahrungen und herausgebildeten Rechtsbegriffe mit ideologischem Inhalt und verdichteten sich, je bedrängter die Lage Deutschlands im Kriege wurde, um so fester zu einem kriegswirtschaftlichen Kollektivismus. Aus der Kriegswirtschaft entstand die Ideologie eines "deutschen Sozialismus", die von Johann Plenge als "Ideen von 1914")²¹⁷ dem Geisteserbe der Französischen Revolution von 1789, Liberalismus und Demokratie, gegenübergestellt wurde. Plenge verband das aus der Kriegswirtschaft hervorgegangene System der Mitarbeit aller Volksschichten am Wirtschaftsprozeß mit dem Kriegskollektivismus und dem ins Bewußtsein gehobenen Prinzip der Organisation zu einer besonderen Staatsidee, die deutsche Eigenart und deutsches Wesen im Gegensatz zur westlichen Welt verkörpern wollte. Die Abschließung der inneren Märkte im Kriege hatte nach seiner Auffassung "den ersten wirklichen Zukunftsstaat gebracht, denn der 'geschlossene Handelsstaat' ist ein echter Idealstaat, von dem in der Geschichte des Sozialismus die Rede sein muß: Die Utopie Fichtes".)²¹⁸

Moellendorff, der Plenge in Münster besuchte und Plenges Vorträge und Schriften studierte, hatte die Abschließung Deutschlands vom Weltmarkt, die vollkommene Autarkie abgelehnt, aber die nationalistischen Elemente in Fichtes Lehre zogen ihn an. Für Moellendorffs Auffassung des Kollektivismus war es von Bedeutung, daß sich die Politik der Kriegswirtschaft mit Beschlagnahme und Enteignung, mit der Zerstörung der überlieferten Vorstellungen und Bindungen, nicht im Negativen erschöpfte, sondern, um die Kriegsleistung zu steigern, positiv gezwungen war, ein planmäßiges System der Produktion neuer synthetischer Rohstoffe und anderer kriegswichtiger Güter zu entwickeln. Daneben bildeten sich in der Kriegswirtschaft neue Formen der Verteilung und Zuteilung von Gütern heraus.)²¹⁹

Die einzelnen Verfahren dieser Art waren: Rohstoff-Zuteilungen und Verteilungseinrichtungen in Gestalt der 'Kriegsgesellschaften'.

Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung KRA bediente sich bei der Zuteilung und Freigabe von Gütern eines Zuweisungsverfahrens, das bei den einzelnen Rohstoffarten unterschiedlich geregelt war. Im Laufe des Krieges wurde dieses Verfahren immer weiter ausgebaut. Während der ersten Kriegsmonate dienten beglaubigte Abschriften der Aufträge, die von Beschaffungsstellen erteilt wurden, als Nachweis der kriegswirtschaftlichen Verwendung. Später wurden Erlaubnisscheine auf vorgedruckten Formularen, sogenannte Belegscheine, verwendet, auf denen die Betriebe der verarbeitenden Industrie an Eides Statt zu versichern hatten, daß sie die angeforderten Rohstoffmengen für Kriegsaufträge benötigten und verwendeten. Aus dem beschränkten Rohstoffaufkommen ergab sich die Notwendigkeit, sowohl Herstellern als auch den Beschaffungsstellen Kontingente anzuweisen, deren Umfang durch Bezugsscheine festgesetzt wurde. So schälte sich für den Distributionssektor das Prinzip der Zuweisung und Zuteilung auf der Grundlage von Bezugsscheinen heraus. Der Preis trat in seiner Bedeutung als Instrument der Marktregulierung psychologisch in den Hintergrund und wurde wirtschaftstechnisch durch die Höchstpreisgesetzgebung ausgeschaltet. Soweit die Verteilung von staatlichen Stellen gelenkt wurde, geschah dies nach Meinung Rathenaus und Moellendorffs nach "staatssozialistischen Grundsätzen".)²²⁰

3 Die Organisation der Kriegswirtschaft: Die Kriegsgesellschaften

Die Verwaltung der erfassten Rohstoffmengen erforderte die Mitarbeit der unmittelbar beteiligten Wirtschaftskreise. Mit der militärischen Eroberung Belgiens, Nordfrankreichs und Polens fielen der militärischen und zivilen Führung der Kriegswirtschaft umfangreiche Rohstoffvorräte als Kriegsbeute in die Hände. Das Kriegsrecht ließ die Enteignung in Privatbesitz

befindlicher kriegswichtiger Güter unter dem Vorbehalt der Entschädigung zu.)²²¹ Mit der Aufgabe, die Kriegsbeute zu verwalten, ergab sich die Notwendigkeit, eine geeignete Organisation zu schaffen, die mit der Erfassung, dem Transport, der Lagerung und Verteilung der Rohstoffe beauftragt werden konnte. Die Möglichkeit, daß die Kriegs-Rohstoff-Abteilung die Beute in eigne Regie übernahm, wurde von Moellendorff mit dem Hinweis abgelehnt, daß der Staat als Nutznießer der Beute diskreditiert würde.)²²² Von Rathenau stammte das Programm, das den Aufbau von "Kriegsrohstoff-Gesellschaften")²²³ vorsah. Nach Rathenaus Plan wurde ihnen die Erfassung, der Transport, die Lagerung usw. übertragen. Die Kriegsrohstoff-Gesellschaften, die in allen Gewerbezweigen in der Rechtsform gemeinnütziger Aktiengesellschaften (auch G.m.b.H.) der verarbeitenden Industrie errichtet wurden, standen unter staatlicher Aufsicht. Kommissare der Kriegs-Rohstoff-Abteilung und der Ministerien übten ein unbeschränktes Vetorecht aus. Als gemeinnützige Aktiengesellschaften durften sie weder Dividenden noch Liquidationsgewinne verteilen.)²²⁴ Sie gewährten eine feste Verzinsung der von der Industrie eingebrachten Kapitalien. Der Gewinnüberschuß sollte dem Reich zufallen. Die Organe der Kriegsrohstoff-Gesellschaften wurden gebildet aus Vertrauensleuten der einzelnen Gewerbezweige; neben Vorstand und Aufsichtsrat bestand eine Schätzungs- und Verteilungskommission, in der Mitglieder der Handelskammern vertreten waren. Sie leitete die Verteilung der Rohstoffe. Diese Formen einer "wirtschaftlichen Selbstverwaltung")²²⁵, die als ausführende Organe der staatlichen Befehlsstelle, der Kriegs-Rohstoff-Abteilung, fungierten, hatten die kaufmännischen Geschäfte abzuwickeln. Sie hatten Rohstoffe zu erwerben und an bezugsberechtigte Betriebe der verarbeitenden Industrie sowie an militärische und zivile Beschaffungsstellen zu verkaufen. Sie hatten diese Geschäfte in Zusammenarbeit mit den Banken zu finanzieren und Korrespondenz und Buchführung zu erledigen. Waren die Kriegsrohstoff-Gesellschaften nach Satzung und nach dem Willen ihres Schöpfers Rathenau auch gemeinnützige

Organisationen, so wurden sie doch, vornehmlich in der Anfangszeit August - September 1914 zu Interessenvertretungen der wirtschaftlich starken Großbetriebe, die in ihnen Gelegenheit fanden, Einfluß auf Rohstoffverteilung und Preisfestsetzung zu nehmen.)²²⁶ Zwar stand der Zutritt zu den Kriegsrohstoff-Gesellschaften allen Interessenten eines Gewerbebezuges offen, doch erwies es sich als unmöglich, die Gesamtheit der Produzenten eines Wirtschaftszweigs in ihnen vertreten zu lassen. So ging die Kriegs-Rohstoff-Abteilung von Anfang an darauf aus, die Großunternehmen als Repräsentanten ihrer Branche heranzuziehen. Dies führte dazu, daß monopolistische Praktiken in die Geschäftsführung der Kriegsrohstoff-Gesellschaften Eingang fanden: Die mit staatlicher Autorität ausgestatteten Gesellschaften legitimierten das Oligopol der Großunternehmen durch gemeinnützige Deklaration. Seinen stärksten Ausdruck fand dieser Vorgang in der chemischen Industrie, in der der Einfluß Moellendorffs am größten war. In der Kriegskemikaliengesellschaft KCA, deren Direktor Moellendorff wurde, nachdem er im Sommer 1915 aus der Kriegs-Rohstoff-Abteilung ausgeschieden war, dominierte der Einfluß weniger Großbetriebe, wie Badische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen BASF, Farbwerke vorm. Friedrich Bayer und Co., Leverkusen, Farbwerke vorm. Meister Lucius und Brüning, Höchst. Die Bildung hochkonzentrierter Industriebetriebsformen der Chemiewirtschaft bildete den Ausgangspunkt für die Aufteilung der Märkte; in der Kriegskemikaliengesellschaft KCA wurde die Politik der Marktbeherrschung mit den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft abgestimmt. Diese Entwicklung hat das Mißtrauen der kleinen und mittleren Unternehmen wachgerufen, die in der Kriegskemikaliengesellschaft nicht vertreten waren, und hat die Politik der kriegswirtschaftlichen Selbstverwaltung nachhaltig in Mißkredit gebracht.)²²⁷ Obwohl diese Gefahren offenkundig waren, hat Moellendorff der Bildung von Kriegsgesellschaften nachdrücklich zugestimmt. Mehr noch: Aus den Erfahrungen, die er bei der Bewirtschaftung chemischer Kriegsrohstoffe in der Kriegskemikaliengesell-

schaft sammelte, hat er zum Teil sein Modell späterer wirtschaftlicher Selbstverwaltung in Friedenzeiten abgeleitet. Wichtiger als die Notwendigkeit, die Gesamtheit der Chemieindustrie in der Kriegskemikaliengesellschaft zu vertreten, schien ihm das "Gelingen")²²⁸ der Kriegswirtschaft. Wichtiger als die Finanzierung und Geschäftsabwicklung in der Kriegskemikaliengesellschaft dünkte Moellendorff auch die Aufgabe, eine einheimische Produktion von Ersatzstoffen aufzubauen, die Deutschland von der Einfuhr chemischer Rohstoffe unabhängig machen sollte.)²²⁹ Der Kriegswirtschaft wuchs hier - z.B. in der Stickstoffindustrie - ein Aufgabenbereich zu, der über den negativen Eingriff in die Rechtsordnung hinausführte und auch die Aufgabe überragte, eine Organisation der Selbstverwaltung aufzubauen. Die Bildung von Gesellschaften zur Erschließung neuer Rohstoffquellen und zur Erzeugung von Ersatzstoffen war ein Programmpunkt der Kriegswirtschaft, der zu neuen Industriezweigen führte. Der Aufbau einer eigenen Rohstoffbasis in Deutschland erforderte nach Ansicht Moellendorffs die Bildung eines gemeinsamen Exekutivorgans der militärischen und zivilen Reichsbehörden und das öffentlich-verantwortliche Zusammenwirken der Wirtschaftler. "Verantwortlichkeit vor dem Ganzen")²³⁰ war eine Forderung Moellendorffs, die er über die Forderung nach Repräsentation aller Interessenten stellte. Der Maßstab dieser öffentlichen Verantwortlichkeit sollte der Erfolg des Kriegswirtschaftsprogramms sein. Gelang der Aufbau einer eigenen Rohstoffbasis, dann war es für Moellendorff gleichgültig, ob damit eine Verstärkung der Vormachtstellung chemischer Großbetriebe einherging. Der gemeinnützige Charakter der Kriegswirtschaft sollte durch das Einspruchsrecht des Reichskommissars für den entsprechenden Wirtschaftszweig gewährleistet werden.)²³¹

4 Die Organisation der Kriegswirtschaft: Die Kriegsstellen

Das einfache Schema für den Aufbau der kriegswirtschaftlichen Organisation: Das staatliche Entscheidungs- und Kontrollorgan der Kriegs-Rohstoff-Abteilung - Selbstverwaltungskörper in Gestalt der Kriegsgesellschaften als Exekutivorgane und Reichskommissare als Kontrollbeamte - hat nicht in allen Branchen ausgereicht, die Kriegswirtschaft aufzubauen. Besonders in der Ernährungswirtschaft, die allerdings nicht zu Moellendorffs Zuständigkeitsbereich gehörte, zumal sie in der Verantwortlichkeit des Reichsamtes des Inneren und nicht in der des preußischen Kriegsministeriums stand,)²³² aber auch in der Schwefelsäureindustrie)²³³ ergab sich die Notwendigkeit, dezentralisierte Behördenzüge der staatlichen Kriegswirtschafts-Verwaltung aufzubauen. Zur Entlastung der Reichsbehörden wurden neue Verwaltungsinstanzen geschaffen, die sogenannten Kriegsstellen. In ihrer Organisation erfuhr das Element der wirtschaftlichen Interessenvertretung, das bis dahin in den Kriegsgesellschaften nur im Vollzug der wirtschaftspolitischen Entscheidungen staatlicher Behörden zur Geltung gekommen war, eine stärkere Berücksichtigung. Für die Erfahrungen Moellendorffs im Umgang mit Organisationen der Kriegswirtschaft und für ihre Anwendung auf Organisationsformen der späteren Friedenswirtschaft war dies von weittragender Bedeutung: Auch in der Kriegs-Rohstoff-Abteilung waren in der Anfangszeit Vertreter der Industrie als Referenten eingesetzt worden, und als solche hatten sie die Interessen der Wirtschaft berücksichtigt. Aber sie erlangten als "Amtsgäste")²³⁴ der staatlichen Behörden doch einen Status, der dem der Staatsbeamten nahekam. In den Kriegsstellen dagegen, die im Zuge der Dezentralisierung der Kriegswirtschafts-Organisation gebildet wurden, gelangten Interessenten der Wirtschaft nach dem Prinzip der politischen Selbstverwaltung)²³⁵ zur Mitwirkung am wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß. Wurden auf der einen Seite die den Kriegsstellen angegliederten Kriegsgesellschaften nun zu betriebswirtschaftlichen Verwaltungsstellen reduziert,

so entstand auf der anderen Seite in der Verwaltungsbehörde der Kriegsstellen ein Staatsorgan, in dem die Ministerialbürokratie mit Interessenvertretern der Wirtschaft zusammenarbeitete. Deutlich tritt dies im Aufbau der 'Reichsgetreidestelle' zutage: Sie wurde als staatliche Behörde durch Verordnung des Bundesrats errichtet)²³⁶ und bestand aus einem Direktorium und einem Kuratorium, deren Mitglieder vom Reichskanzler ernannt wurden. Es war vorgeschrieben, daß im Direktorium ein Landwirt sitzen mußte, der die Interessen der Landwirtschaft zu wahren hatte.)²³⁷ Das Kuratorium bestand aus 16 Bevollmächtigten zum Bundesrat und außerdem je einem Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrates, des Deutschen Handelstages sowie des Deutschen Städtetages und aus je zwei Vertretern von Landwirtschaft, Handel, Industrie und Verbrauchern.)²³⁸ Die Vertretung der Wirtschaft in staatlichen Stellen wies in der Form der Kriegsstellen auf ein Repräsentationsprinzip, das in den später gebildeten Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung im Frieden aufgegriffen wurde. Die Kuratorien, die den Kriegsstellen beigeordnet waren, erfüllten die Funktion fachlicher Beratungsinstanzen, ausgestattet mit dem Recht auf Anhörung.

5 Die Organisation der Kriegswirtschaft: Die Kriegsausschüsse

Während sich so auf einem Nebengebiet der Kriegsrohstoff-Wirtschaft, dem Ernährungssektor, fachliche Beratungskörper für die staatliche Kriegswirtschafts-Organisation herausgebildet hatten, die Kuratorien der Kriegsstellen, die in den Augen Moellendorffs den Vorzug besaßen, daß sie auf Vertretungsorgane zurückgreifen konnten, die sich geschichtlich gebildet hatten,)²³⁹ wurde die Wirtschaft in Deutschland durch die Drosselung der Zufuhr ausländischer Rohstoffe vor die Aufgabe gestellt, Hilfsstoffe der industriellen Nutzung zuzuführen. Die Aufgabe, eine Ersatzstoffindustrie aufzubauen, führte dazu, daß aus den Finanzierungs-, Verwertungs-, Verteilungs- und Rohstoffübernahmeinrichtungen der Kriegsstellen zentrale Bewirtschaftungsstellen, die

"Gehirne ganzer Industrien")²⁴⁰ erwachsen. Erst mit der vollen Auswirkung der Blockade gegen Deutschland gelangten die Anregungen zur Wirkung, die Rathenau in den ersten Kriegstagen von Moellendorff unterbreitet worden waren: Eine einheitliche Organisation der Arbeit und eine rationale Fabrikation zu errichten. Bei der Aufgabe, den Aufbau einer Industrie nach einem Plan zu leiten, mußten die Organisationen der Kriegsstellen versagen. Ihre Leistungskraft war auf die kurzfristige Übernahme der Funktionen des Handels berechnet.)²⁴¹ Als der Staat vor das Problem gestellt wurde, die Industrie zu organisieren, wurde es erforderlich, Organisationen zu schaffen, die das Interesse ganzer Gewerbegruppen repräsentierten, und die befähigt waren, gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte über den Interessen der Wirtschaftszweige festzustellen und im industriellen Aufbau zu berücksichtigen. Der Rückgriff auf die in der Vorkriegszeit entstandenen Kartelle und Syndikate erschien als der einfachste Lösungsversuch. So wurden in der ersten Stufe des Aufbaus einer übergeordneten Vertretungsorganisation durch Gesetzesbefehl die bestehenden Kartelle und Syndikate als Organisationen der Kriegswirtschaft verankert. Die staatlichen Behörden bedienten sich der Verbundformen in der Wirtschaft zur Verwirklichung kriegswirtschaftlich orientierter gemeinwirtschaftlicher Ziele: Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, das Kalisyndikat, der Stahlwerkverband, das Zementsyndikat, das Graphitsyndikat, der Hefeverband u.a.)²⁴² waren Verbände der wirtschaftlichen Unternehmen, die der Staat als Grundformen einer gemeinwirtschaftlichen Industrieorganisation verwenden konnte. Auf der zweiten Stufe des organisatorischen Aufbaus wurden in jenen Industriezweigen, in denen keine Zusammenschlüsse vorhanden waren, Verwaltungsaufgaben auf die freien Fachverbände übertragen und als Dachorganisationen der Industriezweige sogenannte Abrechnungsstellen geschaffen. Die Abrechnungsstellen waren Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und vereinigten Vertreter einer finanzierenden Bank, einer bestimmten Industriegruppe mit Vertretern der staatlichen Behörden.)²⁴³ In Anlehnung an die Organisationen der Kriegsgesellschaften wurden den Abrechnungsstellen

Schätzungs- und Verteilungsausschüsse angegliedert, die ihrerseits einem Überwachungsausschuß unterstellt wurden, der ein Kollegium von Vertretern einer Bank, einer Industriegruppe und staatlicher Behörden war.)²⁴⁴

Auf der dritten Stufe bildete sich schließlich im Anschluß an die Abrechnungsstellen die Organisationsform der Kriegsausschüsse heraus. In ihnen wurden Planungszentren der Kriegswirtschaft geschaffen. Sie bildeten in der Form von Interessenvereinigungen Parlamente der Spezialindustrien, deren Aufgabe darin bestand, in Zusammenarbeit mit dem Kriegsministerium und unter dessen Leitung wirtschaftliche Pläne aufzustellen. Als typisches Beispiel für die Funktion der Kriegsausschüsse als Planungsorgane der Kriegswirtschaft kann der Kriegsausschuß der deutschen Baumwollindustrie gelten, der am 16. Juni 1915 in Berlin auf Beschlüsse hin gegründet wurde, die eine Versammlung von Vertretern der Baumwoll-Wirtschaftsverbände unter der Leitung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung gefasst hatte. Im Statut des Kriegsausschusses wurde als Ziel der Organisation festgestellt:

1. bei der Sicherstellung der für die Landesverteidigung für die Dauer des Krieges erforderlichen Baumwollerzeugnisse als freie Vertretung der gesamten Baumwollindustrie mitzuwirken, im besonderen einen Wirtschaftsplan für Baumwolle aufzustellen und durchführen zu helfen. "
2. "die Aufträge der Heeresverwaltung auf Lieferung von Baumwollerzeugnissen zu sammeln und bei deren planmäßiger Verteilung an die Industrie nach Maßgabe von Vereinbarungen, welche mit dem Königl. Kriegsministerium getroffen worden sind, tätig zu werden.")²⁴⁵

Bei der Organisationsform der Kriegsausschüsse ist beachtenswert, daß die Konzeption, also nur der Entwurf eines Wirtschaftsplans im Bereich der Zuständigkeit der Kriegsausschüsse lag. Die Entscheidung über und die Bestätigung der Pläne war Sache der Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

6 Die Ergebnisse der Kriegswirtschaft:
Die Kriegschemeie-Wirtschaft

Moellendorff war in den ersten Tagen des August 1914 in die Kriegs-Rohstoff-Abteilung berufen worden und hatte die Sektion Chemie übernommen. Er hatte den Apparat für die Bewirtschaftung in der Kriegschemeikalienwirtschaft aufgebaut und war nach seinem Ausscheiden aus der KRA im August 1915 nach der Vollendung deren organisatorischen Aufbaus auf eigenen Wunsch als Direktor der Kriegschemeikaliengesellschaft eingesetzt worden. Das Gebiet der Kriegschemeikalienwirtschaft umfasste die Bewirtschaftung aller Sprengstoff- und Explosivstoff-Bestandteile, vor allem die von Stickstoff, Schwefel, Glyzerin, Toluol, Kampher, Chlor, Zellstoff und ihren chemisch-physikalischen Ahnen- und Enkelreihen. Daneben gelegentlich die von Terpentin, Kolophonium, Paraffin u.a. als Hilfsstoffe.)²⁴⁶

Bei der Versorgung der Kriegswirtschaft mit den wichtigsten Chemiestoffen, wie Stickstoff und Schwefel, ergab sich die Notwendigkeit, industrielle Neuanlagen zu bauen, deren technologische Voraussetzungen zum großen Teil über das Stadium des industriellen Laborversuchs nicht gediehen waren.)²⁴⁷

Die wissenschaftlichen Voraussetzungen waren dagegen in den meisten Fällen erfüllt, die Kenntnisse der chemischen Zusammenhänge und der Möglichkeiten zur industriellen Realisierung zumeist vorhanden. Die Umstellung der Industrie auf die chemische Kriegswirtschaft wurde dadurch begünstigt, daß die großen Chemiebetriebe über hochentwickelte, vielseitig verwendbare Anlagen verfügten. So vollzog sich die Umstellung der Teerfarben-Industrie auf die Produktion der wichtigsten Sprengstoffe ohne Reibung. Bei der Planung des Aufbaus der chemischen Kriegsindustrie und der Auswahl der Verfahrensarten für die Erzeugung ergaben sich für Moellendorff erhebliche Schwierigkeiten aus der Neigung der Industrie, Verfahrenskennntnisse als Betriebsgeheimnisse zu hüten.)²⁴⁸

Die Eigenart der Wirtschaftsformen erschwerte die Gewöhnung an die Zentralverwaltungswirtschaft:

Einer in konzentrierten Betriebsformen organisierten Großindustrie der Chemiewirtschaft, des Bergbaus und der Sprengstoffherzeugung stand eine zersplitterte Kleinindustrie (Seifen- und Glyzerinproduktion) gegenüber. Insgesamt vereinigte die Kriegskemikalienwirtschaft rund 5 000 Betriebe mit mehr als 500 Millionen Mark jährlichem Umsatz an Rohstoffen, die nahezu vollständig den Geschäftsgang der Sektion Chemie der Kriegsrohstoffabteilung und der Kriegskemikalien-gesellschaft durchliefen.)²⁴⁹ Auch für die Kriegskemikalienwirtschaft waren in der Vorkriegszeit keine Vorbereitungen für den Kriegsfall getroffen worden. Es existierten weder Unterlagen über die Schwierigkeiten der Beschaffung einzelner Erzeugnisse noch Ansätze einer Statistik des Bedarfs. Die ersten Monate nach Kriegsausbruch arbeitete die Bewirtschaftungsorganisation für Chemikalien ohne Unterlagen; als diese beschafft worden waren, umfassten sie für weitere Monate lediglich ein Sechstel der zum Januar 1916 eingetretenen Nachfrage und ein Zehntel des zu diesem Zeitpunkt angemeldeten Verbrauchs.)²⁵⁰ Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die in den ersten Kriegsmonaten in der Kriegs-Rohstoff-Abteilung gefällt wurden, liefen in vielen Fällen der Tendenz der wahrscheinlichen Entwicklung zuwider. Moellendorff schrieb, "Not, Ahnung und Glück")²⁵¹ seien die Triebfedern des Handelns gewesen. Der Aufbau der Verwaltungsorganisation für die Kriegskemikalienwirtschaft und ihre Maßnahmen gründeten sich auf eine ebenso unzulängliche Rechtsgrundlage, wie dies für die übrige Kriegswirtschaft galt. Gegen die Gründung der Kriegskemikaliengesellschaft und ihre Betrauung mit Kontrollfunktionen erhoben sich in Kreisen der Chemieindustrie starke Widerstände. Moellendorff kennzeichnete die Interessenlage und den Charakter der Kriegswirtschaft mit den Worten: "Bei Kriegskemikalien (wurde) durchaus gegen die öffentliche Meinung und Neigung eine Organisation erzwungen, die streng monarchisch vom Willen des Kriegsministeriums beherrscht und mit altpreußischer Strammheit und Eindeutigkeit gegliedert, dem Geschäftsmann auftrag, wozu er befähigt war

und worin er nicht entbehrt werden konnte: die geschäftliche Ausführung von Handel, Verteilung, Buchführung, das Gutachten, die Korrespondenz.")²⁵²

a Die Stickstoff-Versorgung

Als einen "Schulfall")²⁵³ für den planmäßigen Aufbau ganzer Industriezweige hat Moellendorff die Entwicklung der Stickstoff-erzeugung im ersten Weltkrieg bezeichnet. Doch bedeutete nach seiner Ansicht die Errichtung der deutschen Stickstoff-Basis im Kriege nicht nur ein Modell für die industrielle Entfaltung nach einer gemeinwirtschaftlichen Planung, sondern auch ein Beispiel "grundsätzlich veränderter Friedenswirtschaft.")²⁵⁴ Die Frage der Stickstoff-Versorgung war für die Kriegführung Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung. Sowohl die Erzeugung von Munition und Sprengstoff als auch die Erträge der Landwirtschaft hingen davon ab, wie es gelingen könnte, die einheimische Stickstoff-Erzeugung zu erhöhen.)²⁵⁵ War der Vor-kriegsverbrauch von Stickstoff-Dünger in der Agrarwirtschaft zur Hälfte durch Salpeter-Einfuhren aus Chile, zum kleinen Teil auch aus Norwegen, gedeckt worden, so stand nach Kriegsbeginn einem um mehr als 50 Prozent gesunkenem Stickstoffangebot, bewirkt durch die Abschnürung von ausländischen Rohstoffquellen, eine durch den Bedarf der Munitions- und Sprengstoffherstellung sprunghaft gestiegene Nachfrage gegenüber.)²⁵⁶ Der militärische Bedarf der ersten Monate konnte durch restlose Erfassung, Beschlagnahme und Enteignung der in landwirtschaftlichen Betrieben und Industrieunternehmen lagernden Salpeterrovorräte in Verbindung mit Beständen, die in Antwerpen und Ostende erbeutet wurden,) ²⁵⁷ gedeckt werden. Erste Schätzungen der Chemiesektion der Kriegs-Rohstoff-Abteilung gingen von einem auf drei Jahre gesicherten Stickstoff-Verbrauch aus.)²⁵⁸ Der tatsächliche Verbrauch für die Kriegsproduktion zehrte diese Bestände innerhalb eines Jahres auf.)²⁵⁹ Eine wirkliche Befriedigung des Bedarfs konnte erst erreicht werden, als die modernen Verfahren zur Stickstoff-Gewinnung von der Großindustrie genutzt wurden.

Der Aufbau der Stickstoff-Basis entsprach freilich in Vorbereitung, Planung und Verlauf nur wenig der Feststellung Moellendorffs, ein "Gemeinsinn ohnegleichen")²⁶⁰ habe dazu beigetragen, das Werk gelingen zu lassen. Die Bestrebungen der Interessentengruppen kreuzten sich mit konkurrierenden Zuständigkeitsansprüchen der einzelnen Reichs- und Staatsbehörden. Am Ende führte diese Entwicklung dazu, daß die gemeinwirtschaftliche Konzeption scheiterte.

b Der Aufbau der Luft-Stickstoff-Industrie

Schon im Dezember 1913 hatten die im Auftrage der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft unternommenen Versuche von Prof. Haber zur Umwandlung von Ammoniak zu Salpeter zu Ergebnissen geführt, und im März 1914 leitete die Badische Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen BASF unter Leitung ihres stellvertretenden Vorstandsmitglieds Carl Bosch Verfahren zur industriellen Auswertung ein.)²⁶¹ Beim Ausbruch des Krieges ergaben Besprechungen zwischen Bosch und militärischen Stellen Übereinstimmung in dem Ziel, die Herstellung großer Mengen von Salpeter in die Wege zu leiten. Es ging darum, die Gewinnung von Luft-Stickstoff, die in kleinem Umfang auf der Zeche Lothringen in Gerthe schon angelaufen war, in die industrielle Massenproduktion überzuleiten.)²⁶² Im Dezember 1914 kam es zu Verträgen zwischen der BASF und dem Reichsschatzamt, die gegen Gewährung staatlicher Darlehen den Aufbau der großindustriellen Anlage nach dem Haber-Bosch-Verfahren vorsahen.)²⁶³ Schon im Mai 1915 konnte in Oppau/Ludwigshafen die erste Anlage in Betrieb genommen werden, die mit einer Tagesleistung von 150 Tonnen Salpetersäure dazu beitrug, den militärischen Bedarf zu decken.)²⁶⁴ Ende 1915 kam es zu neuen Verhandlungen zwischen Bosch und dem Kriegsministerium, in denen die Vergrößerung der Erzeugung von Ammoniak zur Umwandlung in Salpetersäure besprochen wurde.)²⁶⁵ Der zuerst ergangene Beschluß, das Werk Ludwigshafen weiter auszubauen, wurde auf

Antrag des Sektionschefs für Chemie in der Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Hermann Schmitz, umgewandelt in den Plan, in Leuna bei Merseburg ein neues Werk zu errichten.)²⁶⁶ In einem am 10. April 1916 abgeschlossenen Vertrag wurde die Finanzierung des Werkes durch staatliche Darlehen geregelt. Am 27. April 1916 begann unter Aufsicht des Reichskommissars für Stickstoffwirtschaft, Dr. Julius Bueb, und auf militärischen Befehl des Generalkommandos Magdeburg der Aufbau der Leuna-Werke, aus denen am 29. April 1917 die erste Produktion ausgeliefert wurde.)²⁶⁷

c Der Aufbau der Kalk-Stickstoff-Industrie

Während durch den Aufbau der Luft-Stickstoff-Industrie der Kriegsbedarf zunächst befriedigt werden konnte, war die Landwirtschaft durch die Enteignung der Salpeterminen in eine ausweglose Lage geraten. Das preußische Landwirtschaftsministerium versuchte in Verhandlungen mit den Bayerischen Stickstoff-Werken eine Erweiterung der Produktion von Kalk-Stickstoff zu erreichen. Die Stickstoff-Werke forderten im Hinblick auf die Gefahr, bei der Rückkehr der Friedensverhältnisse, ihre Überproduktion nicht absetzen zu können, eine fünfzehnjährige Absatzgarantie zu Preisen, die unter denen der Vorkriegszeit lagen.)²⁶⁸ Während die landwirtschaftlichen Vereinigungen eine solche Garantie nicht leisten konnten, waren die Finanzverwaltungen Preußens und des Reiches grundsätzlich bereit, die Produktion zu fördern, nicht aber, Garantien für den Verkauf zu übernehmen. Der Staatssekretär im Reichsschatzamt, Karl Helfferich, entwickelte darum den Plan zum Aufbau von Reichswerken der Kalkstickstoffindustrie durch die Bayerischen Stickstoffwerke im Auftrage des Reichsschatzamtes. Auf Grund eines Betriebsvertrages sollte das Reich am Reingewinn der Werke beteiligt werden. Der Bruttogewinn, der eine bestimmte Höhe überstieg, sollte dem Reich ganz zufließen.)²⁶⁹ Auf dieser Grundlage wurden im Februar 1915 Verträge abgeschlossen,

in denen sich die Bayrischen Stickstoffwerke verpflichteten, die Reichswerke Piesteritz und Chorzow zu bauen. Im Januar und Februar 1916 nahmen diese Werke die Produktion auf. Moellendorff wurde als Reichskommissar für die Reichswerke Piesteritz und Chorzow eingesetzt, und es verdient im Hinblick auf seine spätere Einstellung zum Charakter der Kriegs-Stickstoff-Wirtschaft Beachtung, daß er in jenem Zweig der Stickstoffwirtschaft tätig war, der gegründet worden war, um die Landwirtschaft zu versorgen, und der unter der Federführung von Karl Helfferich unter gemeinwirtschaftlichen Aspekten stand.

d Der Gedanke eines staatlichen Stickstoff-Monopols

In der Auseinandersetzung um die Einführung eines Großhandelsmonopols für Stickstoff, die zwischen den Richtungen der Luftstickstoff- und der Kalkstickstoffindustrie, dem Reichstag und dem Reichsschatzamt entbrannte, drängten die Vertreter der Kalkstickstoffindustrie auf Garantien für die Rentabilität der erweiterten Erzeugung nach dem Kriege. Helfferich hatte die Anregungen der Kalkstickstoff-Erzeuger aufgegriffen und vorgeschlagen, durch Reichsgesetz den Bundesrat zu ermächtigen, ein staatliches Großhandelsmonopol für Stickstoff zu errichten, um "die Position des Reiches in der Stickstoffindustrie zu verstärken")²⁷⁰, und um eine "Waffe gegen eine nach Friedensschluß zu erwartende Bedrohung der deutschen Stickstoffindustrie")²⁷¹ bereitzustellen. Der Ausbau der Stickstoffindustrie durch Reichsmittel, der Zusammenschluß aller Stickstoffherzeuger einschließlich der Kokereien und Gaswerke und die Einführung eines staatlichen Großhandels-Monopols bildeten den Kern der "gemeinwirtschaftlichen")²⁷² Bestrebungen in der Stickstoff-Frage. Als die Vorlage für die Einführung des Stickstoff-Monopols im Reichstag scheiterte,) ²⁷³ nachdem die Erzeuger von Luftstickstoff dagegen opponiert hatten und in einer von Carl Bosch verfassten Denkschrift der

BASF freies Betätigungsfeld für die synthetische Ammoniak-
erzeugung gefordert hatten,)²⁷⁴ bildeten sich die gemeinwirt-
schaftlichen Ansatz zurück. Moellendorff hat diese Entwicklung
scharf kritisiert. Er schrieb, das Ziel einer Entwicklung
der Stickstoff-Basis in Deutschland sei "autarkisch")²⁷⁵ ge-
wesen. Das staatliche Handelsmonopol als Instrument zur Ab-
wehr ausländischer Konkurrenz und als Mittel zur Stabilisie-
rung des Absatzes im Inland sei von Helfferich gegen die
"Aberglaubenssätze, die eine nationale Aufgabe unter dem Ge-
sichtswinkel privatwirtschaftlicher Kalkulation behandeln"),²⁷⁶
verfochten worden. Der im Jahre 1916 mit dem Ansturm der In-
teressenten auf die Reichsbehörden einsetzende Rückschlag ge-
gen die Gemeinwirtschaft)²⁷⁷ habe eine Grundstimmung geschaf-
fen, in der der Staat vor der Aufgabe verzagt sei, "Wirtschafts-
führer einer Milliardenunternehmung")²⁷⁸ zu sein. Moellendorff
hat sich im Reichskommissariat für Übergangswirtschaft, in das
er als Referent für allgemeine Wirtschaftsfragen im Herbst 1916
berufen worden war, auch weiterhin dafür eingesetzt, ein staat-
liches Monopol für Stickstoff zu schaffen. Er ging davon aus,
daß durch die kriegsbedingte Stickstoffnachfrage die Produk-
tion einen Umfang erreichen würde, der die Sorgen um einen
Rohstoffschutz in Deutschland zurücktreten lassen würde vor
Besorgnissen , in der künftigen Friedenswirtschaft könnte
Rohstoffüberfluß herrschen.)²⁷⁹ Nach seiner Ansicht sollte ein
Monopol des Staates für Stickstoff geschaffen werden, das die
Einfuhrsperre mit der Verwaltung des Monopols durch eine Aus-
gleichskasse verbinden sollte. Aufgabe dieser Kasse sollte es
sein, unterschiedliche Stickstoff-Preise auszugleichen)²⁸⁰ und
Prämien für billige Erzeugung und rentablen Verbrauch zu zah-
len. In Zusammenarbeit zwischen der Monopolverwaltung und der
Reichsgetreidestelle sollte ein Anreiz gegeben werden, die
Stickstoffdüngung bedeutend zu erhöhen. Moellendorff sah die
Aufgabe darin: "Mit einer Mark Stickstoff (Selbstkosten ohne
Amortisation) ... vier Mark Körnerfrucht (Marktpreis für den
Krieg) als Mehrertrag herauszuwirtschaften.")²⁸¹ Deutschland
müsse Stickstoff in Bodenerzeugnisse umwandeln, diese aus-

führen oder Nahrungsimporte einsparen.)²⁸² Dagegen dürfe auf keinen Fall Stickstoff ausgeführt werden, selbst dann nicht, wenn damit der gleiche Gewinn erzielt werden könnte. Die gemeinwirtschaftliche Methode müsse darin bestehen, unter Einschaltung der landwirtschaftlichen Genossenschaften günstige Preisrelationen zwischen den Kosten der Stickstoffdüngung und den Ernteerlösen herzustellen. Das gemeinwirtschaftliche Ziel bestehe darin, die Preise für Lebensmittel zu senken und die Abschreibung der im Kriege gebauten Stickstoffanlagen zu sichern.)²⁸³

7 Die Krise der Kriegswirtschaft 1916:
Das Hindenburg-Programm und Moellendorffs Plan eines
Obersten Volkswirtschaftsrates

Die große Materialschlacht an der Somme 1916 und die Krise der deutschen Munitionsversorgung hatten gezeigt, daß die Kriegswirtschaftsführung in Deutschland auf die Anforderungen der modernen Kriegsführung mit dem massiven Einsatz von Technik und Material nicht vorbereitet war.)²⁸⁴ In Großbritannien hatte Lloyd George die Wirtschaft entschlossen auf den Wirtschafts- und Materialkrieg umgestellt. Als Munitionsminister im Kabinett Asquith und seit Juli 1916 als Kriegsminister hatte Lloyd George ein Rüstungsprogramm durchgesetzt, das am Materialverbrauch in der Sommeschlacht orientiert war. Dazu hatte er rigoros in die Privatwirtschaft eingegriffen.)²⁸⁵ In Deutschland stießen die erhöhten Anforderungen an Waffen und Munition auf ein unsicheres Lavieren des in der Feldzeugmeisterei des Preußischen Kriegsministeriums konzentrierten Führungsstabes der Waffen- und Munitionsversorgung. Das auf Anstoß der Stahlindustrie entwickelte Rüstungsprogramm der Heeresleitung in Gestalt des Hindenburg-Programms forderte eine Verdoppelung der Herstellung von Munition und Minenwerfern und eine Verdreifachung der Geschütz-, Maschinengewehr- und Flugzeugproduktion bis zum Frühjahr 1917.)²⁸⁶ Es zeigte schnell die Schwäche der Rüstungsindustrie in Deutschland, den Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften und an einer einheitlichen, zen-

tralen Führung der Rüstungswirtschaft. Die Heeresleitung antwortete auf den Tatbestand der Fehler und Mängel in der Rüstungswirtschaft mit der Forderung nach einem Vaterländischen Hilfsdienstgesetz, das die allgemeine Wehrpflicht aller deutschen Männer vom 15. bis zum 60. Lebensjahr und die allgemeine Dienstpflicht der Frauen vorsah.)²⁸⁷ Weiterhin mit Plänen zur Errichtung eines Obersten Kriegsammtes, das die Leitung aller mit der Kriegführung zusammenhängenden Fragen der Verwendung von Arbeitern und der Beschaffung von Waffen und Munition in der Form eines militärischen Regierungsorgans der politischen Entscheidungsgewalt des Kriegsministers entziehen sollte.)²⁸⁸ Das Hauptgewicht in der Forderung nach Verabschiedung eines Hilfsdienstgesetzes lag im Bestreben der Obersten Heeresleitung, durch die Kodifizierung der geplanten Maßnahmen in einem Reichsgesetz die im Reichstag vertretenen Parteien an der politischen Verantwortung zu beteiligen und damit - wie Ludendorff es ausdrückte - dem Volk die Bedeutung der Frage klar zu machen, daß der Krieg nur mit Hilfe des Hilfsdienstes gewonnen werden könne.)²⁸⁹ Das Ringen zwischen politischer und militärischer Führung zeitigte einen doppelten Kompromiß: Die Heeresleitung erklärte sich bereit, der Bildung eines Kriegsammtes im preussischen Kriegsministerium, also unter politischer Verantwortung, zuzustimmen.)²⁹⁰ Die Oberste Heeresleitung, die Regierung und das Parlament einigten sich über Einzelheiten des Hilfsdienstgesetzes. Gegen das Zugeständnis des Grundsatzes, daß die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen ein ausreichender Grund zum Wechsel des Arbeitsplatzes sein sollte,) ²⁹¹ hob der Reichstag die Freizügigkeit der Arbeitnehmer auf und verfügte die von der Obersten Heeresleitung geforderte Dienstpflicht der Männer vom vollendeten 15. bis zum 60. Lebensjahr und der Frauen.)²⁹² Der Leiter des am 1. November 1916 errichteten Kriegsammtes, General Groener, war in der Entscheidung über die Durchführung des Hindenburg-Programmes und des Hilfsdienstgesetzes an die Zustimmung eines 15köpfigen Reichstagsausschusses gebunden. Die Bedingungen, unter denen Hindenburg-Programm und Vaterländischer Hilfsdienst entstanden waren,

haben dazu geführt, daß weder in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht noch in Hinblick auf die innenpolitische Situation die an das Gesetz geknüpften Erwartungen erfüllt werden konnten. Die durch das Hilfsdienstgesetz ermöglichte "Lohnreiberei")²⁹³ setzte ein, als das Kriegsamt dazu überging, Lieferungsverträge abzuschließen, deren Preisregelung nach Abschluß der Lieferung auf Grund der Selbstkosten an Rohstoffen und Löhnen ausgehandelt wurde. Diese Verträge ermöglichten es, Überhöhungen der Lohnkosten auf den Staat abzuwälzen.)²⁹⁴ Es gelang dem Kriegsamt nicht, die Lohnkosten stabil zu halten. Ebensowenig wurde das militärische Ziel erreicht, die Wehrmacht mit Kriegsmaterial zu versorgen: Arbeitermangel und Transportschwierigkeiten sowie Engpässe in der Kohleversorgung zwangen dazu, die Forderungen des Rüstungsprogramms zweimal herabzusetzen und die Erzeugungsmengen zu reduzieren.)²⁹⁵ Innenpolitisch sind Hindenburg-Programm und Hilfsdienstgesetz Anlaß zu einer tiefgreifenden Vertrauenskrise unter der Bevölkerung gewesen.)²⁹⁶ Um die Maßnahmen zu verwirklichen, mußte sich das Kriegsamt der Organe der stellvertretenden Generalkommandos bedienen. Diese, seit dem Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 im Besitz der vollziehenden Gewalt, gerieten in der Arbeitnehmerschaft in den Verdacht, "Parteigänger der Unternehmer")²⁹⁷ zu sein. Die Militarisierung des Wirtschaftslebens löste in der Bevölkerung unter dem Druck des "Steckrübenwinters")²⁹⁸ von 1916/17 eine Gegenbewegung)²⁹⁹ aus, die im Frühjahr 1917 zu den ersten Streiks in Berliner Munitionsfabriken führte.)³⁰⁰ Diese Vertrauenskrise wurde verschärft durch die Unfähigkeit der militärischen Führungsspitze unter Ludendorff, wirtschaftliche und technische Fragen in ihrem Zusammenhang mit der modernen Kriegsführung zu erfassen. Unter der Herrschaft der stellvertretenden Generalkommandos im Arbeitsleben und des Kriegsammtes in der Wirtschaftsführung wurden militärische Grundsätze auf wirtschaftliche, technische und soziale Verhältnisse übertragen und die Führungseigenschaften der Militärs im Wirtschaftsleben ebenso überschätzt)³⁰¹ wie die Leistungskraft der Bevölkerung und der Wirtschaft.)³⁰²

a Die Kritik Moellendorffs

In einem Vergleich zwischen der Entwicklung der Kriegswirtschaft in Deutschland mit der Umstellung von Wirtschaft und Staat in Großbritannien auf die Erfordernisse des Materialkrieges hat Moellendorff diejenigen Unterschiede herausgestellt, die letztlich eine Folge der unterschiedlichen Regierungssysteme und der unterschiedlichen Staatsgesinnung in Deutschland und Großbritannien zur Zeit des ersten Weltkrieges waren.)³⁰³

Die bei diesem Vergleich entwickelte Kritik an der deutschen Kriegswirtschaftspolitik zeigte schon zu einem frühen Zeitpunkt alle wesentlichen Ansatzpunkte für eine Analyse der Fehler in der Kriegswirtschaft. Moellendorff hat dagegen nicht die tiefergreifenden Ursachen der Versorgungskrise in der Begrenztheit der den Deutschen zur Verfügung stehenden Hilfsmittel als ausschlaggebenden Faktor anerkannt. Ausgangspunkt seiner Kritik war die zu Beginn des ersten Weltkrieges in Deutschland verbreitete Überzeugung, daß der Krieg einen kurzen, schnellen Verlauf nehmen werde. Diese allgemein vorherrschende Ansicht ist von verschiedenen Seiten bezeugt worden.)³⁰⁴

Moellendorff verwies weiterhin auf die falsche Nachrichtenpolitik der Regierung, die die Gefahren des Wirtschaftskrieges beschönigte. Auf die grundsätzlichen Unterschiede in Nachrichtenpolitik und Propaganda, die ein Ausfluß der verschiedenartigen Regierungssysteme in Deutschland und Großbritannien waren, hat A. Rosenberg in seinem Buch "Die Entstehung der Deutschen Republik")³⁰⁵ hingewiesen. Die Täuschung der Öffentlichkeit über die Kriegslage entsprang in der Tat dem patriarchalischen Verhältnis, welches für die Beziehungen zwischen Staatsvolk und Staatsführung in einem autoritären obrigkeitsstaatlichen Herrschaftssystem typisch ist. Von den Hauptpunkten, die Moellendorff herausarbeitete, und die für die politischen Gründe der Krisenlage in der deutschen Kriegswirtschaft maßgeblich waren, müssen hier noch genannt werden: Die mit der parlamentarischen Beratung des Hilfsdienstgesetzes einsetzende Einwirkung des Reichstages auf die Kriegswirtschaft und die übermäßige Beanspruchung der Wirtschaftskraft durch das

Hindenburg-Programm.)³⁰⁶ Die von Ludendorff angestrebte "Militarisierung")³⁰⁷ des Wirtschaftslebens und die Aktivierung der Volksmassen für die wirtschaftlichen Ziele der Kriegspolitik durch ein Gesetz, das die Beteiligung aller Volkskreise dokumentieren und den parlamentarischen Gesetzgebungsweg nehmen sollte, musste notwendigerweise die sozialpolitischen Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die in der Vergangenheit auf dem gouvernementalen Wege der Arbeiterschutz- und Gewerbegesetzgebung mehr verdeckt als ausgeräumt worden waren, stärker hervortreten lassen, als es in Anbetracht der äußeren Bedrohung und der Burgfriedensituation im Inneren opportun war. Dennoch geht die Kritik Moellendorffs sicher in der Annahme fehl, daß die sozialpolitischen Sicherungen im Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 als "außerwirtschaftliche Motive")³⁰⁸ den Aufbau der Kriegswirtschaft gestört haben. So sicher es ist, daß die einseitige Betonung der Lohnfrage im Hilfsdienstgesetz)³⁰⁹ über das gebotene Ziel hinauschoß, so wenig zweifelhaft kann es sein, daß die sozialen Sicherungen für die Arbeiter im Hilfsdienst notwendig waren. Das ist von General Groener, der als Vertreter der Obersten Heeresleitung die Verhandlungen mit Reichsregierung und Reichstag führte,) ³¹⁰ rückhaltlos anerkannt worden.)³¹¹ Dagegen sind die kritischen Anmerkungen Moellendorffs zum Ausmaß der im Hindenburg-Programm geforderten Rüstungssteigerung berechtigt.)³¹² Dies trifft umso mehr zu, als die Heeresleitung schon bei der Konzipierung des Rüstungsprogramms eine Koordinierung der Möglichkeiten des Transportwesens und der Kohleversorgung unterlassen hatte.)³¹³ Der "Ständige Ausschuß für Zusammenlegung und Stilllegung von Betrieben")³¹⁴ , vor dem Moellendorff seine Gedanken über eine Neuordnung des wirtschaftlichen Aufbaus und seine Kritik der Kriegsmaßnahmen vortrug, kam infolge der Differenzen zwischen seinen Mitgliedern über Debatten und theoretische Erörterungen nicht hinaus und verlor mehr und mehr an Bedeutung.)³¹⁵

b Der kriegssozialistische Gedanke

Moellendorff hatte als technisch-wirtschaftlicher Berater im Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt (WUMBA) des Kriegsamtes und als Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Kriegsamtes den Gedanken einer fachlichen und örtlichen Gliederung der Wirtschaftsgruppen als Voraussetzung einer besseren Zusammenarbeit zwischen Kriegswirtschaftsführung und den Gruppen von Industrie, Handel und Gewerbe vertreten. Durch diese Gliederung sollte nicht nur die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben erleichtert, sondern auf dem Wege einer Beteiligung der Wirtschaftskreise an den Entscheidungen über wirtschaftspolitische Fragen der obrigkeitsstaatliche Charakter der Kriegswirtschaftsorganisation gemildert werden; der Gegensatz zwischen einer militärischen Bürokratie auf der einen Seite und der befehlsunterworfenen, von der Mitbestimmung an staatlichen Entscheidungen ausgeschlossenen bürgerlichen Gesellschaft auf der anderen Seite. In einer Denkschrift zum Hindenburg-Programm forderte Moellendorff die Heeresleitung auf, das Rüstungsprogramm auf Schwerpunkte der Versorgung mit Waffen und Munition aufzuschlüsseln.)³¹⁶ Die Verwirklichung des Hindenburg-Programms erforderte nach seiner Auffassung zugleich eine Dezentralisierung der zentralen Kriegswirtschaftsbehörde im Kriegsamte. Neben den Kriegsamts-Nebenstellen, die mit den stellvertretenden Generalkommandos konkurrierten, verlangte Moellendorff, Zwischenglieder zwischen Kriegsamte und Wirtschaftsbetrieben einzuschalten, wie sie in Gestalt der Kriegs-Rohstoff-Gesellschaften während der ersten Phase der Kriegswirtschaft bei der Bewirtschaftung der Sparstoffe eingeführt worden waren. Für die Versorgung mit Massengütern des Kriegsbedarfs, die im Hindenburg-Programm gefordert wurden, sollte ein Unterbau von Zweckverbänden der privaten Wirtschaft geschaffen werden, der nach Berufsgruppen gegliederte Fachverbände für die Bedarfsanmeldung von Massengütern und für die Entgegennahme und die Ausführung von Bestellungen sowie für den Austausch von Fachkräften und Betriebseinrichtungen umfassen sollte. Für den Handel und den Transport von Kriegsmaterial

wollte Moellendorff örtliche Verbände errichten. Die Bildung der Zweckverbände sollte auch dazu beitragen, die Preisentwicklung in der Kriegswirtschaft zu steuern.)³¹⁷ Die sich in der Vertrauenskrise der Bevölkerung im Kriegsjahr 1916/17 zeigende Kluft zwischen Staatsführung und Gesellschaft konnte nach Moellendorffs Auffassung nur durch eine bessere Kommunikation zwischen den örtlichen gesellschaftlichen Gruppen und den Institutionen der Staatsführung beseitigt werden. Zu diesem Zweck sollten in das gesellschaftliche Leben der landschaftlichen Bereiche eingebettete Verwaltungskörper, wie die Einrichtungen der Landräte, Gewerberäte, Bergräte usw., herangezogen werden. Sie sollten sowohl als "Organe zur Unterrichtung")³¹⁸ der Kriegswirtschaftsführung dienen als auch als Exekutivorgane des Kriegsammtes und als Instrumente der Kriegspropaganda, um "die Bevölkerung mit dem Geist der Gesamtaufgabe vollständig zu durchsetzen.")³¹⁹ Sie sollten ein Gegengewicht gegen die Organe der stellvertretenden Generalkommandos bilden, deren eigenmächtiges Vorgehen vielfach die Planung der Kriegswirtschaftsführer durchkreuzte.)³²⁰ Zur Verbindung der lokalen Verwaltungsstellen mit dem Kriegsamt wollte Moellendorff einen Reisestab einsetzen, der die Verwaltungen propagandistisch zu betreuen hatte.)³²¹ Über Ausmaß und Inhalt dieser Propaganda gibt der von Moellendorff verfasste und im "Mitteilungsblatt des Kriegsammtes")³²² veröffentlichte Aufruf '1917' Aufschluß. Moellendorff schrieb: "Nicht einmal jeden zweckmäßig erscheinenden Fleiß kann man allein um seiner Angetrenghheit willen loben. Wer Wasserdampf erzeugte und ließe ihn danach verdampfen, gelte allerorten als Narr. Aber oft genug wird von der edelsten Form des wirtschaftlichen Dampfes, vom menschlichen Geist, ein großer Bruchteil glatt vertan. Außer dem Aufwand muß der Wirkungsgrad der Arbeit gesteigert werden.")³²³ Alle Verluste, die durch Reibungen und Ungenauigkeiten entstünden, müssten verschwinden. Weiter hieß es in dem Aufruf: "Der Staat kann vieles anordnen und bewachen, aber es überschritte die Grenzen seiner Verantwortlichkeit und seines Leistungsvermögens, wenn er sich unterfinde, alles Tun und Unterlassen jedes einzelnen von Amts wegen vorzuschreiben. Er (der Staat) ist nichts anderes als der Aus-

druck des Gesamtwillens seiner Angehörigen. In Stunden, wo dieser Wille eindeutig auf ein einziges Ziel gerichtet ist, ... bedarf der Staat der unmittelbaren, bewußten, tätigen Hilfe des ganzen Volkes.")³²⁴ Der Gedanke eines allgemeinen Willens, eng verwandt mit der Vorstellung eines Gemeinwillens in der Theorie des Sozialvertrages von Rousseau,) ³²⁵ der im Aufruf Moellendorffs anklingt, kennzeichnet das Verhältnis zwischen Ordnungsdenken in der Kriegswirtschaft und radikaler sozialistischer Theorie. Diese Verbindungen, die hier sichtbar werden, finden später ihre Fortsetzung in Moellendorffs Entwurf einer gemeinwirtschaftlichen Verfassungsurkunde.)³²⁶ Dieser spätere Entwurf ist nicht veröffentlicht worden und liegt nur in Form handschriftlicher Notizen vor. Vor dem "Ständigen Ausschuß für die Zusammenlegung und Stillegung von Betrieben")³²⁷ erläuterte Moellendorff seine Pläne im einzelnen. Die ersten Entwürfe behandelten die Bildung örtlicher Wirtschaftsverbände, Moellendorff nannte sie "Ortsgruppen"),³²⁸ und die oberste Vertretung der Wirtschaftsgruppen in einem 'Volkswirtschaftsrat'.)³²⁹

c Der Gedanke der Bildung von 'Ortsgruppen'

In den Beratungen des Ausschusses versuchte Moellendorff durchzusetzen, daß bei der Zusammenlegung von Betrieben aus Gründen der Rohstoffersparnis und Transporterleichterung neuartige Wirtschaftskonzentrationen entstanden. Betriebe, die dem gleichen Gewerbebezweig angehörten und an wenigen Punkten konzentriert waren, wollte er zentral durch Verwaltung des Kriegsammtes zu "Artgruppen")³³⁰ zusammenfassen. Dabei dachte Moellendorff an Betriebe der Baumwollindustrie)³³¹ und der Schuhindustrie.)³³² Die Diskussion einer Zusammenlegung von Betrieben stieß in der Öffentlichkeit auf starken Widerstand.)³³³ Das Reichsamt des Inneren hat diese Bestrebungen später auf gemäßigte Weise weitergeführt.)³³⁴ Die Pläne Moellendorffs werden hier ausführlich erwähnt, weil in den Gebilden der 'Artgruppen' und der 'Ortsgruppen' Vorformen der späteren Wirtschaftszweckverbände ausgeprägt sind, die in den Organisationsplänen für die wirtschaftliche Selbstverwaltung eine der Säulen des Aufbaus der Interessenvertretung darstellten.

Im weitverzweigten Kleingewerbe, dessen Betriebe gleichmäßig über den Wirtschaftsraum verteilt waren, wollte Moellendorff sogenannte 'Ortsgruppen' bilden, die als Verwaltungsorgane einer dezentralisierten Kriegswirtschaftsleitung die örtlichen Betriebe zusammenfassen sollten. Dabei dachte er an

1. örtliche Kohlenverteilungsstellen,
2. örtliche Verkehrsorganisationen,
3. örtliche Handwerker-Reparatur-Stellen.

Der Zusammenschluß der Kleinbetriebe zu 'Ortsgruppen' sollte zunächst von den Militärbefehlshabern mit dem Belagerungsgesetz erzwungen werden. Die "Berücksichtigung der genossenschaftlichen Interessen")³³⁵ der beteiligten Betriebe sollte bewirken, daß ein innerer Zusammenhalt erwuchs und die Betriebe die Wahrung des "Geschäftsgeheimnisses")³³⁶ nicht mehr als ihr wichtigstes Ziel ansahen. Die örtlichen Organisationen hatte Moellendorff nach folgendem Plan gegliedert:

1. Ortskohlenstelle (OKS))³³⁷

Der Zusammenschluß der örtlichen Firmen zu Ortsgruppen des Kohlenhandels sollte in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern vollzogen werden. Den Vorsitz der zu bildenden Ortskohlenstelle sollte der Leiter der zuständigen Kriegsamts-Nebenstelle übernehmen. In die Ortsgruppe sollten als Mitglieder berufen werden:

- a ein Vertreter des Magistrats,
- b ein Vertreter der Stadtverordnetenversammlung,
- c ein Vertreter der ortszuständigen Eisenbahnbehörde,
- d ein Vertreter der Gewerbeinspektion,
- e ein Vertreter der Straßenbahnverwaltung,
- f ein Vertreter des Speditionswesens,
- g ein Vertreter der örtlichen Industrie,
- h ein Vertreter des örtlichen Kohlenhandels.

Die Ortskohlenstelle sollte die Verfügungsgewalt über alle in ihrem Bereich lagernden Heizstoffe erhalten und deren Verteilung nach Maßgabe von Dringlichkeitsstufen für die Kriegsverwendung regeln. Sie sollte befugt sein, Auskünfte der zusammengesetzten Betriebe über Vorratslager einzuholen. Der Gewinn der Betriebe sollte über eine Ausgleichskasse verwaltet werden.

Die Ortskohlenstelle sollte im Verein mit der

2. Ortsverkehrsstelle)³³⁸

über alle Lager und Entladeeinrichtungen sowie über sämtliche Verkehrsmittel mit Ausnahme der Eisenbahn verfügen. Die nach ähnlichen Grundsätzen entworfene

3. Orts-Handwerks-Stelle

sollte sich unter dem Vorsitz eines Vertreters der zuständigen Nebenstelle des Kriegsammtes zusammensetzen aus:

- a einem Vertreter des Magistrats,
- b einem Vertreter der Stadtverordnetenversammlung,
- c einem Vertreter der Handwerkerinnung,
- d einem Vertreter der örtlichen Industrie .

Ihre Aufgabe sollte es sein, Gebäude, Maschinen und Apparate mit geringem Aufwand an Kosten und Arbeitszeit zu warten und zu reparieren. Sie hatte außerdem Arbeitsvermittlung zu betreiben und Einrichtungen der öffentlichen Wohlfahrt zu unterhalten. Das Modell dieser örtlichen Wirtschaftsverbände überschritt entschieden das genossenschaftliche Prinzip der freien Selbsthilfe. Die Rechtsform der Verbände wollte Moellendorff nicht festlegen.

d Der Gedanke eines Obersten Wirtschafts-Beirats

Der 'Ausschuß für die Zusammenlegung und Stillegung von Betrieben' war in seinen Beratungen immer wieder auf die Tatsache gestoßen, daß in Deutschland keine gesetzmäßige, alle Wirtschaftskreise umfassende Gesamtvertretung der Wirtschaft existierte.)³³⁹ Es bestanden in der Vorkriegszeit lediglich bei einzelnen Behörden amtliche Beiräte, in Preußen in der Form von Eisenbahnbeiräten, Wasserstraßenbeiräten und des Landesökonomiekollegiums für landwirtschaftliche Fragen.)³⁴⁰ Das Reichsamt des Inneren hatte zur Beratung wirtschaftspolitischer Fragen auch interessierte Wirtschaftsführer hinzugezogen.)³⁴¹ Die Interessenverbände der Wirtschaft hatten ihrerseits versucht, Einfluß auf die Gesetzgebung zu nehmen. Ein verfassungsmäßiges Organ der wirtschaftspolitischen Beratung existierte nicht.

Moellendorff war bei seiner Arbeit in der Kriegswirtschaft auf die Akten des preußischen Handelsministeriums gestoßen, in denen Bismarck 1880 die Pläne für einen preußischen Wirtschaftsrat dargestellt hatte.)³⁴² Auf Moellendorffs Anregung forderte der Leiter des Kriegsammtes, General Groener, eine Konzeption auszuarbeiten, nach der ein oberstes Wirtschaftsorgan gebildet werden konnte. Dieser Aufforderung ist Moellendorff mit zwei Entwürfen nachgekommen.)³⁴³ In ihnen entwickelte er das Modell eines Volkswirtschaftsrates, das sich an historische Vorläufer anlehnte. Er unterschied drei Arten von beratenden Körperschaften in der Wirtschaft:

1. Interessenverbände: "repräsentative, die berufliche und gesellschaftliche Geltung von Erwerbsständen betreibende Körperschaften",)³⁴⁴ wie den 'Kriegsausschuß der deutschen Industrie', den 'Hansabund' und den 'Deutschen Handelstag'.
 2. Einrichtungen öffentlich-rechtlicher Art und ähnliche Organisationen: "zur sachlichen Bearbeitung von ... geschäftlichen Aufgaben, wie Handelskammern oder Kriegsgesellschaften.")³⁴⁵
 3. Amtliche Sachverständige: "Beiräte, Kommissionen, Ausschüsse, Stäbe und dergl., häufig auch nur einzelne Sachverständige, die die Regierung unmittelbar zur zeitweiligen Mitarbeit beruft und die mehr oder minder lose mit der Bürokratie verwachsen sind.")³⁴⁶
- Moellendorff berief sich auf Bismarck und auf den Freiherrn vom Stein als geschichtliche Vorläufer der Idee eines Volkswirtschaftsrates und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Er schrieb, die Idee, einen Obersten Wirtschaftsbeirat zu schaffen, liege durchaus in der Richtung der Reformpläne des Freiherrn vom Stein.)³⁴⁷ Bei fortgeschrittener Industrialisierung hätte sich aus Steins Reformplänen eine Art "wirtschaftliche Selbstverwaltung")³⁴⁸ gebildet, die in ihrer Vollendung zu einer ständischen Vertretung im Gegensatz zum modernen Parlamentarismus geführt hätte: "Stein, der keinen Parlamentarismus vor sich hatte, hätte wahrscheinlich in letzter Konsequenz an eine ständische Vertretung als den Oberbau des durch Selbstverwaltung selbst Staat gewordenen Volkes gedacht.")³⁴⁹
- Die Berufung auf Stein, obwohl nicht aus einem sorgfältigen Studium der Quellen des Steinschen Reformwerkes erwachsen,

sondern mehr einer allgemeinen Übereinstimmung der Auffassungen folgend, konnte verschiedene Gründe ins Feld führen. Weniger die Grundzüge der Steinschen Städteordnung von 1808 und des Agraredikts von 1807 als vielmehr der Geist verantwortlicher Teilhabe am Staat, der aus der Nassauer Denkschrift spricht, konnten für den Gedanken einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung in Anspruch genommen werden. Obwohl Stein selbst das Wort 'Selbstverwaltung' nicht gekannt hat, waren die in altväterischer und moralistischer Sprache wiederkehrenden Wendungen, wie "Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns", "Teilhabe der Nation an Gesetzgebung und Verwaltung" und "Den Kräften der Nation eine freie Tätigkeit und eine Richtung auf das Gemeinnützte geben")³⁵⁰ Maxime einer auf die Entfaltung des Gemeinnsinns gerichteten Selbstverwaltungs-idee. Aber auch der Schluß Moellendorffs, daß die Fortentwicklung der Steinschen Reformpläne im Zeitalter der Industrialisierung zu einer Form wirtschaftlich-sozialer Selbstverwaltung geführt hätte, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Die Idee der gesamtstaatlichen Volksvertretung in den Reichsständen, mehr aber noch der Steinsche Reformplan einer unmittelbaren Mitwirkung der Landstände in den Behörden der Provinzialverwaltungen, wiesen in die Richtung einer gesamtwirtschaftlichen Vertretung. Dennoch muß die Inanspruchnahme des Steinschen Reformers für den Gedanken, einen Volkswirtschaftsrat einzurichten, in engen Grenzen gehalten werden. Außer einer allgemeinen Tendenz zur Repräsentation der wirtschaftlich-sozialen Kräfte und ihrer Beteiligung am Prozeß der staatlichen Willensbildung kann von Stein kein Organisationsbegriff abgeleitet werden. Das festumrissene Modell eines Volkswirtschaftsrates findet im Gedankengut Steins kein Vorbild.

Einfacher liegen die Verhältnisse bei der Berufung auf Bismarck. Moellendorff schrieb, Bismarck habe um 1880, augenscheinlich in der Erkenntnis, daß die Parlamente in wirtschaftlicher Hinsicht vielfach versagten, sowohl für Preußen wie auch für das Reich einen Volkswirtschaftsrat schaffen wollen, der aus Präsentationswahlen der Erwerbsstände, einschließlich des Arbeiterstandes, hervorgehen sollte. An der Eifersucht der Parlamente seien diese Pläne gescheitert.)³⁵¹

Bismarck, der die Losgelöstheit des Regierungssystems von den wirtschaftlichen Tatsachen klar empfunden habe, sei gewillt gewesen, den Volkswirtschaftsrat als "Auskunftsstelle für alle wirtschaftlichen Fragen")³⁵² zur Unterstützung der Ministerien und Parlamente einzurichten. Die Gründe, die Otto von Bismarck veranlassten, in Preußen einen Volkswirtschaftsrat zu schaffen, und zu versuchen, ihn auf das Reich zu übertragen, entsprechen weitgehend den Hinweisen, die Moellendorff gibt. In seiner Begründung der Verordnung über die Errichtung eines Volkswirtschaftsrates in Preußen schrieb Bismarck im September 1880: "Um die Gesetzgebung in Handels- und Gewerbesachen ... mit ... größerer Bürgschaft für die Zweckmäßigkeit" zu umgeben, solle der Volkswirtschaftsrat eingerichtet werden, da "die gegenwärtige Art der Vorbereitung der das wirtschaftliche Leben des Volkes betreffenden Gesetzesvorlagen ... sich vielfach als ungenügend erwiesen" habe und die Garantie vermissen lasse, "daß solche Vorlagen auch vom Standpunkt unbefangener, sachkundiger Kritik der beteiligten Kreise als praktisch ausführbar")³⁵³ anerkannt würden. Der 'volkswirtschaftliche Rat' sollte dem Handelsminister als "begutachtende Behörde" zur Seite gestellt werden und sich gutachtlich über wirtschaftliche Gesetzesvorlagen äußern, bevor diese "der parlamentarischen Beratung hingegeben werden, bei welcher auf eine gleich sachkundige und unbefangene Mehrheit nicht zu rechnen ist, sondern die Abstimmung meist nach anderen, namentlich die Wahlfrage im Auge habenden Erwägungen erfolgt.")³⁵⁴ In der sachlichen Begründung stimmte Moellendorffs historischer Hinweis durchaus mit Bismarcks Motiven überein. Aber die antiparlamentarische Tendenz kam bei Moellendorff ungleich stärker zum Ausdruck. Moellendorff schrieb: Wünschenswert sei eine "Ablösung oder Ergänzung unseres deutschen rhetorisch-advokatorisch orientierten Reichstages durch eine ständische Vertretung.")³⁵⁵ Auch Bismarck hatte die Institution des Volkswirtschaftsrates durchaus als Gegengewicht gegen die parlamentarische Vertretung gedacht. Er hatte die liberale Repräsentationsidee, wahrgenommen durch besoldete, berufsmäßige Parlamentarier in scharfer Form abgewiesen, als er ihre Vertreter mit dem Wort verhöhnte:

"Sie säen nicht, sie ernten nicht, sie weben nicht, sie spinnen nicht, diese Herren, die unsere Sonne nicht wärmt, die unser Regen nicht naßmacht, wenn sie nicht zufällig ohne Regenschirm ausgegangen sind.")³⁵⁶ Aber bis zur Ablösung des parlamentarischen Systems waren seine Überlegungen bei der Begründung des Volkswirtschaftsrates nicht gegangen. Auch Moellendorff war im Dezember 1916 nicht gewillt, einen Konflikt mit dem Reichstag herbeizuführen. Er fand die Zeit nicht reif genug, "innerpolitische Auseinandersetzungen dadurch heraufzubeschwören, daß man verfassungsmäßig vorgeht und etwa Bismarcks Pläne wieder aufgreift.")³⁵⁷ Eine solche Auseinandersetzung sollte ruhigeren Zeiten vorbehalten bleiben.)³⁵⁸ Moellendorff regte an, im Inhalt Bismarcks Plänen zu folgen und durch Bundesratsverordnung den Reichskanzler zu ermächtigen, einen "Obersten Wirtschafts-Beirat")³⁵⁹ durch persönliche Ernennung zu berufen. Diese Einrichtung, als Kriegsprovisorium eingeführt, sollte ein Gewohnheitsrecht der Regierung schaffen und die Wirtschaftskreise an den Volkswirtschaftsrat gewöhnen.)³⁶⁰ Für die Verwirklichung des Aufbaus empfahl Moellendorff, den Wirtschafts- und Sozialverbänden (Deutscher Landwirtschaftsrat, Kriegsausschuß der deutschen Industrie, Deutscher Handelstag, Hansabund, Handwerker-tag, Gewerkschaften, Aufsichtsräten der Kriegsgesellschaften und behördlichen Beiräten) ein Vorschlagsrecht zu gewähren. Aus der Zahl der Vorgeschlagenen sollten je fünf Vertreter von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Arbeiterschaft berufen werden.)³⁶¹ Dem so gebildeten 'Obersten Wirtschafts-Beirat' sollten die Beiräte, Fachausschüsse und Arbeitskommissionen des Kriegsammtes unterstellt werden, es sollte ihm die Auswahl der Personen für neue Beiräte übertragen und die Aufgabe zugewiesen werden, die kriegs- und friedenswirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganisationen zu vereinheitlichen. Der Ausgleich zwischen den Wirtschaftsgruppen und zwischen den Bundesstaaten sollte zu seinem Aufgabenbereich gehören.)³⁶² Der Vergleich mit dem preußischen Volkswirtschaftsrat der Jahre 1880/81 zeigt, daß Moellendorff im wesentlichen die Grundzüge des Organisationsschemas von Bismarck übernommen hat.

Die Verordnung über die Einrichtung des preußischen Volkswirtschaftsrates vom 17. November 1880 sah vor: Der Rat sollte aus 75 Mitgliedern bestehen. Handelskammern und kaufmännische Korporationen sollten 60, die landwirtschaftlichen Vereine 30 Repräsentanten wählen. Aus der Gesamtzahl der 90 hatten die Minister 15 Vertreter des Gewerbes, 15 des Handels und 15 der Landwirtschaft zur Ernennung durch den König in Vorschlag zu bringen, außerdem aber nach freier Wahl der Minister weitere 30 Vertreter, von denen mindestens 15 dem Handwerk oder der Arbeiterschaft angehören sollten. Die insgesamt 75 Mitglieder des Volkswirtschaftsrates sollten auf die drei Sektionen Handel - Gewerbe - Land-u. Forstwirtschaft aufgeteilt und aus jeder Sektion fünf Repräsentanten gewählt werden, die zusammen mit 10 von den Ministern benannten Vertrauensleuten den "permanenten Ausschuß")³⁶³ zu bilden hatten. Dieser permanente Ausschuß des preußischen Volkswirtschaftsrates war das Ebenbild des 'Obersten Wirtschaftsbeirats', den Moellendorff in Vorschlag brachte. Der Unterschied zu Bismarcks Modell beruhte lediglich auf einer Modernisierung der Wahlkörperschaften und auf einer geringfügigen Verschiebung in der Aufteilung der Mitgliederzahl auf die Gewerbegruppen. Auch der Aufgabenbereich und die Funktionsidee, die Moellendorff seinem Plan zugrundelegte, waren aus den Vorstellungen Bismarcks übernommen. Die Untersuchung des späteren Wirtschafts- und Außenministers der Weimarer Republik, Julius Curtius,) ³⁶⁴ hat die beiden Brennpunkte der Bismarckschen Pläne herausgestellt: Der Volkswirtschaftsrat sollte dem Interessenausgleich zwischen den Wirtschaftsgruppen)³⁶⁵ und der Beratung der Regierung sowie der Begutachtung von Kabinettsvorlagen dienen.)³⁶⁶ Diese Grundsätze hat Moellendorff in seine Pläne übernommen. Der Volkswirtschaftsrat als Interessenausgleichs- und Beratungsorgan blieb der Strukturgedanke bei allen Überlegungen. Die Pläne Moellendorffs haben im Kriege keine Verwirklichung gefunden. Der 'Ständige Ausschuß für Zusammenlegung und Stilllegung von Betrieben', vor dem Moellendorff seine Gedanken entwickelte, wurde im November 1917 aufgelöst. Seine Aufgaben gingen auf das Reichswirtschaftsamt über.

Die Bedeutung der Entwürfe Moellendorffs besteht darin, daß in ihnen die Grundlagen der Organisation für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung gebildet wurden. Ein weiteres Ergebnis der Beratungen der Pläne für einen Volkswirtschaftsrat bestand darin, daß Moellendorff in dem Ausschuß mit Gleichgesinnten zusammentraf.

III Die Politik der Gemeinwirtschaft

A Gemeinwirtschaft als Konzeption des Reichswirtschaftsamts

1 Moellendorffs Berufung ins Reichswirtschaftsamt

Moellendorff war im Herbst 1916 als Referent für allgemeine Wirtschaftsfragen in das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft berufen worden. Diese Institution, deren Errichtung noch unter der Aegide des Staatssekretärs des Inneren, von Delbrück, geplant worden war, vereinigte seit ihrer Gründung im Herbst 1916 einen Stab von Fachleuten zur Bearbeitung aller Fragen, die mit der Überleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenszeit zusammenhängen. Leiter dieses Stabes war der Hamburger Senator Sthamer.)³⁶⁷ Helfferich, als Nachfolger Delbrücks, hatte das Amt mit einem Beirat ausgestattet, der den Vertretern der Wirtschaft Gelegenheit bieten sollte, die Regierung in der Übergangswirtschaft zu unterstützen. Moellendorff hat die Form des Beratungskörpers wegen seiner Größe als "wohlgeformten, aber nicht denkfähigen Wasserkopf")³⁶⁸ kritisiert, aber er war doch als Fachreferent in das Reichskommissariat eingetreten, obwohl ihm die Bedingung gestellt worden war, die "Verschiedenheit seiner grundsätzlichen Wirtschaftsauffassung gegenüber den vorherrschenden Wirtschaftsgrundsätzen")³⁶⁹ so wenig wie möglich zu berühren. Aber die Politik der Rückkehr zur Friedenswirtschaft, verbunden mit der Wiederzulassung der freien Marktwirtschaft, die vom Reichskommissariat betrieben wurde, forderte sehr bald den Widerspruch Moellendorffs heraus. Das Reichskommissariat legte seiner Arbeit drei Komponenten der Übergangswirtschaft zugrunde: Frachtraummangel, Devisenknappheit und freie Entfaltung der Marktwirtschaft.)³⁷⁰

Mit Hilfe der freien Marktwirtschaft hoffte das Reichskommissariat, Frachtraummangel und Devisenknappheit zu überwinden und zur Vorkriegswirtschaft zurückzukehren. Demgegenüber hat Moellendorff geltend gemacht, daß die kriegsbedingte Verarmung weiter Bevölkerungskreise, die Verschuldung des Staates und die wirtschaftlichen Erfahrungen der Kriegswirtschaft eine grundsätzlich neue Wirtschaftsordnung erforderlich machten.)³⁷¹ Er wies auf die Wirtschaftsform der Syndikate hin, durch die es möglich werde, eine gemeinwirtschaftliche Organisation aufzubauen, ohne die Privatinitiative zu beeinträchtigen.)³⁷² Der Grundsatz, daß Übergang zur Friedenswirtschaft nicht Übergang zur freien Marktwirtschaft bedeuten dürfe, erschien in einem neuen Licht, als im Verlauf der Novemberrevolution die Forderung der Rätebewegung nach einer Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Verfassung, nach "Sozialisierung")³⁷³ und die unbestimmte Forderung nach einer Form der "sozialen Demokratie")³⁷⁴ auf den Plan traten. Neben seiner Arbeit im Reichskommissariat für Übergangswirtschaft war Moellendorff 1916 vom preußischen Kultusministerium beauftragt worden, eine Fachzensurstelle für technische und wirtschaftliche Literatur einzurichten. Im Sommersemester 1918 nahm er einen Ruf als Professor für Nationalökonomie an der Technischen Hochschule Hannover an und lehrte hier Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft.

Die Möglichkeit, seine Vorstellungen in die Politik zu tragen, bot sich ihm, als der sozialdemokratische Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt, Dr. August Müller, ihn am 20. November 1918 aufforderte, als Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt an der Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogramms teilzunehmen.)³⁷⁵ Das Reichswirtschaftsamt, das Ende 1917 vom Reichsamt des Inneren abgetrennt und unter seinem Staatssekretär, dem Freiherrn von Stein, mit dem Reichskommissariat für Übergangswirtschaft vereinigt worden war,)³⁷⁶ fand nach Steins Rücktritt im August 1918 in August Müller einen Leiter, den die gemeinsame Vorstellung eines Volkswirtschaftsrates mit Moellendorff verband.)³⁷⁷ Als Mitarbeiter im Kriegsernährungsamt)³⁷⁸ hatte Müller dem Leiter dieser Institution, von Batocki, in einer Denkschrift vom Herbst 1916 die Bildung eines Reichswirtschaftsrates vorgeschlagen.)³⁷⁹

Als Moellendorff als Leiter der organisatorischen und wirtschaftspolitischen Abteilung in das Reichswirtschaftsamt eintrat, war die unartikulierte, verschwommene Vorstellung einer Sozialisierung zur Forderung weiter Schichten der Bevölkerung geworden.)³⁸⁰ Zugleich bildete sie jedoch den Streitpunkt der Regierungskoalition zwischen MSPD und USPD im Rat der Volksbeauftragten.)³⁸¹

a Die wirtschaftspolitische Konzeption

Die Auffassung, die Moellendorff von der wirtschaftspolitischen Gesamtlage des Reiches hatte, bestimmte seine Anschauung von der Möglichkeit und der Reichweite wirtschaftspolitischer Pläne und einer umfassenden Neuordnung der Wirtschaftsverfassung zum Zeitpunkt seines Eintritts in das Reichswirtschaftsamt. Die Lage wurde nach seiner Meinung gekennzeichnet von einer allgemeinen Verarmung Deutschlands, deren Auswirkung durch eine gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens für die ärmeren Volksschichten zwar gemildert, nicht aber beseitigt werden könnte. Diesen Realitäten stand, wie er glaubte, eine "Hypertrophie der Ansprüche")³⁸² gegenüber, die das Resultat der durch "kapitalistische Kriegssuggestion")³⁸³ in Gestalt des Preisanreizes der Wirtschaftsweise in den Kriegsjahren hervorgerufenen Vorstellung einer "vollzogenen Bereicherung")³⁸⁴ gewesen sei. Krasse Wirklichkeit, wie Moellendorff sie sah, sei dagegen gewesen, daß die Produktion durch Raubbau, Verschleiß und Vorratsschwund zerrütet und die gemeinwirtschaftliche Gesinnung durch polizeilich-bürokratische Kriegsmaßnahmen demoralisiert gewesen sei.)³⁸⁵ In dieser Situation waren nach Moellendorffs Ansicht folgende Kräfte und Gegebenheiten für die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik maßgebend:

Erstens: Der Privatkapitalismus habe unter der Flagge der "Wirtschaftsfreiheit")³⁸⁶ die Wiederherstellung der freien Marktwirtschaft angestrebt. Zweitens: Außenpolitisch sei durch Gebietsverluste und Einbußen an Schiffsraum die Produktivität der Wirtschaft gemindert gewesen. Drittens: Der Verlust auslän-

discher Absatzmärkte und die erstarkte Konkurrenz des Auslands hätten die Produktionsmöglichkeiten beschränkt. Viertens: Bedrohung des Binnenmarktes durch ausländischen Kapitalismus sei unter der Fahne der "Hilfsaktionen" getarnt worden.)³⁸⁷ Innerhalb dieser Grenzen der Wirtschaftspolitik wollte Moellendorff den Wiederaufbau in einem Dreistufenplan verwirklichen. Dieser Plan gliederte sich in:

aa Die Politik während der "Periode der verzweifelten Notmaßnahmen".)³⁸⁸

In diesem Zeitabschnitt sollten Importe lebenswichtiger Güter zugelassen werden. Aber es sollten keine Kompensationsverpflichtungen eingegangen werden, nach denen langfristige Einfuhrverträge über Kaffee, Textilien oder Salpeter abgeschlossen hätten werden müssen. Dafür sollten höhere Zinsen für Anleihen in Kauf genommen, Verpfändungen erwogen und andere Maßnahmen ins Auge gefasst werden. Moellendorffs Grundsatz hieß: "Lieber schärfere und längere Enthaltensamkeit als Preisgabe des wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechts.")³⁸⁹ In dieser Periode sollte die Wirtschaft durch einen "Notstandsfonds")³⁹⁰ angekurbelt werden.

ab Die "Periode des wirtschaftlichen Notbaus")³⁹¹

In diesem Zeitraum sollte mit allen Mitteln Autarkie angestrebt werden; so durch "Rohstoffschutz, Siedelung, Luxus-Verbrauchssperre, (Produktivitätssteigerung durch) Taylorismus, Förderung jeglicher Veredelungswirtschaft, Transitverkehr ...")³⁹² Außerdem sollte durch allmähliche Verstaatlichung oder staatlich beaufsichtigte Vergesellschaftung ein Umbau der Wirtschaftsverfassung erreicht)³⁹³ und eine außenpolitische Annäherung an "ergänzende Volkswirtschaften, wie Rußland,")³⁹⁴ vollzogen werden.

ac Die "Periode der wirtschaftlichen Kontinuität").³⁹⁵

Auf der dritten Stufe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sollten die Bindungen allmählich gelöst werden. Diese Periode sollte gekennzeichnet werden von der Konsolidierung der Kernwirtschaft. (Grundstoffindustrie und Landwirtschaft.D.Verf.) "Konsolidierung absoluter Autarkie durch innige politische Verbindung mit Rußland, paritätischer Verkehr mit den USA usw.")³⁹⁶ Bei den Friedensverhandlungen sollte der Gesichtspunkt verfochten werden, daß

mit einem bankrotten Deutschland schlechte Geschäfte zu machen wären und die Gefahr von einem Aufbrechen von "Klassenverhältnissen zwischen den Nationen")³⁹⁷ drohe. Die Unterhändler sollten auf die Nützlichkeit eines "freien, arbeitssamen und selbständigen Volkes")³⁹⁸ für die Weltwirtschaft hinweisen. Der Dreistufenplan Moellendorffs, dem die Grundidee eines staatssozialistischen Deutschlands in enger Anlehnung an Sowjetrußland zugrunde lag, geriet in der Auseinandersetzung um die praktische Wirtschaftspolitik in einen unüberwindbaren Gegensatz zur politischen Linie der Mehrheitssozialdemokraten, deren alleiniges Ziel die Konsolidierung des parlamentarischen Regierungssystems war.

b Die gemeinwirtschaftliche Konzeption

Schon als Moellendorff am 30. November 1918 zum ersten Male Vortrag vor dem Rat der Volksbeauftragten hielt, wandte er sich gegen den "abwartenden Opportunismus")³⁹⁹ der Mehrheitssozialdemokraten, die die Gelegenheit zu grundlegenden Reformen nach seiner Ansicht versäumten, weil sie vom Bestreben geleitet wurden, dem Unternehmertum die "Freudigkeit")⁴⁰⁰ zu erhalten. Moellendorff forderte in den Hauptpunkten seines Programms:

1 Sicherung einer paritätischen Einflußnahme der Gewerkschaften auf alle wirtschaftlichen Fragen. 2 Beseitigung der Gewinngelegenheiten der Unternehmer, wie sie im Kriege Platz gegriffen hatten. 3 Stellungnahme des Staates zugunsten der wirtschaftlichen Gemeinschaft. 4 Bessere Verteilung der Geldeinkommen.)⁴⁰¹

Die Mittel zur Verwirklichung seiner Ziele stellte Moellendorff in einem Fünfpunkteprogramm zusammen, dessen Inhalt hier zusammengefasst dargestellt werden soll.

1. Als wichtigstes Ziel nannte Moellendorff den Aufbau der "Wirtschaftsverfassung")⁴⁰² in "Wirtschaftszweckverbänden",)⁴⁰³ in denen Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Staat vertreten sein sollten. Die Wirtschaftszweckverbände sollten untereinander horizontal und vertikal verbunden werden. Als ihre wichtigste Aufgabe

bezeichnete Moellendorff: vereinfachte Staatsaufsicht, gegenseitige Kontrolle, Selbstverwaltung, Interessenausgleich.

2. Die Normalisierung und Verminderung des überflüssigen Handelsumschlages verbunden mit einer Verbrauchs- und Produktionsperre für Luxusartikel.

3. Die Intensivierung der Binnenwirtschaft durch selbsttätige (selbstverwaltende D.Verf.) Ein- und Ausfuhr-Regelung, durch die zwar keine absolute Unabhängigkeit vom Ausland, aber doch ein wirksamer Schutz gegen Verschuldungen im Ausland erreicht werden sollte.

4. Erschließung von Siedlungsland und Energiequellen.

5. Finanzierung von volkswirtschaftlichen Vorhaben durch den Staat, ausgeführt von einer obersten Bank. Dadurch sollten Chancen und Risiken äußerer und innerer Konjunkturschwankungen vom Staat übernommen werden. Zu diesem Zweck schlug Moellendorff vor, einen "Reichsfonds")⁴⁰⁴ zu bilden. Mit seiner Hilfe sollte das Angebot von Investitionsmitteln durch den Staat mit der Bedingung der gemeinwirtschaftlichen Organisation der Industriebetriebe verbunden werden.

Die Pläne Moellendorffs stießen im Rat der Volksbeauftragten auf divergierende Vorstellungen der Koalitionspartner über die politischen und wirtschaftlichen Ziele der Revolution. Während die Mehrheitssozialdemokraten in der Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie und in der Einberufung der Nationalversammlung das Endziel der Revolution sahen,) ⁴⁰⁵ und ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen sich in der Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung erschöpften,) ⁴⁰⁶ lief die Politik der USPD im Rat der Volksbeauftragten darauf hinaus, die Wahlen zur Nationalversammlung zu verschieben und mit Hilfe der Rätebewegung die Grundlagen einer "sozialistischen Demokratie") ⁴⁰⁷ zu legen. Dieser gesellschaftspolitischen Konzeption entsprach das wirtschaftspolitische Programm, die "Sozialisierung der sozialisierungsreifen Industrie vor Zusammentritt der Nationalversammlung") ⁴⁰⁸ herbeizuführen. Damit konzentrierten sich die Sozialisierungsbestrebungen auf die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus und aller mineralischen Bodenschätze.) ⁴⁰⁹ Diesem wirtschaftspolitischen Ziel der

USPD-Führer im Rat der Volksbeauftragten stand eine völlige Unklarheit über Verfahren und Methoden der Sozialisierung gegenüber, die dazu führte, daß die Angelegenheit zur Festlegung von Einzelheiten an eine "Sozialisierungskommission")⁴¹⁰ überwiesen wurde. Die auf Anforderung des Rates der Volksbeauftragten von Moellendorff entworfene Denkschrift vom 3. Dezember 1918)⁴¹¹, in der er sein wirtschaftspolitisches Programm konkretisierte, ging von der Notwendigkeit aus, ein Höchstmaß an gemeinwirtschaftlicher Politik in Einklang mit den unterschiedlichen Zielen der Koalitionspartner zu bringen. Richteten sich die Erwartungen der unabhängigen Sozialdemokraten auf das Ergebnis der Beratungen der Sozialisierungskommission und waren auch die Mehrheitssozialdemokraten gewillt, die Sozialisierungskommission als ein taktisches Mittel zur Besänftigung der Forderungen nach Sozialisierung der Grundstoffindustrien zu benutzen,)⁴¹² so verfolgte Moellendorffs Denkschrift im direktem Gegensatz dazu die Absicht, die von den unabhängigen Sozialdemokraten verlangte Sozialisierung der Kohlenindustrie in die Bahnen einer gemeinwirtschaftlichen Regelung zu lenken, die seinen theoretischen Vorstellungen gemeinwirtschaftlicher Selbstverwaltung entsprach, und einem Programm der Sozialisierungskommission zuvorzukommen. Moellendorff unterbreitete den Volksbeauftragten seinen Vorschlag, die Reform der Wirtschaftsverfassung im Sinne gemeinwirtschaftlicher Sozialisierung auf eine materielle und ideelle Beteiligung der Arbeiterschaft an allen wirtschaftlichen Vorgängen zu beschränken, zugleich aber der Wirtschaftsordnung eine Form zu geben, in der die privaten Interessen dem sozialen Allgemeininteresse untergeordnet werden sollten.)⁴¹³ Eine solche Wirtschaftsform mußte nach Moellendorffs Auffassung die Sozialisierung zur Aufgabe der Wirtschaftsselbstverwaltung machen. Kerngedanke der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sollte es sein, die Einzelinteressen in einem wirtschaftlichen Gesamtinteresse zu vereinen. Die Sozialisierung sollte nicht von den Behörden angeordnet, sondern nach vollzogener Organisation der Wirtschaft in gemeinwirtschaftlichem Aufbau von Fall zu Fall in jeweils zweckmäßigen Formen realisiert werden.)⁴¹⁴ Der Weg zur Verwirklichung dieser Grundsätze sollte nach Moellendorffs Vor-

schlügen zur Zusammenfassung der Kohlenindustrie in Syndikate unter staatlicher Aufsicht führen. In diese Form waren schon 1915 die bestehenden Organisationen, das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat u.a., umgewandelt worden.)⁴¹⁵ Schließlich sollte die gesamte Energiewirtschaft in Zwangssyndikaten organisiert werden. Das Fernziel Moellendorffs sah vor, die gesamte Industrie in rechts- und geschäftsfähigen Wirtschaftszweckverbänden zusammenzuschließen, durch die alle großen Produktionsgruppen durch horizontale und vertikale Verkettung verbunden werden sollten. Als Beispiel nannte Moellendorff die Produktionsgruppe Textilien, in der nicht nur Importeure, Händler, Schneider, Konfektionäre, Weber, Spinner und Rohstoffherzeuger untereinander, sondern auch Importeure mit Importeuren, Händler mit Händlern usw. miteinander verbunden werden sollten.)⁴¹⁶ Die so entstehenden Zweckverbände wollte Moellendorff in örtliche und fachliche Teilverbände gliedern, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch vertreten sein sollten. Der Staat sollte die Konsumenten repräsentieren. Den Verbänden sollte die Rationalisierung und Intensivierung der Produktion überantwortet werden. Der Staat hatte sie aus Mitteln eines Fünf-Milliarden-Reichsfonds mit Krediten zu versorgen, in Zeiten der Hochkonjunktur dagegen entsprechend zu besteuern. Von dieser Regelung versprach sich Moellendorff die allmähliche Umwandlung des Fiskus in einen "obersten Bankhalter")⁴¹⁷, gleichzeitig die Bildung eines Gegengewichts zum bundesstaatlichen Wirtschaftspartikularismus und folglich eine Festigung der Reichseinheit.

c Der "Reichsfonds"-Plan

Moellendorff war auf Vorschlag von August Müller zunächst kommissarisch in das Amt des Unterstaatssekretärs eingesetzt worden. Staatssekretär A. Müller hatte Moellendorff zugesagt, binnen vierzehn Tagen eine Bestätigung des Rates der Volksbeauftragten zu erwirken. Als am 3. Dezember 1918 die vereinbarte Frist abgelaufen war, in der Moellendorff mit provisorischen Vollmachten arbeitete, reichte er ein Rücktrittsgesuch ein.)⁴¹⁸

Der Rat der Volksbeauftragten machte seinerseits die Bestätigung Moellendorffs in seinem Amt von der Vorlage detaillierter Ausarbeitungen abhängig.)⁴¹⁹ Moellendorff hat daraufhin einen ausführlichen Plan für die Errichtung eines Reichsfonds vor den Volksbeauftragten entwickelt. Bevor dieser Plan dargestellt wird, soll auf die Beratungen zur Frage eines Reichsfonds in den Sitzungen des Reichswirtschaftsamtes eingegangen werden. Moellendorff hatte zunächst daran gedacht, einen staatlichen Kapitalfond⁸ in Höhe von zehn Milliarden Mark zu bilden. Mit seiner Hilfe sollte für die Dauer eines Vierteljahres ein "Warengeschäft größten Stils")⁴²⁰ eingeleitet werden. Die Aktion sollte gleichzeitig die Möglichkeit geben, eine Reihe gemeinwirtschaftlicher Maßnahmen, z.B. den Zusammenschluß von Produktionsgruppen, zu verwirklichen, ohne die Aktionen in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Moellendorff entwickelte in den internen Beratungen des Reichswirtschaftsamtes den Plan, eine "Reichsfondsstelle")⁴²¹ zu errichten, die dem Reichswirtschaftsamt, dem Reichsschatzamt und dem Demobilismachungsamt unterstehen sollte. Die Reichsfondsstelle sollte in vier Abteilungen gegliedert werden: a Finanzabteilung mit Buchhaltung, b Abteilung für Einkauf und Warenannahme, c Verkaufsabteilung und d Abteilung für Transportwesen und Lagerung.)⁴²² Um die Vergabe von Produktionsaufträgen durch die Reichsfondsstelle als Druckmittel für die Durchsetzung der gemeinwirtschaftlichen Organisation zu nutzen, sollten Aufträge nur dann vergeben werden, wenn a) die Produktionsangebote von rechtsfähigen Orts- und Fachverbänden (Syndikaten usw.) abgegeben würden, b) Zinsen, Dividenden und sonstige Gewinne aus der Produktion nicht entnommen würden, c) die Abschreibungen vorhandener Produktionsanlagen auf die Reichsfondsproduktion nicht erfolgte, d) die Kalkulation der Lohnkosten in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erfolgte, e) Waren erzeugt werden sollten, deren Produktion von Einfuhren weitgehend unabhängig war, f) einheimische Massenverbrauchsgüter und binnenwirtschaftliche Produktionsgüter, wie Landmaschinen ua., hergestellt werden sollten, g) die Erzeuger rechtsverbindlich darin einwilligten, daß Verstöße gegen die Vertragsbedingungen als kriminelle

Delikte angesehen und als Landesverrat geahndet werden sollten.)⁴²³ Moellendorff rechnete mit einem erhöhten Risiko des Staates. Er ging davon aus, daß Waren, die im Auftrage des Reichsfonds hergestellt würden, zum Zeitpunkt ihres Verkaufs billiger sein könnten als zum Zeitpunkt ihrer Herstellung. Diesem Risiko sollte der Staat durch die Bevorzugung kurzfristiger Produktionsvorhaben begegnen. War der geplante Reichsfonds in der wirtschaftspolitischen Konzeption des Reichswirtschaftsamtes durchaus ein Instrument zur Belebung der Konjunktur, so stellte Moellendorff in seiner Denkschrift an den Rat der Volksbeauftragten doch die gesamtpolitischen Aspekte in den Vordergrund. Er machte geltend, daß die Errichtung eines Reichsfonds die Gefahr eines Stillstands der Produktion banne und eine drohende Arbeitslosigkeit abwende. Auch wirke die Vergabe großer Aufträge durch den Staat einem drohenden Zerfall der Reichseinheit entgegen. Darüber hinaus belebe der Reichsfonds die Initiative der Unternehmer, die durch Lohnforderungen und Arbeitszeitverkürzungen als politischem Programm der revolutionären Parteien gedämpft worden sei. Schließlich werde der Reichsfondsplan als Teil eines großzügigen Übergangsprogrammes dazu beitragen, die Wirtschaft in Friedensverhältnisse hinüberzuführen und ein Chaos zu vermeiden, das entstehen könnte, wenn die Kriegswirtschaft unvermittelt aufgehoben werde.)⁴²⁴ Nur in einem Punkte berührte Moellendorff sein Vorhaben, den Reichsfonds als Vehikel der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu benutzen. So sollte die Vergabe staatlicher Aufträge über rechtsfähige Wirtschaftszweckverbände zur Neuregelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer "im Geiste einer Selbstverwaltung aller Wirtschaftsfaktoren")⁴²⁵ beitragen. Den sozialpolitischen Zielen der USPD-Führer im Rat der Volksbeauftragten kam Moellendorff entgegen, indem er darauf hinwies, daß bei der Vergabe von Aufträgen durch den Reichsfonds die Einhaltung der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen im Einzelfall erzwungen und der Unternehmergewinn durch Festsetzung der Preise genau umgrenzt werden könnten.)⁴²⁶ Die von Moellendorff mit dem Entwurf für einen Reichsfonds verfolgten

Ziele waren darauf gerichtet, mit einer aktiven Wirtschaftspolitik eine wirtschaftliche Erholung einzuleiten, zugleich aber die sozialistischen Zielsetzungen der Sozialdemokraten zu befriedigen und die Organisation der Gemeinwirtschaft auf dem Verwaltungswege zu beginnen. In ihrer Bedeutung für die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung sind die Entwürfe Moellendorffs nicht wesentlich über die in der Kriegswirtschaft praktizierte Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft hinausgediehen. Der Vergleich mit der staatlichen Finanzierung des Aufbaus der Stickstoffindustrie in der Kriegswirtschaft zeigt, daß Moellendorff die Grundzüge der kriegswirtschaftlichen Organisation aufgriff, um mit ihrer Anwendung auf die gesamte Wirtschaft seine Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu verwirklichen. Dieses Vorhaben hat sich gegen den Widerstand der konkurrierenden Reichsämter im Rat der Volksbeauftragten nicht verwirklichen lassen. Obwohl der USPD-Flügel in der Revolutionsregierung mindestens zeitweise erwogen hat, auf die Pläne Moellendorffs zurückzugreifen, um gegen den hinhaltenden Widerstand der Mehrheitssozialdemokraten überhaupt zu Fortschritten in der Sozialisierungsfrage zu kommen,)⁴²⁷ war der Rat in seiner Gesamtheit nicht bereit, vor einer Entscheidung der künftigen Nationalversammlung die Gemeinwirtschaft zu fördern. Auch der Reichsfondsplan stieß im Reichsschatzamt auf Ablehnung.)⁴²⁸ Das Ergebnis der Gemeinwirtschaftspolitik des Reichswirtschaftsamtes führte nicht weiter als zur Bewahrung der im Kriege geschaffenen Wirtschaftsordnung. Indem der Rat der Volksbeauftragten am 28. Dezember 1918 anordnete, daß alle Wirtschaftsverordnungen in Kraft blieben, die von Reichskanzler, Bundesrat und Heeresverwaltung während des Krieges erlassen worden seien,)⁴²⁹ waren die Bestrebungen zur Wiederherstellung der freien Marktwirtschaft zunächst abgewiesen, aber der Ausbau der Gemeinwirtschaft war an der Entschlossenheit der Interimsregierung gescheitert, keine Verfassungsentscheidungen vor dem Zusammentreten der Nationalversammlung zu treffen.)⁴³⁰ Dennoch hat Moellendorff an der Konzeption seiner Wirtschaftspolitik festgehalten. In den internen Beratungen des Reichswirtschaftsamtes wurden die Grundpositionen des gemeinwirtschaft-

lichen Linie wiederholt erörtert. Aber man erwog nicht, den Kurs zu ändern. Moellendorff beharrte auf seiner Meinung, die Reihenfolge der dringlichen Aufgaben stehe in einem Zusammenhang, der das Streben nach "relativer Autarkie")⁴³¹, die Bildung eines Reichsfonds)⁴³² und die Errichtung von Wirtschaftszweckverbänden zu Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus machte.)⁴³³

2 Sozialisierung durch Gemeinwirtschaft

Um die Jahreswende 1918/19 traten die Forderungen der verschiedenen Strömungen in der Rätebewegung nach Sozialisierung in den Vordergrund. Der Beschluß des ersten allgemeinen Rätekongresses, die Regierung werde beauftragt, "mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen")⁴³⁴, hatte dazu beigetragen, den Räten Auftrieb und politisches Profil zu geben.)⁴³⁵ Die Entwicklung führte schnell zu politischen Aktionen der örtlichen Arbeiterräte, deren Ziel es war, der Regierung die Sozialisierungsfrage aus der Hand zu nehmen und im Kohlenbergbau vollendete Tatsachen zu schaffen.)⁴³⁶ Vor diesem Hintergrund gewannen die gemeinwirtschaftlichen Pläne des Reichswirtschaftsamtes an Bedeutung, und in der Auseinandersetzung zwischen Rätebewegung und Reichsführung zeichnete sich für Moellendorff die Möglichkeit ab, seine Selbstverwaltungskonzeption gesetzlich zu verwirklichen.

a) Der Begriff der Sozialisierung bei Moellendorff

Die beiden Aspekte der Sozialisierungsfrage in der Auseinandersetzung um die Ergänzung des parlamentarischen Regierungssystems durch Formen einer "sozialen Demokratie")⁴³⁷, die verfassungsmäßige Ordnung der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel auf der einen Seite - und die Entfremdung des Arbeiters im Produktionsprozeß und ihre Überwindung auf der anderen, hat Peter von Oertzen klar herausgearbeitet.)⁴³⁸ Für Moellendorff lag die Frage wesentlich einfacher. Nach seiner Grundkonzeption war die Entfremdung des natürlichen Menschen im arbeitsteili-

gen Vorgang der Warenerzeugung nicht aufzuheben. Er nahm an, der Mensch werde die Qualen der arbeitsteiligen Produktion in verstärktem Maße auf sich nehmen müssen, um die Zeit, die von der Gesellschaft auf die Befriedigung materieller Bedürfnisse verwendet werden muß, durch Produktivitätssteigerungen zu verkürzen. Im Endergebnis, so hieß Moellendorffs Version, werde es möglich sein, durch automatische Arbeitsverfahren mehr Zeit einzusparen, die der einzelne darauf verwenden könnte, ein natürliches Leben zu führen.)⁴³⁹ Damit war seine Haltung zur "Betriebsdemokratie")⁴⁴⁰ festgelegt. Er meinte, es sei nicht sozialistisch, sondern liberal und demokratisch gedacht, die unvermeidlich straffe Disziplin der industriellen Arbeitsordnung durch Unzweckmäßigkeiten frei oder durch Mitbestimmungsrechte gerecht gestalten zu wollen.)⁴⁴¹ Unter diesen Voraussetzungen war es folgerichtig, daß Moellendorff die Sozialisierungsfrage auf ihren ökonomisch-technischen Aspekt beschränkte. Für ihn hieß die Alternative nur noch Enteignung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln oder Kontrolle über die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel. Er hat die Entscheidung über die Formen der ökonomisch-technischen Sozialisierung, entweder "organisatorische")⁴⁴², die Privatwirtschaft kontrollierende, oder "requisitorische")⁴⁴³, die Privatwirtschaft aufhebende Sozialisierung, dem Kriterium der Sittlichkeit und der Zweckmäßigkeit unterworfen.)⁴⁴⁴ Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß er die Kontrolle der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel vorzog.)⁴⁴⁵ Der von Moellendorff eingeschlagene Weg der wirtschaftlichen Selbstverwaltung fiel in die von ihm entwickelte Kategorie der "Beschränkung des privaten Verfügungsrechts an Produktionsmitteleigentum durch Übertragung von Kontrollrechten an autonome Körperschaften")⁴⁴⁶, ein Verfahren, das er als "Mediatisierung")⁴⁴⁷ bezeichnete. Aber das Fernziel der wirtschaftlichen Selbstverwaltung war doch die Beschränkung der Verfügungsgewalt von Privatpersonen an Produktionsmitteln durch Übertragung der geschäftlichen Leitung wirtschaftlicher Unternehmen an die autonome ökonomische Gemeinschaft, was er "Neutralisierung")⁴⁴⁸ nannte.

An dieser theoretischen Zielsetzung müssen auch die politischen Bestrebungen gemessen werden, die Moellendorff der Gemeinwirtschaftspolitik im Reichswirtschaftsamt zugrunde legte. Darüber darf freilich nicht vergessen werden, daß sich die in den Denkschriften Moellendorffs spiegelnden Bestrebungen einerseits mit tagespolitischen Zielen verbanden, andererseits auf die Haltung der Koalitionsregierung Rücksicht nehmen mussten.

b) Die Zusammenarbeit mit Rudolf Wissell

Die Umbildung der Revolutionsregierung nach dem Ausscheiden der USPD-Volksbeauftragten hatte in der Person Rudolf Wissells)⁴⁴⁹ den ersten Wirtschaftsminister der Weimarer Republik ins Kabinett gebracht.)⁴⁵⁰ Damit fanden die wirtschaftlichen Fragen eine stärkere Berücksichtigung in der Politik des Rates der Volksbeauftragten, der bis dahin rein sozialpolitische Ziele verfolgt hatte.)⁴⁵¹ Wissell hat den Selbstverwaltungsgedanken Moellendorffs voll und ganz unterstützt und in der Kabinettspolitik vertreten. Aus dem persönlichen Vertrauensverhältnis zwischen Wissell und Moellendorff ging eine Angleichung der Vorstellungen des Ministers an die seines Unterstaatssekretärs hervor, die in einem Bild beredten Ausdruck fand, das Moellendorff in einem Brief an Wissell anführte: Moellendorff liefere den Rohstoff, den Wissell in seinem Geiste nach Belieben verkneten mochte.)⁴⁵² Die politische Wirksamkeit der Vorstellungen Moellendorffs war damit an das politische Durchsetzungsvermögen Wissells gebunden. Wissells Verhältnis zur Macht wurde aber von der unbedingten Loyalität gegenüber der kollektiven Parteiführung geprägt. Aus dem Bildungsgang Wissells in den Gewerkschaften erklärt sich seine Einstellung zur Macht, aber auch die Vereinbarkeit der Anschauungen Wissells und Moellendorffs. Der Minister hat seine Neigung für Moellendorffs Pläne einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung nach dem Prinzip fachlicher Gliederung damit erklärt, daß "sein Einblick in die produktionstechnische Seite(der) Wirtschaft" ihn dazu führte, das "sich freiwillig Gebildete zu stützen.")⁴⁵³ Sein Bekenntnis: "Nach den Bedürfnissen des Lebens haben sich die Berufsorganisationen der Arbeiter und die der Unternehmer

auf fachlicher Grundlage gebildet. Sie müssen benutzt werden für den Aufbau unserer Wirtschaft, und nur wenn wir sie benützen, können wir den Gewerkschaften die Bedeutung erhalten, die sie in unserem Wirtschaftsleben sich errungen haben")⁴⁵⁴, enthüllt den Kern der Übereinstimmung in reformfreudiger Grundhaltung zwischen dem sozialdemokratischen Minister und seinem konservativen Staatssekretär.

c) Die praktische Sozialisierungspolitik auf der Grundlage des Moellendorffschen Sozialisierungsbegriffs

Die Grundlage, von der die Sozialisierungspolitik des Reichswirtschaftsamtes ausging, hat Moellendorff in seiner Denkschrift vom 4. Januar 1919 gelegt.)⁴⁵⁵ In ihr wurde das Ziel der Sozialisierung mit den Worten definiert: "die erreichbaren Wirtschaftsmittel zum Zwecke eines möglichst großen Allgemeinwohls zu verwerten.")⁴⁵⁶ Die Festlegung auf eine bestimmte Methode der Sozialisierung musste dem Utilitätsprinzip zuwiderlaufen. Moellendorff hat diesen Grundsatz auf das Beispiel der Kohlenwirtschaft angewendet und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der Zweck der Sozialisierung darin bestehen müsse: "das Nationalvermögen der Kohle derart auszunutzen, daß Erzeuger und Verbraucher dabei im Durchschnitt günstiger abschneiden.")⁴⁵⁷ Der Glaubenssatz dagegen, daß dies nur auf dem Wege einer plötzlichen Vergesellschaftung der Kohlengruben zu erreichen sei, mußte dem reinen Zweckdenken als sachlich unbegründet, wenn nicht als falsch erscheinen. Die Verknüpfung der Sozialisierungsfrage mit dem Problem der Entfremdung und mit der Frage der sozialen Stellung des Arbeiters im Betriebe, die von der Rätebewegung praktiziert wurde,) ⁴⁵⁸ entsprach nach Moellendorffs Auffassung dem Fehler, eine Frage von großer sozialökonomischer Tragweite gefühlsmäßigen Entscheidungen zu überlassen.)⁴⁵⁹ Die Sozialisierung hatte sich nach Moellendorffs Meinung darauf zu beschränken, die offenkundigen Mißstände zu beseitigen, ohne die Vorzüge des Vorgefundenen zu zerstören.)⁴⁶⁰ Moellendorff lenkte in seiner Denkschrift die Sozialisierungsfrage auf ein Gebiet ab, das nach seiner Auffassung der Haupt-

herd für die Auswüchse des wirtschaftlichen Liberalismus war, auf den Großhandel. "Die Sozialisierung (braucht) ... nur da anzugreifen, wo sich die privatkapitalistische Macht übermäßig und wahrhaft sozialisierungsreif angehäuft hat, namentlich beim Großhandel (d.h. bei der Mengen- und Preiskontrolle) der Kohlensyndikate.")⁴⁶¹ Gegen die Verstaatlichung der gesamten Kohlenindustrie sprach dagegen nach Moellendorffs Auffassung die Vermutung, daß der Übergang des Eigentums der Unternehmer auf die im Unternehmen tätigen Arbeiter die "privatkapitalistischen Schäden")⁴⁶² nicht beseitigen würde. Vom Standpunkt des Gemeinwohls war es nach Moellendorffs Meinung geradezu schädlich, die betriebswirtschaftlichen Fähigkeiten der Unternehmer zu verdrängen.)⁴⁶³ Die konkreten Maßnahmen, die Moellendorff in seinem Sozialisierungsplan vorschlug, verlagerten das Sozialisierungsproblem aus der Ebene der sozialrevolutionären Diskussionen unter den Grubenarbeitern an Ruhr und Saale in die kühle Distanz volkswirtschaftlicher Überlegungen. Durch organisatorische Umbildungen in der Kohlenwirtschaft sollte den gesamtwirtschaftlichen Interessen Geltung vor den privatwirtschaftlichen Bestrebungen verschafft werden, indem

- 1 der Außenhandel auf binnenwirtschaftliche Erfordernisse abgestimmt wurde,

- 2 die Löhne der Bergarbeiter mit Gewinnen, Steuern und Verbraucherpreisen ins Gleichgewicht gebracht wurden.)⁴⁶⁴

Moellendorff rechnete bei dem Versuch, die Sozialisierungspolitik der Regierung in die Richtung seiner gemeinwirtschaftlichen Pläne zu drängen, mit dem gewerkschaftlichen Standpunkt Wissells. In diese Richtung zielte sein Hinweis, daß die Grundsätze einer gesamtwirtschaftlich kontrollierten Lohnpolitik den Traditionen der Gewerkschaften entsprächen.)⁴⁶⁵ Moellendorff wies den Gewerkschaftsfunktionär Wissell darauf hin, daß eine dezentralistische, von den Räten in einzelnen Kohlenbetrieben gesteuerte Lohnbewegung, die "zumal in Zeiten demokratischer Staatsverfassung")⁴⁶⁶ einsetzen würde, zu inflationistischen Ergebnissen führen mußte. Dagegen könnte eine zentralistisch dirigierte, von den Gewerkschaften kontrollierte Lohnwelle den Lebensstandard der Arbeiter verbessern. Der Zuschnitt der Denkschrift Moellendorffs verrät ein Meisterwerk in der Kunst psychologi-

scher Beeinflussung. Auf Wissells in der sozialpolitischen Arbeit der Gewerkschaften gebildete Vorstellungen, welche die soziale Lage der Arbeiter im Betrieb mit der materiellen Sicherung seiner Familie unlösbar verbunden betrachteten, mußten Darlegungen Überzeugend wirken, die den Lebensstandard der Arbeiter zum Kriterium der Sozialisierungsfrage machten. Die von Moellendorff gezogene Schlußfolgerung, der wirtschaftspolitische Einfluß des Arbeiters gehöre nicht so sehr in die Fabrik wie in die Zentralorgane eines systematisch aufgebauten Wirtschaftskörpers,)⁴⁶⁷ erinnerte Wissell an den maßgeblichen wirtschaftspolitischen Einfluß, den die Gewerkschaften in der Institution der Zentralen Arbeitsgemeinschaft gewonnen hatten. Die Denkschrift Moellendorffs vom 4. Januar 1919 entsprach in ihrer Zielsetzung einer Begrenzung der Sozialisierung auf organisatorische Eingriffe in die Kohlenwirtschaft und in ihrer Hervorhebung der lohnpolitischen Aspekte durchaus der Tendenz der sozialdemokratischen Führer, das Sozialisierungsproblem von der ökonomisch-technischen Seite zu betrachten und die Rätebewegung als Lohnbewegung aufzufassen.)⁴⁶⁸ Die Sozialisierungsmaßnahmen, die von ihr ausgingen, waren direkt gegen die Rätebewegung gerichtet, die für Enteignungen in der Kohlenindustrie eintrat.

3 Die gemeinwirtschaftliche Sozialisierung der Kohlenwirtschaft

a Das Verhältnis zwischen Gemeinwirtschaftspolitik und Sozialisierungskonzeption der Sozialisierungskommission

Die Aufnahme gemeinwirtschaftlicher Vorstellungen durch Wissell und die damit verbundene Projizierung der Gemeinwirtschaftspolitik in den Rat der Volksbeauftragten schufen ein wirksames Gegengewicht gegen die Tätigkeit der Sozialisierungskommission.)⁴⁶⁹ Die vom Rat der Volksbeauftragten im November 1918 eingesetzte wissenschaftliche Kommission zur Untersuchung geeigneter Methoden und Verfahrensweisen der Sozialisierung war von den Mehrheitssozialdemokraten zeitweilig als taktisches Instrument zur Regulierung der Sozialisierungsforderungen der USPD-Volksbeauftragten benutzt worden.)⁴⁷⁰ Der Austritt der USPD aus der Regierungskoalition hatte zur Folge, daß die Arbeit der Kom-

mission einen mehr und mehr theoretischen Charakter annahm. Ihre Stellung gegenüber dem Reichswirtschaftsamt wurde belastet durch die Einordnung der Kommission in die Behördenorganisation des Reichswirtschaftsamtes.)⁴⁷¹ Ihr Einfluß wurde begrenzt durch die Entscheidung des Volksbeauftragten Wissell für die Gemeinwirtschaft. Das Ergebnis der Beratungen in der Kommission, niedergelegt im "Vorläufigen Bericht über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus vom 15. Februar 1919")⁴⁷², empfahl die Übernahme des Kohlenbergbaus durch eine selbständige Körperschaft, durch die Reichskohlengemeinschaft, die die Geschäftsführung auf die Leitung durch Arbeiterschaft, Betriebsleitungen und Allgemeinheit übertragen sollte. Nach dem Grundsatz "wirtschaftlicher Demokratie")⁴⁷³ sollten die Arbeiter einflußreiche Betriebsvertretungen erhalten. Nach dem Grundsatz der "Arbeit für die Gesamtheit")⁴⁷⁴ sollte ein zentrales Kontrollorgan, der Reichskohlenrat, paritätisch von Arbeitgebern, Betriebsleitungen, Reichsvertretern und Repräsentanten der Konsumenten beschickt werden.)⁴⁷⁵ Mit diesem Plan grenzte sich die Sozialisierungskommission von der Gemeinwirtschaftspolitik ab. Nach der Auffassung der Mehrheit in der Kommission bedeuteten die gemeinwirtschaftlichen Pläne des Reichswirtschaftsamtes nur eine "Verstärkung des kapitalistischen Systems".)⁴⁷⁶ Der Gegensatz zwischen Gemeinwirtschaftlern und Sozialisierungskommission zeigte sich in der Behandlung, die die Mitglieder der Kommission durch Reichsvertreter erfuhren. So charakterisierte der Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt, August Müller, die Pläne der Kommission zur Enteignung des Bergbaus als ein Verbrechen, beziehungsweise eine Dummheit.)⁴⁷⁷ Das Reichswirtschaftsamt begegnete den Plänen der Kommission mit dem Vorhaben, die gemeinwirtschaftliche Organisation in einer umfassenden Energiegesetzgebung zu verwirklichen. In einem Rahmengesetz zur Regelung der Verhältnisse in der Energiewirtschaft wollte das Reichswirtschaftsamt die Grundsätze der wirtschaftlichen Selbstverwaltung verankern. In ihm sollte dem Reich die Befugnis übertragen werden, Unternehmer, Verbraucher und Arbeitnehmer in der Energiewirtschaft zu Trägern der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zusammenzuschließen.)⁴⁷⁸ Der Rücktritt der Sozialisierungskommission und ihre Auflösung im

April 1919 besiegelten die Tatsache, daß der Eingriff in die Eigentumsverhältnisse weit über den Rahmen hinausging, den die Vorstellungen der Mehrheitssozialdemokraten über die Sozialisierungsfrage zogen.)⁴⁷⁹ Es bedurfte stärkerer Kräfte als der der Sozialisierungskommission, um die Frage der Sozialisierung wieder in Fluß zu bringen.

b Das Verhältnis zwischen den Forderungen der Rätebewegung nach Sozialisierung und der Gemeinwirtschaftspolitik

Die Initiative des Essener Arbeiter- und Soldatenrates, von sich aus die Sozialisierung des Bergbaus auszurufen,) ⁴⁸⁰ zwang die Regierung zu Zugeständnissen an die streikenden Bergleute. Aber die auf die Einsetzung eines Volkskommissars zur Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaus und auf die Bildung einer "Neuerkommission") ⁴⁸¹ einsetzende legislative Aktivität der Regierung erreichte bei den Arbeitern nur ein begrenztes Entgegenkommen. Die in Aussicht gestellte Bildung von Arbeitskammern im Verein mit der Einsetzung staatlicher Sozialisierungskommissare) ⁴⁸² haben die Radikalisierung der Rätebewegung an Ruhr und Saale nicht eindämmen können. Der Gedanke der Arbeitskammern war offensichtlich den Vorstellungen des Kreises der "Sozialistischen Monatshefte") ⁴⁸³ entlehnt. Er entbehrte jedes Zusammenhanges mit der Gesamtvorstellung, wie sie in den 'Sozialistischen Monatsheften' entwickelt worden war.) ⁴⁸⁴ Im Reichswirtschaftsamt wurden die von der Rätebewegung ausgehenden Impulse nicht zur Kenntnis genommen. Die Denkschrift zur praktischen Sozialisierung und die in Vorbereitung befindliche Energiegesetzgebung bildeten das Maximalprogramm des Reichswirtschaftsamtes.

c Gemeinwirtschaftliche Sozialisierung und der Kompetenzstreit der Behörden

Durch die Neubildung der Regierung nach den Wahlen zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 und durch die Umbildung der Reichsämter zu Ministerien ergab sich für das neugebildete Reichswirtschaftsministerium eine gänzlich neue Lage. Die Neu-

gliederung der Ressorts und ihre Verteilung auf sozialdemokratische und bürgerliche Koalitionspartner setzten die Frage der Kompetenzabgrenzung auf die Tagesordnung. Indem das Reichswirtschaftsministerium, zu dessen Minister Rudolf Wissell am 13.2.19 berufen wurde, bei der Realisierung der Gemeinwirtschaftspolitik mit konkurrierenden Zuständigkeiten der Finanz-, Schatz-, Arbeits- und Ernährungsministerien zusammenstieß, von denen die beiden ausschlaggebenden Ämter, das Finanz- und das Schatzressort, von der Deutschen Demokratischen Partei als Vertreterin des wirtschaftlichen Liberalismus besetzt wurden, geriet die Gemeinwirtschaft in den Interessenkampf der Parteien. Der Rahmen, in dem die Verwirklichung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung möglich schien, wurde durch die Grenzen der Koalitionsvereinbarungen abgesteckt: Anerkennung der republikanischen Staatsform, die Finanzpolitik ausgerichtet auf eine scharfe Besteuerung von Besitz und Vermögen und die Absprache tiefgreifender sozialpolitischer Reformen bis zur Sozialisierung dazu geeigneter Betriebe bildeten die Plattform der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierungskoalition zwischen SPD, DDP und Zentrum.)⁴⁸⁵ Konzessionen der Demokraten in der Sozialisierungsfrage bei Bergbau und Energiewirtschaft waren die Grenzen des Koalitionskompromisses.)⁴⁸⁶ Der Kompetenzstreit zwischen den Reichsämtern hat die politische Aktivität des Reichswirtschaftsministeriums gelähmt. Die Vorbereitung der gemeinwirtschaftlichen Energiegesetzgebung gelangte nicht zu einem rechtzeitigen Abschluß, mit dessen Hilfe es möglich gewesen wäre, die entfesselte Sozialisierungsbewegung der Räteorganisation einzudämmen.)⁴⁸⁷ Wissell hatte noch im Rat der Volksbeauftragten am 22. Januar 1919 ein Programm des Reichswirtschaftsamtes vorgelegt, in dem der Antrag auf Kompetenzzuweisung, die Denkschrift über wirtschaftliche Selbstverwaltung, der Reichsfondsplan und die Ankündigung einer gemeinwirtschaftlichen Energiegesetzgebung zusammengebunden waren.)⁴⁸⁸ In realpolitischer Hinsicht waren die vorgelegten Entwürfe mit dem Beginn der Streikwelle an der Ruhr schon überholt. Zu diesem Zeitpunkt mußte Moellendorff seine grundsätzliche Ablehnung der Betriebsräteorganisation revidieren und die Betriebsräte als Elemente der Wirtschaftsselbstverwaltung integrieren. Tatsächlich

bemächtigte sich aber das Reichsarbeitsministerium der Rätefrage und gestaltete sie im sozialpolitischen Sinne.)⁴⁸⁹ Erst auf dem Höhepunkt des Generalstreiks der mitteldeutschen Bergarbeiter, als die Energieversorgung nahezu zusammengebrochen war,) ⁴⁹⁰ brachen Wissell und Moellendorff aus dem Energiegesetzpaket das Sozialisierungsgesetz und das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft heraus und brachten sie in der Nationalversammlung ein.)⁴⁹¹

d Das Sozialisierungsgesetz

Das Sozialisierungsgesetz, als Rahmengesetz zur Übernahme in die Verfassung bestimmt,) ⁴⁹² brachte zum ersten Male die gemeinwirtschaftlichen Vorstellungen in eine gesetzliche Form. Die Bearbeitung des Entwurfs durch die juristischen Mitarbeiter des Reichswirtschaftsministeriums und die Modifikationen, die die Nationalversammlung am Entwurf durchsetzte, führten zwar zu einer Akzentverschiebung gegenüber den Intentionen Moellendorffs; aber das Sozialisierungsgesetz vom 23.3.1919) ⁴⁹³ bewahrte doch den Kern des Selbstverwaltungsgedankens. Es begründete die sittliche Pflicht jedes Deutschen, seine körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit verlangt.) ⁴⁹⁴

Es brachte damit den Gedanken der Arbeitspflicht mindestens in deklamatorischer Weise zum Ausdruck. Auch das Recht auf Arbeit und das Recht auf Lebensunterhalt, die Grundpfeiler des sozialen Systems von Moellendorff, wurden gesetzlich begründet. Dagegen waren die im §2 des Sozialisierungsgesetzes niedergelegten Bestimmungen, die eine Vergesellschaftung dazu geeigneter Unternehmen gegen angemessene Entschädigung sowie die Herstellung und Verteilung von Gütern in gemeinwirtschaftlicher Regelung in Aussicht stellten, offensichtlich Zugeständnisse an die Forderungen der Rätebewegung. Der eigentliche Kern des Selbstverwaltungsgedankens fand Ausdruck im §3, in dem es hieß:

"Die Aufgaben der durch Reichsgesetz geregelten Gemeinwirtschaft können dem Reiche, den Gliedstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden oder wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern übertragen werden. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reich beaufsichtigt.)" ⁴⁹⁵

Der Selbstverwaltungsbegriff der Gemeinwirtschaft war dabei erweitert worden. Die Aufgaben der Gemeinwirtschaft konnten jetzt auch dem Reich, den Gliedstaaten oder den Kommunen zugewiesen werden. Aber der Gedanke der Selbstverwaltung durch Selbstverwaltungskörper wurde im Gesetz doch klar zum Ausdruck gebracht. Die in §4 des Sozialisierungsgesetzes angekündigte Ausnutzung der Energiewirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten fand im "Gesetz zur Regelung der Kohlenwirtschaft")⁴⁹⁶ vom gleichen Tage legislative Gestaltung.

e Die gesetzliche Regelung der Kohlenwirtschaft

In der gesetzlichen Regelung der Kohlenwirtschaft erhielt der Gemeinwirtschaftsbegriff organisatorische und institutionelle Gestalt. Die Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz sind jedoch erst nach Moellendorffs Abgang aus dem Reichswirtschaftsamt am 21.8.1919 ergangen.)⁴⁹⁷ Der Aufbau der gemeinwirtschaftlichen Kohlenwirtschaft gliederte sich in

- ea) die Syndikate,
- eb) den Reichskohlenverband und
- ec) den Reichskohlenrat.

Das gesamte Reichsgebiet wurde in Bergbaubezirke eingeteilt, denen jedes Kohlenbergwerk angehören mußte. In jedem Bergbaubezirk wurde ein Syndikat gebildet, zu dem sich die Besitzer der Kohlenbergwerke zusammenzuschließen hatten. Die Syndikate vereinigten sich zum Reichskohlenverband, über dem der Reichskohlenrat stand.

Zu ea) Die Syndikate

1. Organisation des Syndikats:

Das Reich wird in elf Bergbaubezirke aufgeteilt; in jedem Bezirk bildet sich ein Kohlensyndikat, dem jeder Bergwerksbesitzer beizutreten hat. Der Zusammenschluß zum Syndikat soll freiwillig erfolgen, er kann jedoch vom Reichswirtschaftsminister durch Verordnung erzwungen werden, wenn er innerhalb einer bestimmten Frist nicht erfolgt.)⁴⁹⁸ In die geschäftsführenden Organe sowie in den Aufsichtsrat des Syndikats müssen Vertreter der Arbeiter und der Angestellten in festgesetzter Zahl aufgenommen werden.)⁴⁹⁹

2. Die Befugnisse des Syndikats

Die Syndikate verkaufen die ihnen von ihren Mitgliedern zur Verfügung gestellten Brennstoffe im eigenen Namen für Rechnung ihrer Mitglieder.)⁵⁰⁰ Sie verwalten und kontrollieren die laufenden Geschäfte und überwachen die Durchführung der Richtlinien, Anordnungen und Entscheidungen des Reichskohlenrates und des Reichskohlenverbandes und regeln im Rahmen dieser Vorschriften die Förderung, den Selbstverbrauch und den Absatz ihrer Mitglieder.)⁵⁰¹ Sie bestimmen die Rechte ihrer Mitglieder hinsichtlich des Eigenverbrauchs an Kohle, indem sie volkswirtschaftlich begründete Selbstverbrauchsrechte anerkennen und neue solche Rechte bewilligen, wenn der Nutzen für die Gesamtheit den Schaden der Entziehung von Brennstoffen für andere Verbraucher überwiegt.)⁵⁰² Sie setzen die Verkaufsanteile ihrer Mitglieder fest)⁵⁰³ und sind befugt, Ausnahmen von der allgemeinen Ablieferungspflicht zuzulassen.)⁵⁰⁴ Sie setzen mit Genehmigung des Reichskohlenverbandes die allgemeinen Lieferungsbedingungen fest und wachen darüber, daß diese eingehalten werden.)⁵⁰⁵ Sie wirken bei der Preisfestsetzung mit, indem sie dem Reichskohlenverband Vorschläge für die Verkaufspreise für Brennstoffe und für die Preisnachlässe bei Mengenbezug unterbreiten.)⁵⁰⁶ Sie haben die Befugnis, von ihren Mitgliedern Auskünfte zu verlangen. Diese Auskunftspflicht können sie mit Strafen erzwingen.)⁵⁰⁷

Zu eb) Der Reichskohlenverband

1 Organisation

Über den Syndikaten steht als Dachorganisation der Reichskohlenverband. Die Kohlensyndikate, das Gas-Koks-Syndikat und die deutschen Länder, die Kohlenbergwerke besitzen, müssen sich zusammenschließen zum Reichskohlenverband. Erfolgt der Zusammenschluß nicht freiwillig, so wird er durch staatliche Verordnung verfügt.)⁵⁰⁸ Die Teilnahme von Vertretern der Arbeiter und Angestellten im Aufsichtsrat des Reichskohlenverbandes und dessen Geschäftsführung werden gesetzlich vorgeschrieben.)⁵⁰⁹

2 Befugnisse

Die Befugnisse des Reichskohlenverbandes lassen sich in drei Gruppen gliedern: In das Recht, Ausführungsbestimmungen zu Ver-

ordnungen des Reichskohlenrates zu erlassen - in ein selbständiges Verordnungs- und Verfügungsrecht und in das Aufsichtsrecht über die Syndikate. "Der Reichskohleverband überwacht die Durchführung der allgemeinen Richtlinien und Entscheidungen des Reichskohlenrates und erlässt zu ihnen Ausführungsbestimmungen. Er beaufsichtigt ferner die den Syndikaten obliegende Regelung der Förderung, des Selbstverbrauchs und des Absatzes der Brennstoffe.")⁵¹⁰ Der Reichskohlenverband stellt Grundsätze für die Bestimmung des Selbstverbrauchsrechts der Syndikatsmitglieder auf.)⁵¹¹ Er begrenzt den Absatz der einzelnen Syndikate nach Gebiet und Menge,)⁵¹² genehmigt die allgemeinen Lieferungsbedingungen der Syndikate)⁵¹³ und hat die Aufgabe, "bei seinen Maßnahmen das Wohl aller Syndikate gleichmäßig zu fördern.")⁵¹⁴ Darüber hinaus wendet sich der Reichskohlenverband an alle Erzeuger und Verbraucher, die an der Kohlenwirtschaft interessiert sind. Hierbei soll er "auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit von Industrie und Handel der verschiedenen Wirtschaftsteilgebiete gemäß deren besonderen Verhältnissen ... durch besondere Maßnahmen der Festsetzung der Preise und der Lieferungsbedingungen Rücksicht nehmen.")⁵¹⁵ Er hat seine Aufmerksamkeit auf Fragen der Ein- und Ausfuhr zu richten.)⁵¹⁶ Der Reichskohlenverband regelt auf dem Verordnungswege die Festsetzung und Veröffentlichung der Brennstoffpreise,)⁵¹⁷ die Aufstellung von Richtlinien für Preisnachlässe,)⁵¹⁸ und die gleiche Behandlung von Verbrauchergenossenschaften und deren Vereinigungen mit Wiederverkäufern bei sonst gleichen Voraussetzungen.)⁵¹⁹ Darüber hinaus bestimmt der Reichskohlenverband in Zweifelsfällen über die Zugehörigkeit einzelner Kohlenbergwerke zum Syndikat,)⁵²⁰ fordert Kokereien und Brikettfabriken auf, einem bestimmten Kohlensyndikat beizutreten)⁵²¹ und bewilligt auf Grund ihm erteilter Vollmachten Ausnahmen von Verordnungen des Reichskohlenrates. Auch der Reichskohlenverband hat das Recht, Auskünfte seiner Mitglieder verlangen, er kann Geschäftsbücher und Papiere der Syndikate einsehen und die Vorlage von Nachweisen und Belegen in festgelegten Fristen begehren , sowie die Erfüllung dieser Rechte durch Strafen erzwingen.)⁵²² Der Reichskohlenverband übt eine schiedsrichterliche Funktion in Beschwerdeverfahren seiner Mitglieder aus.)⁵²³

Zu ec) Der Reichskohlenrat

1. Organisation

Der Reichskohlenrat ist das oberste Organ der gesamten Kohlenwirtschaft. Die Kohlenwirtschaft wird regiert vom Reichskohlenrat, der sich des Reichskohlenverbandes und der Syndikate bedient, um seine Maßnahmen zu verwirklichen.)⁵²⁴ Die Organe des Reichskohlenrats sind das Plenum, der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende, der Schriftführer und sein Stellvertreter, einzelne Sachverständigenausschüsse sowie der Geschäftsführer und sein Stellvertreter. Der Reichskohlenrat besteht aus 60 Mitgliedern und 60 stellvertretenden Mitgliedern,) ⁵²⁵ die sich aus Vertretern der Länder, der Bergbau-Unternehmer, der Arbeiter und Angestellten im Bergbau, der Händler des Kohlenhandels und verschiedener Repräsentanten der Verbrauchergruppen nach dem Grad ihrer Bedeutung zusammensetzen. Außerdem gehören dem Reichskohlenrat Sachverständige für den Kohlenbergbau, für die Kohleforschung und der Dampfkesseltechnik an.)⁵²⁶ Die Mitglieder des Reichskohlenrates werden nicht vom Reichskohlenverband und seinen Syndikaten, sondern von den Interessenverbänden der Wirtschaft berufen: Die Fachgruppe Bergbau der Arbeitsgemeinschaft wählt zwölf Mitglieder in den Reichskohlenrat als Vertreter der Unternehmer, sowie der Angestellten und Arbeiter im Bergbau.)⁵²⁷ Zwei Mitglieder der Unternehmer werden vom preußischen Minister für Handel und Gewerbe ernannt. Die Mitglieder des Kohlenhandels werden vom Deutschen Industrie- und Handelstag auf Vorschlag der Verbände der Kohlenhändler, die Mitglieder des kohleverbrauchenden Kleingewerbes dagegen den Deutschen Handwerks- und Gewerbetag gewählt.usw.)⁵²⁸ Der Reichskohlenrat wählt seinen Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und die Schriftführer. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter müssen nicht Mitglieder des Reichskohlenverbandes oder eines seiner Syndikate sein.)⁵²⁹ Der Vorsitzende beruft den Reichskohlenrat ein.)⁵³⁰ Der Reichskohlenrat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Bestätigung durch den Reichswirtschaftsminister bedarf.)⁵³¹ Die Mitglieder des Reichskohlenrates werden durch Handschlag zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.)⁵³² Die Beschlüsse des Reichskohlenrates werden im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht.)⁵³³

Der Reichskohlenrat bildet aus seiner Mitte Ausschüsse und überträgt ihnen die selbständige Erledigung bestimmter Angelegenheiten.)⁵³⁴ Er ist gesetzlich verpflichtet, drei Sachverständigenausschüsse mit beratender Stimme zu bilden.)⁵³⁵ Die Mitglieder des Reichskohlenrates und der Sachverständigenausschüsse erhalten Tagegelder und Aufwandsentschädigungen.)⁵³⁶ Die Verwaltungskosten für den Reichskohlenrat und für die Sachverständigenausschüsse werden vom Reichskohlenverband getragen.)⁵³⁷ Die Sachverständigenausschüsse besitzen vorbereitende und begutachtende Funktionen.)⁵³⁸ Sie sammeln und verarbeiten wichtige Kenntnisse ihres Gebietes.)⁵³⁹ Außerdem können sie praktische und wissenschaftliche Untersuchungen und die Veröffentlichung deren Ergebnisse vornehmen. Die Mittel dafür müssen beim Reichskohlenrat beantragt werden.)⁵⁴⁰ Der Reichskohlenrat regiert durch den großen und den kleinen Ausschuß. Der große Ausschuß besteht aus 21 Mitgliedern des Reichskohlenrates und hat rechtsetzende und vollziehende Funktionen in Zusammenarbeit mit dem Reichskohlenverband wahrzunehmen. Der kleine Ausschuß besteht aus 9 Mitgliedern. Während der Abwesenheit der Mitglieder des Reichskohlenrates vertritt der Geschäftsführer, der vom Reichskohlenverband angestellt wird, den Reichskohlenrat nach außen. Innerhalb der Tagungszeit steht diese Befugnis dem Vorsitzenden zu.)⁵⁴¹

2 Befugnisse

Die Befugnisse des Reichskohlenrates gliedern sich in rechtsetzende und verwaltende Funktionen: "Der Reichskohlenrat leitet die Brennstoffwirtschaft einschließlich der Ein- und Ausfuhr nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen unter Oberaufsicht des Reiches.)"⁵⁴² Er hat das Recht, "allgemeine Richtlinien für die Brennstoffwirtschaft zu geben, insbesondere zur Ausschaltung unwirtschaftlichen Wettbewerbs und zum Schutze der Verbraucher")⁵⁴³, und kann dazu Verordnungen erlassen. Er kann auf dem Verordnungsweg die Bergbaubezirke ändern.)⁵⁴⁴ Ihm steht ein Aufsichtsrecht über den Reichskohlenverband zu, indem er die Gesellschaftsverträge des Reichskohlenverbandes und der Syndikate sowie die Geschäftsordnungen der Sachverständigenausschüsse genehmigt.)⁵⁴⁵ Der Reichskohlenrat entscheidet über Beschwerden gegen Maßnahmen der Syndikate und des Reichskohlenverbandes)⁵⁴⁶ und sorgt für

ein einheitliches Zusammenwirken von Reichskohlenverband und Sachverständigenausschüssen.)⁵⁴⁷ Ihm steht das Recht zu, Auskünfte von allen an der Kohlenwirtschaft beteiligten Personen, Veränden und Syndikaten einzuholen. Um solche Auskünfte zu erzwingen, kann er Strafen festsetzen oder Strafanträge bei den Strafverfolgungsbehörden stellen.)⁵⁴⁸ Behörden und Selbstverwaltungskörper sind verpflichtet, ihm Amtshilfe zu leisten.)⁵⁴⁹

3 Aufsichtsrecht des Staates

Die Oberaufsicht über den Reichskohlenrat und über die gesamte Kohlenwirtschaft steht dem Reichswirtschaftsminister zu; die Reichsregierung ist dem Reichstag verantwortlich für die Ausübung der Aufsichtspflicht.)⁵⁵⁰ Das Recht auf Oberaufsicht durch den Reichswirtschaftsminister besteht nicht nur gegenüber dem Reichskohlenrat, sondern auch gegenüber allen Organen der Kohlenwirtschaft. Er kann zu seiner Ausübung an den Beratungen aller Organe der Kohlenwirtschaft teilnehmen und sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen..Gegen Beschlüsse, durch die die Befugnisse der Kohlenwirtschaftsorgane überschritten werden, oder die das öffentliche Wohl gefährden, kann er Einspruch einlegen.)⁵⁵¹ Der Reichswirtschaftsminister genehmigt die Kostenvoranschläge für die Verwaltung des Reichskohlenrates.)⁵⁵² Er kann Auskünfte über die Verhältnisse in der Kohlenwirtschaft von allen Organen, von den Kohleerzeugern und den Verbrauchern einholen.)⁵⁵³ Er kann die vom Reichskohlenverband festgesetzten Preise ermäßigen,)⁵⁵⁴ Jedoch nur nach Anhörung des Reichskohlenrates und des Reichskohlenverbandes. Auch die Gliedstaaten des Reiches sind befugt, durch die Mitglieder eines im Reichsrat gebildeten Ausschusses für Handel und Verkehr ohne Stimmrecht an den Beratungen des Reichskohlenrates und an den Vollsitzungen der Sachverständigenausschüsse teilzunehmen.)⁵⁵⁵ Sie können beim Reichswirtschaftsminister beantragen, die Brennstoffpreise herabzusetzen.)⁵⁵⁶

f Zusammenfassung

Um den Charakter der gemeinwirtschaftlichen Kohlenwirtschaft zu bestimmen, sollen die Aufsichtsbefugnisse des Staates gegenüber der Wirtschaft mit den staatlichen Aufsichtsrechten gegenüber Kommunen und Kommunalverbänden verglichen werden. Dabei ist festzustellen, daß das Aufsichtsrecht des Staates gegenüber der Wirtschaft geringer ist, weil der Staat die obersten Organe der Wirtschaft nicht auflösen konnte, wie er dies mit einer Stadtverordnetenversammlung tun konnte.)⁵⁵⁷ Dennoch griff der Staat mit dem Auskunftsrecht des Reichswirtschaftsministers und mit dem Genehmigungsrecht für die Geschäftsordnungen und die Kostenvoranschläge der Kohlenwirtschaftsorgane empfindlich in den wirtschaftlichen Selbstverwaltungsraum ein. Die rechtliche Ausgestaltung der Selbstverwaltung in der Kohlenwirtschaft wird dem Begriff der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, verbunden mit starken Eingriffsrechten des Staates, gerecht. Gemessen an der Sozialisierungskonzeption der Rätebewegung)⁵⁵⁸ und an der Sozialisierungstheorie der marxistischen Mitglieder der Sozialisierungskommission)⁵⁵⁹ blieb die gemeinwirtschaftliche Selbstverwaltung freilich am Umfang der Eingriffe in das Eigentum an Produktionsmitteln zurück.)⁵⁶⁰ Die gemeinwirtschaftliche Regelung der Kohlenwirtschaft stellte die Kohlenindustrie und den Kohlenhandel auf ihrer Verteilungsseite unter die Kontrolle der Allgemeinheit, indem sie Preise und Mengen kontrollierte. Das Urteil der Forschung in älteren und jüngeren Darstellungen, es handle sich bei der Gemeinwirtschaft in der Kohlenwirtschaft nicht um ernsthafte Sozialisierung,) ⁵⁶¹verkennt, daß die einseitige Festlegung des Begriffs der Sozialisierung auf Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse und die zeitgenössische Verengung des Sozialisierungsbegriffs auf die Produktionsseite blindlings der marxistischen Theorie folgen. Moellendorff hat dagegen immer wieder darauf hingewiesen, daß sich die Vorstellung der Sozialisierung auf die Kontrolle der Güterverteilung durch Organe der Allgemeinheit beschränken müsse.

Die gemeinwirtschaftliche Gesetzgebung für die Kohlenwirtschaft hat die Streikbewegung an Ruhr und Saale nicht beeinflussen können. In einer geschichtlichen Situation, in der die Massen in radikalisierte Bewegung gebracht worden waren, konnten Reformbestrebungen nichts mehr ausrichten, zumal sie mit ihrer Wirksamkeit auf längere Zeitläufte angewiesen waren. Die Kritik an der gemeinwirtschaftlichen Kohlengesetzgebung scheint dort berechtigt, wo sie davon ausgeht, daß im März 1919 die Gemeinwirtschaft keine Antwort auf die Forderungen der sozialrevolutionären Rätebewegung war. Die Versäumnisse, die hier zutage traten, gehen zu Lasten der Sozialdemokratie, die sich einer Entscheidung über die Wirtschaftsordnung hartnäckig widersetzte.)⁵⁶² Zu einer Kritik der Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung berechtigen solche Erwägungen indessen nicht. Im Lichte der jüngeren wirtschaftsgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung haben Peter von Oertzen und Hans Schieck der gemeinwirtschaftlichen Regelung der Kohlenwirtschaft die Qualität einer Sozialisierungsmethode abgesprochen. Sie haben Übereinstimmend festgestellt, daß die Kohlengesetzgebung als Verfahren zur Sozialisierung nicht ernst genommen werden könne, weil sie die Eigentumsverhältnisse in den betroffenen Kohlenbergwerken unangetastet ließ.)⁵⁶³ Dabei ist jedoch die Frage einer Lösung des sozialen Konflikts durch Veränderung der tatsächlichen Kontrolle über die Produktionsmittel, auf die Ralf Dahrendorf in seiner Schrift "Soziale Klassen und Klassenkonflikt")⁵⁶⁴ hingewiesen hat,) ⁵⁶⁵ nicht geprüft worden. F. Glum ist in seinen Untersuchungen, was den Selbstverwaltungsgedanken angeht, zu dem Schluß gekommen, die gemeinwirtschaftliche Kohlegesetzgebung sei dem Staate gegenüber verhältnismäßig frei gestaltet worden.)⁵⁶⁶ Über die Berechtigung und Brauchbarkeit der Gemeinwirtschaft als Methode der Sozialisierung ein Urteil abzugeben, ist nicht möglich, wenn man den Hintergrund der Vorstellungen Moellendorffs nicht mit erörtert. Die Gemeinwirtschaft in der Kohlenwirtschaft war unter dem Eindruck der Straßenkämpfe in Berlin und der Streikbewegung an Ruhr und Saale durchgesetzt worden. Wissell hatte zwar die Vorlage über die Kohlenwirtschaft in einen Zusammenhang mit Moellendorffs Gemeinwirtschaftskonzept

tion gestellt,)⁵⁶⁷ aber es finden sich keine Anhaltspunkte dafür, daß Moellendorff sich subjektiv mit dem Ergebnis im Kohlenwirtschaftsgesetz identifizierte. Die Verhandlungen in der Weimarer Nationalversammlung, die schließlich zu einer stärkeren Betonung des Eigentumsgrundsatzes führten,)⁵⁶⁸ haben gezeigt, daß die Kohlenwirtschaft in Selbstverwaltung das Äußerste war, was den bürgerlichen Parteien abgerungen werden konnte. Dem in §2 des Sozialisierungsgesetzes verkündeten Grundsatz der Berechtigung des Staates, weitere gemeinwirtschaftliche Regelungen zu gestalten, haben die bürgerlichen Koalitionspartner nur zugestimmt, weil weitere Gesetzgebungsakte auf ihre dauernd wiederkehrende Zustimmung angewiesen waren.)⁵⁶⁹ Schon im April 1919 erreichte die Aktionsfreiheit der Gemeinwirtschaftler mit der gesetzlichen Regelung der Kaliwirtschaft nach dem in der Kohlenwirtschaft vorgebildeten Modell ihre Grenze. Die Demokraten versagten sich weiteren gemeinwirtschaftlichen Regelungen. Es zeigte sich, daß mit der Formulierung des §2 im Sozialisierungsgesetz der Boden des Koalitionsabkommens bereits verlassen worden war.)⁵⁷⁰

4 Der Außenhandel als Instrument der Gemeinwirtschaft

Der Außenhandel hat in der Diskussion der Wirtschaftsordnung im Jahre 1918/19 einen breiten Raum eingenommen. Die staatliche Regulierung der Ein- und Ausfuhrverhältnisse war durch die Errichtung eines Reichskommissariats für Ein- und Ausfuhrbewilligungen am 11. Februar 1916 institutionalisiert worden.)⁵⁷¹ Nach der Gründung des Reichswirtschaftsamtes wurde der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen den Wirtschaftsbehörden unterstellt. Er)⁵⁷² bediente sich zur Erfüllung seiner Aufgaben der 'Zentralstellen für den Außenhandel' und der 'Hilfsausschüsse für den Einfuhrhandel', die von den wirtschaftlichen Fachverbänden 1916 errichtet worden waren.)⁵⁷³ Beim Versuch, die gemeinwirtschaftliche Organisation gegen den Widerstand der Regierung und der konkurrierenden Reichsbehörden durchzusetzen, verfolgte Moellendorff das Ziel, die Zentralstellen für Ein- und Ausfuhr der einzelnen Industriezweige zu "Kristallisationspunkten")⁵⁷⁴ der Gemeinwirtschaft zu machen.

Der Plan Moellendorffs sah vor, die Außenhandelszentralen zu Selbstverwaltungskörpern auszubauen, in ihnen eine paritätische Vertretung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu schaffen. Den Selbstverwaltungskörpern sollten die Befugnisse des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligungen übertragen werden. Am 9. April 1919 hatte Moellendorff den Entschluß gefasst, den Ausbau der Zentralstellen zu Selbstverwaltungskörpern für die Bewilligung der Ein- und Ausfuhr voranzutreiben. Bis zum 17. April 1919 sollten die Vorbereitungen abgeschlossen sein. Die Besetzung der Außenhandelsstellen, in denen nicht mehr als 16 Vertreter Platz finden sollten, wollte Moellendorff den beteiligten Verbänden überlassen. Von ihnen sollten auch die Vertreter für die Außenhandelsstellen benannt werden, und zwar sollten die Zentrale Arbeitsgemeinschaft, der Industrie- und Handelstag und der Handwerker- und Gewerbetag die Besetzung der Stellen übernehmen.)⁵⁷⁵ Nach Moellendorffs Überlegungen sollten die Bevollmächtigten der Industriezweige beim Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen mit ihren Stellvertretern den Außenhandelshauptausschuß beim Reichskommissariat bilden. Sie sollten mit ihren Ausschüssen die Arbeitsgebiete solcher Industriegruppen umfassen, die Moellendorff als Selbstverwaltungskörper höherer Ordnung, als "Dachverbände")⁵⁷⁶ zusammenfassen wollte. Dagegen sollten die Bevollmächtigten mit ihren Nebenausschüssen solche Arbeitsgebiete bearbeiten, die Moellendorff als "Zweckverbände")⁵⁷⁷ organisieren wollte. Die Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hatten sich bereiterklärt, Vertrauensleute für die Außenhandelsstellen und Nebenstellen zu benennen. Mit den Verbänden des Handwerks und des Handels war noch keine Fühlung aufgenommen worden. Moellendorff wollte bis Ende April 1919 die Ernennung der Reichsbevollmächtigten und die Aufstellung der Ausschüsse abgeschlossen haben.)⁵⁷⁸ Er wollte den zu schaffenden Organisationen zwar die Regelung der Ausfuhr übertragen, sich über die Kompetenz für die Bearbeitung der Einfuhrfragen jedoch die Entscheidung vorbehalten.)⁵⁷⁹ Zunächst sollten die Bevollmächtigten befugt sein, Ausfuhrgenehmigungen zu erteilen.)⁵⁸⁰ In den Monaten Mai und Juni 1919 hat Moellendorff fieberhaft daran gearbeitet, die Zentralstellen für Ein- und Ausfuhr in Außenhandelsstellen umzuwandeln. Bis Ende Juni 1919 war die

Organisation der Außenhandelsstellen als Selbstverwaltungsorgane nahezu vollendet.)⁵⁸¹ Sie gelangte zu vollem Abschluß in der Papierindustrie, wo das Reichswirtschaftsministerium über die Rohstoffbewirtschaftung einen Druck ausüben konnte,) ⁵⁸² und gedieh sehr weit in der Textilindustrie. Im Juni 1919 arbeiteten die Chemieindustrie, die Kautschuk- und Asbestindustrie sowie die Öl- und Fettwirtschaft am Ausbau der Selbstverwaltungskörper nach Moellendorffs Plänen.)⁵⁸³ Das Vorhaben Moellendorffs, den Aufbau der Außenhandelsstellen als Keimzellen einer gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisation, gegliedert in Wirtschaftsbünde und Wirtschaftszweckverbände, zu betreiben, steht in Verbindung mit der Absicht, die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als "Konstituante")⁵⁸⁴ zur "Beschickung der Selbstverwaltungskörper")⁵⁸⁵ zu verwenden. Der Grundsatz der Parität, der der Arbeitsgemeinschaft zugrundelag, sollte das Prinzip der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Grundpfeiler der geplanten Wirtschaftsordnung machen. Der Versuch, die Fachausschüsse der Zentralen Arbeitsgemeinschaft als Ausgangspunkte für den Aufbau der Selbstverwaltungsorganisation zu machen, stieß im Reichsverband der Industrie auf Ablehnung.)⁵⁸⁶ Auch die Gewerkschaften weigerten sich, den Aufbau einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung zu unterstützen.)⁵⁸⁷

5 Der Außenhandel im Interessenstreit der Parteien

Die Pläne des Reichswirtschaftsministeriums, über den Ausbau der Außenhandelsstellen eine Entscheidung für die Gemeinwirtschaft zu erzwingen kollidierten mit einander kreuzenden Bestrebungen der einzelnen Reichsbehörden, die alle in den Versuch mündeten, die kriegswirtschaftlichen Verfahren der Bewirtschaftung in Stufen abzubauen und die freie Marktwirtschaft wiederherzustellen. So hatte das Kriegsernährungsamt schon am 26. Dezember 1918 einen Ausschuß eingesetzt, dessen Arbeiten dazu führen sollten, für nicht bewirtschaftete Waren den freien Handel wieder zuzulassen und die Beschränkungen aufzuheben.)⁵⁸⁸ Das Reichsschatzamt hatte seinerseits die Mittel für die Verwirklichung des Reichsfonds abgelehnt.)⁵⁸⁹

Eigene wirtschaftliche Ziele verfolgte auch das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung, das Reichsarbeitsamt und das Auswärtige Amt entwickelten eigene Konzeptionen. Moellendorff war deshalb gezwungen, einen Hauptteil seiner Energie darauf zu verwenden, sich mit den in der Wirtschaftspolitik konkurrierenden Reichsämtern auseinanderzusetzen. Die Situation wurde dadurch kompliziert, daß sich das Reichsschatzamt in der Hand des Demokraten Schiffer, die nach der Bildung der Koalitionsregierung nach den Wahlen konstituierten Reichsministerien für Finanzen später in der Hand des Demokraten Dernburg, für Schatzsachen in der Hand des Demokraten Gothein befanden. Sie alle waren Überzeugte Anhänger der freien Marktwirtschaft. Die Idealvorstellung, mit der Moellendorff sein Amt übernommen hatte, nach kurzer Übergangszeit zieht die Reichswirtschaftsbehörde alle Aufgaben der kriegswirtschaftlichen Militärstellen und des Demobilmachungsamtes an sich und die Reichsämter für Ernährung, Schatzsachen und Auswärtige Angelegenheiten beschränken sich auf Verteilung von Nahrungsmitteln und auf Funktionen der Verbindung zum Reichswirtschaftsamt,) ⁵⁹⁰ war bald der Einsicht gewichen, daß die Reichsministerien eine eigene Wirtschaftspolitik verfochten. "Wie soll ... man ... zudritt oder zufünft den Außenhandel oder die Wirtschaftsorganisation oder die Rationalisierung leiten ? Wie kann ... unter der Doppelleitung eines sozialistischen und eines manchesterlichen Ministers die Güterverteilung gelingen, wenn der eine notorisch den freien Handel und der andere notorisch das Gegenteil für richtig hält?" ⁵⁹¹ Diese Frage beherrschte nicht nur die praktische Wirtschaftspolitik, sondern auch die Pläne für eine Neuordnung der Wirtschaftsverfassung. Das Reichsschatzamt weigerte sich außerdem, Planstellen für den Mitarbeiterstab Moellendorffs zu bewilligen und führte so einen Kleinkrieg gegen das Wirtschaftsamt.) ⁵⁹² Um die Kompetenzüberschreitungen in der Wirtschaftspolitik zu beseitigen, hat Moellendorff auf eine Neugliederung der Reichsbehörden hingearbeitet. Als oberste Behörden, deren Zuständigkeiten sich auf Wirtschaftsfragen erstrecken könnten, hat er genannt: Das Reichswirtschaftsministerium sollte für Produktion,

Handel, Konsum und Verkehr zuständig sein. Das Reichsschatzamt sollte sich auf Finanzsachen, das Reichsarbeitsamt auf Sozialpolitik beschränken. Das Auswärtige Amt dagegen sollte Fragen des Außenhandels nach Richtlinien des Reichswirtschaftsamtes bearbeiten.)⁵⁹³ Der Kampf um die Eingrenzung der Kompetenzen hat bis zum Abgang Wissells und Moellendorffs aus ihren Ämtern ange dauert. Die Versuche, mit den Ministerien zu einer Übereinkunft zu kommen, haben nur zu unbefriedigenden Lösungen geführt. So wurde am 7. April 1919 mit dem Reichsernährungsministerium eine Absprache getroffen, nach der sich das Ernährungsministerium auf Fragen der Einfuhr lebenswichtiger Nahrungsmittel beschränken und die Einfuhren von Genussmitteln dem Wirtschaftsamt überlassen sollte.)⁵⁹⁴ Aber selbst diese Abgrenzung mußte bei prinzipiellen Auseinandersetzungen zu neuen Konflikten führen, zumal die Einfuhr lebenswichtiger Nahrungsmittel der neuralgische Punkt der planwirtschaftlichen Konzeption Moellendorffs war, an dem sich Zusammenstöße zwischen Freihändlern und Gemeinwirtschaftlern immer wieder auslösen konnten. Die Widersprüchlichkeit der politischen Auffassungen zwischen Wirtschaftsministerium und Arbeitsministerium zeigte sich auch bei den Bestrebungen, die Rätebewegung in eine dauerhafte Gesamtverfassung zu überführen. Das Reichsarbeitsamt lehnte es ab, einer Verbindung der Organisationspläne für die Gemeinwirtschaft mit denen für die Rätebewegung zuzustimmen.)⁵⁹⁵ Angesichts der Weigerung der Reichsbehörden, die Pläne der Gemeinwirtschaftler zu unterstützen, waren die Pläne Moellendorffs nicht zu realisieren.)⁵⁹⁶ Die unentschiedene Situation, in der sich das Reichswirtschaftsministerium im Frühjahr 1919 befand, auf der einen Seite gelangten die Außenhandelsstellen als Keimzellen der Gemeinwirtschaftsorganisation zu schnellem Ausbau, auf der anderen Seite leisteten die Reichsbehörden mit den Sozialdemokraten Gustav Bauer und Robert Schmidt in Reichsarbeits- und Reichsernährungsministerium ebenso wie die Demokraten Dernburg und Gothein in Reichsfinanz- und Reichsschatzamt der Gemeinwirtschaft entschlossenen Widerstand, geriet in die entscheidende Krise, als es der Deutschen Demokratischen Partei und ihren Ministern gelang, am 5. Mai 1919 einen Beschluß durchzusetzen, in dem sich das Kabinett darauf einigte, einen

'diktatorischen Wirtschaftsausschuß' einzusetzen, der die Lockerung der bestehenden Außenhandelskontrollen vorbereiten sollte. Im Gegenzug überreichte Reichswirtschaftsminister Wissell dem Regierungskabinettt die Denkschrift vom 7. Mai 1919, die das Programm der Gemeinwirtschaft enthält. Die Krise trieb ihrem Höhepunkt zu, als die Rechtsparteien am 13. Juni 1919 in der Nationalversammlung von der Regierung Auskunft darüber verlangten, ob sie die Pläne des Reichswirtschaftsministeriums billige und unterstütze, die Außenhandelsstellen zu gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern auszubauen.)⁵⁹⁷

B Das Wirtschaftsprogramm der Gemeinwirtschaft

In der Auseinandersetzung um Gemeinwirtschaft und freie Marktwirtschaft im Frühjahr 1919 hat Moellendorff auf eine grundsätzliche Entscheidung der Reichsregierung hingewirkt. Das Reichswirtschaftsministerium unterbreitete dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Scheidemann am 7. Mai 1919 eine große Denkschrift, in der die Gemeinwirtschaftler ihre Ziele zusammenfassten. Die Denkschrift ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil sie einen umfassenden Einblick in die geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen gibt. Sie gestattet auch einen Überblick über die Ansichten Moellendorffs vom parlamentarischen Regierungssystem, das nach dem revolutionären Umbruch in Deutschland eingeführt worden war. Gleichwohl darf die Denkschrift vom 7. Mai 1919 nicht als ein Wirtschaftsprogramm aufgefasst werden, das die theoretischen Grundzüge der Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung von Moellendorff in einem konkreten Programm darstellte. Moellendorff selbst hat die Denkschrift nicht als sein geistiges Eigentum anerkannt. Er schrieb in einem Brief an Kurt Singer am 15. Juni 1919, die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums sei ein "Geistesgemisch aus mindestens drei Köpfen. Hätte sie nicht ein ganz intimer Vorstoß im Kabinettt sein sollen, so wäre ich sorgsamer auf Einheitlichkeit bedacht gewesen.")⁵⁹⁸ Bei der Abfassung der Denkschrift sei in Wirklichkeit "die redaktionelle Hand meines ein bißchen predigantkandidatlichen Ministers und seines ein bißchen zu einfach soziaethisch gesonnenen Assistenten Trendelenburg am Werke gewesen.")⁵⁹⁹ Moellendorff sagt dazu:

"Man soll und kann historische Dokumente und solche, die es werden könnten, nicht in Ämtern machen.")⁶⁰⁰ Trotz dieser Einschränkungen bringt die Denkschrift die Grundsätze Moellendorffs klar zum Ausdruck. Dies trifft vor allem auf die in der Denkschrift dargestellte Auffassung der politischen Lage zu. Der Einfluß des späteren Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium, E. Trendelenburg, zeigt sich dagegen stärker im Einbau der Elemente der Rätebewegung in das Organisationsschema, das in der Denkschrift entwickelt wurde.

- 1 Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums v. 7.5.1919
- a Die Einleitung

Schon in der Einleitung der Denkschrift wurde der Koalitionsregierung vorgehalten, daß sie nicht das Vertrauen des Volkes besitze, sondern nur auf der Grundlage eines parlamentarischen Kompromisses ihr Dasein friste. Die Forderung nach einer klaren Kompetenzabgrenzung in Fragen der Wirtschaftspolitik wurde verbunden mit dem warnenden Hinweis, daß bei den organisatorischen Unklarheiten im Volke der Eindruck entstehe, als werde das Regieren als Selbstzweck betrieben. Die in der Einleitung enthaltene Wendung gegen das parlamentarische Regierungssystem, die ihren schärfsten Ausdruck in der Feststellung fand, innere Widerstände in den gesetzgebenden Körperschaften müßten bekämpft werden; durch das parlamentarische Regierungssystem würden sie hingegen bestärkt und dadurch werde der Sinn des parlamentarischen Prinzips in sein Gegenteil verkehrt,⁶⁰¹ erweiterte die Denkschrift zur Abrechnung mit den politischen Grundsätzen der Mehrheitssozialdemokraten. Den sozialdemokratischen Führern vorzuhalten, ihr unbedingtes Eintreten für die parlamentarische Demokratie habe dem Sozialismus schweren Schaden zugefügt,⁶⁰² konnte sich werlich dazu beitragen, die Grundlagen für einen Mehrheitsbeschluß zugunsten der Gemeinwirtschaft zu legen. Der Sinn der politischen Ausführungen in der Einleitung zur Denkschrift konnte nur darin bestehen, die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition zu sprengen. Diese Deutung wird vor allem dadurch erhärtet,

daß Moellendorff in seinem zweiten handschriftlichen Entwurf für die Denkschrift den Ministerpräsidenten aufforderte, als Hauptvertrauensmann der SPD die Initiative zu ergreifen, die Pläne des Reichswirtschaftsministeriums zu verwirklichen und die Mißstände in der Koalitionsregierung zu beseitigen. Nach seiner Auffassung war dazuallein der Führer der stärksten Partei berufen.)⁶⁰³ Im zweiten handschriftlichen Entwurf hat Moellendorff auch den Weg gezeigt, den die Regierung gehen sollte, um die gemeinwirtschaftlichen Pläne zu verwirklichen. Moellendorff forderte Scheidemann auf, ein geschlossenes Regierungsprogramm aufzustellen und daran Koalitionsverhandlungen zu knüpfen. Dabei sollte der Ministerpräsident von sich aus befähigte Personen aus den Parteien zur Mitarbeit in der Regierung auswählen, anstatt sie sich von den Parteien zuweisen zu lassen.)⁶⁰⁴ Einen weiteren Anlauf, die Führer der Sozialdemokratie vor schwere, in diesem Falle innerparteiliche, Auseinandersetzungen zu stellen, unternahm Moellendorff mit dem Versuch, die Sozialdemokratie auf seinen Begriff vom Sozialismus zu verpflichten. Die Gemeinwirtschaft, die Moellendorff definierte als "zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft,")⁶⁰⁵ sollte von den sozialdemokratischen Führern als deutsche Spielart des Sozialismus im Gegensatz zum Bolschewismus akzeptiert werden. Die Sozialisten sollten klar diejenige Definition des Sozialismus aussprechen, die sie befähigte, verantwortlich zu handeln.)⁶⁰⁶ Diese Überlegungen zeigen, daß Moellendorff eine Umbildung der Regierung und die Modifizierung des parlamentarischen Regierungssystems durch die Sozialdemokraten als Voraussetzungen für eine Verwirklichung der Gemeinwirtschaft angesehen hat.

b Die Räteorganisation als Instrument der Interessenvertretung und der Wirtschaftspolitik

Die im Wirtschaftsprogramm der Denkschrift zusammengefassten Organisationspläne bezogen die Räteorganisation in den Aufbau der gemeinwirtschaftlichen Organisation ein. Noch vor der Verabschiedung der Reichsverfassung sollte die Räteorganisation durch Reichsgesetz gegliedert und legitimiert werden.

Die Organe der Räteorganisation sollten horizontal in Vertretungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zerfallen und vertikal nach regionalen Größeneinheiten abgestuft werden. Der Aufbau der Arbeitnehmerräte folgte dem Schema: Betriebsräte - Bezirksarbeiterräte - Reichsarbeiterrat. In den größeren Betrieben sollten durch geheime und direkte Wahlen nach dem Verhältniswahlsystem die Betriebsarbeiterräte gewählt werden. Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeitnehmer des Betriebes zu wahren und den Produktionsprozeß durch Erfahrung und Sachkunde zu fördern.)⁶⁰⁷ Das Reich sollte in einzelne Wirtschaftsbezirke eingeteilt und in jedem Bezirk durch geheime, direkte Verhältniswahl ein Bezirksarbeiterrat errichtet werden.)⁶⁰⁸ Die Bezirksarbeiterräte sollten die Betriebsarbeiterräte beaufsichtigen und über Streitigkeiten und Beschwerden entscheiden. Außerdem sollten sie die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeiter ihres Bezirks wahren, indem sie die staatlichen Behörden bei der Förderung dieser Interessen durch Mitteilungen, Anträge und Gutachten unterstützten. Ferner sollte ihnen die Durchführung von Streikabstimmungen übertragen werden.)⁶⁰⁹ Aus Vertretern der Bezirksarbeiterräte sollte schließlich der Reichsarbeiterrat zusammentreten. Er hatte die Bezirksarbeiterräte zu beaufsichtigen, ihnen Weisungen zu erteilen, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen aller Arbeiter im Reich zu wahren und den Staat bei der Förderung dieser Interessen dadurch zu unterstützen, daß er Mitteilungen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter in den Betrieben sowie Anträge und Gutachten ausarbeitete.)⁶¹⁰ Den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer wurden solche der Arbeitgeber gegenübergestellt, die sich nach dem Schema gliederten: Bezirksunternehmerräte - Reichsunternehmerrat. Aus den Handels- und Industriekammern sowie aus Handwerks- und Landwirtschaftskammern sollten die Unternehmervertretungen auf Bezirksebene, aus diesem wiederum der Reichsunternehmerrat gebildet werden. Die Aufgabe dieser Gremien sollte darin bestehen, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeitgeber zu vertreten und die Behörden bei der Förderung dieser Interessen durch Mitteilungen, Anträge und Gutachten zu unterstützen.)⁶¹¹

Der Reichsunternehmerrrat hatte diese Aufgaben auf Reichsebene zu erfüllen.)⁶¹² In der Einrichtung von Wirtschaftsräten wurden Funktionsorgane der Wirtschaftspolitik geplant. Der Bezirksarbeiterrat und der Bezirksunternehmerrrat sollten nach dem Organisationsplan der Denkschrift eine gleiche Anzahl von Vertretern in den Bezirkswirtschaftsrat entsenden, dem folgenden wirtschaftspolitische Aufgaben zufallen sollten: Untersuchungen und statistische Erhebungen über die Wirtschaftslage des Bezirks und über die Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse in den Bezirken, Förderung des Wirtschaftsfriedens, Vorbereitung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetzesvorlagen und Begutachtung entsprechender Vorlagen der Behörden, Verbesserung der Betriebsrentabilität und, in moderner Terminologie, Fragen der Infrastruktur.)⁶¹³

c Wirtschaftsfachverbände als Instrumente der Wirtschaftsplanung

Neben der Organen der Arbeiter- und Unternehmerräte und der Bezirkswirtschaftsräte als Träger der Interessenvertretung und der Wirtschaftspolitik wollte Moellendorff nach der Denkschrift als zweite Säule der Gemeinwirtschaft einen Organisationszug öffentlich-rechtlicher Einrichtungen der Wirtschaftsplanung aufbauen. Diese Organe der Wirtschaftsplanung gliederten sich in Wirtschaftsbünde, die aus den Fachgruppen der Zentralen Arbeitsgemeinschaft hervorgehen sollten. Unter dem Dache eines Wirtschaftsbundes sollte sich jeder Gewerbezweig in Wirtschaftszweckverbände gliedern. Nach den Vorschriften, die das Reichswirtschaftsministerium erlassen wollte, war für die einzelnen Wirtschaftszweige (Chemieindustrie - Landwirtschaft - Eisenindustrie - Papierindustrie usw.) die Bildung von rechts- und geschäftsfähigen Wirtschaftsbünden nach dem Vorbild der Kohlenwirtschaftsorganisation in Aussicht genommen. Die Wirtschaftsbünde sollten durch Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sowie des Handels und der Verbraucher geleitet werden. Der Staat sollte durch Reichskommissare in ihnen vertreten werden. Als Wahlkörperschaften für die Vertreter der Wirtschafts-

bünde wurden die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestimmt. (Gewerkschaften, Reichsverband der Deutschen Industrie usw.) Den Wirtschaftsbünden waren als Organen der Wirtschaftsplanung folgende Aufgaben zugedacht: Sie sollten Rohstoffe beschaffen und diese an die ihnen angeschlossenen Wirtschaftszweckverbände verteilen, sie sollten die Ein- und Ausfuhr durch besondere Außenhandelsstellen regeln, sie hatten die Arbeitsmethoden zu verbessern und durch Normierung und Typisierung der Produktionsinstrumente Preissenkungen zu ermöglichen und die einheimische Erzeugung gegen ausländische Konkurrenz abzusichern, den Absatz unter Ausschaltung überflüssigen Zwischenhandels zu regeln, durch den Abschluß von Tarifverträgen und durch Verhütung von Arbeitslosigkeit den Ausgleich der sozialen Gegensätze zu begünstigen sowie die fachliche Lehre und Forschung zu unterstützen und die Steuererhebung durchzuführen.)⁶¹⁴ Innerhalb eines jeden Wirtschaftsbundes sollten Wirtschaftszweckverbände gebildet werden, in denen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines jeden Wirtschaftszweigs mit Vertretern des Handels und der Verbraucher nach Anweisungen der Wirtschaftsbünde dazu beitragen sollten, die Wirtschaft zu fördern, Rohstoffe zu beschaffen und zu verteilen, an einer volkswirtschaftlich vertretbaren Preisgestaltung mitzuwirken und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhöhen.)⁶¹⁵

d Der Reichswirtschaftsrat als oberstes Wirtschaftsorgan

Über den zwei Säulen der gemeinwirtschaftlichen Organisation, Vertretungen der Interessenvertretung, der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsplanung, sollte ein Reichswirtschaftsrat den Aufbau der Gemeinwirtschaft abschließen. Er sollte aus Vertretern des Reichsarbeiterrates, des Reichsunternehmerrates, der Wirtschaftsbünde und aus Repräsentanten des Handels, der Verbraucher und der Wissenschaft zusammentreten. Im Zusammenwirken mit dem Staat hatte er die Wirtschaft zu leiten. Ihm sollte ein Initiativrecht für wirtschaftliche und sozialpolitische Gesetzesentwürfe und das Recht zustehen, Vorlagen der Reichsregierung zu begutachten. Er sollte die Gemeinwirtschaft för-

dern, den sozialen Frieden pflegen und die Gütererzeugung im Reich erhöhen.)⁶¹⁶

2 Das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Gemeinwirtschaft

Politische Zielsetzung und Verfassungsstruktur der Gemeinwirtschaft waren die Hauptelemente der Denkschrift vom 7. Mai 1919. Aber sie enthielt auch ein Verzeichnis des wirtschaftspolitischen Instrumentariums der Gemeinwirtschaft.

a "Gemischt-wirtschaftliche Unternehmen"

Nach dem Vorbild der Syndizierung in der Kohlenwirtschaft sollten der Denkschrift zufolge zunächst die Überführungen der Elektrizitäts- und der Getreide-Mühlen-Wirtschaft in gemeinwirtschaftliche Form in Angriff genommen werden. Um die Wirtschaftsstruktur stärker mit dem Staatsaufbau zu verknüpfen, schlug Moellendorff vor, den Staat stärker an wirtschaftlichen Unternehmen zu beteiligen. Einzelne Unternehmungen sollten entweder ganz in das Eigentum des Staates überführt werden, oder das Reich sollte sich in der Form "gemischt-wirtschaftlicher" Unternehmen am wirtschaftlichen Ausbau beteiligen oder diese Aufgabe öffentlichen Körperschaften übertragen.)⁶¹⁷ Die Beteiligung des Staates an Wirtschaftsunternehmen wollte er auf dem Wege einer "zweckmäßigen Ausgestaltung der Vermögensbesteuerung")⁶¹⁸ erreichen: Über die Erbschaftssteuergesetzgebung und durch ein Gesetz über "Vermögensabgabe")⁶¹⁹ sollte dem Reich die "Handhabe" gegeben werden, "durch die es einen großen Teil des deutschen Aktien- oder sonstigen Besitzes an produktivem Kapital in seine Hand bringen")⁶²⁰ konnte. Das Ziel der staatlichen Beteiligung an Wirtschaftsunternehmen sollte darin bestehen, "daß große Teile der deutschen Industrie mehr und mehr den Charakter gemischt-wirtschaftlicher Betriebe annehmen.")⁶²¹ So sollte der Staat die Befugnis erhalten, die festzusetzenden Steuerbeträge dadurch einzuziehen, daß "die in der Steuerdeklaration aufgeführten Vermögensobjekte zu den von den Steuerpflichtigen angegebenen Werten, die von den Steuerpflichtigen verschwiegenen Objekte ohne jede Entschädigung")⁶²² übernommen

würden.

b Die Reichsvermögensbank

Die Verwaltung der in die Hand des Staates kommenden Vermögensobjekte sollte einer besonderen "Reichsvermögensbank")⁶²³ übertragen werden. Sie sollte in der Form einer sonderrechtlichen Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 400 Millionen Mark errichtet werden. Ihre Aktien hatten das Reich und die Einzelstaaten zu übernehmen. Aber auch Privatleute sollten befugt sein, Aktien der Reichsvermögensbank zu erwerben.)⁶²⁴ Die Verteilung der Kapitalerträge sollte nach folgendem Modus geregelt werden: Das Reich hatte eine fünfprozentige Minimalverzinsung des Aktienkapitals zu garantieren. Mögliche Jahreseinbußen der Bank sollten vom Reich mit Subventionen ausgeglichen werden. Von einem Gewinn, der über die Rate von 5 Prozent hinausging, sollten den Aktionären 25% der Gewinnsumme, dem Reich 75 % zufließen. Sobald für die Aktionäre ein Gewinn in Höhe von 7 1/2 % des angelegten Kapitals erreicht worden wäre, sollten alle möglichen Mehrgewinne voll auf dem Reich zugute kommen.)⁶²⁵ Die Bank sollte die Berechtigung erhalten, Obligationen bis zum fünfundzwanzigfachen Betrag des Aktienkapitals auszugeben. Die Obligationen sollten gesichert werden durch ein gesetzliches Pfandrecht an den der Bank gehörenden Wertobjekten.)⁶²⁶ Die Reichsvermögensbank, die Aktienbesitz aus privater Hand über die Steuergesetzgebung einziehen sollte, hatte dem Reich den in Kapital requirierten Steuerbetrag in Zentralbankgeld zu erstatten.)⁶²⁷ Sie sollte von der Reichsregierung beaufsichtigt werden; für die Verwaltung der Bank waren ein Aufsichtsrat und ein Vorstand zu bestellen.)⁶²⁸ Für die Besetzung des Aufsichtsrates waren folgende Bestimmungen zu beachten: Ein Viertel der Mitglieder des Aufsichtsrates mußten Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsfinanz- und des Reichsarbeitsministeriums sein; ein weiteres Viertel sollte mit Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats, der Nationalversammlung und der Reichsregierung besetzt werden. Die verbleibende Hälfte der Aufsichtsratsposten sollte

durch die Generalversammlung gewählt werden, wobei eine ausreichende Vertretung der als Aktionäre beteiligten Einzelstaaten zu sichern war. Diese gewählten Aufsichtsratsmitglieder mußten von der Reichsregierung bestätigt werden.)⁶²⁹ Die Vorstandsmitglieder waren vom Aufsichtsrat zu ernennen, wobei Personen berücksichtigt werden sollten, die praktische Erfahrungen und Erfolge im Bankgeschäft aufzuweisen hatten. Der Vorstandsvorsitzende sollte Beamter sein, die übrigen Vorstandsmitglieder waren mit Privatvertrag anzustellen, ihre Anstellung bedurfte der Bestätigung durch die Reichsregierung.)⁶³⁰

c Der Reichsfonds

Die vom Reichswirtschaftsministerium geplante staatliche Investitionspolitik sollte mit der Bildung eines besonderen 'Reichsfonds' eingeleitet werden, der finanziell von der Reichsvermögensbank zu verwalten war. Als Zweck der staatlichen Investitionspolitik wurde in der Denkschrift ins Auge gefasst: "Die deutsche Gütererzeugung insbesondere durch Erteilung von Aufträgen zu fördern und dadurch die Beschäftigung der deutschen Arbeiterschaft zu ermöglichen.")⁶³¹ Für die Prüfung der Vergabe von Mitteln aus dem Reichsfonds war die Bildung einer besonderen "Reichsfondsstelle")⁶³² vorgesehen, die mit den fachlichen Wirtschaftsverbänden, den Wirtschaftsbünden und Wirtschaftszweckverbänden, zusammenarbeiten sollte. Hinsichtlich der Gewinnbegrenzung in Unternehmen, die mit Reichsfondsmitteln arbeiten wollten, wurde in der Denkschrift vorgesehen: "Die Gewinne der aus diesem Fonds mit Aufträgen bedachten Betriebe sollen dahin begrenzt werden, daß Gewinne, die über den Satz von 5 v.H. des Stammkapitals einschließlich der ausgewiesenen Reservefonds erzielt werden, zu drei Vierteln an den Reichsfonds abzuführen sind. Von diesen Gewinnbeträgen sind zwei Drittel zur Förderung der Gütererzeugung, ein Drittel zur Förderung sozialer Aufgaben des Reiches (z.B. Erhöhung der Invalidenrenten, Einführung einer Reichsmutterschaftsversicherung usw.) zu verwenden.")⁶³³

Darüber hinaus sollten Unternehmen, die mit Reichsfondsmit-
teln arbeiten wollten, starke Einschränkungen der Freiheit
ihrer Wirtschaftsführung in Kauf nehmen. Um diese Be-
dingungen deutlich zu machen, soll ein Auszug aus den der
Denkschrift beigelegten "Richtlinien zur Ausgestaltung des
Reichsfonds")⁶³⁴ abgedruckt werden:

"1. Die Unternehmer von Reichsfondsaufträgen haben, solange
sie solche Aufträge bearbeiten, die in Einvernehmen mit den
Gewerkschaften zu vereinbarenden Löhne zu zahlen.
2. Die zu berechnenden Preise dürfen grundsätzlich nur die
Selbstkosten für Material, Löhne und einen von der Reichs-
fondsstelle festzusetzenden Unkostenzuschlag darstellen.
Personalunkosten (Gehälter, Tantiemen usw.) sofern sie eine
von der Reichsfondsstelle zu bestimmende Grenze überschreiten,
sowie Vergütungen an Aufsichtsratsmitglieder haben außer
Betracht zu bleiben. Keinesfalls dürfen in den Preisberech-
nungen Kapitalerträge, die das an der Auftragsausführung
beteiligte Kapital höher als mit 5 v.H. jährlich verzinsen,
oder Abschreibungen von Produktionsmitteln, die bei der Auf-
tragserteilung bereits im Eigentum des Auftragsempfängers
stehen, eingesetzt werden. ...)"⁶³⁵ Diese Bedingungen zeigen,
daß die Investitionspolitik durch Reichsfonds neben dem
Ziel, die Gütererzeugung zu beleben, auch die Absicht ver-
folgte, die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsordnung durch-
zusetzen. Dies geht deutlicher noch aus der Bestimmung her-
vor, daß Aufträge der Reichsfondsstelle nur an Wirtschafts-
fachverbände, nicht aber an Privatunternehmen vergeben wer-
den sollten.)⁶³⁶ Eine weitere Einschränkung, die der Ver-
gabe von Reichsfondsmitteln auferlegt wurde, bestand in der
Bedingung, daß Aufträge nur an solche Wirtschaftsfachver-
bände erteilt werden durften, deren zugehörige Betriebe sich
einem "Gesetz über den Arbeitsfrieden")⁶³⁷ unterwarfen.

d Das "Gesetz über den Arbeitsfrieden")⁶³⁸

Grundgedanke dieses Gesetzes war es, "daß zunächst für ein Jahr in bestimmten, unter ein besonderes Friedensgebot zu stellenden Betrieben (befriedete Betriebe) die Ausübung des Streikrechts an gewisse Voraussetzungen geknüpft sein soll."⁶³⁹ Diese Voraussetzungen bestanden in einem besonderen Verfahren, nach dem die Arbeitsstreitigkeiten in 'befriedeten Betrieben' abzuwickeln waren: Beabsichtigte eine Gewerkschaft, den Streik zu beginnen, so sollte der Ausstand einem "Bezirksausschuß für Arbeitsfrieden")⁶⁴⁰ beim zuständigen Bezirkswirtschaftsrat angemeldet werden, der eine Vermittlungsaktion einzuleiten hatte. Blieb die Schlichtung ohne Erfolg, so hatte eine geheime Abstimmung aller Arbeitnehmer im betroffenen Betrieb zu folgen, in der darüber entschieden werden sollte, ob die Arbeit ruhte. Der Streik sollte nur dann durchgeführt werden, wenn sich neun Zehntel aller Arbeitnehmer des betroffenen Betriebs für ihn ausgesprochen hatten. Für die Unterstellung unter Friedensgebot sollten zwei Maßstäbe je nach Art der zu befriedenden Betriebe gelten: Zunächst sollten Betriebe, die für die Gesamtwirtschaft von lebenswichtiger Bedeutung waren, wie Kohlenbergwerke, Eisenbahnen, Stickstoff-Werke und Getreide-Mühlen-Betriebe usw., durch die Bezirksausschüsse für Arbeitsfrieden von Amts wegen unter Friedensgebot gestellt werden können. Bei anderen Betrieben sollte es zum Erlaß des Friedensgebots kommen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen entsprechenden Antrag stellten. Dabei sollten die Arbeitnehmer eines Betriebes in geheimer Abstimmung über den Antrag entscheiden.)⁶⁴¹ In der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums wurde dazu erklärt, daß nicht an ein Streikverbot gedacht worden sei, sondern an eine "gesetzliche Beschränkung in der Ausübung des Streikrechts."⁶⁴² Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß die Beschränkung des Streikrechts nur dann politisch und sozial zu vertreten sei, wenn diese Maßnahme im Zusammenhang mit dem gesamten Programm der Gemeinwirtschaft verwirklicht werde.)⁶⁴³

Um die durch ein Gesetz über den Arbeitsfrieden beabsichtigte 'Befriedung' der industriellen Unternehmen zu illustrieren, soll ein Auszug aus den der Denkschrift beigelegten "Richtlinien für ein Gesetz über den Arbeitsfrieden")⁶⁴⁴ folgen:

"2. Die Friedensgebote werden von den Bezirksausschüssen für Arbeitsfrieden erlassen. Gegen deren Entscheidung findet Beschwerde an einen Reichtsausschuß für Arbeitsfrieden statt. Die Bezirksausschüsse werden bei den Bezirkswirtschaftsräten gebildet. Sie bestehen aus einem Vorsitzenden, den die Reichsregierung oder die von ihr bezeichnete Stelle ernannt, und je drei Beisitzern aus dem Kreis der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die von den Bezirkswirtschaftsräten aus der Zahl ihrer Mitglieder ernannt werden. Der Reichtsausschuß besteht aus einem Vorsitzenden, den die Reichsregierung ernannt, sowie aus je 5 Beisitzern aus dem Kreis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die von dem Reichswirtschaftsrat aus der Zahl seiner Mitglieder ernannt werden. Die Reichsregierung (Reichswirtschaftsministerium, Reichsarbeitsministerium, Reichsfinanzministerium) kann für die Ausschüsse verbindliche Richtlinien aufstellen.")⁶⁴⁵

Über das bei Arbeitsstreitigkeiten vorgeschlagene Verfahren zur Beschränkung in der Ausübung des Streikrechts wurde ausgeführt: "4. Für die Dauer des Friedensgebotes ist jede Aussperrung in befriedeten Betrieben unerlaubt. Das Streikrecht darf in befriedeten Betrieben nur nach Maßgabe der folgenden Vorschriften ausgeführt werden. 1 Der Streik muß angesagt werden. Die Streikansage muß schriftlich beim Bezirksausschuß eingereicht werden. Sie muß mindestens von einem Zehntel der insgesamt in dem Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer unterzeichnet sein. Die Ansage muß die Forderungen, die mit dem Streik durchgesetzt werden sollen, angeben. ... 2 Ist die Streikansage zulässig, so hat der Bezirksausschuß ungesäumt Einigungsverhandlungen zur Verhütung des Streiks einzuleiten. 3 Kommt eine Einigung innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der Streikansage nicht zustande, so hat der Bezirksausschuß eine Beschlußfassung der insgesamt

in dem Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer zu veranstalten. Die Abstimmung ist geheim. Der Streik ist beschlossen, wenn neun Zehntel der insgesamt in dem Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer ihre Stimme für den Streik abgegeben haben.

4 Ist der Streik beschlossen, so darf die Arbeit nicht vor Ablauf einer Woche nach Feststellung der Beschlußfassung durch den Bezirksausschuß niedergelegt werden.")⁶⁴⁶

Für die 'befriedeten' Betriebe sollte nach den Plänen des Reichswirtschaftsministeriums bei Arbeitsstreitigkeiten ferner die Durchführung der Zwangsschlichtung auf Antrag eines Teils der streitenden Parteien zulässig sein. Dazu hieß es: "5. Kommt in einem befriedeten Betrieb bei Streitigkeiten über die Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen eine Einigung zwischen dem Arbeitgeber und der Arbeitnehmerschaft nicht zustande, so kann, wenn nicht beide Teile ein Gewerbegericht, ein Berggewerbegericht, ein Einigungsamt einer Innung oder ein Kaufmannsgericht als Einigungsamt anrufen, von jedem Teil der Bezirksausschuß für Arbeitsfrieden als Schlichtungsstelle angerufen werden. In diesem Falle finden die §§ 66, 68 bis 73 des Gewerbegerichtsgesetzes entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß ein Schiedsspruch auch dann abzugeben ist, wenn einer der beiden Teile nicht erscheint oder nicht verhandelt, sowie daß Personen, die an der einzelnen Streitsache als Arbeitgeber oder als Mitglied eines Betriebs Ausschusses beteiligt gewesen sind, bei dem Schiedsspruch nicht mitwirken dürfen. Der Schiedsspruch hat die rechtlichen Wirkungen eines gerichtlich abgeschlossenen Vergleichs; ein Rechtsmittel findet nicht statt.")⁶⁴⁷

Eine weitreichende Folge, die mit der Unterstellung unter Friedensgebot verbunden sein sollte, bestand darin, daß der Betrieb des Unternehmens, das unter Friedensgebot gestellt war, gleichen Bedingungen unterworfen werden konnte, wie sie mit Aufträgen aus dem Reichsfonds verbunden waren. In befriedeten Betrieben sollte die Reichsvermögensbank das Recht erhalten, die "gebundene Gewinnverteilung")⁶⁴⁸ anzuordnen. Dazu wurde ausgeführt:

- "10. Ist der Betrieb eines Unternehmens ... unter Friedensgebot gestellt worden, so kann die Reichsvermögensbank für das Unternehmen die gebundene Gewinnverteilung anordnen. ...
11. Die Anordnung der gebundenen Gewinnverteilung hat die Wirkung, daß ... von dem Teil des Reingewinns, der über den Satz von 5 v.H. des Stammkapitals einschließlich der ausgewiesenen Reservefonds hinaus erzielt wird, drei Viertel an den Reichsfonds abzuführen (sind) ..." ⁶⁴⁹

C Der Machtkampf um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung

Im Kampf um die Verwirklichung der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, der mit der Einsetzung eines 'diktatorischen Wirtschaftsausschusses' am 5. Mai 1919 in voller Schärfe entbrannte, hat Moellendorff auf drei Ebenen mit unterschiedlichen Mitteln für die Gemeinwirtschaft geworben. Auf der Ebene der Realpolitik war das Vorgehen Moellendorffs vom Bestreben gekennzeichnet, der sozialdemokratischen Regierungsspitze eine endgültige Entscheidung über die Wirtschaftsordnung abzuwingen. Moellendorff verachtete mit der Geringschätzung des Ideologen für den Interessenkampf der Parteien und mit der Intransigenz des technischen Spezialisten, der von der Möglichkeit überzeugt ist, den optimalen Wirkungsgrad zu realisieren, die Chance, im Kabinett zu einem Kompromiß über wirtschaftspolitische Fragen zu kommen. Gleichzeitig versuchte er auf der Ebene der industriellen Interessen, bei den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften, Unterstützung für die Politik der Gemeinwirtschaft zu finden. In einer Rede vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie hat er an das Sachverständnis und an das Eigeninteresse der Wirtschaftler appelliert. Dieser Versuch, einen außerparlamentarischen und außerkabinettpolitischen Druck auf die Regierung zu erzeugen, bildete keine Ausnahme von Moellendorffs politischem Kampfstil. Die "Flucht in die Öffentlichkeit" ⁶⁵⁰ gehörte zu seinen gewöhnlichen Mitteln. Sein Vorstoß auf der Ebene der Öffentlichkeit vollzog sich in zweierlei Hinsicht:

Einmal lancierte er die Denkschrift vom 7. Mai 1919 in die Presse und brachte so die Pläne des Reichswirtschaftsministeriums vor ihrer Entscheidung durch das Kabinett einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis. Zum anderen versuchte er, in Vorträgen vor einem ausgewählten Hörerkreis der Gemeinwirtschaft die Unterstützung intellektueller Schichten zu sichern. An dieser Stelle scheint es berechtigt, die Frage zu stellen, welche Möglichkeiten Moellendorff im entscheidenden Jahr 1919 sah, die Gemeinwirtschaft im Rahmen der bestehenden staatlichen Ordnung zu verwirklichen. Bei der Beantwortung dieser Frage ist der Chronist auf Stellungnahmen Moellendorffs angewiesen, die zum großen Teil als nachträgliche Betrachtungen nach dem Scheitern der Politik der Gemeinwirtschaft im Kabinett Bauer abgegeben worden sind. Aber bei allen aus Enttäuschung resultierenden Ressentiments, die diesen Reflexionen anhaften, ergibt sich beim Studium der Quellen der Eindruck, daß Moellendorff keinerlei Hoffnungen hegte, seine gemeinwirtschaftlichen Pläne in der vom Parteienstaat geprägten Ordnung durchzusetzen. Auf welche Kräfte baute Moellendorff seine Hoffnungen, die Gemeinwirtschaft zu realisieren? Im Jahre 1922 schrieb er an Richard Merton: "Meine Adresse ist seit 1916 der politisch verantwortliche Wirtschaftsführer, der dem Volksganzen verpflichtete Wirtschaftsmachthaber, - meinetwegen ein Stinnes - aber eben nur ein Stinnes, der seine Funktion als Amt statt als Geschäft, als Dienst über das Verdienen hinaus erfüllt.")⁶⁵¹ Dieser Hinweis auf 'verantwortliche Wirtschaftsführer' als mögliche Träger der Ordnungsidee nimmt schärfere Gestalt an, wenn ihm eine Bemerkung Moellendorffs zur Seite gestellt wird, die er unmittelbar nach der Entscheidung über die Gemeinwirtschaft im Kabinett Bauer einfließen ließ: "Ehe nicht der Kampf der Wirtschaftler mit den sogenannten reinen Politikern ausgetragen ist, ehe nicht die Wirtschaftspolitik aus dem drängenden Bedürfnis der Not heraus eine eigene Struktur sucht, wird unser Bemühen vergeblich sein, denn bis dahin werden wir als Narren verschrien bleiben.")⁶⁵²

Zu einer klaren Aussage verdichten sich diese Hinweise in einer Reihe von Briefen, die Moellendorff nach dem Abgang aus seinem Amt an Freunde und Anhänger seiner Theorie geschrieben hat. Dem ihm nahestehenden Kurt Singer bekannte er, es schmerze ihn die Erkenntnis, in der Rücksicht auf die Parteipolitik seines Ministers zu nachgiebig gewesen zu sein. Moellendorff schrieb, "wir hätten schon Anfang Mai (1919), als ich unsere Denkschrift als Ultimatum aufsetzte, verschwinden sollen. Unsereinem lag ... die Diktion des heutigen Parlamentarismus nicht ... Es genügte, die Antithesen zuzuspitzen, aber es lohnte nicht, im Parlament zu werben, zu kämpfen und zu bluten. Mich eckelt beim Anblick der Erzberger und Schmidt (Robert Schmidt.D.Verf.) die Erinnerung an verlorene Zeit und Kraft. Daß übrigens die wahre Entscheidung sich derart vorbereitet, daß große Teile der Wirtschaftler frontal gegen die Politiker aufzumarschieren beginnen, dürfte Ihnen nicht entgangen sein. Hier entläßt sich binnen weniger Monate eine neue Revolution." ⁶⁵³ Die Erwartung einer Weiterführung der politischen Revolution durch das aktive Eingreifen der Wirtschaftsführer in die Politik wird zum häufig wiederkehrenden Thema in Moellendorffs vertraulichen Äußerungen. An Wiedtfeld schreibt er: "Endet nicht jedes Thema in derselben These, namentlich darin, daß es allerhöchste Zeit sei, von den Wirtschaftlern her frontal gegen alles aufzumarschieren, was in Behörden und Parlamenten sogenannte reine Politik macht?" ⁶⁵⁴ In einem Brief an Alma de l'Aigle bekennt er: "Dieses Weimar ... wird nicht freiwillig das Feld räumen. Darauf und auf den Sieg der deutschen Gemeinwirtschaft, als der einzig sichtbaren Idee, die dann einspringen muß, vertraue ich fest." ⁶⁵⁵ So ergibt sich ein klares Bild von den politischen Verhältnissen, unter denen Moellendorff die Verwirklichung der Gemeinwirtschaft für möglich hielt. Entweder gelang es, die bestehende bürgerlich-sozialdemokratische Koalition zu sprengen und eine Regierung zu bilden, in der ein sozialdemokratischer Ministerpräsident solche Vertreter der bürgerlichen Parteien berief, die der Gemeinwirtschaft zu-

stimmten,)⁶⁵⁶ oder die Revolution mußte mit einer Intervention der Wirtschaftsführer weitergeführt werden.

1 Der Kampf um die Grundsatzentscheidung der Regierung für die Gemeinwirtschaft

Eine Untersuchung der internen Vorgänge zwischen Reichswirtschaftsministerium und Reichskabinett zeigt, daß Moellendorff bei seinem Versuch, die Reichsregierung zu einer Entscheidung für die Gemeinwirtschaft zu zwingen, einen Kompromiß mit den Vertretern marktwirtschaftlicher Bestrebungen in Reichsernährungs-, Reichsfinanz-, Reichsschatz- und Reichsarbeitsministerium von vornherein ausschloß. So blieben die geringen Möglichkeiten für eine langfristige und stufenweise Verwirklichung der gemeinwirtschaftlichen Pläne ungenutzt. Daß solche Möglichkeiten, wenn auch in schwachen Ansätzen, vorhanden waren, zeigt der interne Briefwechsel zwischen Reichswirtschaftsminister Wissell und seinem Staatssekretär Trendelenburg, die sich zu den Beratungen der Nationalversammlung in Weimar aufhielten, und Unterstaatssekretär von Moellendorff, der die Amtsgeschäfte des Ministers in Berlin führte. Ernst Trendelenburg, der dem Reichswirtschaftsminister bei den Beratungen im Kabinett und in der Nationalversammlung zur Seite stand, hatte schon am 9. April 19 darauf hingewiesen, daß die Gemeinwirtschaftspolitik nur durch geschickte Verhandlungen mit oppositionellen Kreisen innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei zu realisieren sei. Trendelenburg berichtete am 9. April über Gespräche mit dem Staatssekretär in der Reichskanzlei, Albert, der das Reichswirtschaftsministerium darauf verwiesen habe, das Kabinett könne nur durch Taktieren, nicht aber dadurch in die Bahnen der Gemeinwirtschaftspolitik gelenkt werden, daß die Prinzipienfrage aufgerollt würde. Albert habe zu erkennen gegeben, daß er mit der Politik einer "gebundenen Wirtschaft")⁶⁵⁷ sympathisiere. Er habe zu erkennen gegeben, daß er bereit sei, mit Moellendorff in engeren Kontakt zu treten, um sich

über dessen gemeinwirtschaftliche Ziele zu unterrichten und über ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen. In der Frage der politischen Durchführung gemeinwirtschaftlicher Pläne sah Albert jedoch Schwierigkeiten in Moellendorffs Vorliebe für eine "prinzipielle und programmatische Auseinandersetzung,")⁶⁵⁸ von der er eine Verschärfung der Gegensätze erwartete.)⁶⁵⁹ Auch die Möglichkeit einer Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Partei zeichnete sich ab: Am 11. April 1919 hatte Trendelenburg Verbindung mit dem Abgeordneten der DDP, Schücking,)⁶⁶⁰ aufgenommen, der dem linken Flügel der Demokraten angehörte und den Gedanken eines dreigliedrigen Staatsaufbaus nach wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Grundzügen vertrat,)⁶⁶¹ in dem neben dem politischen Parlament ein Wirtschafts- und ein Kulturrat vertreten sein sollten. Schücking hatte das Reichswirtschaftsministerium auf den Abgeordneten Dr. Vershofen hingewiesen, der mit dem linken Flügel der DDP für Moellendorffs Pläne gewonnen werden sollte.)⁶⁶² Schließlich sprach Trendelenburg davon, daß die Zentrumsparlei ebenfalls an der Gemeinwirtschaftspolitik interessiert sei.)⁶⁶³ Die Haltung der Zentrumsabgeordneten in wirtschaftspolitischen Fragen wurde bestimmt von der Vorstellung einer ethischen Relevanz der Wirtschaftsordnung, die auf der Solidarität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern beruhen müsse.)⁶⁶⁴ Moellendorff hat diese Anregungen nicht aufgegriffen und keinen Versuch unternommen, mit dem linken Flügel der Deutschen Demokratischen Partei und mit dem Zentrum ein Bündnis zu schließen.)⁶⁶⁵ Daß die Möglichkeiten für eine Verständigung mit diesen Gruppen nicht nur Gegenstand theoretischer Überlegungen waren, zeigte sich in der Kabinettskrise bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags am 20. Juni 1919, als nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Scheidemann auch die demokratischen Minister Gothein und Dernburg ausschieden und der demokratische Abgeordnete Dr. Vershofen für eine Nominierung als Minister in Betracht kam.)⁶⁶⁶ Moellendorff hat daran festgehalten, dem Kabinett eine Grundsatzentscheidung abzutrotzen. In der verworrenen

und unübersichtlichen Lage, die durch die Auseinandersetzungen über die Unterzeichnung des Friedensvertrages und die Zukunft der Rätebewegung entstanden war,)⁶⁶⁷ verfolgte er unbeirrt das Ziel, die Regierung zur Entscheidung zu zwingen. Die Motive für die Haltung Moellendorffs sind vielschichtig. Im Vordergrund steht sicherlich seine Überzeugung, daß die wirtschaftliche Notlage nach dem Ende des Krieges eine Rückkehr zur freien Marktwirtschaft untersagte. Der Beschluß, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, verlangte auch weitreichende wirtschaftspolitische Entscheidungen, die eine Weichenstellung in der Verfassungsfrage geboten. Aber über diese sachlichen Gründe hinaus kam in Moellendorffs Entschlossenheit, vollendete Tatsachen zu schaffen, das technisch orientierte Denken des Ingenieurs zum Durchbruch, für den es um eine technische Sachfrage geht, die intuitiv erkannt, rational gelöst und optimal konkretisiert wird. Diese Methode schließt das politische Denken bis zu einem gewissen Grade aus. Moellendorff hat seine Unfähigkeit, politisch zu denken, rückhaltlos eingestanden:)⁶⁶⁸ "Wovor mir graut, ist die Auseinandersetzung mit dem Unnotwendigen und Willkürlichen, das durch keine Sachlichkeit und keinen Vernunftgrund beseitigt werden kann ... ich bin kein Politiker und will und kann es nach meiner Anlage nicht werden.")⁶⁶⁹ Der Unfähigkeit zu politischem Denken entsprach andererseits die große Suggestivkraft, die von Moellendorff ausging, und die dazu führte, daß Wissell sich bei seinem politischen Vorgehen von Moellendorff auf einen Weg drängen ließ, der dem politisch Möglichen den Erfolg verschloß. Moellendorff hat Wissell nach und nach in das Bewußtsein versetzt, einer überdimensionalen endgültigen Entscheidung gegenüberzustehen. Er suggerierte seinem Minister, der schon nach kurzer Zeit ein Gefühl der Bewunderung für Moellendorff empfand,)⁶⁷⁰ die unausweichliche Notwendigkeit, endgültige Verhältnisse zu schaffen. So schrieb Moellendorff an Wissell, er beantrage, "daß unverzüglich im Reichs - ministerium die Anerkennung für den Grundsatz erwirkt wird, keine wirtschaft-

liche Entscheidung dürfe ohne Einwilligung des Reichswirtschaftsministeriums gefällt werden. Gelingt dies nicht, diesem Grundsatz die Anerkennung zu verschaffen, so bricht binnen weniger Monate der Rest unserer Wirtschaft unter dem Durcheinander des Regierens vollends zusammen, und ich für meinen Teil hielte es dann für besser, unsere Mitverantwortung vorher statt hinterher aufzugeben.")⁶⁷¹

2 Das Ringen um die Unterstützung der industriellen Interessenten für die Gemeinwirtschaft

Die Haltung der Wirtschaftsführer, auf die Moellendorff bei seinem Vorgehen angewiesen war, ließ ein entschiedenes Eintreten für den Aufbau der Gemeinwirtschaft nicht erwarten. Die industriellen Führungskräfte waren zwar durchaus bereit, die gemeinwirtschaftliche Konzeption als Diskussionsgrundlage in der Auseinandersetzung um die Rätebewegung hinzunehmen.)⁶⁷² Schon auf der Gründungsversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. April 1919 hatten bei der Erörterung organisatorischer Fragen die Pläne Moellendorffs eine Rolle gespielt. Die Wirtschaftsführer wollten im Falle einer Verwirklichung der Gemeinwirtschaft auf arbeitsfähige Organe der Eigenverwaltung aufbauen können.)⁶⁷³ Zu einer politischen Initiative waren die Industriellen jedoch nicht bereit. Sie betrachteten die wirtschaftliche Selbstverwaltung als eine Ordnung, die ihnen vom Staat aufgezwungen werden sollte. Angesichts der drohenden Enteignung in bestimmten Industriezweigen nach den Forderungen der Räte bedeutete die Gemeinwirtschaft besonders für die Energiewirtschaft und für die Schwerindustrie das kleinere Übel. Die Eisen- und Stahlindustrie akzeptierte darum die planwirtschaftliche Regelung des Außenhandels durch Selbstverwaltungskörper,)⁶⁷⁴ Die Mehrheit der Industriellen hielt sich indessen zurück. Es kam ihnen darauf an, in Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium zu bleiben und abzuwarten, mit welchen Zwangsmitteln Moellendorff seine Organisationspläne durchsetzen

würde: Führung halten und Einfluß wahren - das war der Leitgedanke der Industrieführer.)⁶⁷⁵ Bei dieser passiven Resistenz der Wirtschaft hat Moellendorff seine Bestrebungen darauf konzentriert, die gesetzlichen Grundlagen für den Aufbau der Selbstverwaltungsorganisation auszuarbeiten und gleichzeitig die Industriellen in einem intensiven Werbefeldzug für die Ziele der Gemeinwirtschaft zu interessieren. Zu diesem Zweck gab er am 9. Mai 1919, zwei Tage nachdem seine Denkschrift dem Ministerpräsidenten überreicht worden war, im Reichswirtschaftsministerium Anweisung, gesetzgeberische Maßnahmen zu erwägen, um den Zusammenschluß der Wirtschaftszweige zu erzwingen.)⁶⁷⁶ Zugleich hat er in einer Rede vor dem Reichsverband der Industrie am 12. Juni 1919 versucht, die Industriellen aus ihrer abwartenden Reserve zu locken und sie zu einem aktiven Eingreifen für die Gemeinwirtschaft zu veranlassen.)⁶⁷⁷ Die Bedeutung dieser Rede geht über den aktuellen Zweck hinaus. Moellendorff hat in seinem Appell an die Wirtschaftler die in der Schrift "Deutsche Gemeinwirtschaft")⁶⁷⁸ entwickelte Version der Gemeinwirtschaft als einer Friedensidee für die Welt)⁶⁷⁹ an die veränderten politischen Verhältnisse anpassen wollen, die im Anschluß an Wilsons Vierzehn-Punkte-Programm mit der Begründung des Völkerbundes im Juni 1919 geschaffen worden waren.)⁶⁸⁰

a Der Appell an die Wirtschaftsführer

Mit seinem Aufruf an die Industriellen, die "dürre gewordenen Hüllen des Fiskalismus, Regiminalismus und Parlamentarismus")⁶⁸¹ abzustreifen, wandte sich Moellendorff an diejenigen Kräfte in der Wirtschaft, die nach seiner Meinung "allein imstande waren, die Laster Schematismus, Langsamkeit, Kleinlichkeit des Amtsschimmels durch die eigenen Tugenden Elastizität, Tempo, Bravour abzulösen.")⁶⁸² Er rechtfertigte seine Absicht, eine grundsätzliche Entscheidung über die Wirtschaftsordnung herbeizuführen und keinerlei Kompromisse einzugehen, indem er auf die Notwendigkeit hinwies, die

wirtschaftliche Notlage zu überwinden: Nicht "Tun-als-ob" sei das Gebot der Stunde, sondern "Tun-was-not-tut.")⁶⁸³ Weil jede Täuschung über die wirtschaftliche Lage zur Enttäuschung der Bevölkerung führen müsse, bekenne sich das Reichswirtschaftsministerium unbeirrt von Gunst und Ungunst zu nüchterner Illusionslosigkeit.)⁶⁸⁴ Moellendorff bezeichnete es als sein Ziel, ein "Höchstmaß von Solidarität")⁶⁸⁵ in der deutschen Wirtschaft zu verwirklichen. Er versicherte, die Gemeinwirtschaft bedrohe keinen Wirtschaftszweig, auch nicht den Handel. Die Bedürfnisse des Handels seien vom Reichswirtschaftsministerium sowohl in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Industrie als auch im Aufbau der Pläne für den Reichswirtschaftsrat berücksichtigt worden. Tatsache sei es dagegen, daß Planwirtschaft und Marktwirtschaft einander bis zu einem gewissen Grade ausschließen.)⁶⁸⁶ Die Frage nach einer nationalen Planwirtschaft, nach nationaler Organisation, sei die Folge imperialistischer Wirtschaftspolitik in der Wilhelminischen Ära: "Wir hegten den guten Glauben, daß man ungestraft seine vermeintlich friedfertige Wirtschaftsexpansion nach den Methoden des tauschenden Marktes in alle Welt hinaustragen konnte.")⁶⁸⁷ Der Krieg und die Absperrung vom Weltmarkt hätten Deutschland schließlich auf das Problem der Planwirtschaft gestoßen. Daraus aber sei eine Idee erwachsen, die, ähnlich wie die idealistische Philosophie, Deutschland erneut zum geistigen Führer der Welt berufe und mit einer Mission an der Welt erfülle. Die deutsche Gemeinwirtschaft werde sich nicht nur als ein brauchbarer Baustein dem Völkerbund einfügen, sondern zum Vorbild für dessen Bauart dienen: "Es sei denn, daß Preußen-Deutschland endgültig denjenigen ideellen Vorsprung eingebüßt hat, der es einstmals befähigte, ein Muster Kantischer Observanz zu sein.")⁶⁸⁸ Politischer Träger dieser Idee sollte nach Moellendorffs Vorstellung eine Gruppierung von geläutertem Konservatismus und gemäßigten Sozialismus sein. Hierzu verwies er auf das Bündnis "eines geläuterten Konservatismus mit einem gemäßigten Sozialismus gegen den ökonomischen

Liberalismus")⁶⁸⁹ in Gestalt der britischen Kriegsregierung Lloyd Georges. Der Gedanke des wirtschaftlichen Solidarismus sollte Verwirklichung finden in der "Totalintegration")⁶⁹⁰ aller Wirtschaftsfunktionen durch Teilintegration in Trusts, Pools und anderen Verbänden. Ihr Aufbau sollte ausgehen von der im November 1918 geschlossenen Arbeitsgemeinschaft zwischen industriellen Arbeitgebern und Gewerkschaften, deren Mitarbeiter in die zu schaffenden oder neu zu besetzenden Körperschaften einziehen sollten.)⁶⁹¹ Die dabei zu praktizierende Methode der Selbstverwaltung hatte in striktem Gegensatz zu Verwaltungspraktiken des bürokratischen Polizeistaates zu stehen.)⁶⁹² Die Neufassung und Anpassung der Gemeinwirtschaftsidee aus dem Jahre 1916 an die veränderten Bedingungen nach dem Zusammenbruch verband Moellendorff mit der Ermunterung und Aufforderung an die Wirtschaftsführer, die Gemeinwirtschaft zum Programm der Industrie zu machen: "Reißen Sie an sich, was Sie wollen. Haben Sie Initiative, soviel Sie wollen. Angeboten haben wir Ihnen die Verwaltung des Außenhandels ... Überlassen werden wir Ihnen die Handhabung der distributiven Befugnisse über alles, was knapp bleibt. Überlassen werden wir Ihnen selbstverständlich die Einwirkung auf alles, was zugunsten der Produktivität technisch und ökonomisch zu geschehen hat.")⁶⁹³

3 Der Widerstand gegen die Gemeinwirtschaftspolitik

Während sich die Industrieführer vorsichtig zurückhielten, erfolgte aus Kreisen des Handels, der sich durch die Gemeinwirtschaft in den Grundlagen seiner Existenz gefährdet sah, eine Kampagne gegen das Reichswirtschaftsministerium. Der Handel entfesselte in der Öffentlichkeit einen Proteststurm gegen die Gemeinwirtschaftspolitik. In Erinnerung an die Überwachung des Handels in den Kriegsgesellschaften und an die maßgebliche Rolle, die Moellendorff und seine Anhänger im System der Kriegswirtschaft gespielt hatten, wandte sich

der Hansabund in Versammlungen und zahlreichen Aufrufen gegen die Politik des Reichswirtschaftsministeriums. Am 13. März 1919 trafen sich die Gegner der Gemeinwirtschaft in Berlin zu einer Wirtschaftskundgebung, auf der eine "Erklärung zur Notlage des deutschen Wirtschaftslebens")⁶⁹⁴ angenommen wurde. Darin hieß es mit deutlicher nationalistischer Wendung, unter der schwarz-weiß-roten Fahne sei das deutsche Volk groß geworden, und unter ihr müsse es auch künftig ein gesundes und kräftiges Leben unter den Völkern führen. Nur so könne ein Zustand geschaffen werden, der der ganzen Menschheit diene. Die Verfasser der Erklärung verdächtigten die Leiter des Reichswirtschaftsministeriums, sich zur eigenen Bereicherung der von allen Seiten verlangten Aufhebung der Zwangswirtschaft zu widersetzen. Sie kündigten an, sie wollten zur Selbsthilfe schreiten und sich jeder Wirtschaftskontrolle widersetzen: "Dem revidierenden Gesindel jegliche Auskunft verweigern.")⁶⁹⁵ Die Gegner der Gemeinwirtschaft organisierten sich am 24. Mai 1919 zum "Reichsschutzverband für Handel und Gewerbe")⁶⁹⁶ mit dem Ziel, die Wirtschaftskontrolle und die Höchstpreisgesetzgebung abzuschütteln. Sie gründeten in verschiedenen Städten Ortsverbände gegen die Zwangswirtschaft. Auf einer Delegiertentagung des Hansabundes am 25. Mai 1919 protestierten die Vertreter gegen das gemeinwirtschaftliche Programm und riefen auf zum Kampf gegen den "ideologischen Professorismus der Denkschrift.")⁶⁹⁷ Regionale Kundgebungen folgten im ganzen Reich. Auch die Gewerkschaften, die sich einer Beschränkung des Streikrechts, wie sie im Gesetz über den Arbeitsfrieden vorgesehen war, widersetzen, lehnten die Gemeinwirtschaft ab. In der Zentralen Arbeitsgemeinschaft, der Moellendorff eine entscheidende Rolle beim Aufbau der Selbstverwaltungskörper zugeordnet hatte, formierte sich ein wachsender Widerstand gegen die "Beamtenwirtschaft im Reichswirtschaftsministerium.")⁶⁹⁸ Auf dem Nürnberger Kongreß der Gewerkschaften machte sich der Delegierte Hilferding zum Sprecher der Gemeinwirtschaftsgegner und bezeichnete als Sinn des in der Denkschrift entwickelten Programms, "den Unternehmer in

seiner Kapitalisteneigenschaft zu erhalten.")⁶⁹⁹

In weiteren Diskussionsbeiträgen wurde die Befürchtung geäußert, die Gemeinwirtschaft bedrohe die Sozialisierung.)⁷⁰⁰ Die sozialdemokratische Partei, der Moellendorff die Rolle des politischen Trägers seiner Idee zugeschrieben hatte, zeigte zur Gemeinwirtschaft eine zwiespältige Haltung. In der Märzkrise waren die sozialdemokratischen Führer bereit gewesen, die Gemeinwirtschaft als Ersatz für eine Sozialisierung durch Enteignung zu akzeptieren. Aber auf die Dauer zeigte sich, daß die Partei auf die marxistische Doktrin der Enteignung der Produktionsmittel eingeschworen war. Auf dem Parteitag der SPD 1919 in Weimar sprach es Otto Wels in seinem Vorstandsbericht offen aus: Für die SPD blieb die "Sozialisierung")⁷⁰¹ das Hauptziel. Zwar gelang es Reichswirtschaftsminister Wissell, auf dem Parteitag einen Beschluß durchzusetzen, der die Regierung verpflichtete, das Programm der 'gesellschaftlich kontrollierten Volkswirtschaft' zu verwirklichen.)⁷⁰² Aber der Beschluß verdeckte nur die tatsächlich bestehende Kluft zwischen Sozialdemokratie und Gemeinwirtschaftern, weil beide Seiten unter dem Begriff gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft ihre eigenen Ziele verstanden. Enteignung oder Kontrolle der Produktionsmittel, dieser Gegensatz schied Partei, Reichsregierung und Reichswirtschaftsministerium.

4 Die Entscheidung des Kabinetts Bauer

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Scheidemann am 20. Juni 1919 wegen der Auseinandersetzung über die Unterzeichnung des Friedensvertrages war unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Gustav Bauer, dem bisherigen Arbeitsminister im Kabinett Scheidemann, eine neue Regierung gebildet worden, in der die Kompetenzen des Reichswirtschaftsministeriums für die Wirtschaftspolitik weiter eingeengt worden waren. Ein neues Reichseisenbahnministerium entzog dem Reichswirtschaftsministerium die Zuständigkeit für das Transportwesen. Wegen der schwerwiegenden Bedeutung des Friedensvertrages hat

Wissell zunächst darauf verzichtet, eine Reform der Reichsbehörden zur Diskussion zu stellen. Seine optimistischen Erwartungen gründeten sich auf die Annahme, das Kabinett werde nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags auseinanderbrechen.)⁷⁰³ Nur unter der Voraussetzung, daß nach der Signierung des Friedensvertrags eine "organisatorisch reformierte Ministerkoalition"⁷⁰⁴ zustande käme, wollte Moellendorff seine Arbeit fortführen. Wissell hat die Entscheidung des Kabinetts über die Gemeinwirtschaft unmittelbar nach Abschluß des Friedensvertrages gefordert. Seine Haltung ließ zunächst die Möglichkeit offen, daß man sich über Einzelfragen verständigte. Erst auf ein Telegramm Moellendorffs hin hat Wissell die Grundsatzfrage aufgeworfen. Moellendorff überhöhte die Sachfrage und forderte Wissell auf, "die letzte Gelegenheit deutscher Gemeinwirtschaft wahrzunehmen und (einen) Kabinettsbeschluß herbeizuführen, wonach (die) Ausführung (des) wirtschaftlichen Teils des Friedensvertrags ausschließlich einer nur dem Reichswirtschaftsministerium nachgeordneten Wirtschaftskommission zusteht."⁷⁰⁵ Das Kabinett Bauer ist in seiner Sitzung am 8. Juli 1919 einer Grundsatzentscheidung ausgewichen. Die sozialdemokratischen Führer haben die Formel Moellendorffs, nach der eine neue Wirtschaftsordnung unausweichlich notwendig gewesen sei, als unbeweisbar zurückgewiesen. Der Gemeinwirtschaft wurde vom Standpunkt der marxistischen Sozialisierungsdoktrin aus der Vorwurf gemacht, daß sie den Kapitalismus nicht überwinde, sondern ihn konserviere. Die Regierung wollte einen Beschluß dem künftigen Reichswirtschaftsrat überlassen. Dagegen verlangte Wissell eine definitive Entscheidung, daß sich das Kabinett auf den Boden der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums stelle. Das Kabinett beschloß, die Stellungnahme zu vertagen.)⁷⁰⁶ Das Ergebnis erwies die Unhaltbarkeit der Auffassung Moellendorffs, daß man den totalen, in Grundsatzfragen zugespitzten Plan einer Neuordnung der Wirtschaftsverfassung zum Regierungsprogramm machen konnte. Die Entwicklung der gemeinwirtschaftlichen Frage hat ge-

zeigt, daß Moellendorff die realen Möglichkeiten, die sich einer Realisierung der Gemeinwirtschaft in Stufen boten, zugunsten einer Kraftprobe mit den vorherrschenden politischen Anschauungen der Machttträger aufgeopfert hat. Den Führern der Sozialdemokratie war es nach ihrer Überlieferung und nach ihrer Staatsdoktrin der parlamentarischen Demokratie weder wünschenswert noch möglich, den Plänen Moellendorffs zu folgen. Ein Eingehen auf die gemeinwirtschaftliche Ordnung hätte nicht nur eine Regierungskrise ausgelöst, sondern in den Reihen der Sozialdemokraten eine Diskussion über Grundsatzfragen entfacht, auf die die Partei nicht vorbereitet war. Nach dem Votum des Kabinetts schieden Wissell und Moellendorff aus ihren Ämtern. Die Politik der gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltung war nicht gescheitert, sondern von ihren Verfechtern aufgegeben worden, weil sie nicht bereit waren, die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie zu akzeptieren.

5 Kontakte zu den Flügelparteien

Nach seinem Rücktritt hat Moellendorff den Versuch gewagt, in einem Bündnis mit Kräften der Deutschnationalen Volkspartei oder aber mit solchen der Unabhängigen Sozialdemokraten eine Basis für die Verwirklichung der Gemeinwirtschaft zu schaffen. Die Verhandlungen mit Oskar Hergt von der Deutsch-Nationalen Volkspartei verliefen schon in einer ersten Begegnung am 24. September 1919 ergebnislos, weil Hergt nur die Wiederherstellung der inneren Ordnung und der Kreditwürdigkeit des Reiches im Ausland als vordringliche Ziele anerkannte; politische und soziale Reformen dagegen als verfrüht ablehnte.)⁷⁰⁷ Umso größere Hoffnungen setzte Moellendorff auf Fühlungen zur Unabhängigen Sozialdemokratie. Für eine am 14. Oktober 1919 angesetzte Aussprache zwischen Wissell und Däumig, zu der Däumig nur einen Vertreter schickte, entwarf Moellendorff ein Arbeitspapier, das ein Zusammengehen zwischen Gemeinwirtschaftlern und Unabhängigen Sozial-

demokraten auf der Grundlage eines "Waffenstillstandes")⁷⁰⁸ ermöglichen sollte. Moellendorff begründete diesen Versuch mit Erwägungen, die davon ausgingen, daß zwischen Arbeiter- und Unternehmerschaft zwar ideologische Gegensätze in der Eigentumsfrage bestünden, nicht aber in der Frage der Beteiligung von Räten an der Entscheidung über den Produktionsablauf. Im Mittelpunkt eines Ausgleichs zwischen beiden Gruppen müsse darum das beiderseitige Interesse an einer Steigerung der Arbeitsproduktivität stehen. Instrument dieses Ausgleichs sollte die Mitbestimmung der Arbeiter sein. Auch die Arbeiterschaft sei darauf angewiesen, vor der Übernahme der Wirtschaftsverantwortung eine Lehrzeit zu absolvieren.)⁷⁰⁹ Die Aussprache führte zu keinerlei Beschlüssen, schien aber die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht auszuschließen. In diesem Stadium der Kontakte scheute sich Wissell, hinter dem Rücken des Parteivorstandes der Mehrheitssozialdemokraten Abmachungen mit den Unabhängigen Sozialdemokraten zu treffen, die zu einer Spaltung der Partei führen konnten. Moellendorff hat am folgenden Tag versucht, die Bedenken Wissells zu zerstreuen und ihn zu "einer politischen Tat (zu) veranlassen, die zu unterlassen ... gegen den heiligen Geist unseres Volkes, Ihrer Partei und des Sozialismus wäre.")⁷¹⁰ Moellendorff rief Wissell zu: "In diesen Wochen tragen Sie geschichtliche Verantwortung und laufen Gefahr, durch Hemmungen der Gewohnheit und Zaghaftigkeit ebenso schuldig zu werden wie ehemals mancher deutsche Politiker aus anderen Lagern.")⁷¹¹ Die Alternative, vor die Moellendorff seinen früheren Minister stellte, hieß: "Entweder die SPD sozialisiert sich - oder aber Wissell geht mit Anhang zur USPD über" und "Reformierung oder Sprengung Ihrer Partei.")⁷¹² Die Weigerung Wissells, den von Moellendorff gewiesenen Weg zu gehen, hat im Verein mit Vorbehalten der Unabhängigen Sozialdemokraten bald zum Abbruch der Kontakte geführt. Diesem letzten Anlauf, die Gemeinwirtschaft durchzusetzen, folgte der allmähliche Rückzug Moellendorffs aus der Politik. Noch einmal, im März 1920, nach dem Kapp-Putsch, hat er in einem Entwurf für eine

"Kundgebung der Reichsarbeitsgemeinschaft")⁷¹³, den er am 16. März 1920 an Wissell schickte, die Ziele der Gemeinwirtschaft zur Diskussion gestellt. Moellendorff lehnte die Pläne des ostpreußischen Landschaftsdirektors Kapp ab, weil sie, wie er schrieb, sich nicht in den Dienst einer guten Sache stellten.)⁷¹⁴ Ein neues Regierungsprogramm mußte nach seiner Ansicht die grundsätzliche Bereitschaft, den Friedensvertrag zu erfüllen, mit der Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland verbinden.)⁷¹⁵

IV Die Idee der Gemeinwirtschaft

A Die Gemeinwirtschaft

a Die Auseinandersetzung mit der liberalen Wirtschaftsordnung

Die Schrift 'Deutsche Gemeinwirtschaft', die 1916 erschien und in der Moellendorff seine gemeinwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen zum ersten Male umriß, hat wenig Verbreitung gefunden. Von einer Auflage von 3 000 Exemplaren konnten 1 900 verkauft werden. 200 Exemplare wurden an Rezensenten oder Freunde verschenkt. Im Juli 1918 war ein Restbestand von 900 Exemplaren vorhanden und konnte nicht mehr abgesetzt werden.)⁷¹⁶ Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der Kreis der Interessierten, die sich mit Moellendorffs Gedanken auseinandersetzten, esoterisch klein gewesen ist. Dies ist umso bedeutungsvoller, als Moellendorff selbst schrieb, "die Schrift war und sollte sein mehr Predigt als Lehre, ein Aufruf an alle Gleichgesinnten und Gleichzustimmende, die mitarbeiten wollten.")⁷¹⁷ In seiner "Gemeinwirtschaft")⁷¹⁸ wandte sich Moellendorff gegen den Grundsatz der liberalen Freihandelslehre, nach dem der freie ungehinderte Waren- und Menschenverkehr die Annäherung der Nationen bewirken und zum allgemeinen Frieden beitragen werde. Er führte aus, die Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten werde nicht auf der Grundlage einer einheitlichen, bewußten, äußeren Wirtschaftsgesinnung betrieben - in gepflegten Formen des diplomatischen

Verkehrs. Es breite sich vielmehr ein "Spinnennetz privater Wirtschaftsbeziehungen")⁷¹⁹ einflußreich und verworren zwischen den einzelnen Staaten aus,)⁷²⁰ dessen schädliche Wirkungen darauf beruhten, daß die "Auswüchse der zügellosen Privatwirtschaft")⁷²¹ die Beziehungen zwischen den Staaten trübten. Waren von leidlicher Qualität würden als Luxuserzeugnisse angeboten, Qualitätsprodukte hingegen unter englischer Herkunftsbezeichnung vertrieben.)⁷²² Das ungebundene Konkurrenzsystem habe dazu beigetragen, daß "der stramme (deutsche) Vetter mit dem vielen Glück und der friedfertigen Miene bestgehaßt und meistverdächtigt wurde.")⁷²³ Diese "falschen Gefühlstöne", die auf die "Gesinnung" einwirkten,)⁷²⁴ hätten in dem objektiven wirtschaftlichen Machtkampf zwischen dem aufstrebenden Deutschland und den Weltmächten im Wettlauf um Kolonien und im Ringen um Seegeltung Anlaß zu "unsachlicher Kampfesweise")⁷²⁵ gegeben. Der zersetzenden Wirkung des freien Konkurrenzsystems auf die internationalen Beziehungen stellte Moellendorff die schädlichen Folgen des liberalen Wirtschaftssystems im Inland zur Seite. Die privaten Wirtschaftsgruppen in Deutschland hätten sich nicht als Glieder eines Organismus gefühlt: "Stadt kämpfte gegen Land, Verbraucher gegen Erzeuger, Fabrikant gegen Händler, Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer ... der Private gegen den Fiskus und umgekehrt, jeder gegen jeden.")⁷²⁶ Auch da, wo sich Wirtschaftsgruppen zusammengeschlossen hätten (landwirtschaftliche Verbände, Syndikate, Verbrauchergenossenschaften usw.) seien die Feindseligkeiten gegen andere Wirtschaftsgruppen nur verstärkt worden. Weder "geschäftlicher Gemeinsinn")⁷²⁷, noch Nationalwirtschaft als Gemeinwirtschaft der Staatsangehörigen)⁷²⁸ hätten existiert und "Gesellschaft, Parlament und Presse, unter ihrer Oberfläche getragen und geschoben von tausenderlei Wirtschaftsbeziehungen, waren nicht eigentlich nach Wirtschaftsgruppen gegliedert.")⁷²⁹ Die Handelsherrschaft als "Urgrund alles Übels")⁷³⁰ und der Warenhandel)⁷³¹ hätten als Vorbild gegient, den wirtschaftlichen Einfluß der politischen Parla-

mente auszuhandeln.)⁷³² Gesetzgebung und Verwaltung unter der Herrschaft juristischer Denkweise seien einem "politischen Advokatentum")⁷³³ erlegen, das die wirtschaftlichen Gesetze routiniert kodifiziert habe. Die Aufgabe verdichte sich dahin, "das Wesen des Handels nachzuprüfen und seine zersetzenden durch bindende Kräfte auszugleichen".)⁷³⁴ Die Wirtschaft, als Maschine von einem Maschinenbauer bewertet, enthüllte sich in Moellendorffs Augen als ein rückständiges, ungenaues und reibungsvolles Gebilde, welches sauberer, schöner und teurer gebaut, umso ergiebiger, billiger und sicherer arbeiten würde.)⁷³⁵ Das internationale Handelssystem, welches durch das Prinzip der "Arbeitsteilung")⁷³⁶ unendlich verästelt "volkstümliche")⁷³⁷ Bedeutung erlangt habe, habe den deutschen Volkscharakter verfälscht, eben jenen Charakter, der geprägt worden sei von einem Lebensstil, "den die Redensart ekele, der das Schlichte liebte und der die Pflichtgebundenheit als höchste Freiheit aufsuchte" und im Ausland als "Militarismus")⁷³⁸ verhöhnt worden sei. "Klugheit, Schlaueit und Gerissenheit thronten als oberste Tugenden über der Wirtschaft")⁷³⁹ konstatierte Moellendorff, und die Klarheit und Entschiedenheit der Sprache sei getrübt worden: Nicht ein 'Ja' oder ein 'Nein' gelte mehr, mit einem "Jain")⁷⁴⁰ würden Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit überlistet. Letztlich sei das "freie Spiel der Kräfte" der "Götze des Erwerbslebens")⁷⁴¹ geworden. Moellendorff knüpfte an die Kritik der "mechanistischen Wirtschaft")⁷⁴² an und stellte Gebundenheit, Organisation und Planmäßigkeit der Wirtschaft der freien Konkurrenz gegenüber.)⁷⁴³ So kam er zu dem Schluß, daß nicht Freiheit, sondern "Willkür")⁷⁴⁴ das beherrschende Prinzip der Wirtschaft sei, unter deren Einfluß die Lebensweise in Deutschland sich "zivilisiert")⁷⁴⁵ habe, "mehr Läden. mehr Kneipen, mehr Fett und Messing, mehr Tempo und Ornament, mehr Geschäft und Weltbürgerei und ... wenig deutscher Geist und deutsche Sitte".)⁷⁴⁶

b Kriegswirtschaft und Gemeinwirtschaft

Der Krieg und die Kriegswirtschaft hatten auch im wirtschaftlichen Bereich zu neuen Vorstellungen geführt: Im Ausbruch des ersten Weltkrieges fühlte auch Moellendorff den sprengenden Schlag, der das Chaos bändigen sollte. Mit einem Schlag war die Wirtschaft im Bewußtsein Moellendorffs und Gleichgesonnener tabula rasa und ein "ungeheures, vorbildloses Konstruieren nimmt in der Wirtschaft seinen Lauf")⁷⁴⁷ Aus dem Wissen um die menschlichen und wirtschaftlichen Opfer des Materialkrieges entstand bei Moellendorff eine neue Wirtschaftsgesinnung, die geformt wurde von "Fachverstand", Phantasie, Vernunft und Pflichtempfinden.")⁷⁴⁸ Aus ihr sollte eine neue "Wirtschaftsgesinnung")⁷⁴⁹ hervorgehen, die zu neuen Formen der Kriegswirtschaft passte, zu Beschlagnahme, Enteignung, Zuteilung, zu Vertragspyramiden für neue Industrien, zu Spar- und Ersatzstoffen, zu gelenktem Kräfteinsatz und Kriegsgesellschaften.)⁷⁵⁰ Daß dieses System der Kriegswirtschaft nur durch Zwang aufrecht erhalten wurde, und daß dieser Zwang eines alle Bereiche des menschlichen Lebens umfassenden Belagerungszustandes nicht ewig dauern konnte, hat Moellendorff selbst eingesehen. In seinen Augen vollzog sich in der Form der kriegswirtschaftlichen Eingriffe, zu denen die militärische Gewalt ihren Arm lieh, eine wirtschaftlich-soziale Revolution, die immer in Gefahr schwebte, in Willkür auszuarten. Eine Revolution freilich, die nicht von gesellschaftlichen Gruppen ausging, sondern von oben, von den Machthabern über die politische und militärische Gewalt, und gegen die notwendigerweise die "Warnung vor Starrheit und Selbstherrlichkeit, vor Kleinlichkeit und Unklarheit, vor Laune und Wankelmuth schlechter Machthaber")⁷⁵¹ am Platze war.

c Das Gemeinwohl

Die regulative Idee, deren ausgleichende Kraft das kriegswirtschaftliche System lebensfähig erhalten sollte und die

der Gemeinwirtschaft als "höhere Idee")⁷⁵² zugrunde liegen sollte, sah Moellendorff im Begriff des "Gemeinwohls").⁷⁵³ Was aber verstand er unter 'Gemeinwohl'? Sein Begriff eines allgemeinen Wohls erweist sich als Prinzip des Ausgleichs divergierender Gruppeninteressen, ausgerichtet am allgemeinen Nutzen,⁷⁵⁴ am "Wirkungsgrad des Ganzen").⁷⁵⁵ Der Kristallisationsort, an dem sich der Ausgleich der Gruppeninteressen vollzieht, ist das "Konklave")⁷⁵⁶, in das die Führer der Wirtschaftsgruppen, eingeschlossen wie Kardinäle aus dem Anliegen der Teile den "goldenen Schnitt")⁷⁵⁷ vorschlagen sollen. Das durch Abwägung der Gruppeninteressen erzielte Kompromiß setzt Moellendorff nicht dem Gemeinwohl gleich. Es bildet nur den Anhaltspunkt für die politisch verantwortliche Führung.)⁷⁵⁸ Im Anschluß an sein Bild des Konklaves, in das die Wirtschaftsführer zusammengespant werden sollen, bis sie sich zum allgemeinen Besten einigen, bezeichnet Moellendorff den ständigen Wirtschaftsrat als Ausdruck "wirtschaftlicher Selbstverwaltung").⁷⁵⁹ Konklave und Wirtschaftsrat haben die gleiche Bedeutung. Daß der Wirtschaftsrat nur als beratendes Organ der Gesetzgebung funktionieren soll, ist weiter oben schon dargelegt worden. Für Moellendorffs Vorstellung vom Gemeinwohl ergibt sich ein ausreichend klares Bild: Gemeinwohl ist die Richtlinie für die wirtschaftlich-soziale Entscheidung der Regierung, die gewonnen wird aus der Zusammenschau von Interessenkompromiß und Verantwortung für die Allgemeinheit. Dieser Begriff, obgleich von Moellendorff nicht definiert und aus der Verbindung nebeneinanderstehender Reflexionen gewonnen, zeigt doch, so sehr er auch im Formalen steckenbleibt, daß die Idee der Freiheit auch im System der Gemeinwirtschaft ihren Platz hat. Denn die Idee der Freiheit ist in die Vorstellung des Gemeinwohls eingeschlossen. Die Freiheitsidee, die der Gemeinwirtschaft innewohnt, unterscheidet sich fraglos vom abstrakten Freiheitsbegriff liberaler Prägung. Freiheit steht hier im Zusammenhang mit ihren sozialen Grenzen, gebildet aus den Lebensrechten der Wirtschaftsgruppen und den Erfor-

dernissen für das Wohl der Allgemeinheit. Die Wirtschafts-selbstverwaltung in der Vorstellung Moellendorffs ist ein Versuch, soziale Freiheit zu organisieren. Eine wesentliche Rolle bei Versuchen, soziale Systeme wie die Gemeinwirtschaft zu entwickeln, spielt nicht nur der Freiheitsbegriff, sondern vor allem die auf die Erhaltung freiheitlicher Rechte gerichtete soziale Tendenz. Die soziale Tendenz bei Moellendorff bevorzugt das Ganze auf Kosten des einzelnen; sie ist kollektivistisch.

d Der Kollektivismus

Moellendorff bekennt: "Dem vorherrschenden Individualismus, wonach die Gemeinschaft für den einzelnen da sei, stellt Moellendorff, nicht als ethische Forderung, sondern als Ergebnis der Beobachtung gelingender und mißlingender Gemeinschaftstaten, die Behauptung entgegen, daß besonders im Gefolge der ökonomischen Entwicklung des letzten Jahrhunderts immer mehr der einzelne für die Gemeinschaft da sei und da sein müsse, wenn er nicht gewärtigen wolle, zugleich mit der Gemeinschaft unterzugehen.")⁷⁶⁰ Moellendorff stellt zum Freiheitsproblem fest, daß aus den Postulaten Freiheit und Gleichheit Redensarten geworden seien, mit deren Hilfe sich Kapitalismus und Liberalismus gleichermaßen vom Kernproblem entfernt hätten. Er schreibt, "ein auf die Bahnen der Arbeit einlenkendes Preußentum erscheint ihm seiner Idee nächstverwand.")⁷⁶¹ Moellendorff bekannte sich damit zu Gedanken, die O. Spengler später unter dem Stichwort "Preußentum und Sozialismus")⁷⁶² populär gemacht hat. Spengler verstand Preußentum als "Instinkt" und als "Summe von Tatsachensinn, Disziplin, Korpsgeist, Energie")⁷⁶³, und an anderer Stelle definierte er Preußentum als "streng disziplinierte Gemeinschaft, heiße sie nun Staat, Partei, Arbeiterschaft, Offizierskorps oder Beamtentum.")⁷⁶⁴ Die Verwandtschaft zwischen Moellendorffs Idee und Spenglers späterer Auffassung von 'Preußentum und Sozialismus' beruht indessen mehr auf einer gemeinsamen Einstimmung auf ein politisch-soziales Pflicht-Ethos, als auf einer Übereinstimmung in wirtschaftlichen Fragen.

Die Spenglersche Auffassung war ausschließlich politisch artikuliert. Dennoch ist darauf hinzuweisen, daß die Ordnungsidee Moellendorffs im wirtschaftlichen Bereich in ihrer Betonung des Vorrangs der Gemeinschaft und ihrer Vernachlässigung individueller Freiheiten sich eng an die Vorstellung einer Militarisierung des Wirtschafts- und Soziallebens anlehnt, wie sie allen an der Hilfsdienstaktion von 1916 Beteiligten vertraut war.)⁷⁶⁵ Für Moellendorffs Verhältnis zum Freiheitsbegriff ist es bezeichnend, daß er ihn ausschließlich in der Zuordnung zum Wirtschaftsleben sieht. Sein Kollektivismus gründet sich eingestandenermaßen nicht auf philosophische Erwägungen, sondern ist das Ergebnis von Zweckmäßigkeitsüberlegungen, die er rein empirisch begründet. Plan, Pflicht und Zwang, schrieb Moellendorff, seien nicht Übergriffe der Gemeinschaft gegen den einzelnen, sondern für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung längst gewohnte Begleitumstände dichter Flächenbesiedelung.)⁷⁶⁶ Das Ziel Moellendorffs war, durch Leistungssteigerung in der Wirtschaft den kulturell bestimmten Lebensraum so zu erweitern, daß in ihm die individuelle Freiheit in weitestem Maße verwirklicht werden konnte. Dieses Ziel bildet zugleich die Grenze der Gemeinwirtschaft. Nur im Teilbereich der Wirtschaft dürfe der Gesellschaft Verfügungsrecht über den einzelnen zuerkannt werden, schrieb er.)⁷⁶⁷ Über diesen Kreis hinaus müsse der entfalteten Persönlichkeit ein freier Kulturraum gewonnen werden.)⁷⁶⁸

e Die Planwirtschaft

Die planwirtschaftlichen Vorstellungen Moellendorffs ermangelten jeder wirtschaftstheoretischen Ausprägung. Was Moellendorff unter Planwirtschaft verstand, war nichts anderes als die vage Vorstellung einer Bedarfsdeckungswirtschaft, die das Ausmaß der industriellen Produktion an der Nachfrage nach lebenswichtigen Gütern orientieren wollte. Planwirtschaft im Sinne Moellendorffs war weiterhin die Anwendung von Erfahrungen, die in der Kriegswirtschaft gewonnen worden

waren, auf den Ausbau neuer Industriezweige in der Friedenswirtschaft. Die Bezeichnungen Gemeinwirtschaft und Planwirtschaft gehen bei Moellendorff durcheinander, eine klare Scheidung der Begriffe läßt sich nicht erreichen.)⁷⁶⁹ Aus allen Äußerungen Moellendorffs über Planwirtschaft geht hervor, daß er mit diesem Begriff alle jene Auffassungen zusammenfasste, die in dem Grundsatz gipfelten, nach Friedensschluß dürfe die freie Marktwirtschaft nicht wieder eingeführt werden. Die planwirtschaftliche Konzeption floß bei Moellendorff zusammen mit dem Plan einer sozialen Erneuerung. Während er der liberalen Idee der freien Marktwirtschaft bestritt, sie habe die rechte Vorstellung von einem Wirtschaftsplan,) ⁷⁷⁰ beruhte die Gemeinwirtschaft nach seiner Auffassung auf einer umfassenden Planung des sozialen Lebens. Die Umrisse seines Sozialplans ergaben sich aus den Richtlinien, die Moellendorff für das Verhalten der Menschen in der Gemeinwirtschaft aufgestellt hatte:)⁷⁷¹ "Die Gesellschaft bescheide sich mit einem Minimum an Ansprüchen und befriedige sie mit einem Maximum von Wirkungsgrad. Sie bestimme mit eiserner Strenge des Kreis von Gütern und Diensten, die zur Befriedigung des ihr unentbehrlich scheinenden Bedürfnisses benötigt werden, entwerfe danach den denkbar vernünftigsten Plan, um mit wenig Anstrengung viel Leistung zu bewirken, und belaste jedes seiner Mitglieder mit gleichen Pflichten für gleiche Rechte.")⁷⁷² Diese strenge Fassung des Sozialplans stammt aus dem Jahre 1920.

f Die Außenhandelspolitik

Das Gebilde der Gemeinwirtschaft sollte aus einem "Kern der Nationalwirtschaft")⁷⁷³ in Gestalt von Schwerindustrie und Landwirtschaft bestehen, an den sich die "Randwirtschaft")⁷⁷⁴ der Exportindustrie anlehnen sollte. Gegen den Glauben, daß "Deutschland als isolierter Staat")⁷⁷⁵ oder in einem "Mitteleuropa als isolierter Staatenbund")⁷⁷⁶ sich von der Weltwirtschaft abschließen könnte, wandte Moellendorff ein, daß nur die Erdwirtschaft als Ganzes eine selbstgenügsame "endliche Größe")⁷⁷⁷ sei. Deutschland, so schrieb er, sei ein

"Werkzeug der Erde")⁷⁷⁸ und als "Träger der Veredelungsarbeit")⁷⁷⁹ müsse man es mit breiten Straßen der Außenwelt verbunden wünschen. Im Hinblick auf künftige Bedrohungen von außen forderte er, Landwirtschaft und Schwerindustrie als "etwas Elastisches und Lebendiges")⁷⁸⁰ zu erhalten.

Die gemeinwirtschaftliche Theorie Moellendorffs stand im Gegensatz zum zeitgenössischen Imperialismus und zu jeder Form wirtschaftlich-politischer Aggression. Nahezu in jeder Frage bezieht Moellendorff eine defensive Stellung gegen expansionistische Bestrebungen. Im Kriegsjahr 1916, in dem die Antwort auf die Kriegszielfrage zum Prüfstein des Patriotismus gestempelt wurde, bedeutete die Theorie Moellendorffs ein Friedensprogramm der nationalen Besinnung. Da, wo sich Moellendorff in missionarische, weltbeglückende Vorstellungen verstieg, beabsichtigte er, wenn man Zeit und Lage berücksichtigt, nichts anderes als eine Entschärfung aggressiver Vorstellungen. Nach seiner Ansicht spiegelte sich nämlich in der auf Überwindung der Handelsherrschaft gerichteten, gemeinwirtschaftlichen Gesinnung das wahre Wesen der Deutschen, an der, wie an der Kulturleistung der Romantik und des philosophischen Idealismus, die "Welt genesen")⁷⁸¹ sollte.

g Zur Herkunft der Idee der Gemeinwirtschaft

Moellendorff hat in einer Schrift aus dem Jahre 1917 den Versuch unternommen, die Öffentlichkeit stärker für die Idee der Gemeinwirtschaft zu interessieren, indem er in der Art eines Volkslesebuches Auszüge aus den Schriften Friedrichs des Großen, Fichtes, des Freiherrn vom Stein, Friedrich Lists, Bismarcks und Lagardes zusammenstellte. Im Vorwort erklärte Moellendorff, daß er sie als Vorläufer seiner Gemeinwirtschaft betrachte.)⁷⁸² Dieser Versuch, eine Ahnenreihe der Gemeinwirtschaft zu konstruieren, kann nicht als Quellenangabe für die Herkunft der Gedanken Moellendorffs gewertet werden. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, daß zwischen den meisten der abgedruckten Beiträge und Moellendorffs Ideologie keine Beziehungen bestehen. So sind die Betrachtungen Friedrichs des Großen für Moellendorffs Gemeinwirtschaft ohne Belang.

Auch zwischen den abgedruckten Auszügen aus Fichtes "Geschlossenem Handelsstaat" (1800) und Moellendorffs Überlegungen bestehen außer einer allgemeinen sozialistischen Tendenz keine direkten Zusammenhänge. Obwohl die Vermutung dafür spricht, daß Verbindungen zwischen dem aggressiven Sozialismus Fichtes, dem Kriegssozialismus)⁷⁸³ und der Gemeinwirtschaft bestehen, läßt sich nicht mehr als eine Gemeinsamkeit in der sozialistischen Grundtendenz nachweisen. Was die Bindungen zwischen Bismarcks Gedanken einer gesamtwirtschaftlichen Vertretung und Moellendorffs Anregungen zur Bildung eines Obersten Wirtschaftsbeirats anbetrifft, so wurde schon auf die Übereinstimmung in Aufbau und Aufgabe hingewiesen. Lagardes Beiträge zu wirtschaftlich-sozialen Fragen sind unergiebig. Mehr als eine gewisse Haltungsverwandtschaft zwischen ihm und Moellendorff läßt sich nicht nachweisen. Die geistigen Wurzeln der Gemeinwirtschaft liegen bei Rathenau, wie schon gezeigt worden ist. So kann es sich hier nur darum handeln, noch einmal den Einflüssen Friedrich Lists und des Freiherrn vom Stein nachzugehen. Der Einfluß Lists auf Moellendorff findet seinen stärksten Ausdruck in der Übereinstimmung in der Kritik am Freihandel. Die Kritik Moellendorffs an der liberalen Wirtschaftsgesinnung, die alle wirtschaftlichen Prozesse nach Moellendorffs Ansicht aus der Perspektive des Kaufmanns betrachtet)⁷⁸⁴, fußt auf der kritischen Haltung Lists gegenüber dem Freihandelssystem.)⁷⁸⁵ Der Einfluß Lists auf Moellendorff zeigt sich auch in der Frage der Arbeitsteilung. Wenn Moellendorff sich gegen das Prinzip der Arbeitsteilung aussprach,⁷⁸⁶ dann war es besonders die liberalistische Auffassung der Arbeitsteilung, die das Trennende in der Zerlegung des Arbeitsprozesses in Einzelgänge betonte. List hatte dagegen die "Konföderation oder Vereinigung verschiedenartiger Tätigkeiten, Einsichten und Kräfte zum Befug einer gemeinschaftlichen Produktion")⁷⁸⁷ im Prinzip der Arbeitsteilung gesehen. Dieser Auffassung schloß sich auch Moellendorff an. Der Schutz einer aufstrebenden jungen Industrie durch Erziehungszölle war ein Grund-

satz von List, dessen Bedeutung Moellendorff vor allem im Hinblick auf die Überführung der unter seiner Mitwirkung im Kriege entstandenen Stickstoffindustrie in die Friedenswirtschaft sah. Bei aller Übereinstimmung zwischen Moellendorffs Gemeinwirtschaft und Lists Nationalem System der Politischen Ökonomie in Einzelfragen war die liberale Grundhaltung Lists doch die bleibende Grenze, an der sich die Geister schieden.)⁷⁸⁸ Von weitreichender Bedeutung ist der Einfluß des Freiherrn vom Stein. Ein Vergleich der Idee der Selbstverwaltung bei Moellendorff und bei dem Freiherrn vom Stein kann nicht angestellt werden, bevor darauf nicht hingewiesen worden ist, wie tief das Vorbild der historischen Größe Steins auf Moellendorff eingewirkt hat. Gerade im persönlichen Wesen Moellendorffs spiegelte sich vieles, was bei Stein, ungleich größer zwar und bedeutender in Steins geschichtlicher Leistung, Reformwillen und Reformantrieb bestimmte. Wie in Stein lebte auch in Moellendorff der Gedanke eines ständischen, aristokratischen Patriotismus fort; bei Moellendorff indessen schon abgedunkelt zu ungewisser Sehnsucht nach ständischen Lebensformen. Wie Stein ist auch Moellendorff nie im Dienst des Staates aufgegangen, so willig er sich in seine Zwecke begab und sein Talent an der Reform erstarrter Verhältnisse erprobte, unaufhörlich hat Moellendorff doch gegen bürokratische Erstarrung und festgefahrenen Dienstmechanismus angekämpft. Immer blieb Moellendorff Amtsgast. Auch der optimistische Reformeifer Moellendorffs weist auf das Vorbild Steins hin; immer lief Moellendorff in Ämtern gegen Mauern an. Das gleiche gilt für den leidenschaftlichen Erziehungswillen und den Hang zum Moralisieren, der Moellendorff kennzeichnet. Auch Moellendorffs altfränkische Art, die ihn in einen schroffen Gegensatz zum sprunghaften und impulsiven Wesenszug seiner Zeit stellte, fand ihr Vorbild im Gegensatz zwischen dem sittlichen Ernst Steins und der typischen Frivolität der Kavaliers des ancien regimes.)⁷⁸⁹ Dies alles läßt darauf schließen, daß Moellendorff in Stein sein persönliches Vorbild gesehen hat.

Darin dürfte auch der Grund dafür zu suchen sein, daß Moellendorff die Bedeutung des Steinschen Reformerbes für seine Idee der Gemeinwirtschaft in den Vordergrund stellte. Denn der Vergleich der Grundzüge der Steinschen Reformen mit der Gemeinwirtschaft ergibt nur wenig Gemeinsamkeit. Übereinstimmung zeigt sich zwar im Vergleich der sozialen Tragfähigkeit beider Reformversuche. So wenig die preussischen Reformen von einer im Volke verwurzelten Bewegung getragen wurden, "die Freiheit selber mußte der Bevölkerung aufgezwungen werden")⁷⁹⁰, so wenig bedeutend war auch der Kreis der Anhänger Moellendorffs in Zahl und Massenwirkung. Im Volke hat sein Name nie einen Klang gehabt. Der Staatsratsgedanke Steins, die Idee eines regierenden Staatsrates,) ⁷⁹¹ konnte überhaupt nicht mit der Einrichtung des Volkswirtschaftsrates verglichen werden, der ein nur beratendes Organ sein sollte. Am nächsten kommt der Konzeption Moellendorffs einer beratenden Mitwirkung der Wirtschaftskreise an der Gesetzgebung und der eigenverantwortlichen Selbstverwaltung noch das Steinsche Reformprogramm, das die provinzielle Selbstverwaltung durch unmittelbare Mitwirkung von Vertretern der Landstände in den Behörden der Provinzialverwaltungen vorsah.) ⁷⁹² Hier bestanden in der Hinzuziehung von Vertretern der Wirtschaft zur staatlichen Verwaltung in der Kriegs-Rohstoff-Abteilung und im Kriegsamt Gemeinsamkeiten. Die politische Selbstverwaltung in den Gemeinden dagegen, begründet in der Städteordnung von 1808, mit parlamentarischer Stadtregierung durch eine gewählte Stadtverordnetenversammlung und einen Magistrat, wie auch die Steinschen Pläne für eine gesamtstaatliche Vertretung in Reichsständen mit beschließender Stimme, sind viel weiter gegangen als Moellendorffs Selbstverwaltung. Bei Stein handelte es sich immer um politische Selbstverwaltung. Moellendorff dagegen wollte zu diesem Zeitpunkt, also im Jahr 1917, der wirtschaftlichen Vertretung nur beratende Funktion ohne bestimmenden Einfluß auf die Gesetzgebung zugestehen. Geradezu im Widerspruch zum Steinschen Reformerbe standen die Pläne

für eine wirtschaftliche Selbstverwaltung da, wo bei Stein wirtschaftliche und soziale Fragen zum Gegenstand der Reform gemacht worden waren. Das Agraredikt von 1807 und die Gewerbefreiheit zielten auf eine Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte des Volkes hin.

Der Moellendorffsche Begriff der Selbstverwaltung entspricht im Grunde mehr dem Gedanken einer "obrigkeitlichen Selbstverwaltung")⁷⁹³ bei Rudolf Gneist. Für Gneist, der die Lehre vom Dualismus von Staat und Gesellschaft von Lorenz von Stein übernommen hatte,) ⁷⁹⁴ war die staatliche Autorität das entscheidende Moment im Prinzip der Laienverwaltung aus staatlichem Auftrag.)⁷⁹⁵ Die Verwandtschaft der Auffassungen von Gneist und Moellendorff zeigt sich besonders bei Gneists Staatsauffassung, die Heinrich Heffter charakterisiert: "Aus ... idealistische(m) Erbe und vor allem aus dem ... nüchternen strengen Geist des preußischen Beamtentums nährte sich der moralische Pflichtgedanke, der das echte Pathos seiner politischen Weltanschauung war: die unablässige Predigt der Pflichterfüllung, der mühevollen Arbeit im Dienste des Staates.")⁷⁹⁶ Gleiches gilt für Moellendorff.

Aber der Einfluß Steins hat eine weit stärkere Wirkung erzielt, als er in einer Ableitung von Selbstverwaltungsgedanken zum Ausdruck kommen konnte. Die Ansichten Moellendorffs über das Wesen des Staates sind durch Steins Reflexionen über Sinn und Aufgabe der staatlichen Gewalt auf einen Begriff gestellt worden, der die spätere Lehre Moellendorffs in so hohem Maße beherrscht hat, daß nahezu jede Zuordnung der Wirtschaft zum Staate von ihm ausging. Moellendorff hatte Steins Bemerkungen über das Verhältnis der Wirtschaft zum Staat in sein Lesebuch aufgenommen: "Der Staat ist nicht ein landwirtschaftlicher oder Fabriken-Verein, sondern sein Zweck ist religiös-sittliche, geistige und körperliche Entwicklung.")⁷⁹⁷ Diese Feststellung war indessen nur eine Wiederholung des Grundsatzes von Edmund Burke, daß der Staat mehr sei als eine Interessengemeinschaft, nämlich "eine Gemeinschaft in allem, was wissenschaftlich, in allem was schön, in allem, was schätzbar und gut und göttlich im Menschen ist ... eine Gemeinschaft zwischen denen, welche

leben, denen, welche gelebt haben und denen, welche noch leben sollen.")⁷⁹⁸ Über den Einfluß Steins auf Moellendorff wurde so die konservative Staatsauffassung Grundlage der Anschauung Moellendorffs über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat. Allerdings hat Moellendorff die auf sorgfältige Berücksichtigung aller staatlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten und auf Zuordnung zum Staat nach der Wertordnung bedachte, mittlere Linie Burkes ausgeweitet zu einer schroffen Gegenüberstellung von Wirtschaft und Staat. Aber diese Version klingt bei Stein schon an.

h Die ethischen, sozialen und politischen Voraussetzungen in Moellendorffs System der Politik

Moellendorffs politische Pläne sind in einem System gesellschaftlicher und ethischer Vorstellungen begründet, das er nur fragmentarisch dargestellt hat. Einen geschlossenen Überblick bietet der Aufsatz 'Organik', der 1920 in der 'Zukunft' erschien. Seine Darstellungen, die hier zusammengesetzt werden sollen, stammen aus drei Epochen seines Lebens, aus der Vorkriegszeit, aus der Zeit seiner Arbeit im Reichswirtschaftsministerium und aus dem Abschnitt nach seinem Ausscheiden aus dem Amt. Die Grundzüge des Systems sind ihm sicherlich während seiner Tätigkeit im Wirtschaftsamt gegenwärtig gewesen. Viele spätere Formulierungen aus der Zeit nach 1919 tragen indessen den Charakter nachträglicher Rechtfertigungen oder sind radikale Überspitzungen, in die sich der Enttäuschte geistreich hineingeredet hat. Diese Vorbehalte müssen bei der Betrachtung des politischen Systems immer lebendig bleiben.

Nach dem Novemberumsturz von 1918 wurde die Gemeinwirtschaft zum Bestandteil der offiziellen Politik und griff in der Auseinandersetzung um Demokratie, Sozialisierung und Rätebewegung für kurze Zeit umgestaltend in den Aufbau der wirtschaftlichen Ordnung ein. Die Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung wurde zur politischen Doktrin, die mit anderen politischen Richtungen konkurrierte. Sie wurde in dieser Zeit von Moellendorff zum politischen Programm ausgebaut, aber auch zur Theorie vertieft.

Der Gemeinwirtschaft liegt ein Begriff des Politischen zugrunde, der sich von anderen geistigen Strömungen während der Revolutionszeit grundsätzlich unterscheidet und der sie auf eine ideologische Ebene hob, von der aus eine Verständigung in der politischen Diskussion der Umsturzzeit nicht möglich war, weil sich die Diskussionspartner schon im Denkansatz verfehlten. Die Politik der Gemeinwirtschaft wurde von keiner sozialen Schicht getragen. Die an Alfred Rosenberg anschließende historisch-politische Forschung hat das Problem der Umsturzbewegung immer unter dem Aspekt "Nationalversammlung oder Rätestaat")⁷⁹⁹ untersucht. Die Alternative, vor die die geschichtliche Forschung das nachrevolutionäre Deutschland gestellt sah, hieß immer "bolschewistische Rätediktatur oder Demokratie")⁸⁰⁰ Karl Dietrich Erdmann hat dies auf die Formel gebracht: "Deutschland ... stand vor der Frage ... westeuropäische Idee des Parlamentarismus und der Demokratie oder die Leninsche Idee des Rätestaates.")⁸⁰¹ In einer politisch-soziologischen Untersuchung der Betriebsräte in der Novemberrevolution ist Peter von Oertzen im Anschluß an eine ähnliche Fragestellung bei Tormin)⁸⁰² zu dem Schluß gekommen, in der Rätebewegung habe eine starke sozialistische Arbeiterströmung die bürgerliche Republik zur demokratisch-sozialistischen Republik weiterentwickeln wollen: "Diese Tendenz (sei) zwischen den Kräften der radikal-sozialistischen Revolution auf der einen Seite und der mit den konservativen Kräften verbündeten bürgerlichen Demokratie auf der anderen Seite zerrieben")⁸⁰³ worden. P.v.Oertzen kommt nach einer Prüfung des Herrschafts-Dualismus im wirtschaftlichen Raum zu dem Ergebnis: "Die einzige wirkliche Alternative zur bürgerlichen Demokratie war nicht der Bolschewismus, sondern eine auf die Räte gestützte soziale Demokratie".)⁸⁰⁴ Die Klassifizierung der Herrschaftsformen für den aus der Revolution hervorgegangenen Staat: Parlamentarische Demokratie - Leninscher Rätestaat - soziale Demokratie hat in idealtypischer Weise einen Begriffsrahmen geschaffen, in den die Gemeinwirtschaft nicht einzuordnen ist. Ein Blick auf die Theorie der Gemeinwirtschaft zeigt dagegen, wie flüssig die Grenzen zwischen den Herrschaftslegitimierungen nach der Revolution von 1918 waren.

B Der Begriff des Politischen

Moellendorff bestimmt den Begriff des Politischen von der Technik her. Er unterscheidet in der Gesellschaftslehre drei Zweige: Die Politik als Beziehungslehre der Verhältnisse zwischen Menschen; die Wirtschaft als Beziehungslehre der Verhältnisse zwischen Menschen und Gütern und die Technik als Beziehungslehre der Verhältnisse zwischen Gütern. Die menschliche Produktivkraft kann dabei im Beziehungsraum der Technik als ein Gut auftreten, das in Beziehungen zu anderen Gütern tritt: "Mit Menschen (sollen) jeweils echte menschliche Subjekte, mit Gütern jedoch Objekte" gemeint sein, "als welche Teile des Menschen gelegentlich durchaus fungieren können".)⁸⁰⁵ In seinem Aufsatz 'Wirkungsgrad' (1920) systematisiert Moellendorff: Die Technik sei "dasjenige Bereich der Gesellschaftslehre ... in welchem die Kausalität zwischen Objekten und Objekten der menschlichen Gesellschaft waltet, ... auf welchem jede Wirkung mit einer Ursache objektiv gepaart ist, ... welches das eigentliche Reich des Wirkungsgrades heißen mag.")⁸⁰⁶ Die Wirtschaft bestehe darin, daß sich dem Objekt der handelnde Mensch, das Subjekt, beigesellt, daß die Kausalität durch "die Motivation verdrängt wird, ... daß statt der Wirkungen die 'Werte' als Maßstäbe auftreten".)⁸⁰⁷ Im Aufsatz 'Wirtschaftsordnung' schreibt Moellendorff 1920, die wirtschaftlichen Beziehungen würden nach "Wertgraden")⁸⁰⁸ gemessen. Die Politik sei dagegen eine "Menschen-Menschen-Beziehung").⁸⁰⁹ Sie messe die Beziehungen zwischen Subjekten nach "Sittlichkeitsgraden").⁸¹⁰ Im wirtschaftlichen Raum könnten Menschen im Subjekt-Objekt-Verhältnis als Güter auftreten; sie könnten politisch als Objekte der Ausbeutung oder der Kontrolle in Erscheinung treten.)⁸¹¹ Die Grenzen zwischen Politik, Wirtschaft und Technik seien fließend.)⁸¹² Der geschichtliche Mensch habe immer in einer natürlichen Unfreiheit gelebt, die aus seiner Abhängigkeit von der natürlichen Welt hervorgehe, und er habe immer die durch gesellschaftliche Zwecke bedingte Bindung seiner absoluten Freiheit auf sich nehmen müssen.)⁸¹³

In der Technik seien die Wertmotivationen ausgeschaltet: Die Kausalität zwischen Sachen und Menschen als Objekten)⁸¹⁴ sei das bestimmende Gesetz der Technik. Hier, wo es um die Erzeugung materieller Güter, nicht aber um die Durchsetzung von Wertkonzeptionen gehe, hätten nur sachliche Beziehungen, die wertneutral nach Wirkungsgraden gemessen würden, ihre Berechtigung. Nur durch das Verhältnis von Ursache und Wirkung werde die Höhe der Produktion bestimmt, alle weltanschaulichen Motive und wirtschaftlichen Interessen müssten ausgeschaltet werden. Die materielle Produktion müsse am optimalen Wirkungsgrad ausgerichtet werden.

In diesem System:

Politik: Menschen - Sittlichkeitsgrad - Menschen

Wirtschaft: Menschen - Wertgrad - Güter (Menschen)

Technik: Güter - Wirkungsgrad - Güter (Menschen)

liegen bestimmte Feststellungen begründet, die für das Verständnis der Theorie Moellendorffs notwendig sind. Aus seinen Unterscheidungen geht hervor, daß der Einfluß weltanschaulicher Motive in der Technik, und zu ihr zählt vor allem der gesamte Produktionsapparat, auf Verfügungsentscheidungen über Produktionsmittel und Produktivkräfte dazu führe, wirtschaftliche Wertgrade an die Stelle technischer Wirkungsgrade zu setzen. Mitbestimmungsrechte gehören daher nach Moellendorffs Auffassung nicht in die Unternehmen, denn sie stellten Wertgrade dar und beeinflussten als sachfremdes Element die Höhe der Produktion.)⁸¹⁵ Im Verhältnis von Politik, Wirtschaft und Technik zueinander schreibt Moellendorff der Technik die Aufgabe zu, "vermöge ihres Wirkungsgrades ein Barometer der Wertgrade, ein Zünglein an der Waage der Wertgrade, der neutrale Punkt im Getriebe der gesellschaftlichen Motive")⁸¹⁶ zu sein. Sein System, das durch die Zuordnung von Technik, Wirtschaft und Politik bestimmt wird, nennt Moellendorff die "Organik").⁸¹⁷ Die Rangordnung im Zusammenwirken von Technik, Wirtschaft und Politik ergibt sich aus der Wertigkeit im gesellschaftlichen System: "Die Ökonomik empfängt von der Politik und erteilt an die Technik die Richtlinien der Entwicklung"),⁸¹⁸ schreibt Moellendorff 1920 im Aufsatz 'Wirtschaftsordnung'.

Die führende Rolle der Politik wird von Moellendorff klar herausgestellt: "Übergeordnet ist die Politik, die sich sowohl rechtlich-zivilisatorisch wie auch bildnerisch-kulturell auswirken kann. Ihre Sittenbefehle geben den Ton an.")⁸¹⁹ Inhalt der Sittenbefehle soll: "Unerbittlich wie ein Naturgesetz")⁸²⁰ Kants kategorischer Imperativ sein, der das Notwendige mit dem Freiwilligen vereinen soll.)⁸²¹ Die Politik orientiere sich an wirtschaftlichen und technischen Erfordernissen: "Wenn es auch niemals Sache der Ökonomik und der Technik sein kann, die Politik zu ersetzen, so können dennoch Überlegungen der Zweckmäßigkeit dazu beitragen, die Entscheidungen der Sittlichkeit vorzubereiten.")⁸²² Aufgabe der Politik sei es, "die Gemeinschaft durch Verpflichtungen und Verantwortungen der Individuen vor Schaden (zu) bewahren,")⁸²³ schreibt Moellendorff 1922 in seinem Aufsatz 'Das politische Wesen des Sozialismus'. Er definiert Politik als "aktiv-positive Politik", deren Aufgabe es sei, "das Erwecken eines bewußten Willens zur Gemeinschaft")⁸²⁴ zu bewirken. Er unterscheidet die 'Ökonomik' streng von der 'reinen Politik': "Die liberale Ideologie, die sich ... von 1806 über 1848 und 1871 bis 1919 im rein Politischen erfüllt hat, (habe) ... ihre verheerende Wirkung im Wirtschafts- und Sozialpolitischen")⁸²⁵ ausgeübt und die "ökonomische und soziale Verantwortlichkeit untergraben.")⁸²⁶ Im Kern der Auffassung Moellendorffs vom Politischen steht die Unterscheidung von 'reiner Politik' und 'Ökonomik'. Reine Politik regelt die wirtschaftlich-sozialen Aufgaben in der Ordnung menschlicher Gemeinwesen nach - wie er meint - juristischen Verfahrensweisen. Organik dagegen begreift die Politik als Beziehungssystem. Gegen seine Auffassung der öffentlichen Ordnung sieht Moellendorff die traditionellen Weltanschauungen aufmarschieren, den Liberalismus, den marxistischen Sozialismus und den vom Sozialdarwinismus herkommenden rassistischen Nationalismus. Die Ergebnisse des Wirkens der liberalen Freiheitsidee mißbilligt er: "Beliebige Gewerbefreiheit und beliebiges Streikrecht sind ... Mißtöne eines

eifernden Freiheitsrufes.")⁸²⁷ Auf der anderen Seite ist nach Moellendorff der marxistische "Sozialismus Gegenteil von Kapitalismus, also etwas Ökonomisches, eine Ordnung der Verhältnisse von Menschen zu Gütern, nicht aber etwas Politisches, eine Ordnung der Verhältnisse von Menschen zu Menschen.")⁸²⁸ Die Notwendigkeit einer Neuorientierung des Sozialismus begründet er mit den Worten: "Das politische Wesen des Sozialismus ist weder aus den Maximen, noch aus der Historie des Marxismus abzuleiten.")⁸²⁹ Die Bedrohung der gleichgewichtigen Auffassung von Politik, Wirtschaft und Technik sieht Moellendorff von dritter Seite im russischen Nationalismus. Auf dieser Seite grenzt Moellendorff sich von Strömungen der 'konservativen Revolution' ab. Die nationalistische Komponente in den Denkrichtungen der 'konservativen Revolution' ist von K. Sontheimer nachgezeichnet worden.)⁸³⁰ Moellendorff bezieht hier eine entschiedene Position: "Bestärkt durch Abstammungslehre kräftigt sich eine der gesellschaftlichen (sozietaeren) geradezu entgegengesetzte Weltanschauung, die vom Kult des Stammes, der Menschenart, des Menschengeschlechts, des genus humanum, herkommt und in ihrer artgenössischen (generativen) Tendenz auf Macht, Freiheit, Nation, Rasse, Übermenschentum abzielt.")⁸³¹ Dabei zeigt sich, daß Moellendorff, der bei der Fundierung seiner sozialpsychologischen Ausgangsstellung unter dem Einfluß der Theoreme Friedrich Nietzsches stand, sich im Politischen entschieden von Nietzsche distanziert. In der Entwicklung der Parteien zu Interessenvertretungen sah Moellendorff eine weitere Gefahr für das Gleichgewicht im System der Organik. Der Einfluß der städtischen Wirtschaft auf die Parteien habe dazu geführt, daß sie eine wirtschaftliche Nebenfärbung **angenommen** hätten, "in der Unklarheit der Grenzen zwischen parteipolitischen und wirtschaftlichen Grundsätzen liegt eine schwere Gefahr:")⁸³² "Deutschland leidet seit Jahrzehnten unter der politischen Unfruchtbarkeit seiner bürgerlichen Parteien, weil diese unter allen möglichen Überschriften kaum noch etwas anderes ernstlich betreiben, als den Schutz und die Kräftigung der privaten Rente.")⁸³³

Politik ist nach Moellendorffs Auffassung die an den Maßstäben der Sittlichkeit und der Zweckmäßigkeit gebundene Entscheidung über Ausmaß und Ziel der Verwendung technischer Mittel. Politik ist nach seiner Meinung dagegen nicht etwa der Machtkampf wirtschaftlicher Gruppen zur Verwirklichung konkurrierender Wertvorstellungen. Die Wirtschaft darf nach seiner Vorstellung nicht Spielraum politisch konkurrierender Parteien sein. Der Begriff des Politischen bei Moellendorff kann formal definiert werden als Gemeinschaftsverhältnis nach sittlichen Geboten und technischer Notwendigkeit.

C Der Begriff des Sozialen

1.) Das Menschenbild

Der formale Begriff des Politischen gewährt nur einen beschränkten Zugang zu den Vorstellungen Moellendorffs über das Verhältnis von Politik, Wirtschaft und Technik. Die Untersuchung seiner Auffassung des Sozialen muß mit dem Menschenbild Moellendorffs beginnen. Er sieht den geschichtlichen Menschen in zwei Dimensionen. Als 'natürlichen Menschen' und als gesellschaftliches Wesen. Der 'natürliche Mensch ist Teil des Menschengeschlechts, er wird bestimmt von seiner Art, seiner Gattung, dem genus. Der gesellschaftliche Mensch dagegen verzichtet auf Wesensteile seiner Art zugunsten der Kultivierung des Menschengeschlechts. Der Ansatzpunkt der Überlegungen Moellendorffs heißt: Der Mensch ist weder gut noch böse. Als natürlicher Mensch glaubt er an die Gerechtigkeit der natürlichen Auslese und der Aufzucht der Starken auf Kosten der Schwachen.)⁸³⁴ Der 'natürliche Mensch' in seiner geschichtlichen Entfaltung spiegelt sich im "Familien- und Stammesinn, Rassen- oder Nationalstolz, Klassen- oder Standesbewußtsein." Sein Grundzug ist der Glaube an die Kraft als Antrieb menschlichen Handelns; Kraft, die sich im Verlauf der Geschichte kultiviert: "Aus Kraft wird Macht, aus Macht Recht, aus Streit Vertrag, aus Überlegenheit Erbadel ...")⁸³⁵ Die Kultur schreitet neben der geschichtlichen Entwicklung einher, aber sie hat zwei Gesichter. Der Mensch kann sie

benutzen, indem er sie als "Deckmantel über seine Leidenschaft")⁸³⁶ breitet, und er kann sich in ihren Dienst stellen, indem er "die sittlichen Errungenschaften der Humanitas nicht mehr nur bedingt anerkennt ..., sondern sehenden Auges und brennenden Herzens, unter schweren Opfern wider seine Natur, denjenigen Ausweg aufsucht, welcher allein zu dem gewollten Ziel der Kultur führt: den wissenden Verzicht auf große Teile des 'Generalismus'")⁸³⁷

2.) Das Gesellschaftsbild

Der geschichtliche Zeitpunkt, an dem die Entscheidung für die Kultur unausweichlich geworden war, ist nach Ansicht Moellendorffs durch den Beginn der technischen Revolution markiert. Als die Menschheit in der Spannung zwischen fortschreitender Bevölkerungsdichte und wachsender "Erdenge")⁸³⁸ die menschliche Erfindungsgabe benutzte, um die räumliche Beschränkung des Wirtschaftsraums zu überwinden, war der 'natürliche Mensch' vor die Alternative gestellt, sich der Maschine, der Arbeitsteilung und der damit verbundenen Vergesellschaftung des Menschen zu erwehren, oder die "Gesinnung und Handlung dieser neuen Komponente seines Daseins anzupassen",)⁸³⁹ schreibt Moellendorff 1920 in dem Aufsatz 'Individuum, Genus, Sozietas'. Durch die Vergesellschaftung des Menschen entsteht die "Sozietas")⁸⁴⁰, die Gemeinschaft von Menschen, deren materielle Unfreiheit in einem begrenzten ökonomischen Lebensraum die gesellschaftliche Integration der Individuen erzwingt. Zugleich erwächst die Gefahr der Entfremdung des Arbeiters im Produktionsprozeß: "Die Seele derer, die Zahnräder fräsen, um Kartoffeln essen zu können, erringt nie und nimmer wieder das Gleichgewicht der Lilien auf dem Felde. Die unmittelbare Gotteskindschaft geht durch die Arbeitsteilung schlechterdings verloren.")⁸⁴¹ Es kann sich nur noch darum handeln, "sozietäre Gemeinschaft mit allen Mitmenschen und unter beschränktem Spielraum (zu) wollen.")⁸⁴² Die "optimale Synthese der Societas mit den Trieben von Individuum und Genus")⁸⁴³ kann nach Moellendorffs Meinung

nur so erreicht werden: "Man kann ... der Societas nur sozialistisch beikommen.")⁸⁴⁴ Und weiter: "Gebot der Societas, was der Societas, und dem Genus, was des Genus ist: so lautet in Wirklichkeit das Gebot eines Zeitalters, in dem durchaus nicht mehr der ganze Mensch sich selbst gehören kann, in dem aber auch durchaus noch nicht sein ganzer Tag von der Gesamtheit angefordert wird.")⁸⁴⁵

3.) Der Begriff des Sozialismus

Damit ist das Motiv für die Entscheidung zum Sozialismus angedeutet: Sozialismus ergibt sich zwingend aus der sozialen Verfassung des Menschen, und der 'natürliche Mensch' kann in der arbeitsteiligen Gesellschaft nur dadurch gerettet werden, daß politisch-sittliche Entscheidungen der Gemeinschaft eine ökonomische Entwicklung bestimmen, welche die Zeiträume des menschlichen Einzellebens, die außerhalb der arbeitsteiligen Produktion verbracht werden können, immer mehr erweitert. "So läßt sich die Societas mit dem Genus versöhnen. Das unsaubere Ineinanderzüngeln werde durch saubere Trennung ersetzt.")⁸⁴⁶

4.) Die Form des Sozialismus

Den Grundzug der sozialistischen Gesinnung umschreibt Moellendorff mit den Worten: "Sozialist sein heißt, ... das Getriebe der Wirtschaft nicht nur zweckmäßig einrichten wollen, sondern ihm im Namen der Gemeinschaft den Zweck erst setzen.")⁸⁴⁷ Der Zweck der Wirtschaft ist aber: "Der Gemeinschaft in allen ihren Gliedern eine mäßige Lebensfristung sichern.")⁸⁴⁸ Für die Höhe des Lebensstandards, der dieser Lebensfristung entsprechen soll, gibt Moellendorff nur eine regulative Norm: "Sozialist sein ... heißt, ... Ansprüche an die Gemeinschaft beschränken.")⁸⁴⁹ Die Produktion soll von allen Mitgliedern der Gemeinschaft mit gleichwertigen Anteilen an Arbeitsleistung bewerkstelligt werden.)⁸⁵⁰ In dieser, auf die Verwirklichung eines allgemeinen Wohls gerichteten Gesellschaftsordnung erfüllt die Mechanisierung

ihren Zweck,)⁸⁵¹ sie dient der materiellen Sicherung der Gemeinschaft, aber sie kann nicht auf den außerwirtschaftlichen Freiheitsraum der Individuen übergreifen und sich zur Kulturerrscheinung verdichten. Darum kann die Mechanisierung nach Moellendorff nunmehr unbedenklich dazu eingesetzt werden, die Produktion "so rationell und intensiv wie möglich")⁸⁵² zu gestalten. Das Ziel der Gesellschaft ist die Beschränkung des Gesellschaftlichen und diese kann nach Moellendorffs Meinung durch eine Begrenzung der Arbeitszeit erreicht werden: "Wahrscheinlich genügen Bruchteile der jetzigen durchschnittlichen Arbeitszeit, um der Gesellschaft das Existenzminimum zu sichern.")⁸⁵³ Mit der Sicherstellung des Existenzminimums findet die Gesellschaftsordnung ihre Grenze an der Kulturordnung: Die Gesellschaft steht im Dienste der Vorbereitung eines außergesellschaftlichen kulturellen Lebens: "Du magst in Deiner freien Zeit auf dem Rücken liegen oder musizieren oder Obst züchten oder dein Kleid zieren oder Löffel schnitzen oder Knöpfe verkaufen; aber Arbeitnehmer anzuwerben, sei dir untersagt,")⁸⁵⁴ schreibt Moellendorff 1920 in seiner Utopie 'Weder Berlin noch Weinsberg allein'.

5.) Rechte und Pflichten im Sozialismus

Moellendorffs Versuch, eine Trennung der sozialen von der kulturellen Lebenssphäre zu ermöglichen, hat ihn immer weiter in Gedankengänge verstrickt, die auf die Vorstellung hinführten, alle wirtschaftlichen Motive aus Politik und Kultur auszuschließen. Dieses Bestreben mußte zu einem Punkt führen, an dem den materiellen Gütern nur noch eine untergeordnete Bedeutung als Voraussetzung höherwertiger Ziele der Gemeinschaft zugemessen wurde. Tatsächlich hat Moellendorff die industrielle Produktion als ein notwendiges Übel betrachtet: In seinem Entwurf eines gemeinwirtschaftlichen Programms schrieb er 1921, "je weniger Güter die Gemeinschaft durch vergesellschaftete Arbeit zu erzeugen braucht, desto heil-

samer vermag sie den zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft ewig schwärenden Schmerz zu lindern.")⁸⁵⁵

Das wirtschaftliche Grundrecht besteht im Anspruch auf mäßige Lebensfristung.)⁸⁵⁶ Die Rechte und Pflichten der Mitglieder der Gemeinschaft sind bei Moellendorff nur in Umrissen vorgezeichnet. Grundpflichten sind die:

a) allgemeine Arbeitspflicht: Innerhalb des "sozialistischen Bannkreises" wird jedem Arbeitsfähigen die Pflicht auferlegt, "eine gleichwertige Menge exekutiver Arbeit")⁸⁵⁷ zu leisten. Arbeit soll nach Moellendorffs Vorstellung Dienst an der Gemeinschaft sein. Dem einzelnen verbleibt in diesem Dienst nur die Freiheit zu freiwilligem Pflichtgehorsam, und zwar unabhängig davon, ob die Arbeitsanordnungen von privaten oder von "Disponenten")⁸⁵⁸ gegeben werden, die von der Gesellschaft bestellt worden sind. Moellendorff wendet sich gegen die Vorstellung der Wirtschaftsdemokratie durch Betriebsräte: "Es ist nicht sozialistisch, sondern liberal und demokratisch gedacht, wenn man die unvermeidlich straffste Disziplin des gesellschaftlichen Betriebs durch Unzweckmäßigkeiten frei oder durch Mitbestimmungsrechte gerecht gestalten will")⁸⁵⁹ urteilt er 1921 in seinem 'Bekenntnis zur Gemeinwirtschaft'. Die Rechte der Mitglieder der Gemeinschaft umschreibt Moellendorff als:

b) das wirtschaftliche Lebensrecht, das sich auf jeden Lebenden, nicht nur auf die Arbeitsfähigen zu erstrecken habe: "Jeder Lebende soll eine gleichwertige Menge der erzeugten Güter erhalten")⁸⁶⁰

Für die Regelung der Lohnverhältnisse in der arbeitsteiligen Produktion soll der Satz gelten: "Lohn und Machtanteil nach dem Energiewert gestaffelt.")⁸⁶¹ Der Grundsatz 'gleicher Lohn für gleiche Leistung' soll aber sozialen Einschränkungen unterliegen. So sieht Moellendorff vor: "Der Arbeiter mit Familie (erhält) für diesselben Leistungen einen höheren Lohn als der Arbeiter ohne Familie.")⁸⁶² Dies begründet Moellendorff damit, daß im Grunde " zwischen Gemeinschaft und dem Einzelnen nicht das Gesetz von Leistung und Lohn, sondern eben das Gesetz

von Dienst und Bedarfsdeckung waltet.")⁸⁶³ Moellendorff fordert die gesellschaftliche Gleichstellung jeder Form der Arbeit: "Dem echten Sozialisten ist die Arbeitsstunde des Lastträgers so lieb wie die des Lehrers, des unteren so lieb wie die des oberen Beamten usw.")⁸⁶⁴ In dieser Auffassung ist die Vorstellung einer allgemeinen Angleichung der Lebensbedingungen eingeschlossen: "Während der allgemeinen Verarmung vollzieht sich ein allgemeiner Novellierungsprozeß unaufhaltsam und wird schließlich sogar Ministergehälter zermahlen, weil man an allem anderen als am Existenzminimum sparen kann,")⁸⁶⁵ schreibt Moellendorff 1921 in seinem Entwurf eines Bekenntnisses zur Gemeinwirtschaft. Das Recht auf Eigentum sieht er in einem sozialen Funktionszusammenhang. Er bestreitet dem Einzelnen das Recht auf Eigentum da, wo es "das Ganze zum Teil in Beziehung setzt, ohne das Ganze zu fördern.")⁸⁶⁶ Moellendorff erkennt so nur ein "bedingtes Privateigentum")⁸⁶⁷ an. Gesellschaftliche Körperschaften sollen darüber wachen, daß das Eigentum an Produktionsmitteln nicht mißbraucht werde.)⁸⁶⁸ Außerhalb der arbeitsteiligen Produktion soll die Gemeinschaft jedoch das Eigentum garantieren.)⁸⁶⁹ Ein weiteres Grundrecht ist das Recht auf soziale Gleichheit. Moellendorff schreibt, "der Sozialismus scheut sich nicht vor der Gleichförmigkeit des gesellschaftlichen Unterbaus.")⁸⁷⁰ Die Gemeinwirtschaft nehme soziale Gleichheit in Kauf, weil sie von der Annahme ausgehe, "Zeit genug zu ersparen ..., um jeden einzelnen außerhalb des Gesellschaftsdienstes für die persönlichen Nuancen sorgen zu lassen,")⁸⁷¹ erklärt Moellendorff 1921 in seinem gemeinwirtschaftlichen Bekenntnis.

D Der Begriff des Wirtschaftlichen

Im System der 'Organik' hatte Moellendorff der Wirtschaft die Aufgabe zugewiesen, die Beziehungen zwischen Gütern und Menschen nach Maßgabe allgemeiner politischer Richtlinien und nach wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu regeln. Das Wirtschaftliche war in Moellendorffs System eine Gestaltungs-

form des Sozialen. Der Sozialismus mußte demzufolge im wirtschaftlichen Raum eine adäquate Form finden.

1.) Das Organisationsprinzip

Für die Gestaltung der Beziehungen im wirtschaftlichen Raum nach den Vorstellungen Moellendorffs war von Bedeutung, daß die Organik als Beziehungslehre das Ergebnis der Anwendung einer organisch-technischen Betrachtungsweise von Staat und Gesellschaft war. Wie der Mensch mit fortschreitender Technik in die von ihm in der Außenwelt geschaffenen Apparaturen einen Gestaltungsbegriff hineinträgt, der im Inneren des Menschen, in seinem Organismus, tätig ist,⁸⁷² und damit in der außermenschlichen Welt eine "nature artificielle")⁸⁷³ schafft, so wandte Moellendorff das gleiche organische Gestaltungsprinzip auf die politische, wirtschaftliche und soziale Faktenwelt an. Die Orientierung von Verfahrensweisen zur Konkretisierung sozialer Probleme an organischen Modellen hing eng mit Moellendorffs technischer Ausbildung zusammen. Er begriff die technische Methode als wissenschaftlich-empirische Verfahrensweise zur Konkretisierung von Problemen.)⁸⁷⁴ Vor die gleiche Aufgabe, soziale Probleme zu konkretisieren, sah er Politik und Wirtschaft gestellt. Die Ausrichtung solcher Methoden der Wirtschaft und der Politik an den Lebensprozessen des Organismus und am menschlich-organischen "Handlungskreis")⁸⁷⁵ fand ihren formalen Ausdruck im Begriff der "Organisation".)⁸⁷⁶ Die Organisation der Beziehungen zwischen Menschen im Bereich der Politik und zwischen Menschen und Gütern im Bereich der Wirtschaft führte in der Auffassung Moellendorffs zu "Organismen").⁸⁷⁷ Die organische Betrachtungsweise der sozialen Welt war einmal das Ergebnis der geistigen Verwandtschaft mit dem Erbe der Romantik, auf das sich Moellendorff berief: "Die Romantiker (hatten) das sozietaire neben dem generativen Prinzip ... innig erfasst,")⁸⁷⁸ zum anderen wurzelt sie in der Ableitung technischer Modelle vom menschlichen Organismus und der Rückübertragung technischer Modelle auf das gesellschaftliche Leben. Auch Friedrich Nietzsches Belebung der unbelebten Natur mit dem "Willen zur

Macht")⁸⁷⁹ lieferte der organizistischen Denkweise gute Gründe.

2.) Die Organisation der Wirtschaft

Die Verwirklichung des Organisationsprinzips in der Wirtschaft konnte nach Meinung von Moellendorff nur dadurch erreicht werden, daß "sorgfältig von unten her auf den vorhandenen Vereinigungstendenzen der produktiv tätigen Bevölkerung" aufgebaut wurde.)⁸⁸⁰ Zwei Arten der Gliederungsdisposition unterschied Moellendorff in der Bevölkerungsstruktur im wirtschaftlichen Bereich. In schwach besiedelten Agrargebieten mit wenig entwickeltem Verkehr und "wenig zivilisierter Bevölkerung")⁸⁸¹ war es die 'regionale' Vereinigungstendenz: "Das gesellschaftsbildende Element ist die räumliche Nachbarschaft.")⁸⁸² Danach sei die Gemeinde der natürliche Unterbau für die wirtschaftliche und politische Betätigung.)⁸⁸³ Anders in Industriegebieten mit einem ausgebauten Verkehrsnetz: Hier sah Moellendorff die gesellschaftsbildende Kraft in der "beruflichen Zusammengehörigkeit").⁸⁸⁴ Die örtlichen Gemeindegrenzen seien in Auflösung begriffen und die personelle Gliederung nach Berufsgruppen trete in den Vordergrund.)⁸⁸⁵ In dieser Auffassung sah sich Moellendorff durch die Bildung von Fachverbänden der Unternehmer und der Industriegewerkschaften bestätigt. Ausgehend von dieser natürlichen Gliederung der Erwerbsbevölkerung wollte Moellendorff regionale und berufsfachliche Wirtschaftsgruppen bilden. Den Arbeitnehmern und Arbeitgebern der einzelnen Berufsfächer stellte er Handeltreibende und Verbraucher gegenüber.)⁸⁸⁶

3.) Die wirtschaftliche Selbstverwaltung

Die wirtschaftliche Selbstverwaltung sollte die ökonomische in die politische Verantwortung eingliedern. Die Politik sollte sich auf die primäre Gesetzgebung, die außerökonomische Verwaltung und auf die hergebrachte Gesetzgebung beschränken.)⁸⁸⁷

Der Wirtschaft als einer "öffentlichen Funktionärin")⁸⁸⁸ waren dagegen der Erlaß von Ausführungsbestimmungen, von Verordnungen auf Grund von Gesetzesermächtigungen und eine innerökonomische Schiedsgerichtsbarkeit zu übertragen.)⁸⁸⁹ Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik in der Auffassung Moellendorffs zeigte sich am schärfsten in den Befugnissen, die er dem Wirtschaftsrat im Gegensatz zum politischen Parlament übertragen wollte. Der Reichswirtschaftsrat sollte weder eine zweite Kammer noch eine Institution zur Begutachtung sein, sondern "Repräsentant einer der Politik eingefügten und mit ihr durch öffentliche Rechte und Pflichten innig verbundenen Ökonomik").⁸⁹⁰ Er hatte so eine Clearingstelle wirtschaftlicher Ansprüche an den Staat und Transformator politischer Weisungen an die Wirtschaft zu sein. Seine eigentliche Aufgabe sollte auf dem Gebiet der innerökonomischen Verwaltung liegen. Den rechtlichen Status der wirtschaftlichen Selbstverwaltung hat Moellendorff nicht festgelegt. Es sollte sich um "reine Selbstverwaltung")⁸⁹¹ handeln. Der künftigen Entwicklung sollte im übrigen der Weg nicht verbaut werden.)⁸⁹²

a Struktur der wirtschaftlichen Selbstverwaltung

Die Unterscheidung sozietärer und generativer Motive im geschichtlichen Verlauf stand im Hintergrund aller Strukturfragen beim Aufbau der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Die generativen Triebe sah er verkörpert in den gewachsenen ethnographischen Einheiten des landschaftlich gegliederten Volkes (Bayern, Sachsen usw.). In diesem Zusammenhang habe auch das Bildungsprivileg einzelner Schichten eine Rolle gespielt. Die aus dem wirtschaftlichen Machtkampf hervorgegangene Gliederung der Industrie in Großbetriebe sah Moellendorff ebenfalls als ein Ergebnis des Wirkens generativer Triebe an. Die sozietäre Strukturform, die in der Hauptsache für die Gliederung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganisation in Frage kam, zerlegte Moellendorff in einzelne Komponenten. Er unterschied Berufe, Berufsfächer, Landschaften, Konzerne usw.

Die berufliche Komponente umfasste die großen Berufsgruppen wie Industrie, Handel und Handwerk. Die berufsfachliche Komponente vereinigte die industriellen Berufsfächer wie Metall, Textilien, Glas usw. In der landschaftlichen Komponente unterschied er Bezirke, Kreise und Gemeinden. Die wirtschaftliche Selbstverwaltung sollte nun nach einer berufsfachlich-landschaftlichen Doppelstruktur gegliedert werden.)⁸⁹³

Die Gliederung nach sozietaeren Triebkraeften in einer doppelten vertikalen Struktur nach Berufsfachern und Regionen sollte auerdem durchzogen werden von einer horizontalen Struktur, deren bestimmendes Element die generativen Triebkraefte sein sollten: Die vertikale Gliederung Berufsfacher - Regionen sollte horizontal geschichtet werden in Arbeitnehmer und Arbeitgeber nach dem Grundsatz der Paritaet. Mit wachsender Entfernung vom Wirtschaftsrat sollte die Souveraenitaet der Arbeitgeber ueber die Arbeitnehmer zunehmen; sie sollte aufgehoben sein im Zentrum der Selbstverwaltung, dem Wirtschaftsrat, und am staerksten sein im Endglied der Verwaltungsstruktur, dem Betrieb. Das demokratische Prinzip sollte nur in der Zentrale, im Wirtschaftsrat, gelten.)⁸⁹⁴ In den Produktionsbetrieben hatte sich das demokratische Prinzip mit der Wahl eines Vertrauensmannes zu erschoepfen und im uebrigen ein "Produktionsmilitarismus")⁸⁹⁵ zu herrschen. Dennoch sollten auch hier "societaere Anpassung und Schulung")⁸⁹⁶ dazu beitragen, daes sich die generativen Tendenzen in den Betrieben nicht maelos vergroeberten,) ⁸⁹⁷ und durch soziale Betriebspolitik ein vorteilhaftes Betriebsklima entstand.

b Das Verhaeltnis von Staat und wirtschaftlicher Selbstverwaltung

Im Verhaeltnis der Wirtschaft zum Staat hatte Moellendorff dem Staat im wirtschaftlichen Bereich die Rolle eines "Syndikus")⁸⁹⁸ zugeordnet. Die Aufgaben der Reichsbehörden bei der Verwirklichung wirtschaftlicher Verwaltungsaufgaben sollten sich darauf beschaenken, anzuregen, zu vermitteln, auszugleichen und Uebergriffe zu verhindern.)⁸⁹⁹

Schärfer als in diesen allgemein gehaltenen Ausführungen kommt das angestrebte Verhältnis in Begriff der "gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltung unter Reichsaufsicht")⁹⁰⁰ zum Ausdruck. Hier wurde den Reichsbehörden die Aufgabe zugewiesen, die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaftsselbstverwaltung zu überwachen. In der Kriegswirtschaftsverwaltung hatte Moellendorff 1916 die Funktion des Staates gegen Über der wirtschaftlichen Selbstverwaltung als die eines Aufsichtsrates aufgefasst.)⁹⁰¹ Diese Auffassung entsprach dem obrigkeitssstaatlichen Charakter der Reichsverwaltung als Anstalt über der Gesellschaft, die Moellendorff mit dem Bild ausdrückte, das Firmament der Nation habe sich in das irdische Gewimmel der Geschäfte projiziert.)⁹⁰² Der Zusammenbruch der alten Ordnung 1918 hatte auch im Denken Moellendorffs ein neues Verhältnis zum Staat geschaffen. Nach der Revolution sah er den Staat nicht mehr "wie einen Regenmantel, ... den man bei gewöhnlichem Wetter in den Schrank hängt, und bei schlechtem Wetter beschuldigt, Nässe durchzulassen.")⁹⁰³ Nach dem Umsturz definierte Moellendorff: "Der sozialistische Staat ist identisch mit der Gesellschaft.")⁹⁰⁴ Auch das Verhältnis der Wirtschaft zum Staat erschien in einem neuen Licht. Die Wirtschaftskrise nach der Novemberrevolution hatte die Abhängigkeit der staatlichen Ordnung von den wirtschaftlichen Verhältnissen gezeigt: "Heute wirft umgekehrt die geschäftliche Erdkarte Licht und Schatten ihres Reliefs hinauf an den bewölkten Himmel der Nationen".)⁹⁰⁵ Unter diesen veränderten Bedingungen faßte Moellendorff auch das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat in eine neue Form. Das Bewußtsein vom "Wirtschaftsstaat")⁹⁰⁶ verdichtete sich zur Auffassung der Wirtschaft als autonomer Lebensbereich: "Je schwächer und unfähiger ein politischer Staat ist, die wirtschaftlichen Bedürfnisse seiner Einwohner verwaltend zu befriedigen, desto mehr ist er auf die Errichtung eines sich selbst verwaltenden 'Wirtschaftsstaats im Staat' angewiesen," urteilte Moellendorff.)⁹⁰⁷

4.) Die Wirtschaft als Organismus

Auch in sozialpsychologischer Hinsicht bewertete Moellendorff die Wirtschaft und die wirtschaftliche Selbstverwaltung neu. Im Jahre 1916 hatte er geschrieben: "Ein ständiger Wirtschaftsrat ... würde in seiner Vollendung nichts anderes bedeuten, als eine wirtschaftliche Selbstverwaltung." ⁹⁰⁸ Im November 1919 sah er den Zusammenhang anders: "Nicht daß die Wirtschaftler einen Reichswirtschaftsrat und andere Räte besetzen, bedeutet Wirtschaftsverfassung, sondern, daß all und jedes brauchbare - vorhandene und neu-zuschaffende - Element der Wirtschaft mit seinem Herzen dem Blutkreislauf der Gemeinschaft verwachse." ⁹⁰⁹ Die Gegenüberstellung von Staat und Wirtschaft und das Postulat einer Wirtschaftsverfassung neben der Staatsverfassung verführten Moellendorff unter dem Eindruck eines Übergewichts der wirtschaftlichen Fragen zur organbiologischen Betrachtungsweise der Wirtschaft. Das kam darin zum Ausdruck, daß er Begriffe wie "Zellgrößen für kulturelle, fabrikatorische, militärische, handelspolitische und andere gesellschaftliche Symbiosen" ⁹¹⁰ auf das soziale Geschehen übertrug.

5.) Die Weiterbildung des Selbstverwaltungsgedankens durch die Rätebewegung

Die Bemühungen der Reichsregierung, die politische Rätebewegung in eine wirtschaftliche Form zu überführen, ⁹¹¹ haben seit März 1919 auch den Gedanken der wirtschaftlichen Selbstverwaltung bei Moellendorff umgestaltet.

a Die Umbildung des Organisationsplans

Die sozialpsychologischen Gesichtspunkte, unter denen Moellendorff sozietaire und generative Antriebe der Gruppenbildung zum Kriterium der Wirtschaftsorganisation gemacht hatte, verloren ihre Bedeutung, als das demokratische Prinzip der Verhältnismäßigkeit bei der Bildung der Betriebsarbeitsräte und das Delegationsprinzip bei der Bildung des Reichsarbeitsrates in den Vordergrund traten.

Neben die Idee der Selbstverwaltung als Träger des eigenverantwortlichen Interessenausgleichs trat das politische Programm der Betriebsdemokratie durch Rätelerepräsentation. Damit ging die Vorstellung einer strengen Trennung von Wirtschaft und Staat verloren.

b Erweiterung des Aufgabenbereichs

Das zeigte sich besonders darin, daß der Aufgabenkreis der Selbstverwaltung, bisher beschränkt auf wirtschaftliche Exekutive und legislative Hilfsfunktionen, nunmehr erweitert wurde zum Recht des Reichswirtschaftsrates auf die Gesetzesinitiative und auf Anspruch auf die Zuleitung von wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwürfen der Reichsregierung an den Wirtschaftsrat zur Begutachtung. Damit wurde der Reichswirtschaftsrat in den Rang eines Verfassungsorgans erhoben.)⁹¹² Seine Tätigkeit zielte auf eine Integration von Wirtschaft und Politik hin.

E Nachträgliche Koordinationsversuche:

Die Verfassungsordnung der Wirtschaftsgemeinschaft

Die Alternative, vor die Moellendorff durch die Rätebewegung gestellt wurde, hieß : Aufgabe des Postulats der Trennung von Wirtschaft und Staat - oder Beschränkung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung auf die Leitung der Wirtschaft. Moellendorff hat dies auf die Formel gebracht: "Der Wirtschaftsstaat kann entweder nur Zelle des Rechtsstaates bleiben, indem er sich ihm unterordnet, oder dessen Nachfolger werden, indem er die demokratische Hülle sprengt und sich zu einem mehr als ökonomischen neuartigen Rechtsstaat auswächst."⁹¹³ In seinen theoretischen Entwürfen hat Moellendorff an der Trennung von Wirtschaft und Staat festgehalten. Er entwarf eine Wirtschaftsverfassung, die als autonomes Gebilde neben der staatlichen Rechts- und Kulturgemeinschaft steht.

1.) Die Entwürfe für eine Wirtschaftsverfassung

Nach seiner Entlassung aus dem Reichswirtschaftsministerium hat Moellendorff in verschiedenen Anläufen versucht, seine Vorstellungen über eine verfassungsrechtliche Ordnung der Wirtschaftsgemeinschaft festzulegen. Das Ergebnis dieser Versuche waren verschiedene Entwürfe für Verfassungs-urkunden der Wirtschaftsgemeinschaft, deren endgültige Fassung in die Reichsverfassung aufgenommen werden sollte. So bezeichnete er das Grundgesetz der Wirtschaftsordnung als "Charta Oeconomica")⁹¹⁴ als "Vorbereitende Verfassung der Wirtschaft",)⁹¹⁵ als "Entwurf einer gemeinwirtschaftlichen Verfassung")⁹¹⁶ und als "Verfassungsurkunde für die Wirtschaftsgemeinschaft")⁹¹⁷. Bei allen Entwürfen nehmen die Begründungen einen größeren Raum ein als die wirtschafts-verfassungsrechtlichen Bestimmungen.

In diesen als "Vorwort")⁹¹⁸ bezeichneten Begründungen setzte er sich mit den Ansichten über Gemeinwirtschaft auseinander, die in der von Erich Schairer bei Diederichs in Jena herausgegebenen Reihe 'Deutsche Gemeinwirtschaft' veröffentlicht wurden.)⁹¹⁹ In diesen Begründungen hat Moellendorff seine Motive für sein Eintreten für die Gemeinwirtschaft erläutert. Er schrieb, "alle Ruhe und alles Gleichgewicht (sei) aus uns verbannt," und die Entwicklung "treibt uns die letzten Hoffnungen auf Wiederkehr gewesener Zustände aus, und gewöhnt uns allmählich zu werden, was wir sein müssen und als was wir bestehen können: etwas Ganzes, ein geeinigter Block, eine Ballung von Teilen, die zähe und geschmeidig bis zum äußersten aneinander haften".)⁹²⁰ Moellendorffs Kollektivismus war so eine soziale Antwort auf die industrialisierte Welt. Er verglich seine kollektivistischen Bestrebungen mit der universalistischen Staatslehre von Othmar Spann, die vom Gegensatz zwischen Individualismus und Universalismus ausging,)⁹²¹ und mit Oswald Spenglers Identifizierung von 'Preußentum und Sozialismus')⁹²² und kam zu dem Schluß: "Eine derart verkörperte Idee(eines

völlig integrierten Volkes. D.Verf.) könne (nicht) von oben her aus einem Gottesgnadentum heraus kommen; immer wieder droht dem Ständischen, Preußischen, Militärischen von dieser Seite her Gefahr, indem es zur Verwechslung des Gesamtwillens mit einem Diktator neigt.")⁹²³ Notwendig sei darum der "Versuch einer Pragmatik zur Reform des Sozialismus.")⁹²⁴ Der Versuch Moellendorffs, die Gesellschaft zu integrieren, versuchte so der Gefahr zu entgehen, den Gegenpol zum totalen Staat und zur totalen Gesellschaft in einem autoritären Führer, einem Diktator, zu finden. Gerade dieser Gefahr erlagen aber die Bestrebungen, die auf politischem und staatsrechtlichem Gebiet von einem ähnlichen Ansatzpunkt ausgingen.)⁹²⁵

2.) Die "Charta Oeconomica")⁹²⁶

Aber die Entwürfe Moellendorffs, die freilich nicht veröffentlicht worden und über das Stadium der Konzipierung nicht hinausgediehen sind, ergaben in ihrer Gesamtheit doch eine strenge Doktrin, die alle politischen und sozialen Möglichkeiten außer acht ließ. Schon in der 'Charta Oeconomica' trat der doktriniäre Zug scharf hervor; geschrieben wurde sie nach 1922. Das Wirtschaftsvolk, als verfassungsgebendes Subjekt identisch mit den Angehörigen des Rechts- und Kulturstaates, sollte sich eine Wirtschaftsverfassung nach den Grundsätzen der Brüderlichkeit und der Zweckmäßigkeit geben. Die Zellen des Wirtschaftsvolkes sollten Arbeitgenossenschaft und Lebenssippschaft sein, und nach Gemeinsamkeiten der Art und des Ortes sollte es sich gliedern. Das Wirtschaftsvolk sollte dem Individuum jenes Maß an Freiheit verbürgen, das sich mit der Wohlfahrt des Ganzen verträge, und das Maß an Gleichheit garantieren, das sich mit der Wohlfahrt des einzelnen vereinbaren ließe. Das Wirtschaftsvolk sollte sich zum Eigentümer alles Eigentums seiner Mitglieder erklären, indem es das Eigentum in Lehen umwandelte. Nicht versteuerte und mißbrauchte Lehensgüter sollten entschädigungslos eingezogen werden.

Das Wirtschaftsvolk sollte die Steuern für den Rechts- und Kulturstaat erheben, indem es die ruhenden Lehensgüter und die umlaufenden Handelsgütern mit Abgaben belastete, die nach dem Grade der Entbehrlichkeit der besteuerten Güter gestaffelt werden sollten. Das Wirtschaftsvolk sollte die Selbstverwaltung der Wirtschaft übernehmen; Kennzeichen der Gemeinwirtschaft hatte die Hoheit des Ganzen über den einzelnen sein. Die Gemeinwirtschaft sollte in die Planwirtschaft und in die Marktwirtschaft zerfallen. In der Planwirtschaft waren die vom Ganzen zuerkannten Bedürfnisse der einzelnen nach dem Willen des Ganzen zu befriedigen; in der Marktwirtschaft dagegen sollten die vom Ganzen geduldeten Bedürfnisse nach dem Ermessen der einzelnen befriedigt werden. Die Planwirtschaft beruhte auf Arbeitsdienst und dienstwertiger Arbeit, mit der unter Aufsicht des Wirtschaftsvolkes der Umfang der unentbehrlichen Verbrauchs- und Gebrauchsgüter herzustellen war. Im Bereich der Marktwirtschaft sollten mit Genehmigung des Wirtschaftsvolkes Genußmittel und -güter auf der Grundlage freier Arbeitsverhältnisse produziert werden. Jeder Angehörige des Wirtschaftsvolkes war dienstpflichtig von seinem zwanzigsten bis zum vierzigsten Lebensjahr; es sei denn, daß er eine genügende Menge geleisteter dienstwertiger Arbeit nachwies.

3.) Der "Entwurf einer gemeinwirtschaftlichen Verfassung" ⁹²⁷

Im zweiten Entwurf wurde dem Prinzip von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit das Ideal der Gerechtigkeit zur Seite gestellt. Der Entwurf "einer gemeinwirtschaftlichen Verfassung" ⁹²⁸ brachte stärker als im ersten Konzept den Primat des Staates zum Ausdruck; hieß es doch jetzt, die Wirtschaftsgemeinschaft setze ihre Zwecke nach den Gesetzen der Rechts- und Sittengemeinschaft. Die Planwirtschaft wurde jetzt durch das Merkmal der Arbeitsteilung charakterisiert.

Der zweite Entwurf konkretisierte den Begriff der Dienstpflicht. Als Dienste sollten gelten die Tätigkeit der Arbeitnehmer, zu denen die Ärzte, Lehrer und weisungsgebundenen Beamten gerechnet wurden; als dienstwertige Arbeit sollte die Arbeit der Hausfrauen, Bauern und Handwerker angesehen werden, soweit ihre Dienste in der Planwirtschaft benötigt wurden. Die Tätigkeit der Arbeitgeber sollte dagegen keine dienstwertige Arbeit sein. Es galt jedoch die Einschränkung: "inwieweit sie im Gemisch mit Dienst oder dienstwertiger Arbeit auftretend als Dienst anzurechnen sei, entscheidet die Gemeinschaft.")⁹²⁹ Auch der Umfang des gesellschaftlichen Dienstes erfuhr jetzt eine nähere Bestimmung. Die Summe der zu leistenden Dienste sollte sich errechnen aus dem Bedarf der Planwirtschaft. Die Zeitanteile für jedes Mitglied sollten jährlich neu festgesetzt werden. Die Dienstpflichtigen sollten berechtigt sein, die Form ihres Dienstes "innerhalb der gegebenen Möglichkeiten")⁹³⁰ frei zu wählen. Sie bedurften bei ihrer Wahl jedoch "der Zustimmung der Lehrerschaft oder des Arbeitgebers.")⁹³¹ Andererseits sollte die Wirtschaftsgemeinschaft jedem Mitglied eine unentgeltliche Erziehung angedeihen lassen, die seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprach. Auch die Dienste der Gesundheitspflege und anderer **öffentlicher** Einrichtungen sollten kostenfrei sein.

Moellendorff fasste sie abstrakten Begriffe von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die Ideale der Revolution von 1789, in einem Kontext)⁹³² zu den Lebensrechten der Gesamtheit des Wirtschaftsvolkes auf. Die Hauptschwierigkeit bestand jedoch darin, die Rechte der einzelnen in eine konkrete Beziehung zum Gemeinwohl zu setzen. Der liberale Freiheitsbegriff war von den Rechten des Individuums ausgegangen und hatte danach getrachtet, diese gegen die Einwirkung der staatlichen Gewalt zu sichern. Moellendorff ging von der Gesamtheit aus und beschränkte die individuelle Freiheit zugunsten der allgemeinen Wohlfahrt. Eine elastische Norm, wie sie Moellendorff in der gegenseitigen

Begrenzung von Individualrecht und Gemeinwohl setzte, hatte den Vorzug, daß sie das Gemeinwohl nicht als vorgefundene Größe postulierte, sondern seine Auffindung als ständig zu bewältigende Aufgabe darstellte. Aber Moellendorff übersah, daß die Bestimmung der Rechte der einzelnen ebenso wie die Bestimmung der Rechte der Allgemeinheit ein justizielles Verfahren erforderte, das im Einzelfall das Gemeinwohl festzustellen hatte. Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht weiterhin entbehrte durchaus nicht aller Aspekte des sozialen Fortschritts, wenn die Begrenzung vom zwanzigsten bis zum vierzigsten Lebensjahr berücksichtigt wird. Ermöglichte diese Regelung doch jedem Angehörigen der Wirtschaftsgemeinschaft den Erwerb einer umfassenden Bildung und die Vollendung eines Lebenswerks außerhalb der arbeitsteiligen Produktion. Die Erfahrungen im Zeitalter der Automation mit Freizeitplanung und Freizeitgestaltung stimmen jedoch skeptisch, ob die von Moellendorff entwickelte Utopie das Problem nicht zu simplifiziert hat. Die Regelung der Eigentumsverhältnisse durch Lehen erinnert an Rousseaus Vorstellung vom "Gemeingut")⁹³³, in der das Eigentum aller Mitglieder der Gesellschaft auf das Gemeinwesen übergeht, von dem es der Eigentümer, mit einer Rechtsgarantie versehen, zurückerhält.)⁹³⁴ Die Entwürfe Moellendorffs zeigten die Grenzen einer Konkretisierung seiner Idee. Die Verfassungspläne, obgleich niemals veröffentlicht, zeigten, wie weit die Konsequenzen seiner sozialen Utopie reichten.

4.) Das Organisationsstatut der Wirtschaftsgemeinschaft.

Zu ebenso unbefriedigenden Ergebnissen führten die Entwürfe Moellendorffs da, wo es darum ging, ein Organisationsstatut für die Wirtschaftsgemeinschaft aufzustellen. In seinem dritten Entwurf hat er unter der Überschrift "Verfassungsurkunde für die Wirtschaftsgemeinschaft")⁹³⁵ die institutionellen Grundlagen erläutert.

Die Wirtschaftsgemeinschaft sollte im Rahmen der Gesetze der Rechts- und Sittengemeinschaft des Staates eine "selbständige Körperschaft mit öffentlicher Befugnis")⁹³⁶ sein. Ihre Aufgabe war es, "die beratende Mitwirkung beim Erlaß wirtschaftlicher Gesetze und die Entscheidung über Ausführungsbestimmungen zu solchen Gesetzen, sowie eine eigene Schiedsgerichtsbarkeit")⁹³⁷ zu übernehmen. Die Wirtschaftsgemeinschaft sollte aus dem Zuständigkeitsbereich des Staates den Betrieb der Produktionsmittel, die Aufbringung öffentlicher Mittel und die Aufsicht über die wirtschaftliche Sicherheit übertragen erhalten. Um die Wirtschaftsgemeinschaft mit der Rechtsgemeinschaft zu verbinden, sah Moellendorff vor, einen "Wirtschaftskanzler")⁹³⁸ der staatlichen Behörden in die Wirtschaftsgemeinschaft zu delegieren. Er sollte gegen Beschlüsse der Wirtschaftsgemeinschaft, die gegen allgemeine Gesetze verstießen, ein Vetorecht ausüben.

a Organe der Wirtschaftsgemeinschaft

Die "Erste Verordnung der Wirtschaftsgemeinschaft")⁹³⁹, die Moellendorff konzipierte, sah vor, daß die Wirtschaftsgemeinschaft durch den Wirtschaftsrat vertreten werden sollte, in dem sich Abgeordnete der "Hauptteilgemeinschaften")⁹⁴⁰, d.h. der Hauptfachverbände und der Landschaftsgruppen, zu vereinigen hatten. Die Zahl der Abgeordneten im Wirtschaftsrat setzte Moellendorff auf 120 fest. Die Räte der Hauptteilgemeinschaften sollten 60 Mitglieder haben. Jeder Rat hatte einen Geschäftsführer zu bestimmen, der zwar vom Vertrauen der Räte, nicht aber von deren "Mitbestimmung")⁹⁴¹ abhängig sein sollte.

b Das Wahlrecht in der Wirtschaftsgemeinschaft

In einer abschließenden "Verordnung über die Wirtschaftsgemeinschaft")⁹⁴² hat Moellendorff das Wahlrecht zu den Organen der Wirtschaftsgemeinschaft ausgestaltet. Danach

waren die Mitglieder von ihrem zwanzigsten Lebensjahr an wahlberechtigt und wählbar. Das aktive und passive Wahlrecht sollte indessen an die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde oder an eine mindestens dreijährige Mitgliedschaft in einem Berufsfach gebunden sein. Wahlberechtigte, die in der arbeitsteiligen Produktion arbeiteten, sollten zwei Stimmen zur Wahl des "Gemeindewirtschaftsrats")⁹⁴³ erhalten; eine Stimme für die Wahl des Arbeitnehmervertreters und die zweite für die Wahl des Vertreters der Arbeitgeber. Die Wahlen vom Gemeindewirtschaftsrat bis zum Obersten Wirtschaftsrat sollten indirekt, nach dem Delegationsprinzip vollzogen werden.

V Ausklang

1 Moellendorffs Rückzug aus der Politik

Nach dem Ende seiner Tätigkeit im Reichswirtschaftsministerium hat Moellendorff seine Gedanken zur Gemeinwirtschaft in einem utopischen System zusammengefügt und Einzelheiten literarisch ausgesponnen. Die Beiträge "Drei gesellschaftliche Zeitalter")⁹⁴⁴ und "Weder Berlin noch Weinsberg allein")⁹⁴⁵ schilderten Grundzüge einer von Moellendorff erträumten Gesellschaft. Zugleich versank er tiefer und tiefer in Resignation. In einem Brief an den Herausgeber der Schriftenreihe 'Deutsche Gemeinwirtschaft', Erich Schairer in Stuttgart, klagte er: "Mir ist, als führe ich im Nebel, und vor lauter Sehnsucht, aus der Einsamkeit heraus, komme ich immer tiefer in sie hinein.")⁹⁴⁶ Moellendorffs Freunde beobachteten an ihm eine merkwürdige "Veränderung der Wollenssumme")⁹⁴⁷; mehr als früher trachtete er jetzt danach, durch die Übernahme öffentlicher Ämter in den gesellschaftlichen Mittelpunkt zu treten. Durch Vermittlung Fritz Habers wurde seine Kandidatur für das Amt des Direktors des Staatlichen Materialprüfungsamtes in Berlin-Dahlem erwogen.)⁹⁴⁸ Auf Vorschlag des preußischen Ministers für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Becker, der mit Moellendorff seit 1916 aus dem Kreis der 'Deutschen Gesell-

schaft von 1914' bekannt war, wurde er am 6. April 1923 zum Direktor, später zum Präsidenten des Materialprüfungsamtes ernannt. Außerdem wurde er Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung in Berlin-Dahlem. Aber auch hier führte seine Arbeit zu Reibungen. Seine Bemühungen, eine Reorganisation des Amtes mit dem Ziel durchzusetzen, die wissenschaftliche Arbeit zu verbessern, scheiterten am Widerstand der preußischen Bürokratie.)⁹⁴⁹

Am 18. März 1929 gab Minister Becker seinem Entlassungsgesuch statt, nachdem sich Moellendorff schon am 1. April 1928 zu soziologischen Studien hatte beurlauben lassen. Diese Studien, im Auftrage des IG-Farben-Direktors C.Bosch in den USA unternommen, galten der Datensammlung für einen "Volkswirtschaftlichen Elementarvergleich").⁹⁵⁰ Die Verbindung mit den Führern der Chemiewirtschaft verhalf ihm zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Sie hatte ihre Vorgeschichte in der Zusammenarbeit Moellendorffs mit den Direktoren der Chemieunternehmen in der Kriegsrohstoffabteilung und in der Kriegsschemikaliengesellschaft.)⁹⁵¹ In der Nachkriegszeit beriet Moellendorff die in der 'Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenfabriken'tätigen Führer der Chemiewirtschaft, Franz Oppenheim, Carl Bosch und Hermann Schmitz in wirtschaftlichen und sozialen Fragen.

Am 14. April 1921 wurde die Beratertätigkeit institutionalisiert; Moellendorff wurde als freier Mitarbeiter unter Vertrag genommen.)⁹⁵² Als 1925 die in der Interessengemeinschaft zusammengeschlossenen sechs Chemiegesellschaften, Badische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen; Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer und Co. Leverkusen; Farbwerke vorm. Meister Lucius und Brüning, Höchst; Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, Berlin; Chemische Fabriken vorm. Weiler-ter Meer, Uerdingen und Chemische Fabrik, Griesheim-Elektron, Frankfurt/M fusioniert wurden, trat Moellendorff in den Aufsichtsrat der IG Farben AG ein. Die Verbindung mit C.Bosch und H.Schmitz bestand weiterhin über die Metallbank und Metallurgische Gesellschaft AG Frankfurt/M, in

deren Aufsichtsrat Moellendorff neben R. Merton, C. Bosch, H. Schmitz und W. Rathenau saß.)⁹⁵³ Die Liste der Fragen, in denen Moellendorff die Führer der Chemiewirtschaft beriet, enthielt u.a. Vorschläge zur Kapitalbeschaffung,) ⁹⁵⁴ Darstellungen zur Entwicklung der Beamtenbesoldung,) ⁹⁵⁵ Übersichten über internationale Kursnotierungen von Aktien,) ⁹⁵⁶ aber auch streng vertrauliche Mitteilungen über den Stand der Reparationsleistungen.) ⁹⁵⁷ Alle diese Arbeiten standen in keinem Zusammenhang mit Moellendorffs gemeinwirtschaftlichen Ideen. Die finanzielle Versorgung durch die IG Farben AG ohne eine feste gestaltende Tätigkeit hat mit dazu beigetragen, daß Moellendorff immer mehr in Vereinsamung und Verbitterung geriet.) ⁹⁵⁸ Hand in Hand mit der Trennung von den politischen Aufgaben ging die Lösung der persönlichen Bindungen zu Freunden, die Moellendorffs gesellschaftlichen Aufstieg gefördert und ihm die Wege geebnet hatten. Der Bruch mit Walther Rathenau, zu dem es 1919/20 kam, wurde nach Ansicht Moellendorffs hervorgerufen durch entscheidende Gegensätze in den Theorien beider Männer. In einer Reihe von Briefen hat Moellendorff versucht, den Unterschied herauszuarbeiten, der zwischen Rathenau und ihm in wirtschaftlichen Fragen bestand. Darin setzte er auseinander, Rathenaus Absicht sei die Reform der Wirtschaft mit dem Ziel, durch wirtschaftliche Expansion einer ständig sich vermehrenden Weltbevölkerung ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Dagegen laufe das gemeinwirtschaftliche Programm darauf hinaus, durch rationale Begrenzung der wirtschaftlichen Expansion der Menschheit ein reiches kulturelles Leben zu ermöglichen.) ⁹⁵⁹ Aber die persönliche Kontroverse, die schließlich zum Abbruch der Beziehungen führte, nährte sich nicht zuletzt von der Zuspitzung des Prioritätsstreits, der zu dieser Zeit aufflammte.) ⁹⁶⁰ Auch die Freundschaft mit Maximilian Harden zerbrach im Frühjahr 1926. Als sich Harden in einem Brief an Moellendorff beklagte, daß die Verbindung seit mehr als zwei Jahren eingeschlafen sei, verband er diesen Vorwurf mit der Fest-

stellung, sein Urteil über Moellendorff, als den "einzigen, an den ich in diesem Lande aller nicht heroischen Laster ohne Vorbehalte glaubte,")⁹⁶¹ habe getrügt. Moellendorffs Beteuerungen, es liege nicht in seiner Absicht, die Beziehungen zu trüben, konnten Harden nicht überzeugen. Mit gegenseitigen Kränkungen endete der Briefwechsel. Der Bruch mit Harden vermehrte, wie Moellendorff schrieb, die Einsamkeit, in der er lebte.)⁹⁶²

- 2 Letzte Pläne zur Rückberufung Moellendorffs ins Reichswirtschaftsministerium und die Veröffentlichung des Sammelwerkes 'Konservativer Sozialismus'

Die Idee der Gemeinwirtschaft hat nach Moellendorffs Rücktritt vom Amt des Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium 1919 die Regierungspolitik nicht mehr beeinflussen können. Moellendorff selbst stellte sich auch weiterhin in den Dienst des Staates. Im Sommer 1926 trat in Genf die Gemischte wirtschaftliche Unterkommission der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz zusammen, zu der der Völkerbundsrat als Vertreter Deutschlands Moellendorff berufen hatte. Die dem Unterausschuß vorgelegten Fragen betrafen eine Reihe strittiger Fragen der Beratungen über eine weltweite Abrüstung, z.B. die Verwendung des Heeresbudgets als Abrüstungsschlüssel, Methoden der Abrüstungskontrolle und das Verbot des Einsatzes chemischer Kampfmittel.)⁹⁶³ Auch im Internationalen Arbeitsamt war Moellendorff als deutscher Vertreter im Fachausschuß für Geistesarbeiter tätig. Aber der Zugang zu einem Regierungsamt als Voraussetzung für die Verwirklichung der Gemeinwirtschaft war kein Ziel mehr, um das er kämpfen wollte. Selbst als in der Endphase der Weimarer Republik verschiedene Seiten versuchten, ihn und sein Programm in der Reichspolitik erneut ins Spiel zu bringen, verfolgte er diese Bestrebungen mit abwartender Zurückhaltung. Die Voraussetzungen für eine Rückkehr Moellendorffs ins Reichswirtschaftsministerium schienen günstig, als

Außenminister J. Curtius wegen des Scheiterns der deutsch-österreichischen Zoll-Unions-Pläne am 3. Oktober 1931 zurücktrat und im Anschluß daran das Kabinett Brüning umgebildet wurde.)⁹⁶⁴ Mit Hermann Warmbold gelangte ein der Deutschen Volkspartei nahestehender Vertreter der IG Farben AG ins verwaiste Wirtschaftsministerium, das seit Moldenhauers Rücktritt von Staatssekretär Trendelenburg verwaltet worden war.)⁹⁶⁵ Das zweite Kabinett Brüning entsprach als "Fachkabinett", das auf Weisung von Reichspräsident Hindenburg "ohne parteimäßige Bindungen" als "unabhängige Regierung")⁹⁶⁶ gebildet worden war, der Forderung Moellendorffs nach der Verantwortlichkeit der Spezialisten. Auch erschien die Durchsetzung von Einzelmaßnahmen der Gemeinwirtschaft im Zuge der Notverordnungspolitik als ein aussichtsreiches Mittel, den Widerstand der Interessengruppen im Parlament zu umgehen.)⁹⁶⁷ Während der Amtsführung Warmbolds im Reichswirtschaftsministerium, er war am 6. Mai 1932 vor Brünings Sturz aus dem Kabinett ausgetreten und übernahm am 1. Juni 1932 erneut das Wirtschaftsressort in der Regierung Papen, wurde schließlich am 3. Dezember 1932 auch im Kabinett Schleicher als Wirtschaftsminister bestätigt, dauerten die Bestrebungen an, über Warmbolds Schwager Ernst Wagemann, den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, dem Reichswirtschaftsminister eine Rückberufung Moellendorffs nahezubringen. Als Staatssekretär Trendelenburg abgelöst wurde, versicherte im August 1932 der Vortragende Rat im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Bachem, in einem Brief an Moellendorff in Locarno, Freunde in Berlin, an ihrer Spitze Wagemann, bereiteten den Boden für Moellendorff vor.)⁹⁶⁸ Dem stand indessen entgegen, daß Moellendorffs Einstellung zu Warmbold mit kritischen Vorbehalten belastet war.)⁹⁶⁹ Obwohl diese Pläne zu keinem Ergebnis führten, haben sie doch ein Vorhaben ausgelöst, durch das die Ideen Moellendorffs einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt und zugleich sein Werk über die bald darauf anbrechende Zeit des Nationalsozialismus hinübergerettet wurden.)⁹⁷⁰

Um den Weg für eine Rückkehr Moellendorffs ins Reichswirtschaftsministerium zu ebnen, sammelten Alma de l'Aigle⁹⁷¹ und Otto Heinrich von der Gablentz⁹⁷² im Verein mit dem Herausgeber Hermann Curth das in Zeitungen und Zeitschriften verstreute Werk Moellendorffs und veröffentlichten es unter dem Titel "Konservativer Sozialismus"⁹⁷³ in der Hanseatischen Verlagsbuchhandlung Hamburg. Das Buch, das 1932 erschien, brachte zum ersten Male durch sinnvolle Ordnung und Bearbeitung des zersplitterten Materials Aufbau und Inhalt der Theorie Moellendorffs zum Ausdruck. Es fasste vor dem Tode Moellendorffs die Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zusammen und ließ die Zusammenhänge mit dem Geisteserbe der Romantik sichtbar werden. Die nationalsozialistische Machtergreifung beendete nicht nur die publizistische Arbeit Moellendorffs, sie setzte auch seinem Wirken im öffentlichen Leben ein Ende. Schon im Juni 1932 war Moellendorff aus dem Kuratorium für die chemisch-technische Reichsanstalt ausgeschieden. Im Jahre 1933 trat er aus dem Verein Deutscher Ingenieure aus und legte die Arbeit im Internationalen Arbeitsamt in Genf nieder.

Moellendorff hat das Ende der Diskussion um die Gemeinwirtschaft nicht lange überlebt. Die Ehe mit Lisbeth Erdmann, aus der 1919 ein zweites Kind, ein Sohn, hervorgegangen war, der den Namen Wichard erhielt, scheiterte 1924. Mit seiner zweiten Frau schied Moellendorff am 4. Mai 1937 freiwillig aus dem Leben.

VI Schrifttumsverzeichnis

A Schriften, Veröffentlichungen und Vorträge
von W.v.Moellendorff

1. Anmerkungen zur Wirtschaft, in Das Tagebuch
v. 10.1.20
2. Antwort an Reboux, in Das Tagebuch v. 19.9.20
3. Aufbau der Reichsverwaltung, in Der Aufbau,
Korrespondenz für die deutsche Presse, Jg.1,Nr.31,
v. 12.11.19
4. Aufruf 1917 in Kriegsamt, Amtliche Mitteilungen
und Nachrichten, v. 29.12.16
5. Außenhandelsstellen, in Der Tag, v. 5.8.20
6. Die deutsche Außenhandelsbilanz, in Wirtschafts-
dienst, Hamburg, v. 19.1.23
7. Weder Berlin noch Weinsberg allein, in Heilbronner
Sonntagszeitung, v. 12.9.20
8. Über die Bildung einer Art von Volkswirtschaftsrat
nach Steinscher oder Bismarckscher Auffassung,
Erste Festlegung von Leitsätzen für Gründung eines
Volkswirtschaftsrates, v. 24.12.19
9. Fünf Briefe an Frauen, in Süddeutsche Sonntags-
zeitung, v. 9.2.19 (H.8)
10. Brückmanns Vorschläge zur Janierung der deutschen
Wirtschaft, in Europäische Staats- und Wirtschafts-
zeitung, v. 15.2.21
11. Bund der Erneuerung wirtschaftlicher Sitte und Ver-
antwortung, in Acht-Uhr-Abendblatt, v. 30.9.20
12. Demokratie und Staatswirtschaft, v. 21.4.18
(bisher unveröffentlicht.)
13. Denkschrift betr. den Reichsfonds, v. Dez. 1918
14. Denkschrift des Reichswirtschaftsamts, v. 3.Dez.18
15. Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums,
v. 7.5.1919, in Der Aufbau der Gemeinwirtschaft,
Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums v.
7. Mai 1919, Jena 1919, (Deutsche Gemeinwirtschaft,
Heft 9)
16. Von kommenden Dingen, Besprechung über W.Rathenau,
in Technik und Wirtschaft, Monatsschrift des VDI,
Jg.X, Nr . 10 (Oktober 1917)
17. Was gebietet die nationale Ehre? in Vossische
Zeitung v. 14.10.18

18. Von Einst zu Einst, Jena 1917, (Deutsche Gemeinwirtschaft, Heft 1)
19. Fort mit den Eisenbahnklassen, in Acht-Uhr-Abendblatt v. 17.9.20
20. Wie überwinden wir die gegenwärtige Erkrankung des Volkkörpers? Vortrag vor der Reichsarbeitsgemeinschaft v. 16. bis 19. 9. 19 (bisher unveröffentlicht.)
21. Das Finanzproblem und Form und Technik einer Vermögensabgabe, Besprechung von v.Kühlmann, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 45, Heft 1 (1918)
22. Geleitwort für 1922, in Indexziffern v. Dr.M.Elsass, 3. Jg., Teil 3 v. 1.1.22
23. Deutsche Gemeinwirtschaft, Berlin 1916
24. Gemeinwirtschaft, Vortrag vor der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft der DNVP, Febr. 1919
25. Deutsche Gemeinwirtschaft, Rede vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie, v. 12.6.19, in R.Wissell und W.v.Moellendorff, Wirtschaftliche Selbstverwaltung, Zwei Kundgebungen des Reichswirtschaftsministeriums, Jena 1919 (Deutsche Gemeinwirtschaft, Heft 10)
26. Zur Geschichte der Planwirtschaft, in Recht und Wirtschaft, 9.Jg. , Januar 1920
27. Die neue Gesellschaft, Besprechung über W.Rathenau, in Technik und Wirtschaft, Heft 2, v. 11.2.20
28. Die Grenze der deutschen Konkurrenzfähigkeit, in Indexziffern v. Dr. M.Elsass, v.1.7.22
29. Grenzen des Unitarismus, in Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, Jg. 5, Nr. 17, v. 15.6.20
30. Ergreift die Hand des Landwirts, in Vossische Zeitung v. 30.6.19
31. Zu Hardens 60. Geburtstag, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 30.10.21 (Heft 44)
32. Wirtschaftlicher Idealismus, in Deutsche Allgemeine Zeitung, v. 12.9.19
33. Individuum, Genus, Sozietas, in Kulturkorrespondenz für deutsche Zeitungen des In- und Auslandes, Jg.5, v. 27.6.20
34. Noch mehr Industriestaaten? in Ukrainische Wirtschaftszeitung, Heft 2, v. 27.1.22
35. Der Ingenieur, in Die Zukunft, Jg.20, Nr.52, v. 28.9.12
36. Kabelwerk Oberspree, Vortrag im Elektrotechnischen Verein, Wien, v. 4.2.13, Elektrotechnik und Maschinenbau, Wien 1913, Heft 11

37. Der Kaufmann, in Die neue Rundschau, Jg. 25, H.7, Juli 1914
38. Kautsky und Trotzki, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 23.10.21 (Heft 43)
39. Kleinarbeit, in Das Tagebuch, v. 2.10.20
40. Die Konsumgenossenschaft, in Flugblatt zum 14. Genossenschaftstage, Juli 21
41. "1919 - 20", in Textilwoche, v. 31.12.19
42. Die Kunst in Industrie und Handel, Bespr. in Elektrotechnische Zeitschrift, v. 2.10.13
43. Germanische Lehren aus Amerika, in Die Zukunft, Jg. XXII, Nr. 23, v. 7.3.14
44. Lenin, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 19.6.21, (Heft 25)
45. Der Lohn der Ledigen, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 19.9.21 (Heft 38)
46. Drei Möglichkeiten, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 8.1.22, (Heft 2)
47. Moskau, (Besprechung) in Das Tagebuch, v. 21.8.20
48. Das technische Motiv, in Die Zukunft, v. 27.12.13, Jg. XXII, Heft 13
49. Die Nation als wirtschaftliche Einheit, in Der Spiegel, Jg.II, Nr.23/24, v. 25.6.21
50. Organik, in Die Zukunft, v. 10.1.20, Jg. XXVIII, Heft 15
51. Organisation und Verantwortung, Vortrag vor dem Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster, nach Münsterischer Anzeiger v. 11.6.22 Nr. 565
52. Der Politiker Rathenau, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 9.6.22 (Heft 15)
53. Popper-Lynkens, in Die Sonntagszeitung v. 31.12.22, (Heft 53)
54. Ein sozialistisches Programm, Entwurf eines Bekenntnisses zur Gemeinwirtschaft, vor dem Görlitzer Parteitag 1921 (der SPD) von einem Nichtmarxisten für einen Marxisten verfasst, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 4.12.21, (Heft 49)
55. Proletarierpolitik, in Acht-Uhr-Abendblatt, v. 4.9.20
56. Psychologie und Wirtschaftsleben, in Die neue Rundschau, v. Februar 1913, Jg. XXIV, Heft 2
57. Der wunde Punkt, in Vossische Zeitung, v. 18.10.18

58. W.Rathenaus gesammelte Schriften, (Besprechung),
in Vossische Zeitung, v. 27.12.18
59. Reichseisenbahn, in Zeitschrift des VDI, v. 3.4.20,
Band 64, Heft 13/14
60. Reichswirtschaftsrat, in Westdeutsche Wochenschrift,
v. 14.5.20, Jg. II, Heft 20
61. Deutscher Reichswirtschaftsrat, in Vossische Zeitung,
v. 10. und 14. 9. 18
62. Die deutsche Revolution, (Bespr.), in Süddeutsche
Sonntagszeitung, v. 25.9.21 (Heft 39)
63. Sankt Demokratius, in Die Post, v. 11.1.20
64. Mehr Selbstgenügsamkeit, in Technik der Landwirt-
schaft, v. Februar 1920, Jg. I, Heft 6
65. Wirtschaftliche Selbstverwaltung, in Deutsche Wirt-
schaftszeitung, v. 15.11.20, Jg. XVI, Heft 22
66. Wirtschaftliche Selbstverwaltung, in Handbuch der
Politik, Band 4, 3. Aufl. Berlin 1921
67. Werner Siemens, Bespr. ü. C.Matschoß, W.Siemens,
Berlin 1916, in Zeitschrift des VDI, v. 28.7.17,
Band 61, Heft 30
68. Sozialisierung des Kohlenbergbaus, in Acht-Uhr-Abend-
blatt, v. 6. und 9.11.20
69. Konservativer Sozialismus, Hamburg (1932)
70. Organisatorische und requisitorische Sozialisierung,
in Korrespondenz für Gemeinwirtschaft, v. 15.4.21
71. Romantischer Sozialismus, in Süddeutsche Sonntags-
zeitung, v. 13.11.21 (Heft 46)
72. Sozialismus wider Willen, in Süddeutsche Sonntags-
zeitung, v. 2.4.22 (Heft 14)
73. Statistik zwischen den Zeilen, in Süddeutsche
Sonntagszeitung, v. 16.4.22 (Heft 16)
74. Steuerreform, in Das Neue Europa, v. 8.11.1920
75. Stickstoff als Schulfall, nicht veröffentlichter
Beitrag für die Vossische Zeitung, v. 18.10.18
76. Stinnes, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 7.8.21
(Heft 32)
77. Zum Streit um die Sozialisierung, in Deutsche All-
gemeine Zeitung, v. 20.4.19
78. Systematik ohne Schematismus, in Korrespondenz für
Gemeinwirtschaft, v. 8.12.20 (Jg.I, Heft 3 und 4)
79. Triumphir Parvus, in Süddeutsche Sonntagszeitung,
v. 6.11.21 (Heft 45)

80. Übergangswirtschaft, (Besprechung) in Technik und Wirtschaft, Monatsschrift des VDI, v. Dez. 1918, (Jg.XI, H.12)
81. Drei Variationen eines Themas, in Das Tagebuch, v. 9. und 24.4. und 1.5.1920
82. Soziale Verfassung, in Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, v. 1.6.19 (Heft 11)
83. Vermögensbeteiligung der Arbeiter, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 19.6.21 (Heft 25)
84. Vierergespräch über Geist, in Die Sonntagszeitung, v. 22.10.22 (Heft 43)
85. Wie kann dem deutschen Volke noch geholfen werden? in Acht-Uhr-Abendblatt, v. 8.7.20
86. Vortrag in Potsdam und am Berliner Kammergericht über Unterschiede in den staatlichen Zusammenbrüchen von 1806 und 1918, am 4. und 5. 12.19 (Manuskript)
87. Vortrag in der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft der DNVP, am 30.1.20 in Berlin (Manuskript)
88. Vortrag vor den Volksbeauftragten, am 30. 11.18 , handschriftl. Notizen
89. Zwei Welten, in Acht-Uhr-Abendblatt, v. 30.11.20
90. Das Wesen der Gemeinwirtschaft, in Vossische Zeitung, v. 17.2.18
91. Wesen und Grenzen des organisatorischen Sozialismus, in Handbuch der Politik, Band 5, 3. Aufl. Berlin 1922, S. 154-56
92. Das politische Wesen des Sozialismus, in Der Neue Merkur, v. April 1922 (Jg. VI, H.1)
93. Wirkungsgrad, in Zeitschrift des VDI, v. 16.10.20 (Band 64, Heft 42)
94. Wirtschaft, in Die Zukunft, v. 12.6.20,
17.7.20,
18.9.20,
23.10.20,
13.11.20,
20.11.20
95. Freie oder gebundene Wirtschaft, in Norddeutsche Allgemeine Zeitung, v. 8.3.18
96. Die neue Wirtschaft, Vortrag vor der Humboldt-Akademie im Preußischen Abgeordnetenhaus, am 1.2.19 (Manuskript)

97. Die neue Wirtschaft, (Besprechung) in Technik und Wirtschaft, Monatsschrift des VDI, v. April 1918, (Jg. XI, Heft 4)
98. Wirtschaft und Wissenschaft, in Acht-Uhr-Abendblatt, v. 19.10.20
99. Wirtschaftsordnung, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 24.7.21 (Heft 30)
100. Das neue Wirtschaftsprogramm, Vortrag vor dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, Februar 1919, (Manuskript)
101. Wankende Wirtschaftssäulen, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 12.3.22 (Heft 11)
102. Wirtschaftsverfassung, in Das Tagebuch, v. 16.4.21
103. Wirtschaftsverfassung, Vorträge in Mannheim und Heidelberg, am 14. und 15.7.20
104. Wirtschaftsverfassung, Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft 1914, am 3.11.19 (Manuskript)
105. Zahlen, von I bis IX, Artikelserie in Acht-Uhr-Abendblatt, v.

8.1.21
 26.1.21
 27.1.21
 15.2.21
 19.2.21
 16.3.21
 5.4.21
 25.4.21
 13.5.21
106. Drei gesellschaftliche Zeitalter, in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 19.3.22
107. Zwiegespräche über die große Zeit, Artikelserie in Die Weltbühne, v.

7.8.24 (Jg.20,
 H.32)
 11.11.24 (Jg.20,
 H.46)

Artikel mit technisch-wissenschaftlichen Themen und allgemeine Darstellungen, die nicht das Thema 'wirtschaftliche Selbstverwaltung' berühren, sind nicht aufgenommen worden.

Belegexemplare im Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff

B Darstellungen und Abhandlungen

1. Burckhardt, J., Weltgeschichtliche Betrachtungen, herausg. v. W. Kaegi, Bern (1947)
2. Burnham, J., Das Regime der Manager, Stuttgart 1948
3. Bendix, R., Herrschaft und Industriearbeit, Frankf.M. 1950

4. Bracher, K.D., Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Villingen/Schwarzwald, 1960
5. Curtius, J., Bismarcks Plan eines deutschen Volkswirtschaftsrates, Heidelberg 1919
6. Curtius, J., Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948
7. Dahrendorf, R., Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965
8. Dahrendorf, R., Industrie- und Betriebssoziologie, Berlin 1956
9. Dahrendorf, R., Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957
10. Delbrück, C.L.v., Die wirtschaftliche Mobilmachung, München 1924
11. Dieckmann, W., Die Behördenorganisation in der deutschen Kriegswirtschaft, Hamburg (1937)
12. Eyck, E., Bismarck, 3 Bd., Zürich 1944
13. Erdmann, K.D., Die Zeit der Weltkriege, in B.Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 2. verb. Nachdruck, Stuttgart 1961
14. Fichte, J.G., Der geschlossene Handelsstaat, 1800
15. Facius, Fr., Wirtschaft und Staat, Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945, Boppard (1959)
16. Feldman, G.D., Army, Industry, and Labor in Germany, 1914-1918, Princeton, New Jersey 1966
17. Fischer, F., Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 2. Aufl., Düsseldorf 1964
18. Gablentz, O.H. von der, Die Industrie, in Deutsche Berufskunde, herausg. v. O.H.v.d.Gablentz und C.Mennicke, Leipzig 1930
19. Gablentz, O.H. von der, Die politischen Theorien seit der Französischen Revolution, Köln 1957
20. Gehlen, A., Die Seele im technischen Zeitalter, Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft, Hamburg 1957 (Rowohlt)
21. Glum, F., Der deutsche und der französische Reichswirtschaftsrat, Berlin 1920
22. Glum, F., Selbstverwaltung der Wirtschaft, Berlin (1924)
23. Groener, W., Lebenserinnerungen, Jugend-Generalstab-Weltkrieg, Göttingen 1957
24. Grünfeld, E., Die deutsche Außenhandelskontrolle vom Kriegsausbruch bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages, Bonn 1922

25. Heffter, H., Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart 1960
26. Heimann, E., Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme, Tübingen 1963
27. Heinemann, F., Neue Wege der Philosophie, Geist-Leben-Existenz, Leipzig 1929
28. Helfferich, K., Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg, Berlin 1919
29. Herzfeld, H., Die moderne Welt 1789 - 1945, 2 Bände, 2. Aufl., (Braunschweig 1957)
30. Holdermann, K., C. Bosch, Leben und Werk, Im Banne der Chemie, 2. Aufl. Düsseldorf (1945)
31. Klemperer, K. v., Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München und Wien o.J.
32. Kolb, E., Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik, Düsseldorf 1962
33. Der große Krieg 1914-18, herausg. v. M. Schwarte, Leipzig 1929
34. Lagarde, P. de, Deutsche Schriften, herausg. v. P. Fischer, München 1924
35. Lassalle, F., Ausgewählte Texte, herausg. v. Th. Ramm, Stuttgart 1962
36. Lenin, W. I., Ausgewählte Werke, New York o.J.
37. List, Fr., Das nationale System der Politischen Ökonomie, Volksausgabe auf Grund der Ausgabe letzter Hand und Randnotizen in Lists Handexemplar, Basel 1959
38. Michel, E., Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, Frankfurt/M. 1948
39. Müller, A., Sozialisierung oder Sozialismus, Berlin 1920
40. Nietzsche, Fr., Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, Unzeitgemäße Betrachtungen, Stuttgart 1955 (Kröner)
41. Nietzsche, Fr., Der Wille zur Macht, Eine Auslegung alles Geschehens, herausg. v. M. Brahn, Leipzig 1923
42. Oertzen, P. v., Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963
43. Plenge, J., 1789 und 1914, Berlin 1916
44. Plenge, J., Der Krieg und die Volkswirtschaft, Kriegsvorträge der Universität Münster i.W., Münster 1915
45. Rathenau, W., Deutschlands Rohstoffversorgung, Berlin 1916

46. Rathenau,W., Gesammelte Schriften, Berlin 1918
47. Rathenau,W., Autonome Wirtschaft, Berlin 1919
48. Reichert,G., Wirtschaftspolitische Industrieverbände, Berlin 1920
49. Ritter,G., Stein (1931)
50. Rosenberg,A., Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, herausg. v. K.Kersten, (Frankf./M. 1955)
51. Schieck,H., Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918, Heidelberg phil.Diss. 1958 (ungedruckt)
52. Sontheimer,K., Das antidemokratische Denken in der Weimarer Republik, Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962
53. Spann,O., Der wahre Staat, Leipzig 1921
54. Spengler,O., Preußentum und Sozialismus, München 1920
55. Stein,L.v., Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich, 1850
56. Stolper, G., Deutsche Wirtschaft 1870 - 1940, Kaiserreich - Republik - Drittes Reich, Stuttg. (1950)
57. Taylor,F.W., The Principles of Scientific Management, Neuaufl., New York 1947
58. ter Meer,F., Die IG Farben, Ihre Entstehung und Bedeutung, Düsseldorf (1953)
59. Tormin,W., Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie, Düsseldorf 1954
60. Der Weg zum industriellen Spitzenverband, (Darmstadt) 1956
61. Wiedenfeld,K., Die Organisation der Kriegsrohstoff-Bewirtschaftung im Weltkrieg, Hamburg 1936
62. Wiedenfeld,K., Zwischen Wirtschaft und Staat, Berlin 1960
63. Wissell,R., Ein Leben für soziale Gerechtigkeit, herausg.v.O.Bach, Berlin (1959)
64. Nachtrag: Goebel,O., Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkriege einschließlich des Hindenburgprogramms, Stuttgart-Berlin-Leipzig-New Haven 1930

C Zeitschriftenaufsätze

1. Bruck, W.F., Die Kriegsunternehmung, Versuch einer Systematik, in Archiv für Sozialwirtschaft und Sozialpolitik, Band 48, Heft 3, S. 565
2. Cohen-Reuss, M., Der Rätegedanke im ersten Revolutionsjahr, in Sozialistische Monatshefte, 2. Halbband, 1919, S. 1044
3. Cohen-Reuss, M., Was soll der sozialdemokratische Parteitag bringen? in Sozialistische Monatshefte, 1. Halbband 1919 S. 523
4. Gablentz, O.H. von der, Zu Unrecht vergessen: Wichard von Moellendorff, in Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 6, Juni 1954, S. 364
5. Harden, M., in Apostata, Neue Folge, Berlin 1892, Seiten 148, 150
6. Kaliski, J., Die Rolle des Betriebsrätegesetzes beim Neuaufbau Deutschlands, in Sozialistische Monatshefte, 2. Halbband 1919, S. 1132
7. Müller, A., Randglossen zum parlamentarischen System, in Schmollers Jahrbuch, Jg. 42, S. 184
8. Poetzsch-Heffter, F., Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung, III. Teil, in Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, 21, (1933/34) S. 127
9. Rathenau, W., Höre Israel, zuerst veröffentlicht in Die Zukunft, v. 6.3.97

D Akten und Periodica

Akten des Reichswirtschaftsamtes, in Deutsches Zentralarchiv Potsdam

Bestände des Bundesarchivs Koblenz

Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus, v. 31.7.20, 3. Aufl., Berlin 1921

Deutsche Gemeinwirtschaft, Schriftenreihe, herausg. v. E. Schairer, Jena

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, v. 16. bis 21. Dez. 1918, Stenogr. Berichte, Berlin 1919

Protokoll des Parteitages der SPD, Juni 1919 in Weimar

Reichsgesetzblatt

Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Nürnberg vom 30. Juni bis 5. Juli 1919, Berlin 1919

Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen
Nationalversammlung

Veröffentlichungen des Reichsverbands der
Deutschen Industrie

Deutsche Allgemeine Zeitung

Frankfurter Zeitung

Vossische Zeitung

Urkunden der OHL, herausg.v.E.Ludendorff,
Berlin 1920

VII Anmerkungen

-)1 W.v.Moellendorff, Brief an Rudolf Wissell vom 6.8.1921; Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Korrespond.
-)2 ebenda
-)3 ebenda
-)4 ebenda
-)5 ebenda
-)6 ebenda
-)7 ebenda
-)8 W.v.Moellendorff, Brief an Rudolf Wissell vom 8.10.1922; (Entwurf, nicht abgeschickt) Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Korrespondenzen
-)9 ebenda
-)10 ebenda
-)11 ebenda
-)12 W.v.Moellendorff, Ein sozialistisches Programm, Entwurf eines Bekenntnisses zur Gemeinwirtschaft, vor dem Görlitzer Parteitag der SPD 1921 von einem Nichtmarxisten für einen Marxisten verfasst; Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 31; abgedr. Süddeutsche Sonntagszeitung vom 4.12.1921; wiederabgedr. W.v.Moellendorff, Konservativer Sozialismus, Hamburg, (1932) S. 167 f.
-)13 ebenda
-)14 ebenda
-)15 ebenda
-)16 ebenda
-)17 ebenda
-)18 Diesen Ausdruck gebraucht Ralf Dahrendorf in Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München (1965), S. 68 für die Unterscheidung der rationalen Elemente im marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Wirtschaftssystem.
-)19 ebenda
-)20 W.v.Moellendorff, Ein sozialistisches Programm, aaO.
-)21 ebenda
-)22 ebenda
-)23 ebenda
-)24 August Müller, Dr.jur.publ.et rer.cam., geboren am 20.11.73 in Wiesbaden, erlernte als Sohn eines Gärtnereibesitzers das Gärtnerhandwerk und arbeitete sieben Jahre als Gärtnergehilfe in Dortmund, Düsseldorf und Hamburg. Er stieg zum Gewerkschaftsführer auf und trat

1898 in die Redaktion der 'Magdeburger Volksstimme' ein. Im Januar 1900 wurde er wegen Majestätsbeleidigung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, im Oktober gleichen Jahres jedoch in höherer Instanz freigesprochen. Er studierte von 1901 bis 1904 an der Universität Zürich Nationalökonomie, Statistik und Finanzwissenschaft und wurde 1904 zum Dr.jur.publ. et rer.cam. promoviert. Von 1907 an war er Redakteur im Zentralverband Deutscher Konsumvereine in Hamburg. Als einer der ersten Sozialdemokraten gelangte er während des ersten Weltkrieges in ein höheres Staatsamt; im Mai 1916 wurde er in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes berufen. Im August 1917 ernannte ihn Reichskanzler Michaelis zum Unterstaatssekretär. Nach der Revolution von 1918 trat er als Unterstaatssekretär ins Reichswirtschaftsamt ein, wo er bald zum Staatssekretär aufrückte. 1919 demissionierte er und betätigte sich als Schriftsteller. In den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurde A.Müller 1920 berufen und im gleichen Jahr zum a.o. Professor für Genossenschaftswesen und Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Universität Berlin ernannt. 1925 trat er von der SPD zur DDP über.

Veröffentlichungen:

Arbeitersekretariate und soziale Gesetzgebung in Deutschland (1904),
Arbeitgeberverbände Deutschlands (1908),
Sozialismus oder Sozialisierung (1914),
Die deutsche Volkswirtschaft (1930) u.a.

-)25 W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, Berlin 1916
-)26 Vgl. W.v.Moellendorff, Demokratie und Staatswirtschaft, unveröffentl. Manuskript, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)27 O.H.von der Gablentz, Zu Unrecht vergessen: Wichard von Moellendorff, in Gewerkschaftliche Monatshefte, H.6 (Juni) 1954, Köln-Deutz, S. 364
-)28 W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, aaO.
-)29 J.G.Fichte, Der geschlossene Handelsstaat, 1800
-)30 Paul de Lagarde, eigentlich Paul Anton Bötticher, (2.Nov.1827 - 22.Dez.1891) schrieb zeitkritische Aufsätze, die unter dem Titel 'Deutsche Schriften' Erstausg. Göttingen 1878, zusammengefasst wurden.
-)31 Jakob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, herausg. v. W.Kaegi, Bern (1947) S. 374
-)32 Vgl. Fr. Nietzsche, Der Wille zur Macht, Eine Auslegung alles Geschehens, herausg. v. M.Brahn, Leipzig 1923, (Kröner) S. 226

-)33 ebenda
-)34 Fr. Nietzsche, aaO., S. 222
-)35 Vgl. Fr. Nietzsche, aaO., S. 225
-)36 Fr. Nietzsche, aaO., S. 224
-)37 Vgl. Fr. Nietzsche, aaO., S. 228
-)38 Fr. Nietzsche, aaO., S. 227
-)39 Fr. Nietzsche, aaO., S. 224
-)40 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, aaO.
-)41 Vgl. Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, herausg.v. P.Fischer, München 1924, S. 24
-)42 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, aaO., S.25
-)43 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, aaO., S.27
-)44 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, aaO., S.31
-)45 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, aaO., S.33
-)46 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, aaO., S. 124
-)47 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, aaO., S. 140
-)48 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, aaO., S. 190
-)49 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, aaO., S. 190
-)50 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, aaO., S. 449
-)51 W.v.Moellendorff, Der Ingenieur, in Die Zukunft v. 28.9.1912, Jahrg.XX, Nr. 52 S. 425
-)52 J.Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, herausg. v. J.Oeri, 4. Aufl., Stuttg. 1921, S. 213
-)53 J.Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, aaO., S. 216
-)54 J.Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, aaO., S. 251 f.
-)55 W.v.Moellendorff, Besprechung von 'C.Matschoß, W.Siemens, Ein kurzgefasstes Lebensbild ..., Berlin 1916' in Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure, v.28.7. 1917, Band 61, H. 30
-)56 ebenda
-)57 ebenda
-)58 ebenda
-)59 ebenda
-)60 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, aaO., S. 125
-)61 W.v.Moellendorff, Besprechung von 'W.Rathenau, Von kommenden Dingen,' in Technik und Wirtschaft, Monats-schrift des Vereins Deutscher Ingenieure, Jahrg.X, Nr. 10, v. Okt. 1917, S. 494

-)62 ebenda
-)63 Vgl. E.Michel, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, FrankfurtM 1948, S.81
-)64 Vgl. R.Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, aa0., S. 48 f.
-)65 Vgl. G.Stolper, Deutsche Wirtschaft 1870 - 1940, Kaiserreich, Republik, Drittes Reich, Stuttgart (1950) S. 33
-)66 E.Michel, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, aa0., S. 81
-)67 Deutsche Berufskunde, herausg. v. O.H.von der Gablentz und C.Mennicke, Leipzig 1930, S. 134
-)68 ebenda
-)69 Vgl. G.Stolper, Deutsche Wirtschaft, aa0., S. 47
-)70 G.Stolper, Deutsche Wirtschaft, aa0., S. 48
-)71 G.Stolper, Deutsche Wirtschaft, aa0., S. 48
-)72 R.Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, aa0., S. 50
-)73 Vgl. E.Michel, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, aa0., S. 100
-)74 E.Michel, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, aa0., S. 101
-)75 Auf diesem Sachverhalt baut die Darstellung auf von J.Burnham, Das Regime der Manager, Stuttgart 1948
-)76 Ferdinand Lassalle, Ausgewählte Texte, herausg.v. Th.Ramm, Stuttgart 1962, S. 167
-)77 ebenda
-)78 Vgl. M.Cohen-Reuss, Was soll der sozialdemokratische Parteitag bringen? in Sozialistische Monatshefte, 1. Halbband 1919, S. 523
-)79 M.Cohen-Reuss, Der Rätegedanke im ersten Revolutionsjahr, in Sozialistische Monatshefte, 2. Halbband 1919, S. 1044
-)80 Vgl. M.Cohen-Reuss, Der Rätegedanke ..., aa0., S. 1044
-)81 Vgl. M.Cohen-Reuss, Was soll der sozialdemokratische Parteitag bringen? aa0., S. 524
-)82 Vgl. J.Kaliski, Die Rolle des Betriebsrätegesetzes beim Neuaufbau Deutschlands, in Sozialistische Monatshefte, 2. Halbband 1919, S. 1132
-)83 Vgl. E.Michel, Sozialgeschichte ..., aa0., S. 147
-)84 ebenda

-)85 F.W.Taylor, The Principles of Scientific Management, Neuaufl., New York 1947
-)86 Vgl. R.Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, Berlin 1956 (Götschen), S. 23
-)87 ebenda
-)88 Vgl. R.Bendix, Herrschaft und Industriearbeit, Frankf./M. 1956, S. 365
-)89 Vgl. R.Bendix, Herrschaft und Industriearbeit, aa0., S. 366
-)90 Vgl. W.I.Lenin, Ausgewählte Werke, New York o.J., Bd. VII, S. 332
-)91 Moellendorffs Publizistik begann mit einem unveröffentlichten Aufsatz, in dem er sich gegen das soziale Leitbild des preußischen Leutnants und gegen die Corpstudenten wandte, Siehe Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 37
-)92 Das freundschaftliche Verhältnis zwischen Harden und Moellendorff trübte sich erst 1926.
-)93 So M.Harden in Apostata, Neue Folge, Berlin 1892, S. 148 ff. und W.Rathenau in Höre Israel, zuerst veröffentlicht in Zukunft v. 6.3.1897
-)94 Vgl. W.v.Moellendorff, Der Ingenieur, in Die Zukunft, Nr. 52, XX, v. 28.9.1912 S. 428
-)95 W.v.Moellendorff, Der Ingenieur, aa0., S. 429
-)96 Durchgehend in Moellendorffs Schrifttum. Mit direktem Bezug auf W.Rathenau in W.v.Moellendorff, Der Kaufmann, in Die neue Rundschau, XXV, H.7., Juli 1914, S. 1006 ff.
-)97 Vgl. W.v.Moellendorff, Psychologie und Wirtschaftsleben, in Die neue Rundschau, XXIV, H.2, Febr. 1913, S. 259 f.
-)98 Im handschriftl. Manuskript von W.v.Moellendorff, Das technische Motiv, in Die Zukunft, XXII, H.3, Dezember 1913 S. 419 (Im Abdruck gestrichen)
-)99 Vgl. W.v.Moellendorff, Der Ingenieur, aa0., S.425
-)100 Fr. Nietzsche, Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, Unzeitgemäße Betrachtungen, Stuttgart 1955 (Kröner) S. 130
-)101 Vgl. W.v.Moellendorff, handschriftl. Aufzeichnungen für einen Vortrag 'Kabelwerk Oberspree' im Österreichischen Ingenieurverein, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)102 Vgl. W.v.Moellendorff, Der Ingenieur, aa0., S. 427
-)103 Hier zeigt sich vor allem der Einfluß von Nietzsche.

-)104 Vgl. W.v.Moellendorff, Der Ingenieur, aa0., S. 428
-)105 W.v.Moellendorff, Der Kaufmann, aa0., S. 1010
-)106 ebenda
-)107 ebenda
-)108 ebenda
-)109 ebenda
-)110 ebenda
-)111 ebenda
-)112 ebenda
-)113 ebenda
-)114 W.v.Moellendorff, Psychologie und Wirtschaftsleben, aa0., S. 259
-)115 ebenda
-)116 ebenda
-)117 ebenda
-)118 ebenda
-)119 W.v.Moellendorff, Kabelwerk Oberspree, aa0.
-)120 ebenda
-)121 ebenda
-)122 ebenda
-)123 W.v.Moellendorff, Die Kunst in Industrie und Handel, in Elektrotechnische Zeitschrift v. 2. Okt. 1913
-)124 W.v.Moellendorff, Psychologie und Wirtschaftsleben, aa0., S. 259
-)125 ebenda
-)126 ebenda
-)127 ebenda
-)128 W.v.Moellendorff, Der Ingenieur, aa0., S. 431
-)129 ebenda
-)130 W.v.Moellendorff, Der Ingenieur, aa0., S. 432
-)131 M.Harden nahm den Appell zum Anlaß, Moellendorff mit W.Rathenau bekannt zu machen.
-)132 W.v.Moellendorff, Die Kunst in Industrie und Handel, aa0.
-)133 ebenda
-)134 ebenda
-)135 W.v.Moellendorff, Taylorismus und Antitaylorismus, in Die neue Rundschau, XXV, H.3. März 1914, S. 416

-)136 W.v.Moellendorff, Germanische Lehren aus Amerika, aa0., S. 332
-)137 W.v.Moellendorff, Der Kaufmann, aa0., S. 1009
-)138 ebenda
-)139 ebenda
-)140 ebenda
-)141 ebenda
-)142 W.v.Moellendorff, Der Kaufmann, aa0., S. 1010
-)143 W.v.Moellendorff, Der Kaufmann, aa0., S. 1011
-)444 ebenda
-)145 ebenda
-)146 W.v.Moellendorff, Germanische Lehren aus Amerika, aa0., S. 330 (Hier zeigt sich besonders stark der Einfluß Nietzsches. Nietzsche schreibt: "...Dann bekommt der Mensch Muße: sich selbst auszubilden zu etwas Neuem, Höheren. Neue Aristokratie." in Fr. Nietzsche, Der Wille zur Macht, aa0., S. 343
-)147 W.v.Moellendorff, Germanische Lehren aus Amerika, aa0., S. 331
-)148 ebenda
-)149 ebenda
-)150 Siehe Seite 24 dieser Arbeit
-)151 Vgl. Fritz Heinemann, Neue Wege der Philosophie, Geist - Leben - Existenz, Leipzig 1929, S. 158
-)152 Siehe Seite 29 dieser Arbeit
-)153 Siehe Seite 23 dieser Arbeit
-)154 Siehe Seite 24 dieser Arbeit
-)155 Siehe Seite 24 dieser Arbeit
-)156 Siehe Seite 30 dieser Arbeit
-)157 Siehe Seite 30 f. dieser Arbeit
-)158 Siehe Seite 31 dieser Arbeit
-)159 Siehe Seite 27 dieser Arbeit
-)160 Im Sinne wie Eduard Heimann einen von Karl Polanyi geprägten Ausdruck verwendet. Siehe Eduard Heimann, Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme, Tübingen 1963, S. 3
-)161 E.Heimann, Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme, aa0., S. 6
-)162 E.Heimann, Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme, aa0., S. 9

-)163 Siehe Seite 30 dieser Arbeit
-)164 Vgl. Fr. List, Das nationale System der Politischen Ökonomie, Volksausgabe auf Grund der Ausgabe letzter Hand und Randnotizen in Lists Handexemplar, Basel 1959, S. 273
-)165 Fr. List, Das nationale System, aaO., S. 276
-)166 Das von A.von Rochau 1853 geprägte Schlagwort 'Realpolitik' bezeichnet die Wende vom Glauben an die staatsbildende Kraft der Idee zum Glauben an die konkrete Macht des Staates. Vgl. dazu H.Herzfeld, Die moderne Welt 1789 - 1945, I.Teil, 2. Neubearb.Aufl. (Braunschweig 1957) , S. 147
-)167 Vgl. Fr.List, Das nationale System ..., aaO., S. 148
-)168 Vgl. H.Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart (1960), S. 171 f.
-) 169 Clemens v.Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung, München 1924
-)170 Vgl. Cl.v.Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung, aaO., S. 70 f.
-)171 Cl.v.Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung, aaO., S. 85
-)172 Cl.v.Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung, aaO., S. 89 f.
-)173 Vgl. F.Fischer, Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszieldpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 2. Aufl., Düsseldorf 1964, S. 108
-)174 G.D.Feldman, Army, Industry and Labor in Germany, Princeton New Jersey 1966, S. 136 f.
-)175 Vgl. W.v.Moellendorff, Die Kriegswirtschaftskurve, handschriftl. unveröffentl. Manuskript, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)176 Brief a.Rathenau v. W.v.Moellendorff v. 8.Aug. 1914, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 21
-)177 ebenda
-)178 Brief a. W.v.Moellendorff von W.Rathenau vom 8.Aug.14, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 21
-)179 ebenda
-)180 ebenda
-)181 ebenda
-)182 ebenda

-)183 Brief von Moellendorff an Rathenau vom 9.8.14,
Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 21
-)184 ebenda
-)185 ebenda
-)186 ebenda
-)187 ebenda
-)188 Vgl. W.Rathenau, Deutschlands Rohstoffversorgung,
Berlin 1916
-)189 Brief von Rathenau an Moellendorff vom 10.8.14,
Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 21
-) 190 ebenda
-)191 ebenda
-)192 ebenda
-)193 Brief von Rathenau an Moellendorff vom 29.1.1920,
Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 21
-)194 Rathenau hat 1920 die Anregung Moellendorffs als
Ergänzung und Bestätigung seiner eigenen Initiative
gewertet. Auf die Auseinandersetzung Rathenaus mit
Moellendorff in W.Rathenau, Autonome Wirtschaft,
Berlin 1919, in der sich Rathenau von der Politik
der Gemeinwirtschaft distanzierte, veröffentlichte
die 'Post' am 17.1.20 einen Auszug aus dem Brief-
wechsel zwischen Moellendorff und Rathenau und schrieb
in einem Kommentar, Rathenau habe die Anregungen von
Moellendorff nur unvollkommen weitergegeben. Auch die
Nachforschungen, die 1923 der Schriftsteller Emil
Ludwig angestellt hat, haben keine neuen Anhalts-
punkte ergeben. Von intimen Kennern der Geschichte der
Kriegswirtschaft wird die Urhebererschaft Moellendorffs
an der Idee der Rohstoffbewirtschaftung bestätigt.
Vgl. K.Wiedenfeld, Die Organisation der Kriegsrohstoff-
Bewirtschaftung im Weltkriege, Hamburg (1936) S.36f.,
K.Wiedenfeld, Zwischen Wirtschaft und Staat, Berlin
1960, S.51 ff.
-)195 "daß nicht Sie der erste waren, der den Finger auf
die Wunde legte, sondern unter den mir nächststehen-
den der erste. Denn mich auszunehmen, hatte ich nicht
das Recht, und als später die Frage in der Luft lag,
kamen noch Andere." Brief von Rathenau an Moellendorff
vom 29.1.20, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff,
Mappe 21

- 196 Vgl. Rathenaus Brief vom 10.8.14 aa0.
- 197 Vgl. K.Wiedenfeld, Die Organisation der Kriegsrohstoff-Bewirtschaftung im Weltkriege, aa0. S. 37
O.Goebel, Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkriege einschließlich des Hindenburgprogramms, Stuttgart - Berlin - Leipzig - New Haven 1930, S. 20 f.
Auch Goebel bestätigt die Urhebererschaft Moellendorffs.
- 198 ebenda
- 199 W.Rathenau, Gesammelte Schriften, Band 5, Berlin 1918, S. 29 f.
- 200 Rathenaus Brief vom 29.1.20, aa0.
- 201 ebenda
- 202 Die Vorstellung eines zu erwartenden Blitzkrieges war allgemein verbreitet. Vgl. W.Groener, Lebenserinnerungen, Jugend - Generalstab - Weltkrieg, Göttingen 1957, S. 328
- 203 Vgl. W.Dieckmann, Die Behördenorganisation in der deutschen Kriegswirtschaft, Hamburg' (1937), S. 36 f.
- 204 RGB 1914 S. 328
- 205 Vgl. W.Dieckmann, Die Behördenorganisation ..., aa0., S. 37 f.
- 206 ebenda
- 207 Vgl. W.Rathenau, Deutschlands Rohstoffversorgung, Berlin 1916, S.23, W.Dieckmann, Die Behördenorganisation, aa0., S. 36, K.Wiedenfeld, Die Organisation der Kriegsrohstoff-Bewirtschaftung, aa0., S. 35, O.Goebel, Deutsche Rohstoffwirtschaft, aa0., S. 20 f.
- 208 Vgl. W.v.Moellendorff, '1917', Aufruf des Kriegsamtes, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 37
- 209 KL.v.Klemperer, Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München, Wien, o.J., S. 66
- 210 Bewirtschaftete Rohstoffe wurden vielfach als Sparstoffe bezeichnet.
- 211 Die Planwirtschaft in der Kriegswirtschaft beschränkte sich im wesentlichen auf die Vorausbestimmung eines wahrscheinlichen Verbrauchs an kriegswichtigen Rohmaterialien.
- 212 Bei der Festsetzung der Preise wurden die Kriegsgesellschaften der betreffenden Industrien hinzugezogen. Vgl. W.Dieckmann, Die Behördenorganisation ..., aa0., S. 43
- 213 Zur Beschlagnahme Vgl.Dieckmann, aa0., S. 39

-)214 Vgl. W.Dieckmann, Die Behördenorganisation ... aa0., S. 39
-)215 ebenda
-)216 Vgl. Kl.v. Klemperer, Konservative Bewegungen ... aa0., S. 68
-)217 Johann Plenge, 1789 und 1914, Berlin 1916, S. 15 ff.
-)218 J.Plenge, Der Krieg und die Volkswirtschaft, Kriegsvorträge der Universität Münster 1.WH 11/12 Münster 1915, S. 82 f.
-)219 Vgl. W.v.Moellendorff, Bekenntnis zum Kollektivismus in Moellendorff über sich selbst, handschriftl. Notizen, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 1
-)220 W.Rathenau, Deutschlands Rohstoffversorgung, aa0., S. 27
-)221 Vgl. W.Dieckmann, Behördenorganisation, aa0., S. 39
-)222 Vgl. W.v.Moellendorff, Stichworte zur Vorbereitung auf dienstliche Handlungen, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 21
-)223 Vgl. K.Wiedenfeld, Die Organisation der Kriegsrohstoff-Bewirtschaftung ... , aa0., S. 39
-)224 Vgl. F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, Berlin (1924), S. 69
-)225 Vgl. F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 71
-)226 Vgl. K.Wiedenfeld, Die Organisation der Kriegsrohstoffbewirtschaftung, aa0., S. 40
-)227 ebenda
-)228 W.v.Moellendorff, Stichworte zur Vorbereitung auf dienstliche Handlungen, aa0.
-)229 ebenda
-)230 ebenda
-)231 ebenda
-)232 Vgl. K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg, Berlin 1919, S. 179, W.Groener, Lebenserinnerungen, aa0., S. 335
-)233 Vgl. Fr. Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 76
-)234 W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, Berlin 1916, S. 28 , Kl.v.Klemperer, Konservative Bewegungen, aa0., S. 71

-)235 Vgl. F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 75
-)236 ebenda
-)237 Vgl. F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 76
-)238 Vgl. E.Kahn, Rechtsbegriffe der Kriegswirtschaft, o.O. 1918, S. 24 ff.
-)239 Vgl. W.v.Moellendorff, Festlegung von Leitsätzen für die Gründung eines Volkswirtschaftsrats v. 24.12.16, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)240 W.F.Bruck, Die Kriegsunternehmung, Versuch einer Systematik, in Archiv für Sozialwirtschaft und Sozialpolitik, Band 48, Heft 3, S. 565
-)241 Vgl. F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 78
-)242 ebenda
-)243 ebenda
-)244 Vgl. F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 79
-)245 ebenda
-)246 Vgl. W.v.Moellendorff, Vortrag über Kriegskemikalien vor der Wissenschaftlichen Kommission der Kriegs-Rohstoff-Abteilung am 26.1.16, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 45 c
-)247 ebenda
-)248 ebenda
-)249 ebenda
-)250 ebenda
-)251 ebenda
-)252 ebenda
-)253 W.v.Moellendorff, Stickstoff als Schulfall, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)254 W.v.Moellendorff, '2.Vertraulicher Bericht für das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft,' Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 37
-)255 Vgl. K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg, aa0., S. 115 ff.
-)256 ebenda

-) 257 Vgl. F.ter Meer, Die IG Farben, Ihre Entstehung und Bedeutung, Düsseldorf (1953), S. 15
-)258 Vgl. W.v.Moellendorff, Vortrag Kriegskemikalien, aaO.
-)259 ebenda
-)260 W.v.Moellendorff, Stickstoff als Schulfall, aaO.
-)261 Vgl. K.Holdermann, Carl Bosch, Im Banne der Chemie, Düsseldorf (1954), 2. Aufl., S. 141
-)262 ebenda
-)263 Vgl. K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg, aaO., S. 118
-)264 Vgl. K.Holdermann, Carl Bosch, aaO., S. 139
-)265 Vgl. K.Holdermann, Carl Bosch, aaO., S. 141 ff.
-)266 Vgl. K.Holdermann, Carl Bosch, aaO., S. 147 f.
-)267 ebenda
-)268 Vgl. K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg, aaO., S. 119
-)269 Vgl. K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg, aaO., S. 120
-)270 ebenda
-)271 ebenda
-)272 Vgl. W.v.Moellendorff, Dritter Beitrag zum Entwurf einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums an den Ministerpräsidenten v. 27.4.19, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30 ; besonders zum Begriff der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaft
-)273 Vgl. K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg, aaO., S. 124 f.
-)274 Vgl. K.Holdermann, C.Bosch, aaO., S. 140
-)275 W.v.Moellendorff, Stickstoff als Schulfall, aaO.
-)276 ebenda
-)277 ebenda
-)278 ebenda
-)279 Vgl. W.v.Moellendorff, '2.Vertraulicher Bericht für das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft, ' aaO.
-)280 ebenda
-)281 ebenda

-)282 ebenda
-)283 ebenda
-)284 Vgl. K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg, aa0., S. 215 f.
-)285 W.Groener, Lebenserinnerungen, aa0., S. 339
-)286 Vgl. Schreiben der Obersten Heeresleitung an den preußischen Kriegsminister v. 31.8.16, abgedr. in Urkunden der OHL, herausg. v. E.Ludendorff, Berlin 1920, S. 63
-)287 Vgl. W.Groener, Lebenserinnerungen, aa0., S. 344
-)288 Vgl. K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch ...,aa0., S. 258
-)289 Vgl. Urkunden der Obersten Heeresleitung, herausg. von E.Ludendorff, aa0., S. 81
-)290 K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch ..., aa0., S. 260
-)291 Vgl. W.Groener, Lebenserinnerungen, aa0., S. 347
-)292 ebenda
-)293 K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch ..., aa0., S. 275
-)294 ebenda
-)295 K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch ..., aa0., S. 277 f.
-)296 Vgl. W.Groener, Lebenserinnerungen, aa0.,S. 353
-)297 ebenda
-)298 W.Groener, Lebenserinnerungen ..., aa0., S. 362
-)299 Vgl. A.Rosenberg, Die Entstehung der Deutschen Republik 1871-1918 in Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, herausg.v.K.Kersten, (Frankf./M. 1955) S.89 f.
-)300 Vgl. W.Groener, Lebenserinnerungen ..., aa0., S. 362
-)301 Vgl. W.Groener, Lebenserinnerungen, aa0., S. 350
-)302 Vgl. K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch ...,aa0., S. 280
-)303 Vgl. W.v.Moellendorff, Vergleich deutscher und englischer Kriegswirtschaft, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)304 Diese Überzeugung ist, wie schon oben erwähnt, weit verbreitet gewesen. Als Beleg: "Es galt als ungeprüft hingenommene These, daß der kommende Krieg kurz sein werde."(W.Groener,Lebenserinnerungen,aa0., S.328) "... daß man weder mit einem langen Krieg, noch mit einem ausgesprochenen Wirtschaftskrieg ernstlich rechnete."(K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch ..., aa0., S.36)
-)305 A.Rosenberg, Die Entstehung der Deutschen Republik ... aa0.
-)306 Vgl. W.v.Moellendorff, Vergleich deutscher und englischer Kriegswirtschaft, Punkt g, aa0.

-)307 W.Groener, Lebenserinnerungen ...,aa0., S. 341
-)308 Vgl. W.v.Moellendorff, Vergleich deutscher und englischer Kriegswirtschaft, Punkt g, aa0.
-)309 Vgl. oben
-)310 Vgl. W.Groener, Lebenserinnerungen, aa0., S. 346
-)311 ebenda
-)312 Die Überforderung der Wirtschaft durch das Hindenburgprogramm ist auch von Helfferich und Groener anerkannt worden.
-)313 Vgl. K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch ...,aa0.,S.262; W.Groener, Lebenserinnerungen ...,aa0., S. 350
-)314 Im Stab des Kriegsammtes war zur Prüfung der mit etwaigen Betriebseinschränkungen verbundenen Fragen ein Ständiger Ausschuß gebildet worden.
Vgl. W.Dieckmann, Die Behördenorganisation, aa0.,S.52
-)315 Vgl. W.Dieckmann, Die Behördenorganisation, aa0., S.52
-)316 Vgl. W.v.Moellendorff, Denkschrift zum Hindenburgprogramm, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 69a
-)317 ebenda
-)318 W.v.Moellendorff, 'Erster Bericht Arbeiter- und Ernährungsfrage im Rahmen des Munitionsprogramms', Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 51
-)319 ebenda
-)320 Vgl. W.Goener, Lebenserinnerungen ..., aa0., S. 353
-)321 Vgl. W.v.Moellendorff, 'Erster Bericht Arbeiter- und Ernährungsfrage ...' , aa0.
-)322 Kriegsamt, Amtliche Mitteilungen und Nachrichten, Nr. 2, Berlin 19. Dezember 1916; Entwurf Moellendorffs im Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 37
-)323 ebenda
-)324 ebenda
-)325 Vgl. J.J.Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag, Stuttgart(1953 (Reclam) , S.58 f.
-)326 Die Entwürfe Moellendorffs für eine Wirtschaftsverfassung werden im dritten Teil dieser Arbeit behandelt.
-)327 Vgl. W.Dieckmann, Die Behördenorganisation ..., aa0., S. 52
-)328 W.v.Moellendorff, Denkschrift über Ortsgruppenbildung, SAZ 6.2.1917, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 60
-)329 W.v.Moellendorff, Erste Festlegung von Leitsätzen für die Gründung eines Volkswirtschaftsrates, vom 24.12.16, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff , Mappe 30

-)330 W.v.Moellendorff, Still- bzw. Zusammenlegung von Betrieben, Aktennotiz SAZ ohne Datum, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 60
-)331 ebenda
-)332 ebenda
-)333 Vgl. Fr.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 80
-)334 Vgl. K.Helfferich, Vom Kriegsausbruch ...,aa0.,S. 276
-)335 Vgl. W.v.Moellendorff, Denkschrift über Ortsgruppenbildung, aa0.,
-)336 ebenda
-)337 ebenda
-)338 ebenda
-)339 Vgl. W.v.Moellendorff, Denkschrift Berufung eines Obersten Wirtschaftsbeirats (OWB) v. 7.2.1917, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 60
-)340 Vgl. Fr. Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 131
-)341 Siehe oben
-)342 Vgl. Fr. Glum, Der deutsche und der französische Reichswirtschaftsrat, Berlin 1920, S. 9
-)343 W.v.Moellendorff, Erste Festlegung von Leitsätzen..., aa0., Denkschrift über Berufung eines Obersten Wirtschaftsbeirats, aa0.
-)344 W.v.Moellendorff, Erste Festlegung von Leitsätzen, aa0.
-)345 Zur Rechtsform der Kriegsgesellschaften als 'gemischt-wirtschaftliche' Unternehmen, Vgl. F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 71
-)346 W.v.Moellendorff, Erste Festlegung von Leitsätzen, aa0.,
-)347 ebenda
-)348 ebenda und Denkschrift Berufung eines Ob. Wi.Beirats
-)349 W.v.Moellendorff, Erste Festlegung von Leitsätzen, aa0.
-)350 Freiherr vom Stein, zit. bei H.Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, aa0., S. 91
-)351 Vgl. W.v.Moellendorff, Denkschrift Berufung eines Obersten Wirtschaftsbeirats, aa0.
-)352 W.v.Moellendorff, Erste Festlegung von Leitsätzen, aa0.
-)353 Begründung vom 10. Sept. 1880 zur VO über die Errichtung eines Volkswirtschaftsrates, abgedr. bei Fr. Glum, Der deutsche und der französische Reichswirtschaftsrats, aa0., S. 75

-)354 ebenda
-)355 W.v.Moellendorff, Erste Festlegung von Leitsätzen..., aaO.
-)356 Bismarck zit.bei E.Eyck, Bismarck, Zürich 1944, Bd. 3, S. 287
-)357 W.v.Moellendorff, Denkschrift Berufung eines Obersten Wirtschaftsbeirats, aaO.
-)358 ebenda
-)359 ebenda
-)360 ebenda
-)361 ebenda
-)362 ebenda
-)363 Vgl. Fr. Glum, Der deutsche und der französische Reichswirtschaftsrat, aaO., S. 73 f.
-)364 J.Curtius, Bismarcks Plan eines deutschen Volkswirtschaftsrates, Heidelberg 1919
-)365 Vgl. J.Curtius, Bismarcks Plan..., aaO., S. 16 f.
-)366 Vgl.J.Curtius, Bismarcks Plan, aaO., S. 13
-)367 Vgl. Fr.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aaO., S. 132
-)368 W.v.Moellendorff, Denkschrift zur Übergangswirtschaft, v. 15.7.1917, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 37
-)369 Hans Schieck, Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918, Heidelberg, phil.Diss., 1958, S. 38
-)370 Vgl. W.v.Moellendorff, Denkschrift zur Übergangswirtschaft, aaO.
-)371 ebenda
-)372 ebenda
-)373 A.Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, aaO., S. 289
-)374 P.v.Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf, 1963, S. 374
-)375 Vgl. H.Schieck, Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik, aaO., S. 76 f.
-)376 Vgl. Fr.Facius, Wirtschaft und Staat, Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945, Boppard 1959, S.313
-)377 Vgl.A.Müller, Sozialisierung oder Sozialismus, Berlin 1920, S. 123
-)378 Vgl.W.Groener, Lebenserinnerungen, aaO., S.335
-)379 Vgl.A.Müller, Randglossen zum parlamentarischen System in Schmollers Jahrbuch, 42. Jg., S.184
-)380 Vgl.A.Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, aaO., S.289

-)381 Vgl.H.Schieck, Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik, aaO., S. 48
-)382 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsfragen des Reichswirtschaftsamts, handschriftl. Aufzeichnungen, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 90
-)383 ebenda
-)384 ebenda
-)385 ebenda
-)386 ebenda
-)387 ebenda
-)388 ebenda
-)389 ebenda
-)390 ebenda
-)391 ebenda
-)392 ebenda
-)393 ebenda
-)394 ebenda
-)395 ebenda
-)396 ebenda
-)397 ebenda
-)398 ebenda
-)399 W.v.Moellendorff, Vortrag vor dem Rat der Volksbeauftragten am 30. November 1918, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)400 ebenda
-)401 ebenda
-)402 ebenda
-)403 ebenda
-)404 Die Höhe des Reichsfonds war zunächst auf 10 Mrd Mark angesetzt, sie wurde dann auf 5 Mrd, schließlich auf 3 Mrd Mark gesenkt.
-)405 Vgl.A.Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik,aaO. S. 90 ; K.D.Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, in B.Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 2.verb. Nachdruck, Stuttgart 1961,S.87; P.v.Oertzen,Betriebsräte ...,aaO.,S.57; E.Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik, Düsseldorf 1962, S.35 f.; H.Schieck, Der Kampf...,aaO.,S. 35

-)406 Vgl. H.Schieck, Der Kampf...,aa0.,S. 35
-)407 Vgl.E.Kolb, Die Arbeiterräte...,aa0.,S.159 f.
-)408 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ...,aa0., S. 56
-)409 ebenda
-)410 Vgl. P.v.Oertzen, Betriebsräte ...,aa0.,S. 238 f.
-)411 W.v.Moellendorff, Denkschrift v. 3.Dez.1918, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)412 Vgl.H.Schieck, Der Kampf..., aa0., S. 58 f.
-)413 Vgl. W.v.Moellendorff, Denkschrift v. 3.Dez.1918, aa0.
-)414 ebenda
-)415 RGB 1915, S. 427 Bekanntmachung über die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- u. Braunkohlenbergbau vom 12.7.1915.
-)416 Vgl. W.v.Moellendorff, Denkschrift v. 3.Dez.1918, aa0.
-)417 ebenda
-)418 Brief von Moellendorff an August Müller vom 3.12.1918 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)419 Vgl. H.Schieck, Der Kampf..., aa0., S. 87
-)420 Protokoll der Sitzung des Reichswirtschaftsamts vom 21. Nov.1918, in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)421 ebenda
-)422 ebenda
-)423 ebenda
-)424 W.v.Moellendorff, Denkschrift des Reichswirtschaftsamts betreffend den Reichsfonds, in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)425 ebenda
-)426 ebenda
-)427 Vgl.H.Schieck, Der Kampf...,aa0., S. 87
-)428 Vgl.H.Schieck, der Kampf...,aa0.,S. 85 f.
-)429 RGB 1919 1. Bd. S. 16
-)430 Vgl.E.Kolb, Die Arbeiterräte ...,aa0., S. 174 f.
-)431 W.v.Moellendorff, Niederschrift der Ergebnisse der Besprechungen im Reichswirtschaftsamt zwischen 23. November und 5. Dezember 1918, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83

-)432 ebenda
-)433 ebenda
-)434 Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918, Stenografische Berichte, Berlin 1919, S.344
-)435 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ...,aa0., S. 112 f.
-)436 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ..., aa0., S. 118,139 f.
-)437 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ..., aa0., S. 67
-)438 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ..., aa0., S. 234 f.
-)439 Siehe Teil I dieser Arbeit
-)440 P.v.Oertzen, Betriebsräte ..., aa0., S. 308 f.
-)441 W.v.Moellendorff, Ein sozialistisches Programm,..., aa0.
-)442 W.v.Moellendorff, Enteignung oder Kontrolle, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)443 ebenda
-)444 ebenda
-)445 ebenda
-)446 W.v.Moellendorff, Sozialisierung des Kohlenbergbaus, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)447 ebenda
-)448 ebenda
-)449 R.Wissell, Ein Leben für soziale Gerechtigkeit, herausg. v. O.Bach, Berlin 1959
-)450 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 90
-)451 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ...,aa0., S. 251
-)452 Brief von Moellendorff an R.Wissell vom 16.8.21, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)453 Brief von R.Wissell an Reichsarbeitsminister Schlicke vom 6. Juli 1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)454 ebenda
-)455 W.v.Moellendorff, Denkschrift vom 4. Jan. 1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 82
-)456 ebenda
-)457 ebenda
-)458 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ...,aa0., S. 233 f.

-)459 W.v.Moellendorff, Denkschrift vom 4. Jan. 1919,aa0.
-)460 ebenda
-)461 ebenda
-)462 ebenda
-)463 ebenda
-)464 ebenda
-)465 ebenda
-)466 ebenda
-)467 ebenda
-)468 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte, aa0. S. 166 Anm. 2
-)469 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ...,aa0., S. 56
-)470 ebenda
-)471 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ...,aa0., S. 58 f.
-)472 Vgl. Bericht der Sozialisierungskommission über die Fragen der Sozialisierung des Kohlenbergbaus, vom 31 Juli 1920, Anhang,3.Aufl., Berlin 1921
-)473 Vgl. Bericht der Sozialisierungskommission ..., aa0., S. 35
-)474 ebenda
-)475 Vgl. Bericht der Sozialisierungskommission, aa0., S. 39
-)476 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 93
-)477 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 93 f.
-)478 Vgl.Frankfurter Zeitung vom 25.1.1919 und H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 95 f.
-)479 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ..., aa0., S. 248
-)480 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ..., aa0., S. 113
-)481 ebenda
-)482 Verordnung betreffend Bergbau vom 18,1,1919, RGB 1919 Bd. 1 , S. 64 f., Vgl. H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 94
-)483 Zu den Mitarbeitern der Sozialistischen Monatshefte gehörten J.Bloch, M.Cohen-Reuß, J.Kaliski, H.Peus und A.Wissell.
-)484 Vgl.M.Cohen-Reuß, Der Rätegedanke im ersten Revolutionsjahr, in Sozialistische Monatshefte, 2. Halbbd. 1919, S. 1044
-)485 Vgl.A.Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, aa0., S. 344

-)486 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ... , aaO., S. 152
-)487 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ... , aaO., S. 153 ff.
-)488 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ... , aaO., S. 90
-)489 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ... , aaO., S. 153 f.
-)490 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ... , aaO., S. 144f.
-)491 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ... , aaO., S. 157
-)492 ebenda
-)493 Sozialisierungsgesetz vom 23.3.1919,
RGB 1919 S. 341 f.
-)494 §1 dieses Gesetzes
-)495 RGB 1919, S. 341 f.
-)496 RGB 1919, S. 342
-)497 Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft
vom 23.3.1919, RGB 1919, S. 342,
dazu die Ausführungsbestimmungen vom 21.8.1919,
RGB 1919, S. 1449 (Im folgenden kurz Ausführungs-
bestimmungen genannt.)
-)498 §5 Ausführungsbestimmungen
-)499 §§ 10, 11 Ausführungsbestimmungen
-)500 § 72 Ausführungsbestimmungen
-)501 § 69 Ausführungsbestimmungen
-)502 § 70 Ausführungsbestimmungen
-)503 § 71 Ausführungsbestimmungen
-)504 § 72 Ausführungsbestimmungen
-)505 § 73 Ausführungsbestimmungen
-)506 § 74 Ausführungsbestimmungen
-)507 § 124 Ausführungsbestimmungen
-)508 §§ 20, 21 Ausführungsbestimmungen
-)509 § 21 Ausführungsbestimmungen
-)510 § 57 Ausführungsbestimmungen
-)511 § 58 Ausführungsbestimmungen
-)512 § 59 Ausführungsbestimmungen
-)513 § 60 Ausführungsbestimmungen
-)514 § 67 Ausführungsbestimmungen
-)515 § 67 Ausführungsbestimmungen
-)516 § 65 Ausführungsbestimmungen
-)517 § 61 Ausführungsbestimmungen

-)518 § 62 Ausführungsbestimmungen
-)519 §63 Ausführungsbestimmungen
-)520 § 4 Ausführungsbestimmungen
-)521 § 7 Ausführungsbestimmungen
-)522 § 124 Ausführungsbestimmungen
-)523 §§ 78 ff. Ausführungsbestimmungen
-)524 Vgl.F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aaO., S. 98
-)525 §§ 24, 28 Ausführungsbestimmungen
-)526 § 25 Ausführungsbestimmungen
-)527 Zur Arbeitsgemeinschaft vgl. O.Leibrock, Arbeitsgemeinschaft, (1920) S. 144 ff.
-)528 Vgl.F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aaO., S. 101
-)529 § 30 Ausführungsbestimmungen
-)530 § 33 Ausführungsbestimmungen
-)531 §39 Ausführungsbestimmungen
-)532 § 31 Ausführungsbestimmungen
-)533 § 37 Ausführungsbestimmungen
-)534 § 38 Ausführungsbestimmungen
-)535 §§ 40 ff. u. 53 Ausführungsbestimmungen
-)536 § 46 Ausführungsbestimmungen
-)537 § 45 Ausführungsbestimmungen
-)538 § 55 Ausführungsbestimmungen
-)539 § 53 Ausführungsbestimmungen
-)540 §§ 45, 54 Ausführungsbestimmungen
-)541 Vgl.F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aaO., S. 102
-)542 § 47 Ausführungsbestimmungen
-)543 § 49 Ausführungsbestimmungen
-)544 § 3 Ausführungsbestimmungen
-)545 § 51 Ausführungsbestimmungen
-)546 §§ 78, 80 Ausführungsbestimmungen
-)547 § 51 Ausführungsbestimmungen
-)548 §§ 124, 119 Ausführungsbestimmungen
-)549 § 52 Ausführungsbestimmungen

-)550 § 5 des Kohlenwirtschaftsgesetzes (siehe oben)
-)551 § 111 der Ausführungsbestimmungen
-)552 § 45 Ausführungsbestimmungen
-)553 § 110 Ausführungsbestimmungen
-)554 § 112 Ausführungsbestimmungen
-)555 § 115 Ausführungsbestimmungen
-)556 § 223 Abs. 2 Ausführungsbestimmungen
-)557 Vgl.F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 104
-)558 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ...,aa0., S. 113, 135 f.
-)559 ebenda
-)560 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte ...,aa0., S. 229 f.
-)561 Vgl.PrOertzen, Betriebsräte ..., aa0., S. 249
-)562 Vgl.E.Kolb, Die Arbeiterräte ..., aa0., S. 176
-)563 Vgl. P.v.Oertzen, Betriebsräte ..., aa0., S. 229 f. und H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 162
-)564 Vgl. R.Dahrendorf, Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957
-)565 ebenda passim
-)566 Vgl.F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 104
-)567 Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, 7.3.1919, 3. Band S. 1338
-)568 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 161
-)569 Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, 3. Band, S. 1735
-)570 Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, 3. Band, S. 1390
-)570 Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, 3. Band, S. 1390
-)571 Verordnung vom 16. Jan. 1917, RGB. 1917, S. 41
-)572 Vgl.Fr.Facius, Wirtschaft und Staat, aa0., S. 110
-)573 ebenda
-)574 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 163
-)575 W.v.Moellendorff, Entwurf vom 9.4.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)576 ebenda
-)577 ebenda

-)578 ebenda
-)579 ebenda
-)580 ebenda
-)581 Vgl.E.Grünfeld, Die deutsche Außenhandelskontrolle vom Kriegeausbruch bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages, Bonn 1922, S. 44
Vgl. auch H.Schieck, Der Kampf..., aa0., S. 164
-)582 H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 164
-)583 Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Heft 3, Juli 1919, S. 14
-)584 ebenda , Seite 11
-)585 ebenda
-)586 Vgl.H.schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 166
-)587 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 181
-)588 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 83
-)589 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 90
-)590 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsprogramm des Reichswirtschaftsamtes, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 90
-)591 Brief von Moellendorff an R.Wissell vom 7.3.19, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)592 ebenda
-)593 W.v.Moellendorff, Denkschrift zur Neuregelung der Reichsbehörden, vom 4. Jan. 1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 82
-)594 W.v.Moellendorff, Protokoll über die Sitzung des Reichswirtschaftsministeriums vom 7.4.1919 Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 86
-)595 Brief von R.Wissell an Reichsarbeitsminister Schlicke vom 6. Juli 1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)596 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 84 u. 90
-)597 Interpellation Arnstadt-Heinze in Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Anlagen-Band 335, S. 218
-)598 Brief von Moellendorff an K.Singer, den Herausgeber des Wirtschaftsdienstes des Hamburger Kolonialinstituts, vom 15.6.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen

-)599 ebenda
-)600 ebenda
-)601 Vgl. W.v.Moellendorff, Zweiter Beitrag zum Entwurf einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums an den Ministerpräsidenten, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)602 ebenda
-)603 ebenda
-)604 ebenda
-)605 W.v.Moellendorff, Dritter Beitrag zum Entwurf einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums an den Ministerpräsidenten, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30. (Beitrag datiert v. 27.4.1919)
-)606 ebenda
-)607 W.v.Moellendorff, Richtlinien für ein Gesetz über die deutsche Gemeinwirtschaft, Anlage zur Denkschrift vom 7. Mai 1919, Punkt 2, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)608 ebenda
-)609 ebenda Punkt 3
-)610 ebenda Punkt 3
-)611 ebenda Punkt 4
-)612 ebenda Punkt 7
-)613 ebenda Punkt 5
-)614 ebenda Punkt 8
-)615 ebenda Punkt 9
-)616 ebenda Punkt 10
-)617 Vgl. Wirtschaftsprogramm der Denkschrift vom 7.5.19,2, in Der Aufbau der Gemeinwirtschaft, Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, Jena 1919, W.v.Moellendorff, Konservativer Sozialismus, Hamburg 1932, S.234 f.
-)618 ebenda Punkt 3
-)619 ebenda
-)620 ebenda
-)621 ebenda
-)622 ebenda
-)623 ebenda Punkt 4

-)624 Vgl. Richtlinien für die Ausgestaltung einer Reichsvermögensbank in der Denkschrift vom 7.5.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)625 ebenda Punkt 1
-)626 ebenda Punkt 2
-)627 ebenda Punkt 3
-)628 ebenda Punkt 4
-)629 ebenda Punkt 5
-)630 ebenda Punkt 6
-)631 Vgl. Richtlinien für die Ausgestaltung des Reichsfonds der Denkschrift vom 7.5.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)632 ebenda
-)633 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsprogramm der Denkschrift vom 7.5.1919 aaO.,
-)634 W.v.Moellendorff, Richtlinien zur Ausgestaltung des Reichsfonds, aaO.
-)635 ebenda
-)636 Vgl. Richtlinien zur Ausgestaltung des Reichsfonds, aaO., Punkt 4
-)637 ebenda
-)638 W.v.Moellendorff, Richtlinien für ein Gesetz über den Arbeitsfrieden der Denkschrift vom 7.5.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)639 Vgl. Wirtschaftsprogramm der Denkschrift v. 7.5.1919, aaO., Punkt 7
-)640 Vgl. Richtlinien für ein Gesetz über den Arbeitsfrieden, aaO., Punkt 4 Abs. 1
-)641 ebenda Punkt 7
-)642 Wirtschaftsprogramm der Denkschrift v. 7.5.1919, aaO., Punkt 7
-)643 ebenda
-)644 Richtlinien für ein Gesetz über den Arbeitsfrieden, aaO.
-)645 ebenda Punkt 2
-)646 ebenda Punkt 4
-)647 ebenda Punkt 5
-)648 ebenda Punkt 10
-)649 ebenda Punkte 10 und 11

-)650 Als Beleg für diese immer wiederkehrende Forderung Moellendorffs: Brief Moellendorffs an R.Wissell v. 15. Okt. 1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen,
-)651 Brief Moellendorffs an R.Merton v. 23.11.1923, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)652 Brief Moellendorffs an O.Neurath v. 30.7.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)653 Brief Moellendorffs an K.Singer v. 30.7.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)654 Brief Moellendorffs an K.Wiedfeldt v. 30.7.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)655 Brief Moellendorffs an Alma de 'l'Aigle v. 30.7.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)656 Siehe dazu Moellendorffs Einleitung zur Denkschrift v. 7.5.1919 aaO.
-)657 Brief von Ernst Trendelenburg an Moellendorff vom 9.4.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 87
-)658 ebenda
-)659 ebenda
-)660 Schücking, Walther, Prof. Dr. iur. (1875 - 1953) Richter am Internat. Gerichtshof Haag, MdR Jan.1919 bis Juni 1920, Deutsche Demokratische Partei .
-)661 Brief von Ernst Trendelenburg an Moellendorff vom 12.4.1919, Bundesarchiv Koblenz , Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)662 ebenda
-)663 ebenda
-)664 Vgl.A.Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, aaO., S. 344
-)665 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aaO., S. 177
-)666 Brief von R.Wissell an Moellendorff v. 21.6.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)667 Vgl.P.v.Oertzen, Betriebsräte, aaO., S. 153
-)668 Vgl. Brief Moellendorffs an R.Wissell v. 7.3.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen

-)669 ebenda
-)670 Vgl. Wissells Brief vom 21.6.1919, aaO.
-)671 W.v.Moellendorff, Entwurf eines Briefes an R.Wissell ohne Datum, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)672 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aaO., S. 184
-)673 Vgl. Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Heft 1) 1919 passim
-)674 Vgl.J.Reichert, Wirtschaftspolitische Industrieverbände, Berlin 1920, S.11
-)675 Vgl. Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, (Heft 2) 1919, S. 11
-)676 Vgl. Deutsches Zentralarchiv Abt 1 (Potsdam) Akten des Reichswirtschaftsamtes 6 757 Blatt 171
-)677 Vgl. W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, Rede vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)678 Vgl.W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, Berlin 1916, S. 48
-)679 ebenda
-)680 Vgl.W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, Rede vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie, aaO.
-)681 ebenda
-)682 ebenda
-)683 ebenda
-)684 ebenda
-)685 ebenda
-)686 ebenda
-)687 ebenda
-)688 ebenda
-)689 ebenda
-)690 ebenda
-)691 ebenda
-)692 ebenda
-)693 ebenda
-)694 Deutsches Zentralarchiv Abt.1 (Potsdam), Akten des Reichswirtschaftsamtes 174 Bl. 67

-)695 ebenda
-)696 Vgl.H.Schieck, Der Kampf ..., aa0., S. 180
-)697 Vossische Zeitung vom 26.5.1919
-)698 Vgl.H.Schieck, Der Kampf..., aa0., S. 181
-)699 Referat Hilferdings in Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Nürnberg vom 30. Juni bis 5.Juli 1919, Berlin 1919, S. 559
-)700 ebenda S. 523
-)701 Protokoll des Parteitages der SPD, Juni 1919 in Weimar, S. 157
-)702 ebenda S.513
-)703 Brief von R.Wissell an Moellendorff v. 21.6.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)704 Brief von Moellendorff an R.Wissell v. 22.6.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)705 Telegramm von Moellendorff an R.Wissell v. 23.6.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)706 Wissell beantragte die Aussprache in einem Schreiben an Ministerpräsident Bauer v. 21.6.1919. Zur Entscheidung: Protokollanlage der Kabinetts-sitzung vom 8.7.1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)707 Vgl. Niederschrift Moellendorffs über die Begegnung mit Hergt am 24.9.1919 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 91
-)708 Vgl. Arbeitspapier Moellendorffs für die Besprechung mit der USPD am 14.10.1919 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 90
-)709 ebenda
-)710 Brief von Moellendorff an R.Wissell v. 15. Okt 1919, in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)711 ebenda
-)712 ebenda

-)713 W.v.Moellendorff, Entwurf für eine Kundgebung der Reichsarbeitsgemeinschaft in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 83
-)714 ebenda
-)715 ebenda
-)716 Vgl. Verlegerabrechnung in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)717 W.v.Moellendorff in einer Notiz v. 22.10.1916, in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)718 W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, Berlin 1916 (K.Siegismund)
-)719 ebenda S. 10
-)720 ebenda S. 10
-)721 ebenda S. 12
-)722 ebenda S. 11
-)723 ebenda S. 12
-)724 ebenda S. 9
-)725 ebenda S. 9
-)726 ebenda S. 13.f.
-)727 ebenda S. 15
-)728 ebenda S. 15
-)729 ebenda S. 16
-)730 ebenda S. 18
-)731 ebenda S. 16
-)732 ebenda S. 16
-)733 ebenda S. 17
-)734 ebenda S. 18
-)735 ebenda S. 17
-)736 ebenda S. 18
-)737 ebenda
-)738 ebenda S. 19
-)739 ebenda S. 20
-)740 ebenda S. 19
-)741 ebenda S. 20
-)742 ebenda S. 20

-)743 ebenda S. 21
-)744 ebenda S. 22
-)745 ebenda S. 23
-)746 ebenda S. 23
-)747 ebenda S. 26
-)748 ebenda S. 27
-)749 ebenda S. 29
-)750 ebenda S. 29
-)751 ebenda S. 31
-)752 ebenda S. 31
-)753 ebenda
-)754 Vgl. ebenda
-)755 ebenda S. 32
-)756 ebenda S. 32
-)757 ebenda S. 32
-)758 Vgl. ebenda S. 32
-)759 ebenda S. 32
-)760 Vgl. W.v.Moellendorff, handschriftl. Aufzeichn.,
'Moellendorff über sich selbst', Bundesarchiv
Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 1
-)761 ebenda
-)762 O.Spengler, Preußentum und Sozialismus,
München 1920
-)763 ebenda S. 30
-)764 ebenda S. 46
-)765 Die Ordnungsvorstellung des Kriegssozialismus hat
die Anschauungen der Zeitgenossen geprägt; die So-
zialdemokratie ist von ihr durchdrungen worden.
So definierte F.Ebert, Sozialismus ist "Ordnung
auf höchster Basis"(zit.bei P.v.Oertzen, Betriebs-
räte ...,aa0., S. 256)
-)766 Vgl. W.v.Moellendorff, 'Moellendorff über sich selbst',
aa0.
-)767 ebenda
-)768 ebenda
-)769 In einem Brief an v.Lustig vom 20.10.22 verwendet
Moellendorff den Begriff Planwirtschaft für alles,
was mit der Gemeinwirtschaft zusammenhängt.
Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff,
Mappe Korrespondenzen

-)770 Freie Marktwirtschaft ist "Willkür". W.v.Moellendorff in Deutsche Gemeinwirtschaft, aa0., S.20
-)771 Siehe Teil I dieser Arbeit
-)772 W.v.Moellendorff, Individuum, Genus, Sozietas, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 31
-)773 W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, aa0., S. 44
-)774 ebenda
-)775 W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, aa0., S. 41
-)776 ebenda
-)777 ebenda
-)778 W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, aa0., S. 46
-)779 ebenda S. 47
-)780 ebenda S. 44
-)781 ebenda S. 48
-)782 Vgl. W.v.Moellendorff, Von Einst zu Einst, Jena 1917, Schriftenreihe Deutsche Gemeinwirtschaft, herausg. v. E.Schairer, Heft 1
-)783 Vgl. Kl.v.Klemperer, Konservative Bewegungen, aa0., S. 66
-)784 Vgl.W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, aa0., S. 18
-)785 Fr.List, Das Nationale System der Politischen Ökonomie, aa0., S. 156
-)786 Vgl.W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, aa0., S. 18
-)787 Fr.List, das Nationale System ..., aa0., S. 156
-)788 Siehe Teil I dieser Arbeit
-)789 Vgl.H.Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart (1950), S. 81
-)790 H.Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung ...,aa0., S. 91
-)791 Gerhard Ritter, Stein, (1931), Band 1 , S. 210 ff.
-)792 Vgl.H.Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung, aa0., S. 90
-)793 ebenda S. 376
-)794 L.v.Stein, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich, 1850
-)795 Vgl.H.Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung, aa0., 376 f.

-)796 Vgl.H.Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung, aaO., S. 377
-)797 W.v.Moellendorff, Von Einst zu Einst, aaO., S. 14
-)798 E.Burke, Betrachtungen über die Französische Revolution, Übersetzt von Gentz, 2 Teile, Berlin 1793 und 1794 ,zit. nach O.H.von der Gablentz, Die politischen Theorien seit der Französischen Revolution, Köln 1957, S. 55
(Stein hat Burkes Schriften gelesen. Steins Göttinger Freund Brandes unterhielt persönliche Beziehungen zu Burke und Rehberg wurde nach Gentz der namhafteste Vertreter der Gedanken Burkes in Deutschland.
Vgl.H.Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung, aaO., S. 77 f.)
-)799 A.Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, aaO., S. 286
-)800 P.v.Oertzen, Betriebsräte ..., aaO., S. 52
(mit Zusammenfassung der älteren Literatur)
-)801 K.D.Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, in B.Gebhardt, Handbuch der Deutschen Geschichte, Band 4, 2.verb. Nachdruck, Stuttgart 1961, S. 87
-)802 Vgl.W.Tormin, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, Düsseldorf 1954, passim
-)803 P.v.Oertzen, Betriebsräte ..., aaO., S. 67
-)804 ebenda
-)805 W.v.Moellendorff, Wirkungsgrad, in Zeitschrift des VDI, Jg. 1920, Nr. 42 v. 16.10.1920
-)806 ebenda
-)807 ebenda
-)808 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsordnung, in Süddeutsche Sonntagszeitung, Jg.II, Nr. 30, v.24.7.21
-)809 W.v.Moellendorff, Wirkungsgrad, aaO.
-)810 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsordnung, aaO.
-)811 W.v.Moellendorff, Wirkungsgrad, aaO.
-)812 ebenda
-)813 ebenda
-)814 ebenda
-)815 Vgl.W.v.Moellendorff, Denkschrift zur praktischen Sozialisierung v. 4. Jan. 1919, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 24

-)816 W.v.Moellendorff, Organik, in Die Zukunft vom
10.1.1920, XXVIII.Jg.,Nr. 15
-)817 ebenda
-)818 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsordnung, aaO.
-)819 ebenda
-)820 ebenda
-)821 ebenda
-)822 ebenda
-)823 W.v.Moellendorff, Das politische Wesen des
Sozialismus, in Der Neue Merkur, VI.Jg.H.1
v. April 1922
-)824 ebenda
-)825 Vgl.W.v.Moellendorff, Vorträge in Potsdam und Berlin
am 4. und 5. Dez. 1919, handschriftl. Manuskript in
Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff,
Mappe 30
-)826 ebenda
-)827 ebenda
-)828 W.v.Moellendorff, Das politische Wesen des Sozia-
lismus, aaO.
-)829 ebenda
-)830 Vgl. K.Sontheimer, Das antidemokratische Denken in
der Weimarer Republik, Die politischen Ideen des
deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933,
München 1962, S. 149 f.
-)831 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsordnung, aaO.
-)832 W.v.Moellendorff, Demokratie und Staatswirtschaft,
unvollendetes Manuskript, in Bundesarchiv Koblenz,
Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)833 ebenda
-)834 Vgl. W.v.Moellendorff, Individuum, Genus, Sozietas,aaO.
-)835 ebenda
-)836 ebenda
-)837 ebenda
-)838 ebenda
-)839 ebenda
-)840 ebenda
-)841 W.v.Moellendorff, Von kommenden Dingen,(Besprechung),
in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff,
Mappe 30

-)842 W.v.Moellendorff, Individuum, Genus, Sozietas, aa0.
-)843 ebenda
-)844 ebenda
-)845 ebenda
-)846 ebenda
-)847 W.v.Moellendorff, Ein sozialistisches Programm,
in Süddeutsche Sonntagszeitung, v. 4.12.21
-)848 ebenda
-)849 ebenda
-)850 Vgl. W.v.Moellendorff, Weder Berlin noch Weinsberg
allein, in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellen-
dorff, Mappe 31
-)851 Vgl.Kl.v.Klemperer, Konservative Bewegungen, aa0.,
S. 73
-)852 W.v.Moellendorff, Weder Berlin noch Weinsberg
allein, aa0.
-)853 ebenda
-)854 ebenda
-)855 W.v.Moellendorff, Ein sozialistisches Programm, aa0.
-)856 W.v.Moellendorff, Ein sozialistisches Programm, aa0.
-)857 ebenda
-)858 ebenda
-)859 ebenda
-)860 ebenda
-)861 W.v.Moellendorff, Germanische Lehren aus Amerika,
aa0.
-)862 W.v.Moellendorff, Ein sozialistisches Programm, aa0.
-)863 ebenda
-)864 ebenda
-)865 ebenda
-)866 ebenda
-)867 ebenda
-)868 ebenda
-)869 ebenda
-)870 ebenda
-)871 ebenda
-)872 A.Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter,
Sozialpsychologische Probleme in der industriellen
Gesellschaft, Hamburg (1957) (Rowohlt) S. 21

-)873 ebenda S. 9
-)874 Siehe Teil I dieser Arbeit
-)875 A.Gehlen, Die Seele ..., aa0., S. 17
-)876 W.v.Moellendorff, Organik, aa0.
-)877 ebenda
-)878 W.v.Moellendorff, Das politische Wesen des Sozialismus, aa0.
-)879 Fr.Nietzsche, Der Wille zur Macht, aa0., S.224
-)880 W.v.Moellendorff, Denkschrift v. 7.Mai 1919, aa0.
-)881 ebenda
-)882 ebenda
-)883 ebenda
-)884 ebenda
-)885 ebenda
-)886 ebenda
-)887 ebenda
-)888 ebenda
-)889 ebenda
-)890 ebenda
-)891 W.v.Moellendorff, in einer Rede vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie, am 12. Juni 1919, Manuskript Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)892 Vgl.F.Glum, Selbstverwaltung der Wirtschaft, aa0., S. 120
-)893 ebenda
-)894 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsordnung, aa0.
-)895 W.v.Moellendorff, Wirkungsgrad, aa0.
-)896 ebenda
-)897 ebenda
-)898 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsverfassung in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)899 W.v.Moellendorff, Aufbau der Reichsverwaltung, in Der Aufbau, Korrespondenz für die deutsche Presse, v. 12.Nov. 1919, Jg.1, H.31
-)900 W.v.Moellendorff, Der Aufbau der Gemeinwirtschaft, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 31

-)901 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsverfassung, aa0.
-)902 ebenda
-)903 W.v.Moellendorff, Ein sozialistisches Programm, aa0.
-)904 ebenda
-)905 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsverfassung, aa0.
-)906 W.v.Moellendorff, Von Einst zu Einst, aa0., Vorwort
-)907 W.v.Moellendorff, Wirtschaftliche Selbstverwaltung, Handbuch der Politik, Band 4, 3. Aufl. , Berlin 1931,
-)908 W.v.Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, aa0., S. 32
-)909 W.v.Moellendorff, Wirtschaftsverfassung, aa0.
-)910 ebenda
-)911 Vgl.E.Kolb, Die Arbeiterräte ..., aa0., S. 259
-)912 Vgl.F.Glum, Der deutsche und der französische Reichswirtschaftsrat, aa0., S. 19
-)913 W.v.Moellendorff, Reichswirtschaftsrat, aa0.
-)914 W.v.Moellendorff, Charta Oeconomica, handschriftl. Entwurf, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 26
-)915 ebenda
-)916 ebenda
-)917 ebenda
-)918 ebenda
-)919 Deutsche Gemeinwirtschaft, Schriftenreihe herausg. v. E.Schairer, Jena 1917 und folgende Jahre
-)920 Nachlaß Moellendorff, Bundesarchiv Koblenz, Mappe 26
-)921 O.Spann, Der wahre Staat, Leipzig 1921
-)922 O.Spengler, Preußentum und Sozialismus, aa0.
-)923 W.v.Moellendorff, handschriftl. Notiz, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 26
-)924 ebenda
-)925 So z.B. Carl Schmitt, Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931
-)926 W.v.Moellendorff, handschriftl. Entwurf, in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 26

-)927 ebenda
-)928 ebenda
-)929 ebenda
-)930 ebenda
-)931 ebenda
-)932 Kl.v.Klemperer, Konservative Bewegungen, aa0., S.31
-)933 J.J.Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag, Stuttgart 1958, (Reclam), S. 50 f.
-)934 ebenda
-)935 W.v.Moellendorff, handschriftl. Entwurf, in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 26
-)936 ebenda
-)937 ebenda
-)938 ebenda
-)939 ebenda
-)940 ebenda
-)941 ebenda
-)942 ebenda
-)943 ebenda
-)944 In seinem 1922 erschienenen Beitrag, Drei gesellschaftliche Zeitalter, beschreibt Moellendorff die Entwicklung gesellschaftlicher Verhaltensweisen vom Feudalismus bis zu der von ihm erträumten Epoche der Gemeinwirtschaft.
Vgl. Süddeutsche Sonntagszeitung v. 19.3.1922
-)945 Im Aufsatz 'Weder Berlin noch Weinsberg allein' der 1920 erschien, schildert Moellendorff in Bildern seine Vorstellung einer Synthese des vorindustriellen 'guten Lebens' mit einer streng rationellen Wirtschaftsweise. aa0.
-)946 Brief von Moellendorff an E.Schairer v. 17.3.21 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)947 Brief von M.Harden an Moellendorff ohne Datum, offensichtlichl. a.d.Jahre 1926, in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen.
-)948 Empfehlungsschreiben v. Prof. F.Haber an den preußisch. Kultusminister Becker v. 16.2.23 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen

-)949 Vgl. Moellendorffs Entlassungsgesuch v. 23.2.28 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)950 Volkswirtschaftlicher Elementarvergleich zwischen den USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, Berlin 1929
-)951 Siehe Teil Kriegswirtschaft
-)952 Briefwechsel zwischen Moellendorff und Geheimrat F.Oppenheim v. 14.4.21 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)953 Vgl. Briefwechsel Moellendorffs mit der Metallbank und Metallurgische Gesellschaft AG in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)954 Vgl. Briefwechsel Moellendorffs mit Geheimrat F.Oppenheim v. 15.8. 22 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)955 Vgl. Brief von Moellendorff an Dr. H.Schmitz v. 20.8.22 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)956 Vgl. Brief Moellendorffs an Dr.H.Schmitz vom 18.9.22 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)957 Brief Moellendorffs an Dr. H.Schmitz vom 5.10.22 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)958 Nach Auskunft von Prof.Dr. O.H. von der Gablentz, Berlin.
-)959 W.v.Moellendorff, Zum Streit um die Sozialisierung, in Deutsche Allgemeine Zeitung v. 20.4.1919 , Manuskript Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 30
-)960 Siehe Teil Kriegswirtschaft
-)961 Brief von M.Harden an Moellendorff, ohne Datum, offensichtlich a.d.Jahr 1926 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen.
-)962 Brief Moellendorffs an M. Harden v. 18.4.26 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)963 Vgl. Schreiben des Auswärtigen Amtes an das Reichswirtschaftsministerium v. 18.6.26 TB nr. 9034 Ausw.Amt Nr. Vbd. Abr.517 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 100

-)964 Vgl. J.Curtius, Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 294 ff.
-)965 Vgl. K.D.Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Villingen/Schwarzwald 1960, S.417
-)966 Deutsche Allgemeine Zeitung v. 7.Okt. 1931
-)967 Vgl.F.Poetzsch-Heffter, Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung, III.Teil, in Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, 21, 1933/34 S.127
-)968 Vgl. Brief von Dr. Bachem, Vortragender Rat im Reichswirtschaftsministerium, an Moellendorff in Locarno v. 21. Aug. 32 in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)969 ebenda
-)970 Die Schrift 'Konservativer Sozialismus' ist jetzt vergriffen
-)971 Frau Alma de l'Aigle genoß das besondere Vertrauen Moellendorffs. Ihr bekannte er, sein organisatorisches Glaubensbekenntnis sei dem von H.G.Wells verwandt.(Brief von Moellendorff an Alma de l'Aigle v. 19.9.20, in Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe Korrespondenzen
-)972 Prof.Dr. O.H. von der Gablentz hat durch vielfachen Rat und großzügige Unterstützung diese Arbeit ermöglicht.
-)973 W.v.Moellendorff, Konservativer Sozialismus, Hamburg (1932)

VIII Anhang

Briefwechsel zwischen W.v.Moellendorff und Dr.W.Rathenau zur Priorität an der Idee der kriegswirtschaftlichen Organisation
(Die Briefe sind Abschriften der im Bundesarchiv Koblenz im Nachlaß Moellendorff aufbewahrten Originale. Die Auslassungen betreffen unwesentliche Bemerkungen.)

1.) W.v.Moellendorff an W.Rathenau:

"Berlin-Oberschöneweide, 8.8.14

Bitte erlauben Sie mir, Ihnen als der wirtschaftlich stärksten Instanz, die ich kenne, folgenden Vorschlag zu machen: Die Einfuhr einiger, für den Krieg wichtiger Rohstoffe ist gesperrt, z.B. die von Kupfer ... Betroffen werden davon direkt die Grundlagen zur Erzeugung von Munition, elektrotechnischen Verkehrsmitteln, Schiffsausrüstungen etc., indirekt die Preise ... Ich rate, das Kriegsministerium anzuregen, es möge den Status recherchieren und einen sparsamen Haushalt unter zentraler Gewalt eröffnen ... Bei der Erörterung dieser Frage muß erwogen werden, in welcher Form die Fabrikation fortzusetzen ist. Sobald der Landsturm aufgeboten ist, muß zweckmäßig ein Teil der Dienstpflichtigen zur Fabrikation zurückkommandiert werden ... Unter Umständen könnten ... durch bürokratische Hemmungen schmerzhaft Zeitverluste entstehen."

2.) W.Rathenau an W.v.Moellendorff:

"Berlin, 8. August 1914

Ich danke Ihnen für Ihre freundliche und sehr interessante Anregung. Meine Hoffnung hinsichtlich der Metalle und anderen Rohmaterialien beruht auf unserer Invasion im Westen, und nach dem Fall von Lüttich hat sich die Hoffnung ihrer Beschleunigung sehr gesteigert. Die belgischen Fabriken sind sehr leistungsfähig und jedenfalls vor dem Ausbruch des Krieges stark beschäftigt gewesen. Man wird auch dorthin noch mancherlei Zufuhr bestellt haben. Ich glaube daher, daß Ihre Anregung mit der Modifikation dem Kriegsministerium vorgelegt werden sollte, daß in den eroberten Landesteilen Requisitionen nach den uns unentbehrlichen Rohmaterialien stattfinden. Eine Repartition im Sinne

Ihres Vorschlages würde manches Gute leisten, aber, wie ich glaube, abgesehen von manchen Schwierigkeiten, von den Verhältnissen überholt werden, die auszunutzen mir das wertvollste Ergebnis Ihrer freundlichen Anregung scheint."

3.) W.v.Moellendorff an W.Rathenau:

"Berlin-Oberschöneweide, 9.8.14

Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Brief von gestern und vervollständige den Plan durch folgende Angaben: ... An Kupfer ... lässt sich leider aus dem westlichen europäischen Festland nicht viel erhoffen, man müsste denn an Spanien denken. Die Aufgabe verdichtet sich also dahin, beschränkte Vorräte gegen einen wahrscheinlich überragenden Bedarf abzustimmen. Soviel ich bis zur Stunde sehe, versagen die Händler vor dem Ernst der Lage. Sie lassen nicht von ihren Preismanövern ab und erschweren die Arbeit. Darum glaube ich, daß nur ein rascher autoritativer Eingriff Verzögerungen und Vergeudungen hindern kann ...

Ein Rest von rationeller Fabrikation lässt sich m.E. nur dadurch retten, daß man möglichst bald an wenigen zentral gelegenen Arbeitsstätten die Vorräte und Kräfte vereinigt ... Aber vorläufig fuchteln noch vielzuvielen Marktinteressen, auch vonseiten der Behörden, durcheinander. Darum rate ich, wiederum, mit Hilfe des Kriegsministeriums eine einheitliche Organisation der Arbeit herbeizuführen."

4.) W.Rathenau an W.v.Moellendorff:

"Berlin, 10. August 1914

Ich danke Ihnen für Ihre Rohrpostmitteilung. Vertraulich kann ich Ihnen mitteilen, daß in einer Rücksprache auf dem Kriegsministerium ich Gelegenheit fand, den Gedanken der Rohmaterialversorgung, insbesondere der belgischen, aber auch den Vorschlag der Zentralisierung zu erwähnen. Das Interesse des Kriegsministeriums ist anscheinend deswegen noch nicht sehr lebendig, weil man den belgischen Bären nicht verteilen kann, bevor er erlegt ist. Im übrigen bezweifelt man, ob die Angelegenheit nicht Sache des Reichsamtes des Inneren ist; man wird gelegentlich mit dieser Behörde Fühlung nehmen. Ein rein ökonomischer Gedanke, wie der

von Ihnen zuletzt ausgesprochene, Zentralisierung der Industrie an den geeigneten Stellen, wird m.E. ein noch etwas geringeres Entgegenkommen finden, da die Behörden sich offenbar auf den Standpunkt stellen, daß es von Interesse ist, Rohmaterialien zu sichern, daß es aber eine für sie zu weitgehende Frage ist, zu kontrollieren, mit welchen Kosten die Produkte erzeugt werden.

Ich würde mich freuen, wenn ich auf den Gegenstand nochmals zurückkommen könnte; wie Sie sehen, ist ein Schritt in dieser Richtung getan."

(Quelle: Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Moellendorff, Mappe 52)

Lebenslauf

Dieter Schmid, geboren am 26. Januar 1931 in Leipzig, studierte nach dem Besuch der Oberschule in Leipzig und nach Erwerb der Sonderreife am Wissenschaftlichen Landesprüfungsamt Berlin von 1958 bis 1959 an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und von 1959 bis 1963 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin Politische Wissenschaft. Seine Lehrer waren Prof. Dr.rer.pol. von der Gablentz in Theorie der Politik, Prof. Dr.rer.pol. G. von Eynern in Politischer Wirtschaftslehre, Prof. Dr.phil. W.Bußmann in Geschichte und Prof. Dr.iur. K.A.Bettermann in Staats- und Verwaltungsrecht. Nach der Diplomprüfung 1963 war er Redakteur an Rundfunkanstalten in Berlin und in der Bundesrepublik.

